

Anhang A

A.1.3 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Schmied GmbH

<p><i>Es rief mich Peter HOCHEGGER, den ich als Mann ALLER Parteien und als Chef-Lobbyisten der TA kannte, an und bat mich um ein Treffen. Ich stimmte zu. Den Grund für das Treffen war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt.</i></p> <p><i>Dieses Treffen fand damals – glaublich im Sommer 2006 – im Lokal „Landmann“.</i></p> <p><i>HOCHEGGER nannte mir die Projekt und Werbeagentur SCHMIED und wollte von mir wissen, was ich von dieser Agentur halte. Er meinte dies – meiner Erinnerung nach – in Bezug auf die Parteinähe zum BZÖ und wie loyal die Personen in der Agentur seien. Er fragte mich nach dem zuvor Angeführten war nicht wortwörtlich – jedoch war das aus dem Kontext heraus klar erkenntlich.</i></p> <p><i>Es war für mich auch klar, dass HOCHEGGER einen Lobbying-Auftrag im Zusammenhang mit dem BZÖ erledigen wollte. Das „Vorspiel“ zu diesem Lobbying-Auftrag war bzw. ist mir jedoch nicht bekannt.</i></p> <p><i>Ich bestätigte, dass die Agentur bzw. die Brüder SCHMIED in Ordnung seien. Sie haben für uns schon den Landtagswahlkampf für die FPÖ in Tirol gemacht.</i></p> <p><i>HOCHEGGER bat mich, mit den Brüdern SCHMIED Kontakt aufzunehmen, damit sich diese mit der TA in Verbindung setzten. Ich bestätigte dies.</i></p> <p><i>Darauf sagte er mir, dass sich die Brüder SCHMIED dann mit dem - mir bekannten – TA Manager Gernot SCHIESZLER in Verbindung setzen bzw. anrufen sollten.</i></p> <p><i>Peter HOCHEGGER sagte nicht mehr dazu und ich fragte auch nicht weiter nach. Damit endete auch das Treffen.</i></p> <p><i>Glaublich schon am nächsten Tag rief ich die Brüder SCHMIED an – auf Nachfrage sprach ich damals mit Kurt SCHMIED – und vereinbarte ein Treffen. Dieses Treffen fand vielleicht zwei Tage später in einem Lokal in der Wiener Innenstadt. Welches Lokal das war, kann ich nicht mehr sagen. Bei diesem Treffen waren – glaublich Kurt – SCHMIED und ich zugegen. Sonst war keine weitere Person dabei.</i></p> <p><i>Ich sagte SCHMIED, dass ich vielleicht einen Auftrag für ihn hätte. Ich sagte ihm aber auch gleich, dass ich nichts Genaueres darüber wisse, jedoch dass es sich glaublich um eine Tätigkeit für die TA handle und wahrscheinlich auch das BZÖ involviert sei. SCHMIED selbst sagte ich</i></p>

Anhang A

A.1.3 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Schmied GmbH

	<p><i>nichts über die Beteiligung des Peter HOCHEGGER in dieser Sache. SCHMIED sagte sofort zu, diesen Auftrag zu erledigen. Auch er fragte nicht weiter nach und ich sagte ihm auch nichts weiter darüber. Anschließend gab ich SCHMIED die Telefonnummer von Gernot SCHIESZLER.</i></p> <p><i>Danach trennten wir uns und für mich war die Sache damit erledigt. Für mich war die ganze Sache letztlich nur eine Sache einer gewünschten Kontaktherstellung. Das ist meiner damaligen und heutigen Sicht nach nichts Unübliches und nicht Ungewöhnliches und betrifft alle Parteien und ihnen nahestehende Organisationen.</i></p> <p>Das betrifft – meiner Wahrnehmung nach – auch die Zahlungen namhafter Geldbeträge von großen Unternehmen an politische Parteien.“</p>	
28.7.2006	<p>Angebot Nr. 0710 der Projektentwicklung Werbeagentur SCHMIED GmbH an die Telekom Austria</p> <p>„Konzeption und Ausführung von Lobbyingmaßnahmen bezüglich der Vergabe einer österreichischen Glücksspiellizenz an die Telekom Austria“</p> <p>Fixhonorar: € 350.000 netto zahlbar nach Erhalt der Rechnung [wahrscheinlich rückdatiert!]</p>	BT1,BMJ,2.L-c,14.T,S.9
1.8.2006	<p>Angebot Nr. 0802 der Projektentwicklung Werbeagentur SCHMIED GmbH an die Telekom Austria</p> <p>„Unterstützung bei der Erweiterung der Marke Telekom Austria im Zuge der Umstrukturierung und Evaluierung der Auswirkungen auf die bestehende Marketingstrategie“</p> <p>Fixhonorar: € 250.000 netto zahlbar nach Erhalt der Rechnung [wahrscheinlich rückdatiert!]</p>	BT1,BMJ,2.L-c,14.T,S.11
29.8.2006, 11:09	<p>Mail von Andreas KRENN (TA) an Kurt SCHMIED:</p> <p>„Wie mit Hrn Schieszler besprochen sende ich Ihnen die zwei gewünschten Dokumente. Bei Fragen einfach anrufen.“</p> <p>Anlagen: Entwürfe für die beiden von der Fa. SCHMIED zu legenden Angebote, bereits datiert mit 1.8. bzw. 28.7.2006. Entsprechen wortident den tatsächlich unterfertigten Angeboten, nur der Firmenname musste noch eingesetzt werden.</p> <p>[Anm: daraus ergibt sich, dass die Angebote rückdatiert wurden]</p>	BT1,BMI,F11,7.L-a,58.T,S.4
29.8.2006, 18:55	<p>Mail von Kurt SCHMIED an Andreas KRENN:</p> <p>„Bitte um Bekanntgabe der UID Nr. der Telekom Austria AG“</p>	BT1,BMI,F11,7.L-a,58.T,S.4

Anhang A

A.1.3 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Schmied GmbH

30.8.2006	<p>Besprechung Kurt SCHMIED mit Klaus WITTAUER (lt. BV SCHMIED vom 7.9.2011):</p> <p><i>„Mit Ende 2006 startete die Intensivwahlkampfphase. Laut Eintragungen in meinem Notizbuch vom 30.8.2006 gab es an diesem Tag eine Besprechung. Die Örtlichkeit ist mir nicht mehr bekannt. Anwesende Teilnehmer an dieser Besprechung sind mir ebenfalls nicht mehr genau in meiner Erinnerung. In Erinnerung ist mir lediglich, dass die Daten zu diesem Eintrag vom 30.8.2006 aus einem (Erst-)Gespräch mit Klaus WITTAUER stammen.</i></p> <p><i>Konkret teilte mir WITTAUER mit, dass unsere Agentur einen größeren „Part“/Auftrag des BZÖ-Wahlkampfes bekommen sollte. Als Besonderheit der Bezahlung führte WITTAUER damals an, dass die Fakturierung unserer Agentur nicht über die ORANGE/100% erfolgen sollte, sondern von unserer Firma an die TELEKOM AUSTRIA. Die Bezahlung würde dann von der TELEKOM erfolgen. WITTAUER sprach in Summe von ca. 600.000 Euro, die von der TELEKOM kommen würden.</i></p> <p><i>Ich habe damals nicht besonders darüber nachgedacht und mir war es prinzipiell auch egal. Auf Nachfrage, ob es sich bei dieser Modalität um eine Besonderheit handelte, gebe ich an, dass dies natürlich eine Besonderheit war. Für mich wichtig war es, dass unsere Agentur einen derartig großen Auftrag erhielt.</i></p> <p><i>Bei diesem, Gespräch mit WITTAUER führte dieser auch die geplanten Summen an. Diese Summen habe ich in mein Notizbuch dokumentiert. Die Einträge von Personen neben den Summen sollen die zuständigen und befugten Personen für diese Budgetposten sein. WITTAUER erörterte mir die Aufteilung des Budgets. Operativ für die Disposition des Budgets waren die einzelnen Länder zuständig. Demnach waren die in den Ländern zuständigen Personen befähigt, aus diesen „Töpfen“ Leistungen abzurufen.</i></p> <p><i>So ist beispielsweise ersichtlich, dass Arno ECCHER für den Wahlkampf / Bund über 200.000 Euro verfügen durfte. Herbert SCHEIBNER für den Wahlkampf / Wien über 200.000 Euro. Aus meiner Erinnerung heraus ist mir aber eigentlich kein Kontakt oder Auftrag an SCHEIBNER an mich in Erinnerung. Meiner Erinnerung habe ich beinahe ausschließlich mit ECCHER oder WITTAUER Kontakt gehabt bzw. diese Aufträge an uns vergeben. Teilweise auch mit den</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S,1ff
-----------	---	-----------------------------------

Anhang A

A.1.3 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Schmied GmbH

	<p><i>Sekretären der einzelnen Länder, die vermutlich aber nur als „Boten“ bei Bestellungen fungierten. In Summe habe ich im Notizbuch dann als Kostenschätzung 550.000 Euro vermerkt – wie schon angeführt, wurde mir von WITTAUER eben die Summe 600.000 Euro genannt.</i></p> <p><i>Auf Nachfrage, ob die angeführten Personen (Arno ECCHER, Herbert SCHEIBNER) über die geplante Fakturierung an die Telekom bescheid gewusst haben, gebe ich an, dass ich dies nicht weiß. Ich vermute ECCHER schon, kann dies aber nur vermuten. Generell war immer vom „Geld vom Kaus“ (WITTAUER) die Rede.“</i></p>	
31.8.2006	<p>Mail von Florian PHLEPS (florian.phleps@bmvit.gv.at) an Kurt SCHMIED</p> <p><i>„Wie in der Früh kurz besprochen schicke ich Dir die beiden bereits eingebuchten Inserate für das neue Tirol Magazin und dem Stadtmagazin 6020. Sind bereits gebucht und müssen nur noch hingeschickt werden, als Rechnungsadresse hab ich Dich angegeben ;)“</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S.135
1.9.2006	<p>Rechnung Nr 01/09/2006 vom 1.9.2006 zu Anbot Nr. 0710</p> <p>€350.000 + € 70.000 USt = brutto € 420.000</p>	BT1,BMJ,2,L- c,14.T,S,23
1.9.2006	<p>Rechnung Nr 02/09/2006 vom 1.9.2006 zu Anbot Nr. 0802</p> <p>€250.000 + € 50.000 Ust = brutto € 300.000</p>	BT1,BMJ,2,L- c,14.T,S,21
1.9.2006	<p>Telekom-interner Mail-Verkehr zwischen Siegfried MAYRHOFER und Michaela JAUk:</p> <p><i>„folgende Kundenprojekte von Gernot angeordnet (mit FRAUENHOLZ abgestimmt):</i></p> <p><i>Bitte PSP Elemente anlegen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Vertriebskooperation von AonAlarmServices mit Finanzdienstleistern (eine Rechnung, 200.000)</i> • <i>Zielgruppenspezifische Markenpositionierung (eine Rechnung 250.000 und eine 350.000)“</i> <p>[Anmerkung: hier werden also die Projekte mit HASLINGER und SCHMIED Telekom-intern gemeinsam angeordnet und bearbeitet; man kann daher wohl davon ausgehen, dass die Aussagen SCHIESZLERS zum Konnex der UDVO mit den Zahlungen an SCHMIED auch auf die Zahlung an HASLINGER zutreffen]</p> <p>Antwort am 6.9.</p> <p><i>„Wie mit Christoph [NOVY? Steht im CC, Anm.] abgestimmt, die PSP</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,560.T,S.14

Anhang A

A.1.3 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Schmied GmbH

	<p><i>Elemente für die unten angeführten Kundenprojekte wie folgt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Vertriebskooperation von AonAlarmServices mit Finanzdienstleistern, PSP Element K.3022.001.5.28</i> • <i>Zielgruppenspezifische Markenpositionierung: K.3023.001.5.28</i> 	
12.9.2006	<p>Telekom-interne Bearbeitung der Angebote und Rechnungen. Vermerk:</p> <p><i>„Seitens EID/SEU wurde empfohlen, diese Beauftragung bezüglich des Leistungsumfanges zu konkretisieren. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass möglicherweise das erforderliche Know-How seitens des Auftragnehmers zu hinterfragen ist.“</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,560.T,S.7
20.9.2006	<p>Mail von Franz GREUL (Telekom Einkauf und Interne Dienste) an Monika SCHÖFFMANN:</p> <p><i>Bitte die beiliegenden 2 Rechnungen der Fa. Werbeagentur Schmied so schnell wie möglich einscannen und zur Buchung weiterleiten, sie sind für eine dringende Eilüberweisung vorgesehen.</i></p>	BT1,BMJ,2.L-c, 14.T,S.16
26.9.2006	<p>Mail von Tina HASLINGER an Kurt SCHMIED:</p> <p><i>„Anbei nun mein grobes Rechnungsformular. Sie werden das Dokument sicher in ihr Buchhaltungsprogramm umformatieren. Die Positionen und der Rechnungsbetrag sollte stimmen. Wenn Sie mir heute die Rechnung zusenden, überweise ich morgen den Gesamtbetrag. Gerne können Sie mir auch die Rechnung per Boten zukommen lassen, um Zeit zu sparen. Ich bin froh, wenn die Sache asap erledigt ist.“</i></p> <p>Rechnung der Projektentwicklung Werbeagentur SCHMIED GmbH an HASLINGER über € 200.449,23 (Überweisung folgt am 28.9.2006) (Rechnungsdatum wahrscheinlich am 28.9. auf 26.9. rückdatiert)</p>	BT1,BMJ,2.L-c, 46.T,S.40; BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S.53
26.9.2006	<p>Rechnungen:</p> <p>Nr 37 der ORANGE Werbeagentur GMBH an die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH über € 170.400</p> <p>Nr 38 der ORANGE Werbeagentur GMBH an die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH über € 60.000</p> <p>Dazu Kurt Schmied in der BV vom 7.9.2011:</p> <p><i>„Die auf den Eingangsrechnungen angeführten Rechnungsbeträge wurden von Arno ECCHER vorgegeben. Damit wurden Teile des Gesamtbudgets von der TELEKOM an die ORANGE Werbeagentur</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S.8; Rechnungen: S.104ff

Anhang A

A.1.3 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Schmied GmbH

	<i>GmbH weitergeleitet. Gegenleistungen dieser Eingangsrechnungen bezogen wir nicht, sondern ging es bei diesen Eingangsrechnungen nur um Weiterleitung von Geldern. Die ORANGE Werbeagentur GmbH hat natürlich den Wahlkampf auch geführt, aber sie wurde nicht vom BZÖ gezahlt, sondern eben durch die Weiterleitung der Gelder aus den beiden Ausgangsrechnungen an die TELEKOM AUSTRIA.“</i>	
28.9.2006	<p>12:02 Mail SCHMIED an HASLINGER: <i>„da der wahlkampf bald zu ende geht bitte ich sie mir so bald wie möglich die daten unserer rechnung zukommen zu lassen.“</i></p> <p>12:49 Antwort von HASLINGER: <i>„Ich habe Ihnen das Rechnungsformular doch schon vor 2 Tagen gesandt – Bitte melden Sie sich, wenn Sie es in den nächsten 10 min nicht haben.“</i></p> <p>16:11 HASLINGER an SCHMIED: <i>„das Geld ist quasi schon bei Ihnen, anbei meine Überweisungsbestätigung“</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,S.86
29.9.2006	Rechnung Nr. 39 der ORANGE Werbeagentur GmbH an die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH über € 90.000	BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S.8 und S.106
2.10.2006	<p>Mail PHLEPS (jetzt von BZÖ –Adresse) an Kurt SCHMIED: <i>„Kannst du mir bitte eine Detailabrechnung unserer über Dich verrechneten Leistungen schicken? Sind wir bei 300.000 angelangt? Nach meiner Rechnung noch nicht! Wir werden auf jeden Fall die 300.000 Budget vom Klaus bei Dir ausnützen ;)“</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S.78
9.10.2006	<p>Mailverkehr SCHMIED – PHLEPS</p> <p>10:01 SCHMIED an PHLEPS: <i>„ihr habt bis jetzt brutto euro 18.090,98 zuviel ausgegeben. Ich bitte dich mir mitzuteilen, an wen ich den betrag fakturieren soll. Weiters bitte ich um schnellstmögliche überweisung, damit ich im gegenzug die anderen rechnungen begleichen kann“</i></p> <p>10:06 PHLEPS an SCHMIED: <i>„18.090,98 zuviel ausgegeben auf die 300.000, oder ist die gesamte Summe vom Klaus WITTAUER noch nicht gekommen? Kannst du einmal, wenn du wieder ein bisserl Luft hast, eine Aufstellung der einzelnen Rechnungen machen.“</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S.131

Anhang A

A.1.3 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Schmied GmbH

	<p>10:40 SCHMIED an PHLEPS <i>„ihr habt bis jetzt 318.090,98 Euro ausgegeben. Wie geht's weiter?“</i></p> <p>10:54 PHLEPS an SCHMIED: <i>„Hilfe, warum sind wir plötzlich drüber?“</i></p> <p>11:15 PHLEPS an SCHMIED: <i>„Werd mich gleich mit dem Klaus und dem Andreas kurzschließen, damit das restliche Geld zu Dir kommt.“</i></p>	
10.10.2006	<p>10:54 Mail SCHMIED an PHLEPS: <i>„Anbei die genaue Auflistung der Kosten für Tirol.“</i></p> <p>11:01 Mail PHLEPS an SCHMIED: <i>„Mir ist aufgefallen, dass das ein Betrag von 250.000 netto Budget angegeben ist. Der Klaus WITTAUER hat für Tirol aber 300.000 netto zur Verfügung gestellt. Auch dein Honorar geht mir in der Aufstellung noch ab.“</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S.131
18.12.2006	<p>Rechnung 1/2006 von Klaus WITTAUER an die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH über € 20.319,47 für „zur Verfügung gestellte Grundstücke zu Werbezwecken Leistungszeitraum 1. Juni 2006 bis 31. Oktober 2006“</p> <p>Dazu Kurt Schmied in der BV vom 9.7.2006: <i>„Glaublich haben wir einen Kran oder ähnliches auf einem Grundstück von WITTAUER in Tirol aufgestellt. Darauf war ein riesiges Plakat aufgehängt. [...] Auf Nachfragen, wann der Wahlkampf letztendlich endabgerechnet war, gebe ich an, dass es keine Endbesprechung mit Kalkulationen gegeben hat. Es gab nur eine Rückmeldung, dass sich die Rechnungen im Budget ausgegangen sind. Auf Vorhalt, dass die Rechnung von WITTAUER (Dezember 2006) bereits lange nach der bereits erfolgten Wahl (Anfang Oktober 2006) gelegt wurde, gebe ich an, dass hier wohl noch Budgetgelder vorhanden waren und deswegen auch eine Abdeckung erfolgen konnte. Meiner Erinnerung nach handelte es sich um die letzte Rechnung, welche im Wahlkampf für die NR-Wahl 2006 verrechnet wurde.“</i></p>	BT1,BMI,F11,3. L-a,419.T,S.8; Rechnung: S.108
	Beginn der Ermittlungen	
9.8.2011	Kurt Schmied zu den beiden Angeboten bzw. Rechnungen in seiner	BT1,BMJ,2.L-

Anhang A

A.1.3 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Schmied GmbH

	<p>BV am 9.8.2011:</p> <p><i>„Ich kenne diese beiden Rechnungen.</i></p> <p><i>Sie wurden von mir an die Telekom Austria im Auftrag des BZÖ, namentlich von einer der drei Personen Arno ECCHER, Andreas GEBAUER und Klaus WITTAUER erstellt.</i></p> <p><i>Von der Telekom Austria selbst hatte ich nie derartige Aufträge erhalten bzw. eine Leistung an die Telekom Austria geleistet. Einen Mag. Schieszler kenne ich nicht und habe nie wissentlich mit ihm gesprochen oder zu tun gehabt.</i></p> <p><i>Ein Angebot Nr. 0710 bzw. 0802 ist komplett erfunden und hat keinen realen Hintergrund. Ebenso die 2 dazugehörenden Rechnungen.</i></p> <p><i>Die Rechnungen und Angebote stammen aus einem „Gefallen“ den unsere Firma Projektentwicklung Werbeagentur Schmieg GmbH – letztendlich für die Partei BZÖ – machte, weil einer der 3 Personen meinte das BZÖ bzw. die ORANGE kann das nicht „selber machen“. Ich habe damals nicht nachgedacht bzw. nachgefragt warum. [...]</i></p> <p><i>Darum vereinbarten wir, dass die TELEKOM den Betrag an die Projektentwicklung Werbeagentur SCHMIED GmbH bezahlt, und wir im Gegenzug den Wahlkampf des BZÖ für das Bundesland Tirol in Bezug auf die Nationalratswahl 2006 durchführen und die Inserate usw. auch bezahlen. Dies führten wir auch so durch. Für den Betrag, den uns die TELEKOM überwies, machte unsere Agentur Wahlkampfleistungen (Inserate usw.) für das BZÖ. Ich glaube, dass etwa 5% der EUR 600.000 Eigenleistung meiner Agentur waren, der Rest waren „Durchläufer“ für Zeitungsinserate.</i></p> <p><i>[...] Davon, dass unsere Leistungen nicht an das BZÖ weiterverrechnet wurden, wussten WITTAUER und ECCHER. GEBAUER war meines Wissens nur Spitzenkandidat und kümmerte sich nicht um die Finanzierung.“</i></p>	c,T.14,S.6f
18.8.2011	<p>Bericht an die OstA vom 18.8.2011:</p> <p><i>„Klaus Wittauer gab an, Dr. HOCHEGGER sei im Sommer 2006 an ihn herangetreten und habe ihn gebeten, ein Geschäft zwischen der Telekom Austria AG und der Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH zu vermitteln. Diesen Kontakt habe er hergestellt, Kenntnis von Details, was mit diesem Geld passiert sei, habe er nicht.</i></p> <p><i>Arno ECCHER hatte weder zur UDVO, noch zur Zahlung der TELEKOM AUSTRIA AG an die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH Wahrnehmungen.“</i></p>	BT1, BMJ, 2.L-c, T.51, S.5

Anhang A

A.1.4 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Fa. Inbestform.at

29.8.2011	<p>In einer Sachverhaltsdarstellung schreibt das BZÖ, dass es im Sommer 2006 eine Zahlung der Werbeagentur Schmied GmbH an die Orange Werbeagentur GmbH in Höhe von € 320.400 gegeben habe. In die Gegenrichtung seien € 50.400 geflossen. Beide Zahlungen stünden in Zusammenhang mit dem NR-Wahlkampf 2006.</p> <p>Auskunft geben darüber könnten Arno ECCHER, Uwe SCHEUCH und Peter WESTENTHALER.</p>	BT1, BMJ, 2.L-c, 35.T, S.3
-----------	--	----------------------------

A.1.4. BZÖ - Zahlungen über Fa. Inbestform.at

2006	<p>Mag. Tina HASLINGER, Tochter eines der Partner der Werbeagentur Haslinger Keck, und von 2001 bis 2006 dort tätig, macht sich selbständig im Bereich Werbung und Projektorganisation mit dem Label „inbestform“. Zwischen inbestform und Haslinger-Keck habe es nur im in den Jahren 2008 und 2009 beim Projekt Linz 09 Überschneidungen gegeben, sonst nicht.</p>	BT1, BMJ, 2.L-c, 46.T, S.10
Juli 2006	<p>ZV HASLINGER vom 13.10.2011:</p> <p><i>„Im Juli 2006 kam der Kabinettschef von BM Gastinger des BMJ, Christoph PÖCHINGER, auf mich zu und schlug mir vor, eine Printkampagne für den Vorzugsstimmenwahlkampf für Frau GASTINGER zu entwickeln.</i></p> <p><i>Anführen möchte ich, dass mich PÖCHINGER kannte, da er ein Volksschulfreund meines Lebensgefährten – Gerhard M – war. Er wusste über meine Tätigkeiten in der Werbebranche bescheid und so rief er mich an und machte mit mir einen Termin aus.</i></p>	BT1, BMJ, F00, 2.L-c, 46.T, S.7
19.7.2006	<p>Briefinggespräch im Cafe Eiles zwischen Tina HASLINGER und Christoph PÖCHINGER über Werbemaßnahmen für GASTINGER.</p> <p><i>„Geldmittel kommen von privat – wird noch geklärt“; kurios: „BZÖ soll nicht vorkommen“</i></p> <p><i>ZV HASLINGER: „Thema war der Vorzugsstimmenwahlkampf der Frau GASTINGER, im Rahmen von ca. 80.000-100.000 Euro. Schon zu diesem Zeitpunkt sagte mir PÖCHINGER, dass die Kampagne selbst von privater Seite gezahlt werde – von welcher sagte er mir zu diesem Zeitpunkt nicht.</i></p> <p><i>Für mich war es grundsätzlich ein Auftrag von BMJ. Dies war für mich unausgesprochen so, da PÖCHINGER eben für mich der Kabinettschef der GASTINGER war. Ich kann mich aber auch nicht erinnern, dass PÖCHINGER ausdrücklich gesagt hat, dass es ein Auftrag für das BMJ</i></p>	BT1, BMJ, 2.L-c, 46.T, S.25, S.11f

Anhang A

A.1.4 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Fa. Inbestform.at

	<p><i>ist. Auch war es für mich zu diesem Zeitpunkt nicht fragwürdig, dass dieser Auftrag von privater Seite gezahlt wird.</i></p> <p><i>Ich machte mich umgehend um die Umsetzung der Anzeigen und legte erste Gestaltungsvorschläge vor. Zur Vorlage dieser Vorschläge wurde ich glaublich zwei Meetings im BMJ vorstellig. Bei den Meetings selbst waren außer mir Herr PÖCHINGER und ein mir unbekannter Mann – glaublich auch aus dem Justizministerium anwesend. [...] Des Weiteren besprach ich meine Arbeit ausschließlich mit Herrn PÖCHINGER und das mittels E-Mail, per Telefon und bei diversen Treffen in Cafes.“</i></p>	
27.7.2006	<p>Datum des Angebots von Tina HASLINGER an Telekom Austria , Fixhonorar: € 240.000 inkl. USt ; dürfte aber rückdatiert sein, da der Entwurf erst am 29.8.2006 per E-Mail von Andreas KRENN an HASLINGER übermittelt wurde.</p> <p>Im Akt liegt auch eine undatierte Auftragsbestätigung durch die Telekom. Als Bearbeiter scheint auf: Franz GREUL</p>	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.21
Mitte August 2006	<p>ZV HASLINGER vom 13.10.2011:</p> <p><i>„Mitte August 2006 teilte mir PÖCHINGER dann mit, dass das Geld für die Kampagne von der TELEKOM käme. Wann genau kann ich nicht mehr sagen. Es floss bei einem unserer zuvor angeführten Gesprächstermine ein. Zu diesem Zeitpunkt teilt mir PÖCHINGER dann auch mit, dass ich wesentlich mehr Geld von der TELEKOM erhalten werde, da noch eine zweite Werbekampagne für Herrn Klaus WITTAUER in Tirol finanziert werden sollte. Die Person WITTAUER kannte ich bis zu diesem Zeitpunkt nicht.</i></p> <p><i>PÖCHINGER nannte zu diesem Zeitpunkt mir die Summe von 240.000 Euro, die ich erhalten sollte. Glaublich fügte er zu, dass dies mit dem Justizministerium und der Telekom so vereinbart worden wäre.</i></p> <p><i>Glaublich sprach PÖCHINGER davon, dass für das überschüssige Geld für WITTAUER Werbegeschenke gekauft werden sollten. Für mich war somit klar, dass ich damit nichts zu tun haben werde. Es erschien mir zwar merkwürdig, sah mich aber durch die Vereinbarung mit PÖCHINGER in der Situation mit dem Justizministerium zu verhandeln und schloss somit auf die Legitimität des Geschäftes.“</i></p>	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.11f
23.8.2006	Freigabe von Werbelayouts für Inserate durch PÖCHINGER	BT1,BMJ,2.L-

Anhang A

A.1.4 Telekom – BZÖ - Zahlungen über Fa. Inbestform.at

		c,46.T,S.17
25.8.2006	Buchung eines halbseitigen Inserats in „ÖSTERREICH“ durch HASLINGER um € 12.744,90 für den 10.9.2006	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.33
29.8.2006, 20:12	E-Mail von Mag. Andreas KRENN, MBA (Leiter Business Analysis, Planning & Equity Telekom Austria AG) an HASLINGER (CC: an SCHIESZLER): „Sg. Damen und Herren, Wie mit Hrn SCHIESZLER besprochen sende ich Ihnen das gewünschte Dokument. Bei Fragen einfach anrufen.“ Anhang: Vertriebsvertrag.doc = Entwurf für ein auf den 27.7.2006 datiertes Anbot an die Telekom Austria AG mit folgendem Leistungsspektrum: <ul style="list-style-type: none"> • Definition und Zielsetzung bezüglich Vertriebskooperationen im Segment Alarm Services • Analyse der Aktivitäten und Prüfung von potentiellen Kooperationspartnern • Geschäftsanbahnung und Finden der Entscheidungsträger bei potentiellen Kooperationspartnern (zB Wüstenrot, Uniqa, Wr. Städtische, ...) • Aufbau von gemeinsamen Geschäftsmodellen mit Finanzdienstleistern • Konzept für die Entwicklung von Provisionsvereinbarungen 	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.35
29.8.2006, 20:41	E-Mail von HASLINGER an KRENN: „brauchen sie das dokument als word oder kann ich auch ein pdf senden? Zahlung müsste bis 8.9. spätestens auf meinem konto sein“	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.19
29.8.2006, 21:00	E-Mail von KRENN an HASLINGER (CC : SCHIESZLER) „Schnellster Ablauf: Vertrag auf ihren Firmenpapier unterschreiben und als pdf schicken. Der gegengezeichnete Vertrag wird an sie retourniert. Die Rechnung gleich direkt an Hrn SCHIESZLER schicken. Bei Fragen einfach anrufen.“	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.19
1.9.2006	Rechnung HASLINGER an Telekom Austria AG über € 240.000, Zahlung bis spätestens 8.9.2006 wird verlangt (Anmerkung: am 10.9.2006 ist ein Inserat im Österreich gebucht um € 12.744,90!)	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.38
22.9.2006	Überweisung € 240.000 von der Telekom an HASLINGER	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.18
26.9.2006	Mail von Tina HASLINGER an Kurt SCHMIED: „Anbei nun mein grobes Rechnungsformular. Sie werden das Dokument sicher in ihr Buchhaltungsprogramm umformatieren. Die Positionen und der Rechnungsbetrag sollte stimmen. Wenn Sie mir	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.40; BT1,BMI,F11,3.L-a,419.T,S.53;

Anhang A

A.1.4 Telekom – BZÖ – Zahlungen über Fa. Inbestform.at

<p><i>heute die Rechnung zusenden, überweise ich morgen den Gesamtbetrag. Gerne können Sie mir auch die Rechnung per Boten zukommen lassen, um Zeit zu sparen. Ich bin froh, wenn die Sache asap erledigt ist.“</i></p> <p>Rechnung der Projektentwicklung Werbeagentur SCHMIED GmbH an HASLINGER über € 200.449,23 (Überweisung folgt am 28.9.2006) (Rechnungsdatum wahrscheinlich am 28.9. auf 26.9. rückdatiert)</p> <p>Dazu BV von PÖCHINGER:</p> <p><i>„Ende September kam es dann zum Austritt aus der Politik von Frau GASTINGER.</i></p> <p><i>GASTINGER kam dann persönlich zu mir und teilte mir mit, dass die Kampagne ihre Person betreffend sofort zu beenden sei.</i></p> <p><i>Auch wollte sie, dass noch „übrig gebliebenes Geld“ umgehend an das BZÖ (für sie war das Geld von WITTAUER gleichbedeutend mit Geld vom BZÖ) zurückzuerstatten sei.</i></p> <p><i>Meiner Erinnerung nach habe ich nach dem zuvor angeführten Gespräch mit GASTINGER Gernot RUMPOLD angerufen. Er war für mich der Leiter des Wahlkampfes des BZÖ 2006.</i></p> <p><i>Werde ich gefragt, ob RUMPOLD zuvor in den Persönlichkeitswahlkampf GASTINGER involviert war, so verneine ich dies.</i></p> <p><i>Ich teilte RUMPOLD mit, dass eine Inseratkampagne für GASTINGER in der Tageszeitung ÖSTERREICH gebucht sei, jedoch nicht mehr gebraucht werde und er über diese – in Bezug auf das BZÖ – verfügen könne. Den Grund für den das Überflüssig werden seitens GASTINGER teilte ich RUMPOLD nicht mit.</i></p> <p><i>Bei einem zweiten Telefongespräch – wenige Tage nach dem ersten Gespräch und nach dem öffentlichen Rücktritt von GASTINGER – mit RUMPOLD, fragte ich ihn bezüglich der weiteren Vorgangsweise des noch vorhandenen Wahlkampfbudgets der GASTINGER, das ihr – meinem Glauben nach – vom BZÖ über WITTAUER zur Verfügung gestellt wurde.</i></p> <p><i>Hierzu möchte ich anmerken, dass wir von dem damaligen Parteiobmann WESTENTHALER mehrfach darauf hingewiesen wurden, dass das Budget für den Persönlichkeitswahlkampf GASTINGER nicht von uns selbst, sondern vom BZÖ aufgestellt wurde. RUMPOLD teilte mir mit, dass das verbliebene Wahlkampfbudget an eine Firma zu überweisen ist. Werde ich mit dem Namen „Projektentwicklungsagentur SCHMIED“ konfrontiert, so</i></p>	<p>BT1,BMI,F11,7. L-a,29.T,S.7</p>
--	--

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p><i>gebe ich an, dass dies die Firma war, die mir RUMPOLD für die Weiterleitung des Wahlkampfbudgets nannte.</i></p> <p><i>Darauf hin rief ich HASLINGER an und teilte ihr mit, dass der Wahlkampf „GASTINGER2 beendet ist, sie die Abrechnung ihrer Leistungen von dem – von der Telekom - an sie überwiesenen Geld machen solle und den Restbetrag an die Firma Projektentwicklungsagentur SCHMIED überweisen solle. Für mich war damit das Thema abgeschlossen.“</i></p>	
26.9.2006	Rechnung der Projektentwicklung Werbeagentur SCHMIED GmbH an HASLINGER über € 200.449,23	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.40
28.9.2006	<p>12:02 Mail SCHMIED an HASLINGER:</p> <p><i>„da der wahlkampf bald zu ende geht bitte ich sie mir so bald wie möglich die daten unserer rechnung zukommen zu lassen.“</i></p> <p>12:49 Antwort von HASLINGER:</p> <p><i>„Ich habe Ihnen das Rechnungsformular doch schon vor 2 Tagen gesandt – Bitte melden Sie sich, wenn Sie es in den nächsten 10 min nicht haben.“</i></p> <p>16:11 HASLINGER an SCHMIED:</p> <p><i>„das Geld ist quasi schon bei Ihnen, anbei meine Überweisungsbestätigung“</i></p>	BT1,BMI,F11,3.L-a,S.86
28.9.2006	Überweisung € 200.449,23 von HASLINGER an Projektentwicklung Werbeagentur SCHMIED GmbH	BT1,BMJ,2.L-c,46.T,S.41

A.1.5. Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

Datum	Beschreibung	Quelle
4.10.2000	<p>Hauptversammlung der Telekom beschließt Aktienoptionsplan, an dem sich 100 leitende Angestellte beteiligten. Um Bonuszahlungen zu erhalten, muss die Telekom-Aktie an einem von 4 Stichtagen einen bestimmten Wert erreichen. Letzter Stichtag: 26.2.2004</p> <p>Das Programm soll die Idee der seinerzeitigen ÖIAG-Vorstände Rudolf STREICHER und Johannes DITZ gewesen sein. Beide seien, wie auch ÖIAG-Vorstand Alfred HEINZEL, Begünstigte des Programms gewesen und hätten je 130.000,- Euro lukriert, so der Standard.</p>	<p>News 35/11, S. 20f., 42/11, S. 28, Falter 35/11, Profil 30.7.11</p> <p><u>Standard</u>, <u>28./29.2.2004</u></p> <p><u>Absicherung durch Merrill</u></p>

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>Zur Absicherung des Stock Options Programms kauft die Telekom außerbörsliche Optionen von Merrill Lynch (London).</p> <p>Dazu der Strafbescheid der FMA vom 25.8.2004 gegen WANOVITS: <i>„Begünstigte dieses Programms waren neben den vier Vorständen der Telekom weitere 95 Führungskräfte der Telekom Gruppe. Den Begünstigten wurde von der Hauptversammlung der Gesellschaft am 4.10.2000 ein Anrecht auf 8 oder 12 Optionen pro von ihnen im Zuge des Börsengangs der Telekom gezeichneter Aktie unter Berücksichtigung bestimmter Wartefristen eingeräumt. Es wurde insbesondere festgelegt, dass die Optionen nur am 2.6.2003, oder am 29.8.2003, oder am 28.11.2003 oder am 27.2.2004 ausgeübt werden können. Dies allerdings auch nur dann, wenn der Kurs der Aktie an den fünf dem jeweiligen Ausübungstag (im gegenständlichen Fall der 27.2.2004) vorangegangenen Handelstagen im Durchschnitt um mindestens 30% über dem Ausgabekurs anlässlich des „Initial Public Offering“ (IPO) liegt. Das bedeutete – ausgehend vom Ausgabekurs der Telekom Aktie von 9 Euro – dass diese Aktienoptionen nur dann zu den Ausübungsterminen ausgeübt werden konnten, wenn der erwähnte Durchschnittskurs an den jeweils fünf vorangehenden Handelstagen mindestens 11,70 Euro beträgt. Der 27.2.2004 war letzte Ausübungstag für die gegenständlichen Aktienoptionen. Das bedeutete, dass nicht zu diesem Tag ausgeübte Optionen endgültig verfallen würden.“</i></p>	<p><u>Lynch:</u> 01,BMJ,F00,2. L-b,120.T,S. <u>147</u></p>
21.11.2000	Telekom-Aktie geht an die Börse. Ausgabepreis: neun Euro.	<u>Profil 30.7.11</u>
2.6.2003	1. Stichtag für Stock Options Programm: TA-Aktien bleibt – im Durchschnitt der letzten fünf Tage - unter den erforderlichen 11,70 Euro.	BT1,BMJ,F00,2 .L-b,152.T
29.8.2003	2. Stichtag für Stock Options Programm: TA-Aktien bleibt – im Durchschnitt der letzten fünf Tage - unter den erforderlichen 11,70 Euro.	BT1,BMJ,F00,2 .L-b,152.T
	<p>SCHIESZLER in seiner BV vom 8.7.2011: <i>"Nachdem sich in den ersten beiden Handelstagen abzeichnete, dass der Kurs die Marke des Stock Options Programms knapp nicht erreichen wird, hat der damalige Vorstand, nach Aussagen die mir der damalige Finanzvorstand Stefano COLOMBO wiedergegeben hat, extremen Druck auf ihn ausgeübt. [Anmerkung: Gemeint sind</i></p>	<p>BV SCHIESZLER: BT1,BMJ,F00,2 .L-b,12.T,S. 389ff; 38. BAK-</p>

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>vermutlich die ersten beiden Stichtage für das Stock Options Programm, nicht die ersten beiden Handelstage der Telekom-Aktie.] <i>Das war Hr. Generaldirektor SUNDT und Vorstand FISCHER. (...) In diesem Zusammenhang hat Stefano COLOMBO gebeten, alle Mitarbeiter, die in seinem Umfeld waren und Ideen dazu hätten, sie an ihn heranzutragen.</i></p> <p><i>Hr. Josef TRIMMEL, Bereichsleiter, damals wie heute für den Whole-Sale-Bereich, kam auf mich zu, er hätte eine Idee mit der Euro Invest Bank, welche zum damaligen Zeitpunkt in der Verfügungsgewalt von Hr WANOVITS stand.</i></p> <p><i>Wir haben uns daraufhin bei COLOMBO und FISCHER getroffen. Jene gaben den Auftrag abzuklären, ob WANOVITS diese kurzfristige Kursteigerung einleiten könne. Danach sind Hr. TRIMMEL und ich zur Euro Invest, in einer Hintergasse des Naschmarkts, gefahren und haben uns am Trading Floor angesehen, wie Aktienhandel funktioniert. WANOVITS hat dann einen Vorschlag gemacht, für seine Renumeration, die einen fix und einen variablen Teil beinhaltete. An die Höhe kann ich mich nicht mehr genau erinnern. Nur es wäre so gewesen, dass wir, sprich die TA AG, die Spesen plus einen Aufschlag auf jedes Papier (Anmerkung Aktie) zahlen hätten müssen.</i></p> <p><i>Da wir aber gesehen habe, dass im Rahmen der Blockade die bei den Aktienkursen eingestellt waren, sogenannte Eisberge. Ein Eisberg bedeutet, dass wenn sie 10 Aktien zum Kurs von XY kaufen, sofort zum selben Kurs ein Mehrfaches, zB 100 zu Verkauf angeboten werden. Dies machen in der Regel Investment Banken oder Hedge Fonds, weil sie im Optionsgeschäft sind. Damit aus dem Optionsgeschäft ein Gewinn resultiert, ist es für diese notwendig, dass eine Aktie zu einem gewissen Stichtag einen bestimmten Kurs nicht übersteigt. Daraufhin war für uns klar, dass eine Zusammensetzung aus Spesen und Fixhonorar nicht den Erfolg garantieren kann, dies deswegen, weil keiner von uns wusste, wie viele Aktien diese Errichter eines Eisberges auf den Markt werden würden. Deswegen hätte es etwa passieren können, dass wir 500.000 Euro Spesen zahlen hätten müssen, ohne einen Erfolg, wo man noch schwerer einen Rechtsgrund angeben hätte können.</i></p>	<p>Anlassbericht vom 26.7.2011: BT1,BMJ,F00,2 .L-b,152.T</p>
--	--	--

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p><i>Vorhalt, dass damit der Kurs künstlich auf ein Niveau über den Marktwert gehoben wurde, wodurch die Telekom Ratifikationszahlungen an Mitarbeiter leisten musste und damit das Unternehmen betrogen wurde:</i></p> <p><i>Das ist richtig, aber damals fühlten sich leitende Mitarbeiter moralisch im Recht, weil es im Zuge des IPO vorgeschrieben wurde, Aktien des eigenen Unternehmens zu kaufen, und manche dafür einen Kredit aufgenommen haben.</i></p> <p>COLOMBO und FISCHER wiesen aber Hr TRIMMEL und mich an, weiter dran zu bleiben, was wir auch taten und baten Hr. WANOVITS den Markt weiter zu beobachten. [...]</p> <p><i>TRIMMEL kennt WANOVITS aus Jugendtagen. Sie stammen aus derselben Gemeinde im Burgenland. Aus meiner Wahrnehmung würde ich sie als Freunde bezeichnen.“</i></p>	
28.11.2003	3. Stichtag für Stock Options Programm: TA-Aktien bleibt – im Durchschnitt der letzten fünf Tage - unter den erforderlichen 11,70 Euro.	
22.1.2004	Telekom Italia Verkauft 14,78% der Aktien der Telekom (lt BV Colombo)	BT1,BMI,F11,3 .L-a,427.T,S.6
17.2.2004	<p>BV Colombo 20.9.2011:</p> <p><i>„Den Italienern gelang es mit nur 0,6% Nachlass zu verkaufen per 22. Jänner 2004. Die Aktie stieg infolge und die Analysten begannen zu schreiben vom Ziel 13 €. Jedoch am 17.2.2004 spricht der ÖIAG Chef MICHAELIS zu Journalisten, dass es keine Gespräche mit SWISSCOM gebe, dass alle Optionen im Hinblick auf den Verkauf der Anteile der ÖIAG an der Telekom Austria offen seien und der Preis für die ÖIAG-Anteile 15-16 € betragen könnte. Dies war ein Fehler, weil der Anteil der ÖIAG war (und ist) über 25%, bei Verkauf eines solchen Anteils wird für gewöhnlich ein Zuschlag von 25% auf den Aktienkurs berechnet. Die Investoren folgerten daraus, dass das Kurspotential der Aktie schon mehr als ausgeschöpft ist.“</i></p>	BT1,BMI,F11,3 .L-a,427.T,S.6
20.2.2004	<p>Veröffentlichung der TA im Amtsblatt der Wr. Zeitung</p> <p><i>„Der Vorstand der Telekom Austria AG hat am 18. Februar 2004 beschlossen, (...) die im Jahr 2000 erworbenen 3,326.881 American Call-Optionen auf Aktien der Telekom Austria AG mit 27. Februar 2004 auszuüben. Zweck des Rückerwerbs ist die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber leitenden Angestellten, Vorständen und</i></p>	BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.172

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<i>Geschäftsführern der Telekom Austria AG und mit ihr verbundener Unternehmen aus bestehenden und künftigen Aktienoptionsprogrammen.“</i>	
22.2.2004	<p>BV Colombo 20.9.2011:</p> <p><i>„Freitag war der Tag nach dem Opernball (19.2.2004) bei dem ich anwesend war bis ca. 04.00 Uhr. Ich flog dann um ca 11.00 Uhr desselben Tages nach Mailand. Montag zu Mittag kam ich zurück in das Büro und war mit der Bilanzerstellung beschäftigt.</i></p> <p><i>Ich stand zusammen mit Hr. FRUHMANN und Fr. KATZER als mich SUNDT anruft, dass ich zu ihm kommen solle. Es war bereits ein Meeting im Gange. Anwesend waren Fischer, SUNDT, Dr. VOGT (Generaldirektor von Centrobank Raiffeisen), glaublich Hr. PASTNER (Assistent von Hr. SUNDT) und glaublich SCHIESZLER, an ihn erinnere ich mich jedoch nicht konkret. SUNDT schimpfte und schrie am Telefon mit jemandem, wobei mehrmals der Name MICHAELIS fiel. Mit wem SUNDT telefonierte weiß ich nicht. Dann sprach VOGT über den Aktienstand. Dieser war am Freitag glaublich bei 11,65 €. VOGT sprach auch davon, dass viele Optionsgeschäfte im Laufen wären und dass am Freitag Morgan Stanley die Telekom Aktie in seinen Index aufnehmen wird. [...]</i></p> <p><i>FISCHER war bei dieser Besprechung am Montag sehr nervös und sprach immer über die Boni der Mitarbeiter, von denen viele deswegen schon Kredite aufgenommen hätten. Ich schlug vor, denen doch eine Prämie zu zahlen. Dann kam es zur Frage an mich, was wir tun können. Ich sagte, wir können nichts tun, außer es kommt ein Investor und zwar wegen der sogenannten „Black Period“.“</i></p> <p><i>[...] SUNDT holte mich in dieses Meeting, da der CFO dabei sein muss. FISCHER war sehr nervös. Ich sagte, die Aktie kann nur steigen, sollte ein Investor kommen. Ich sagte auch wir sind in der Black Period, wir können nichts nach außen kommunizieren. Bei der „Black Period“ handelt es sich um einen Zeitraum von 2-4 Wochen vor der Veröffentlichung des Jahres- bzw. auch der Quartalsergebnisse, während derer überhaupt keine relevante wirtschaftliche Information über das Unternehmen oder Zahlen kommuniziert werden dürfen. Die Vorschrift resultiert aus der Notation an der New Yorker Börse, aber ich denke es gab damals auch schon für die Wiener Börse eine derartige Empfehlung.</i></p> <p><i>Wir haben dann noch kurz diskutiert über die Prämienzahlung an Mitarbeiter, falls das Stock Option Programm nicht schlagend wird. FISCHER war sehr nervös wegen dem großen Druck der Mitarbeiter. Mein Eindruck war, dass er auch persönlich sehr interessiert war an</i></p>	BT1,BMI,F11,3 .L-a,427.T,S.6-8

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<i>dem Bonus, zumal er auch einen aufwendigen Lebensstil im Gegensatz zu mir hatte.“</i>	
24.2.2004	BV Colombo 20.9.2011: <i>„Am Dienstagnachmittag, 24.2.2004, kam SCHIESZLER zu mir und sagte, dass es eine Lösung gebe. Ich sagte zu ihm, dass ich das nicht hören will und dass in der Telekom nichts passiert. Es war das Wort Lösung, das für mich negativ behaftet war und mit ‚etwas künstlich Schaffen‘ gleichzusetzen war.“</i>	BT1,BMI,F11,3 .L-a,427.T,S.7
25.2.2004	13.06h: Telefonat Peter BICSIK (Euro Invest) mit Maple Bank Frankfurt: <i>"...weil ich bin da jetzt gerade dran möglicherweise ein großes Geschäft zu entrieren... Und dass ich das halt auch mit meinem Auftraggeber von der Größenordnung her absprechen kann."</i>	Tonbandprotokolle der Gespräche zwischen Euro Invest Bank AG und Maple Bank im Zeitraum 25.2.-27.2.2004: BT1,BMJ,F00,2 .L-b,121.T,S.156ff.
25.2.2004 oder 26.2.2004	BV Rudolf FISCHER vom 2.8.2011: <i>„Ich möchte noch ergänzen, dass es entweder am 26.2.2004 oder einen Tag davor eine Besprechung des Vorstandes gegeben hat, in der es darum ging, allenfalls einen Investor zu finden, der Aktien zukauf und damit die Erreichung des Kurszieles möglich macht. Anwesend bei dieser Sitzung waren Stefano COLOMBO, Heinz SUNDT, vielleicht Boris NEMSIC und ich. Ich weiß nicht, ob vielleicht noch ein Vorstandsassistent oder etwas ähnliches anwesend war oder nicht. Ich weiß nicht mehr wer meinte er hätte einen Investor. Nachdem ich die EURO Invest bis zur Prüfung durch die FMA nicht kannte, kann es sich dabei nur um SUNDT oder COLOMBO handeln, NEMSIC glaube ich nicht.“</i> BV Rudolf FISCHER am 22.12.2011 neuerlich befragt zu dieser Besprechung: <i>„Wir haben damals im Vorstand, dh. COLOMBO, SUNDT und ich darüber gesprochen, dass zwei Mitarbeiter, nämlich Mag. TRIMMEL und Mag. SCHIESZLER, auf uns zugekommen sind und gemeint</i>	BT1,BMI,F11,3 .L-a,408.T,S.6, BT1,BMI,F11,7 .L-a,43.T,S.4

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p><i>hätten, sie hätten einen befreundeten Broker, der den Kurs der Aktie auf eigenes Risiko treiben könnte. Wir haben das im Vorstand diskutiert, waren aber skeptisch, ob dies funktionieren würde.</i></p> <p><i>Auf Nachfrage, warum die beiden auf den Vorstand zugekommen sind, gebe ich an, dass natürlich jeder in der TA bemüht war, so knapp vor dem Ziel dieses auch zu erreichen. Daher war es wahrscheinlich aus Eigeninitiative der beiden SCHIESZLER und TRIMMEL. Ich kann mir vorstellen, dass TRIMMEL dem SCHIESZLER gesagt hat, er würde einen Investmentbanker kennen und so kam die Sache ins Laufen. Genau weiß ich das aber nicht. Ich kann nicht ausschließen, dass sich einer der Vorstände SUNDT oder COLOMBO an die Mitarbeiter gewandt haben. Ich kann das aber sehr wohl für mich ausschließen, das heißt ich habe mich nicht an SCHIESZLER, TRIMMEL oder jemand gewandt. [...] Ich kann mich im Detail nicht mehr an die damalige Dynamik erinnern. Es kann durchaus sein, dass SCHIESZLER und TRIMMEL bei der zuvor schon erwähnten Besprechung dabei waren. Jedenfalls wurde diese Thematik, meiner Erinnerung nach nur zwischen SUNDT, COLOMBO; SCHIESZLER, TRIMMEL und mir diskutiert. [...]</i></p> <p><i>Es war damals so, dass bei der oben genannten „Sitzung“ am 25. Oder 26.2.2004 Gernot SCHIESZLER erwähnt hat, dass es für die Investmentbank später irgendwann eine Gegenleistung geben würde, wobei wir damals eher an ein Gegengeschäft gedacht hätten, wie im Zuge eines M&A Geschäftes. Wir (die anwesenden Vorstandsmitglieder) haben SCHIESZLER signalisiert, dass eine derartige Vorgehensweise für uns in Ordnung gehen würde.“</i></p>	
26.2.2004 morgens	<p>Lt. BV SCHIESZLER: Telefonkonferenz SCHIESZLER, COLOMBO, FISCHER.</p> <p>SCHIESZLER bekommt doch die Anweisung, WANOVITS zu beauftragen, diesmal allerdings auf eigene Gefahr. WANOVITS fordert Risikoprämie von 2 Mio € und offizielles OK eines der 4 Vorstandsdirektoren. SCHIESZLER gibt an, dass FISCHER schlussendlich bei WANOVITS angerufen und ihn direkt beauftragt hat.</p> <p>SCHIESZLER-BV vom 8.7.2011:</p> <p><i>„Am letzten Tag, für den Auslösermechanismus des sogenannten ESOP Enterprise Stock Options Programms, rief WANOVITS TRIMMEL an, es auf eigenes Risiko zu tun, wenn, soweit ich mich erinnern kann, er im Erfolgsfalle ich denke 1,5 bis 2 Millionen Euro erhält. Wir</i></p>	BT1, BMJ, F00, 2 .L- b, 120.T, S.43ff. ; Profil 20.8.11

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>waren zu dieser Zeit gerade auf einer Einladung in Salzburg, viele Führungskräfte der TA, nicht jedoch der Vorstand, also haben wir uns telefonisch von TRIMMELS Mobilfunktelefon mit den Mobilfunktelefonnummern des Hr FISCHER und des Hr COLOMBO in Verbindung gesetzt. Beide, FISCHER und COLOMBO, gaben den Auftrag, WANOVITS das „Go“ zu geben.“</p>	
26.2.2004, ca. 17:30	<p>Die Euro Invest Bank AG ordert in der Schlussauktion kurz vor Börsenschluss über ihre Wertpapierhändler Mirko LUKIC und Peter BICSIK rund 900.000 Telekom-Aktien. Dadurch übersteigt die Nachfrage das bestehende Angebot und es wird der Kurs automatisch mit dem höchsten Gebot festgesetzt. Dadurch steigt der Kurs der Telekom-Aktion auf den Wert von 11,73 Euro.</p> <p>SCHIESZLER in der BV vom 8.7.2011: <i>"WANOVITS hat daraufhin in den letzten 20 bis 30 Sekunden des letzten Handelstages mit kurzfristig geliehenem Geld (...) einen noch größeren Eisberg hingestellt, bis der relevante Kurs erreicht war."</i></p> <p>Siehe dazu die Schilderung der FMA im Strafbescheid gg WANOVITS vom 25.8.2004:</p> <p><i>"Kurz vor Ende der dreiminütigen Mindestdauer der Schlussauktion um 17:32:58 Uhr wurde von Herrn Mag (FH) Mirko LUKIC, einem Wertpapierhändler der Euro Invest Bank, durch eine Kundenorder über 800.000 Stück der indikative Preis der Aktie – das ist der potentielle Schlusskurs, der im Falle des Endes der Auktion in genau diesem Zeitpunkt zustandekommen würde – auf 11,73 Euro angehoben. Das endgültige zufällige Ende der Schlussauktion konnte zu diesem Zeitpunkt jederzeit in den folgenden 30 Sekunden passieren. In dieser Schlussphase der Auktion wurden, um 17:33:21 Uhr, wieder von Herrn Mag (FH) Mirko LUKIC und wieder mit Limit 11,73 weitere 200.000 Stück der Aktie mit Kundenkennung zum Kauf geordert. Nur eine Sekunde nach dieser Order wurde eine weitere Kundenkauforder über 200.000 Stück mit einem Limit von 11,73 von einem anderen Händler der Euro Invest Bank, Herrn BICSIK aufgegeben."</i></p> <p>[Anmerkung: Wanovits gab an, Aktien im Rahmen des Eigenhandels erworben zu haben. Laut Anrufprotokollen der Maple Bank sagte er jedoch, er benötige die Finanzierung, um ein „Kundengeschäft“</p>	<p>BV SCHIESZLER</p> <p>BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.389;</p> <p>BT1,BMJ,F00,2 .L-b,152.T;</p> <p>Profil 30.7.2011;</p> <p>BT1,FMA,F39, 2.L- a,9.T,S.143ff.;</p> <p>BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.156f f.</p>

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>abzuwickeln.]</p> <p>FMA: "26.2.2004: An diesem Tag betrug der Eröffnungskurs der Aktie 11,68 Euro, der letzte Kurs im fortlaufenden Handel 11,66 Euro und der Tagesschlusskurs 11,73 Euro. Insgesamt werden an diesem Tag 1,605.649 Telekom-Aktien gehandelt, davon 908.000 Aktien in der Schlussauktion."</p> <p>Im Durchschnitt der letzten fünf Handelstage ergibt sich somit ein Kurs von 11,702 Euro. Das sind 0,2 Cent bzw. 0,17% über den erforderlichen 11,70 Euro. Damit wird das Stock Options Programm schlagend, 100 Führungskräfte kassieren zusammen 8,7 Mio €.</p> <p>17.43 Uhr: Mirko LUKIC von Euro Invest ahnt bereits, dass die Vorgänge der FMA nicht verborgen bleiben werden. Im Telefonat mit Franz LEBER von der Maple Bank gibt er u.a. folgendes an: "Es könnte sein, dass in dem Fall vielleicht die österreichische Finanzmarktaufsicht bei euch anfragt. (...) Könnt ihr des auf eigene Rechnung darstellen?"</p>	
27.2.2004	<p>Reuters meldet um 14:13, dass die FMA eine Prüfung der Vorgänge vom Vortag angekündigt hat.</p> <p>„Wir haben eine Prüfung eingeleitet“, sagte FMA-Sprecher Klaus GRUBELNIK am Freitag zu Reuters. Die FMA sehe „auffällige“ Umsatzbewegungen, die näher untersucht würden.“</p> <p>SCHIESZLER BV vom 8.7.2011:</p> <p>„Am nächsten Tag war große Feierlaune bei allen betroffenen Mitarbeitern und erste Medienberichte über das Wunder genau den Auslösemechanismus getroffen zu haben, waren zu lesen.“</p> <p>Euro Invest verkauft in signifikantem Ausmaß Telekom-Aktien an der Börse. Bei einem Telefongespräch bespricht LUKIC die Ereignisse des Vortages mit LEBER von der Maple Bank:</p> <p>17.35 Uhr: Telefonat LUKIC (Euro Invest) – LEBER (Maple Bank): LEBER spricht LUKIC auf die Aufregung rund um den Deal vom Vorabend an:</p>	<p><u>BT1,BMJ,F00,2</u> .L- <u>b,121.T,S.154;</u> BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.156f f.;</p> <p>Transkript der ZIB:</p> <p>BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.186</p>

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

<p><i>LEBER: "Du hast heute den Reuters-Ticker gesehen?"</i></p> <p><i>LUKIC gibt sich ahnungslos: "Reuters...."</i></p> <p><i>LEBER: "Ja, wegen Untersuchung auf Schlusskursbasis"</i></p> <p><i>LUKIC: "Jaja, jaja."</i></p> <p><i>LEBER: "Ja, 900.000 Stück"</i></p> <p><i>LUKIC: "Das ist kein Problem weil es ist jetzt auch wieder etwas gemacht worden. Es sind heute 1,1 Millionen im Schlusskurs passiert."</i></p> <p><i>(...)</i></p> <p><i>LEBER: ""Also wenn ihr da (...) Positionen verschieben wollt, die aus solchen Transaktionen entstanden sind – also nur vertuschen wollt – dann müsst ihr das dann schon sagen.</i></p> <p> </p> <p><i>17.57 Uhr: Telefonat LUKIC – LEBER</i></p> <p><i>LEBER: "Das hat hier schon ein bißchen Wellen geschlagen."</i></p> <p><i>LUKIC übergibt an "Hans", also Johann WANOVITS</i></p> <p><i>WANOVITS: "Also sollte wider Erwarten, aber kann durchaus sein, dass die FMA anfragt, ja?"</i></p> <p><i>LEBER: "Mmmhh"</i></p> <p><i>WANOVITS: Das fragt die wahrscheinlich dann eh schriftlich an – da können wir uns dann sicherlich abstimmen, ja?"</i></p> <p><i>(...)</i></p> <p><i>LEBER: "Wir sind halt schon ein bißchen verschnupft, weil wir nehmen die Sachen rein wegen Finanzierung und nächsten Tag kommt dann diese Meldung über den Ticker und dann fühlt man sich halt schon mal ein bißchen hinter das Licht geführt."</i></p> <p><i>WANOVITS versucht einmal mehr: "Na wie gesagt, sollte die FMA doch anfragen, macht sie das sowieso schriftlich."</i></p> <p><i>LEBER: "Mmmhh"</i></p> <p><i>WANOVITS: "Und dann bitte ich, dass wir uns da nochmals kurz abstimmen."</i></p> <p> </p> <p><i>19.30 Uhr: Die ORF ZiB bringt einen Beitrag über den Kurssprung vom Vortag:</i></p>	
---	--

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p><i>Tarek Leitner, ORF: Es war die sogenannte Schluss-Auktion, die gestern Abend etwa 150 Manager der Telekom Austria um bis zu 390.000 Euro pro Person reicher machte. Um 17 Uhr 33 wurden neunhunderneuntausend Telekom-Aktien gehandelt, im Wert von fast 11 Millionen Euro (...) Nun untersucht die Finanzmarktaufsicht, sprich die Börsenpolizei, den gestrigen Kauf."</i></p> <p>Andreas GRÜNBIHLER (FMA): "Es geht um mögliche Preismanipulationen. Diese Untersuchungen stehen im Vordergrund. Das heißt, die Frage ist, hat hier jemand Scheingeschäfte abgeschlossen oder sind Gerüchte verbreitet worden. Das sind jene Tatbestände, die wir nach dem Börsegesetz untersuchen können und die schauen wir uns näher an."</p> <p><i>ORF-Sprecher (OFF): "Die Wiener Börse sieht keine Anzeichen für manipulierte Kurse. Der Handel wäre gestern besser als sonst gewesen, aber nicht abnormal."</i></p> <p>Erich OBERSTEINER (Wr. Börse): "Also ich kann natürlich nur auf unsere Systeme jetzt abzielen, die Umsatztätigkeit und Kursbewegung analysieren. Und die haben gestern nichts ausgeworfen, was besonders aufsehenerregend gewesen wäre."</p> <p><i>ORF-Sprecher (OFF): "Die Telekom Austria wollte keine Stellungnahme abgeben. Gegen sie werde ja nicht ermittelt."</i></p>	
28.2.2004	Der Standard meldet, dass die FMA eine Untersuchung wegen des Verdachts der Marktmanipulation eingeleitet habe.	Der Standard, 28./29.2.2004
9.3.2004	<p>Vor-Ort-Prüfung der Vorfälle bei der Euro Invest Bank durch FMA (wurde am 8.3. per Fax vorab angekündigt)</p> <p>Aufnahme eines Prüfberichtes, der im Wesentlichen eine Darstellung der Vorgänge aus der Sicht von WANOVITS enthält. Teilnehmer seitens FMA: Mag. Volker ENZI, Karin RUIS</p>	BT1, BMJ, F00,9 ,L-a, 1.T, S.501
23.3.2004	<p>51. Telekom-Austria Aufsichtsratssitzung:</p> <p>Anwesend u.a.: AR-Vors. MICHAELIS, AR Stephan KOREN et al, Vorstände SUNDT, COLOMBO, FISCHER NEMSIC.</p>	Protokoll der 51. Sitzung des AR der Telekom

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>TOP 4: Einlösungsbedingungen Stock Options Programm</p> <p>Zum Kurssprung:</p> <p><i>„SUNDT sieht eine Erklärung für den Sprung des Aktienkurses am 26. Februar 2004 (...) darin, dass die Telekom Austria am 27. Februar 2004 in einen wichtigen Index, nämlich den Morgan Stanley Capital Austria Index höher gewichtet wurde. (...) SUNDT weist darauf hin, dass der Aufsichtsrat entgegen mancher Medienberichte nicht vom IPO Optionsprogramm umfasst war.“</i></p> <p>Offenbar wurde nach Einholung eines Gutachtens die Auszahlung unter dem Vorbehalt vorgenommen, dass im Falle einer nachgewiesenen strafbaren Verwicklung eines Optionsberechtigten im Zusammenhang mit dem Zustandekommen des für die Ausübungshürde erforderlichen Aktienkurses eine Rückzahlung des Betrags vorgesehen ist.</p> <p>Außerdem war offenbar bereits ein weiteres Stock Options-Programm in Planung. Das „Stock Options Programm ESOP 2004+“ sollte rund 220 Optionsberechtigte umfassen.</p> <p><i>„SUNDT ersucht (...) um eine möglichst rasche Genehmigung des Optionsprogramms.“</i></p>	<p>Austria AG am 23. März 2004:</p> <p>BT1,BMJ,F00,9 .L-a,1.T,S.637-649</p>
19.4.2004	<p>Aktenvermerk der FMA zur Untersuchung der Vorfälle</p> <p>Ergebnis: es wird die Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens gegen WANOVITS, LUKIC und BIKSITS wegen des Verdachtes der Schädigung des Ansehens der Wiener Börse empfohlen</p>	<p>BT1,BMJ,F00,9 .L-a,1.T,S.482ff</p>
3.5.2004	<p>FMA Strafbescheid:</p> <p><i>„Nachdem der Kurssprung von der FMA näher untersucht worden war, kommunizierte diese – insbesondere um weiteren für den österreichischen Finanzmarkt schädlichen Spekulationen über die gegenständlichen Zusammenhänge in der Öffentlichkeit entgegen zu wirken – an die Öffentlichkeit, dass ihrer Ansicht nach im gegenständlichen Fall der Tatbestand der Preismanipulation nach geltender Rechtslage nicht erfüllt wurde. Dies wurde auch zB in folgenden Zeitungsmeldungen verbreitet: „Aufsicht: Keine Manipulation bei der Telekom (Der Standard, 3.5.2004), „Telekom-Börsenaffäre: Sind die Belege der Kauforders verschwunden?“ (Die Presse vom 3.6.2004)</i></p>	<p>BT1,FMA,F39, 2.L-a,9.T,S.154</p> <p>Die Presse 11.8.2011</p>

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	In diesem Sinne sagte auch FMA-Vorstand Kurt PRIBIL gegenüber der Tageszeitung „Die Presse“: <i>"Es gibt keine Hinweise, dass das Management in die Abläufe am 26.2. in die Schlussauktion involviert gewesen wäre."</i>	
13.5.2004	FMA leitet gegen WANOVITS ein Verwaltungsstrafverfahren u.a. wegen "Schädigung des Ansehens der Wiener Börse" gem. § 48 Abs. 2 Z 4 iVm §18 Z 1 und § 20 Abs. 4 BörseG ein. Dieses wird am 6.10.2009 nach Anrufung des VwGH eingestellt. FMA-Vorstand Kurt PRIBIL meint später (im Oktober 2011) gegenüber der „Presse“, im Jahr 2004 habe man nichts Illegales gefunden. Die entscheidenden Beweise für Geldflüsse zwischen Telekom Austria und einem Wiener Broker seien erst viel später bei einer Hausdurchsuchung aufgetaucht.	<u>BT1,FMA,F00,</u> <u>1.L-a,0.T,S.1;</u> <u>Die Presse</u> <u>12.10.2011</u>
3.6.2004	Der Standard meldet, dass sich die Euro Invest AG geweigert habe, den Auftraggeber der Transaktionen am 26.2. zu nennen und angab, die entsprechenden Belege seien verloren gegangen. <i>"Dass das Telekom-Management selbst dahinter stecken könnte, ist von der FMA bereits öffentlich ausgeschlossen worden."</i> Der Vorwurf der Kursmanipulation sei nicht mehr aufrecht, weil die Vorgänge nach geltender Rechtslage nicht als solche bezeichnet werden könnten. Nach einer EU-Richtlinie, die allerdings erst im Herbst beschlossen werden soll, sähe das freilich anders aus. Börse-Vorstand Stefan Zapotocky habe gegenüber der "Presse" erklärt, die Börse fühle sich "nicht geschädigt". Er sei interessiert, dass das Verfahren möglichst schnell abgeschlossen werde.	Der Standard, 3.6.2004,
Frühsommer	BV Rudolf FISCHER vom 22.12.2011: <i>„Es war damals so, dass einige Monate nach dem Februar 2004, möglicherweise im Frühsommer, Mag. SCHIESZLER zu mir gekommen ist und gesagt hat, dass die Euro Invest Bank nunmehr ihre Risikoprämie haben will. Er hat mir dann vorgeschlagen, ein Geschäft mit HOCHEGGER abzuschließen und aus diesem Geschäft die Zahlung abzuwickeln. Es war meiner Erinnerung nach Abschluss der Prüfung durch die FMA bei der EIB. [...]</i> <i>Nach der Prüfung der FMA war es so, dass WANOVITS kurzfristig sein Geld haben wollte und daher wurde die Geschäftsabwicklung über den Geschäftsfall „Screening Telcos“ erfolgte. Ich dachte mir dabei,</i>	BT1,BMI,F11,7 .L-a,43.T,S.5; BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.389f.

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p><i>dass HOCHEGGER einen Auftrag über € 500.000 an die EIB weitergeben würde. Für mich war dieses Thema dann erledigt. Was SCHIESZLER, TRIMMEL oder sonst jemand mit WANOVITS darüber hinaus vereinbart haben, weiß ich nicht.“</i></p> <p>Zu diesem Thema sagt SCHIESZLER in seiner BV vom 8.7.2011:</p> <p><i>„WANOVITS hat uns, TRIMMEL und mich, ich denke aber auch COLOMBO und FISCHER direkt kontaktiert, mit dem Begehren der Erfüllung der Verpflichtung nachzukommen. COLOMBO wollte zuerst nicht richtig etwas davon wissen, hat aber auf Drohung von WANOVITS gewusst, nicht wirklich eine Wahl zu haben. Hr. WANOVITS drohte damit, das alles zu veröffentlichen, zumal er aufgrund des Aktienverkaufs relativ rasch eine FMA Prüfung im Haus hatte, sich unsicher war wie er sich verhalten sollte und er aufgrund der Prüfung die Möglichkeit gehabt hätte, alles gegenüber der FMA offenzulegen.</i></p> <p><i>Da COLOMBO aber meinte, man könne ich keine geschäftlichen Beziehungen zur Euro Invest treten, weil dzt. die FMA prüft und wir deshalb eine gewisse Stillhalteperiode haben sollten. WANOVITS willigte ein. TRIMMEL und ich hatten den Auftrag mit ihm positiven Kontakt zu halten. Seit diesem Zeitpunkt ist WANOVITS auch immer unter dem Codenamen „Weinhändler“ gelaufen.</i></p> <p><i>COLOMBO sagte zu mir, dass ich mir etwas einfallen lassen solle und ob jetzt COLOMBO oder FISCHER die Idee hatte, Hr HOCHEGGER mit einem Projekt zu beauftragen, weiß ich nicht mehr. Auf alle Fälle nahm ich auf deren Wunsch Kontakt zu Hr HOCHEGGER auf. Ich informierte auch meinen Kollegen und Chef des Einkaufs, Wolfgang FRAUENHOLZ, dass wir ein Projekt mit HOCHEGGER aufsetzen sollten, um damit erste Teile der Liquidität die WANOVITS zugesagt war, fließen zu lassen.“</i></p> <p><i>"Es wurde mit HOCHEGGER und mit Hr FRAUENHOLZ ein Auftrag im SAP mit der Fa Valora angelegt. HOCHEGGER begründete das damit, dass er dort alleiniger Gesellschafter sei und damit hier alleine verfügen kann, im Unterschied zu anderen Firmen in seinem Eigentum."</i></p> <p><i>"Hr HOCHEGGER war von mir, vermutlich auch von Hr FISCHER und</i></p>	
--	--	--

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p><i>Hr TRIMMEL eingeweiht, wofür das Geld bezahlt wurde."</i></p> <p><i>"Im SAP Begleitblatt ist die Unterschrift von FISCHER und COLOMBO ersichtlich, am Original müsste das besser zu sehen sein. HOCHEGGER hat mit FISCHER vereinbart, dass er 10 Prozent des Nettowertes für den Durchlauf erhält. Das war im Übrigen auch bei anderen Dingen, die auch so durchgelaufen sind, als seine Marge bezeichnet. Diesen Prozentsatz weiß ich aus einem Gespräch mit FISCHER, weil ich als Controllingchef mich moralisch dazu verpflichtet fühlte, dass der Zahlungsfluss halbwegs effizient ablief. Da ich im Vorfeld wusste, dass ich der Geldbote war, ich mich somit darüber zu informieren hatte, wie viel von den 1,5 Millionen übrig blieben."</i></p>	
14.6.2004	<p>Angebot der Valora AG an die Telekom (G. SCHIESZLER) für Studie "Marktchancen in Ost- und Südost-Europa" ("Screening Telcos"):</p> <p>Leistungszeitraum: 29. Juni bis 30. September 2004.</p> <p>Honorar: Euro 1,500.000,-</p> <p>SCHIESZLER sagt in seiner BV vom 8.7.2011 zu dieser Studie: <i>„Da aber kein Auftrag ohne Leistung und Leistungsabnahme durch das SAP System durchzubringen ist, überlegten FRAUENHOLZ und ich, eine Studie über Erweiterung in Osteuropa in Auftrag zu geben, welche inhaltlich bei uns im Haus, sprich in der TA, angefertigt wurde.“</i></p> <p>Laut SCHIESZLER wurde die Studie von der Telekom selbst produziert. In der SCHIESZLER-BV durch das BAK liest sich das so: <i>„Nach Erstellung der Studie, welche von Fischer und Colombo unterschrieben und beauftragt wurde, habe ich sie auf einem Datenträger mitgenommen. Gemeinsam mit TRIMMEL habe ich die Unterlagen dazu in der ehemaligen Wohnung von HOCHEGGER im ersten Bezirk, ich denke mit Valora Logo, ausgedruckt.“</i></p>	<p>Projekt Flieder Bericht Valora: BT1,BMJ,F00,2 .L- b,187.T,S.82; BV SCHIESZLER: BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.389</p>
28.6.2004	<p>1) Rudolf FISCHER und Hr. FRAUENHOLZ unterzeichnen Vergabeakt der Studie ohne Datumsangabe.</p> <p>2) Werkvertrag vom 28. Juni 2004, unterzeichnet von Rudolf FISCHER und FRAUENHOLZ.</p>	<p>BT1,BMJ,F00,2 .L- b,187.T,S.82; BT1,BMJ,F00,2 .L-b,4.T,S.150</p>

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	3) Rechnung der Valora an Telekom Austria AG vom 28.6.2004 "z.Hdn. Prok. Mag. Gernot Schieszler" über 750.000,- (plus 150.000,- USt.). Text: <i>"Teilrechnung 06/2004: Entsprechend dem Angebot vom 14. Juni 2004 "Evaluierung von Marktchancen in Ost- und Süd-Osteuropa" stellen wir Ihnen hiermit vereinbarungsgemäß in Rechnung"</i>	
29.6.2004	Zahlung in Höhe von Euro 750.000,- von Telekom an Valora AG.	BT1,BMJ,F00,2 .L-b,187.T,S.82
25.8.2004	Straferkenntnis der FMA gegen Johann WANOVITS wegen Verstoß gegen § 48 Abs. 1 Z 7 BörseG iVm § 18 Abs. 1 Börsegesetz unter Heranziehung von § 9 VStG. Straßmaß: 12.000 Euro Geldstrafe (oder 9,5 Tage Ersatzfreiheitsstrafe).	BT1,BMJ,F00,2 .L- b,120.T,S.135
21.9.2004	1) Rechnung der Valora an Telekom Austria AG, über 750.000,- (exkl. USt.). Text: <i>"Rechnung 11/2004: Entsprechend dem Angebot vom 14. Juni 2004 "Evaluierung von Marktchancen in Ost- und Süd-Osteuropa" stellen wir Ihnen hiermit vereinbarungsgemäß in Rechnung"</i> 2) Abnahmeprotokoll von Studie "Screening Telcos" wird von SCHIESZLER und FRAUENHOLZ unterschrieben, wonach die Leistung vollständig erbracht und die geforderte Dokumentation der Projektleitung übergeben worden sei. Angeblich wurden sieben Länder evaluiert. Der "Flieder"-Bericht der Telekom vermerkt dazu: <i>"Die Präsentation konnte durch die TA nicht aufgefunden werden. Ebenso konnte die Präsentation im Zuge des Reviews der elektronischen Daten nicht identifiziert werden." "Keiner der Befragten hat die Präsentation jemals gesehen."</i>	BT1,BMJ,F00,2 .L-b,4.T,S.127; BT1,BMJ,F00,2 .L-b,187.T,S.82
1.10.2004	Zahlung in Höhe von Euro 750.000,- (netto) von Telekom an Valora AG.	BT1,BMJ,F00,2 .L-b,187.T,S.82
o.D.	WANOVITS ruft den UVS Wien gegen das FMA-Urteil an.	VwGH- Entscheidung 2005/17/0278 vom 29.9.2008
2.8.2005	UVS-Bescheid. Bestätigung des FMA-Urteils.	VwGH-

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

		Entscheidung 2005/17/0278 vom 29.9.2008
o.D.	WANOVITS ruft den VwGH gegen den UVS-Bescheid an. Begründung u.a.: Er habe das Ansehen der Wiener Börse gar nicht schädigen können, da die Öffentlichkeit an rechtswidrige Handlungen im Zusammenhang mit dem Börsengeschehen an der Wiener Börse AG gewöhnt sei.	VwGH- Entscheidung 2005/17/0278 vom 29.9.2008
2004/2005	<p>WANOVITS erhält von der Telekom mehrere Hunderttausend Euro in mehreren Teilbeträgen, meist über Geldboten. In seiner 2. BV vom 21.7.2011 gibt er an:</p> <p><i>„Der erste Teil der Liquiditätszahlung wurde mir entweder von TRIMMEL oder SCHIESZLER zugesagt (...). ...ich möchte auch klarstellen, dass es sich bei der Gesamtsumme um einen 6-stelligen Eurobetrag gehandelt hat. (...) Wie bereits in meiner ersten Vernehmung angegeben, handelte es sich um mehrere Bargeldübergaben. Ich bekam immer Bargeld, einmal in einem Sackerl, das andere Mal in einem Kuvert. (...) Es war eine Million Euro vereinbart.“</i></p> <p>Später gibt WANOVITS durch seinen RA RIENMÜLLER schriftlich detailliert Auskunft über Geldübergaben:</p> <p>2004:</p> <p>a) 270.000,- Übergabe in einem Auto in der Wehrgasse. Anwesend: unbekannter Fahrer und SCHIESZLER.</p> <p><i>[Die Wehrgasse im 5. Bezirk ist direkt ums Eck von der Grüngasse, in der auf Nr 16. WANOVITS' Euro Invest AG residiert. Der "unbekannte Fahrer" könnte FRAUENHOLZ sein, siehe Gegenüberstellung TRIMMEL-SCHIESZLER weiter unten]</i></p> <p>b) 130.000,- Übergabe durch SCHIESZLER und TRIMMEL</p> <p>2005: 200.000,- Übergabe durch TRIMMEL.</p> <p>Wie sich aus den Einvernahmen ergibt, wurde das Geld von HOCHEGGER als Gewinn entnommen und musste daher versteuert</p>	<p>BT1,BMJ,F00,2 .L-b,191.T,S.1;</p> <p>BT1,BMJ,F00,2 .L-b,223.T,S.1;</p> <p>Profil 20.8.2011</p>

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>werden. Letztlich kostete diese Vorgehensweise daher die Telekom ungefähr das doppelte von dem Betrag, den WANOVITS letztendlich erhielt.</p> <p>SCHIESZLER dazu:</p> <p><i>„Da HOCHEGGER dies als Gewinn ausschütten musste ist KÖSt und KEST abzuziehen und HOCHEGGER dividierte der Einfachheit wegen durch zwei und zog sich selbst seine etwa 10 Prozent Marge ab.“</i></p> <p>Auch SCHIESZLER, TRIMMEL und FRAUENHOLZ bekamen im Zuge der Übergaben Geld in nicht genau feststellbarer Höhe (rund 10.000 bis 20.000 Euro pro Person)</p>	
Dezember 2007	<p>SCHIESZLER berichtet in seiner BV vom 8.7.2011 auch von weiteren, ähnlich abgewickelten Zahlungen:</p> <p><i>„Ich denke, dass dann meiner Erinnerung nach, einen längeren Zeitraum über, keine Zahlungen an WANOVITS erfolgten. In dieser Zeit schied auch Stefano COLOMBO aus dem Vorstand aus. Der Druck von WANOVITS auf FISCHER wurde immer größer, er hat ihn angerufen und den Druck somit immer weiter erhöht. [...] weshalb dann 2007 die Projekte 13 und 14 (Verkauf eTel Ungarn) zeitgleich mit dem tatsächlichen Verkaufsaktivitäten aufgesetzt wurden.</i></p> <p><i>Diese Projekte sind an mich adressiert und auch von mir abgenommen. Die Aufträge zu diesen Projekten kamen von Rudolf FISCHER an mich. Bei den Aufträgen handelte es sich um reale Projekte. Es war daher nicht notwendig, wie beim Geschäftsfall 1 unnötiges Papierkonvolut zu produzieren. D.h. zu diesen Geschäftsfällen 13 und 14 gibt es, außer zu denen mir vorgelegten Unterlagen, keine weiteren mir bekannten Schriftstücke. Die Zahlungsmodalitäten waren ähnlich.</i></p> <p><i>HOCHEGGER hat durch Privatentnahmen das Geld an TRIMMEL und mich übergeben. Dies war wahrscheinlich im Dezember 2007 und relativ zeitnah, wo das Geld an TRIMMEL und mich übergeben wurde.</i></p>	BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.395f.
15.5.2007	<p>Straferkenntnis der FMA gegen Euro Invest Bank AG wegen des unerlaubten Betriebs von Bankgeschäften (§ 98 Abs. 1 iVm § 1 Abs. 1</p>	BT1,FMA,F39, 2.L-

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>Z 1 BWG). Strafe: Euro 8.000.-. [Anm.: Kein Zusammenhang mit unserem Fall]</p> <p>Deshalb sowie wegen Schädigung der Wiener Börse (später vom VwGH kassiert) und der Übertretung von Handelsregeln fordert die FMA die Abberufung von Wanovits aus dem Euro Invest-Vorstand.</p>	a,9.T,S.129ff.
27.11.2007	<p>UVS Wien reduziert Höhe der am 15.5.2007 von der FMA ausgesprochenen Strafe gegen Johann WANOVITS wegen Übertretung des Bankwesengesetzes</p>	BT1,FMA,F39, 2.L- a,9.T,S.239f.
14.4.2008	<p>FMA verlangt Abberufung von Wanovits als Euro Invest AG-Vorstand</p>	BT1,FMA,F39, 2.L-a,9.T,S.11
23.5.2008	<p>Stellungnahme der Euro Invest Bank AG zum FMA-Bescheid, in dem die Abberufung von Wanovits als Euro Invest-Vorstand verlangt wird. Euro Invest weist Vorwürfe zurück und wirft FMA im Gegenzug Versäumnisse vor. Darüber hinaus sei die FMA gegenüber Johann Wanovits „voreingenommen“.</p> <p>Zum Vorwurf der Telekom-Kursmanipulation: <i>„Doch nach Prüfung des Sachverhalts gab die FMA selbst öffentlich bekannt, dass keine börsengesetzliche Kursmanipulation vorlag.“</i> Außerdem habe die FMA die Information an die Öffentlichkeit gegeben, weswegen der Versuch, aus den Vorgängen rund um die Telekom-Aktien eine Unzuverlässigkeit von Wanovits abzuleiten, „völlig absurd“ sei. Euro Invest droht darüber hinaus mit „massiven amtschaftungsrechtlichen Folgen“.</p>	BT1,FMA,F39, 2.L-a,7.T,S.1
Juli 2008?	<p>Weitere Geldflüsse laut SCHIESZLERS BV vom 8.7.2011:</p> <p><i>„Kurz nach Bekanntwerden am 21.Juli 2008, dass FISCHER die Telekom relativ rasch verlassen wird, hat WANOVITS auf mich, auf TRIMMEL, aber auch vor allem auf Fischer Druck ausgeübt, weil ich zu WANOVITS sagte, dass ich in Zukunft diese Dinge nicht mehr abwickeln werde, da der letzte initiiierende Vorstand der Erstaktion dann nicht mehr da sei. FISCHER trug mir auf, Projekte ins Leben zu rufen, um der Verbindlichkeit gegenüber WANOVITS nachkommen zu können. Gleichzeitig bot WANOVITS TRIMMEL und auch mir nach erfolgreicher Abwicklung einen Anteil an.“</i></p> <p><i>Da ich mit HOCHEGGER in meiner Verantwortung als Personalvorstand im Bereich der Beamtenagentur arbeiten wollte und auch gearbeitet habe, wurde dieser Vertrag einfach erhöht. [...]</i></p>	BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.396f

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p><i>Ich denke, dass die tatsächlichen Leistungen Von HOCHEGGER mit rund 200.000 Euro anstatt der im Vertrag genannten 880.000 Euro zu beziffern gewesen wäre. Dies war der Geschäftsfall 15.</i></p> <p>Da diesmal kein Bargeldtransfer mehr zustande kommt, wurde WANOVITS von HOCHEGGER die Erstellung einer Studie über Windparks vorgeschlagen.</p> <p>SCHIESZLER gibt zusammenfassend an:</p> <p><i>„Auf Befragen gebe ich an, dass HOCHEGGER aus der Summierung der Geschäftsfälle 1, 13, 14, 15 und 16 ca. 2,83 Millionen Euro (ohne USt) erhalten hat. [...] An WANOVITS müsste er zwischen 1,1 und 1,3 Millionen Euro weitergegeben haben.“</i></p>	
29.9.2008	<p>VwGH hebt den UVS-Bescheid auf. Begründung: Der UVS habe nicht geklärt, ob WANOVITS auf eigene Rechnung (strafbar) oder im Kundenauftrag (nicht strafbar) gehandelt habe.</p> <p>Im VwGH-Entscheid wird jedoch darauf hingewiesen, dass WANOVITS selbst nie bestritten habe, <i>"die gegenständlichen Börsengeschäfte allein mit dem Ziel abgewickelt zu haben, den Aktienkurs des Unternehmens über den für die Auslösung der Optionen festgesetzten Wert zu drücken und damit die Optionen fällig zu stellen."</i> Auch wird die Kursmanipulation durch effektive Geschäfte festgestellt, die damals offenbar aber nicht strafbar war (wenn sie auf Kundenauftrag erfolgte).</p>	VwGH- Entscheidung 2005/17/0278 vom 29.9.2008
22.10.2008	<p>FMA-Schreiben an den Vorsitzenden des Euro Invest-Aufsichtsrats, Wolfgang AUER-WELSBACH mit Übermittlung des FMA-Bescheids zur "Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustands". Es geht um die Abberufung von Johann WANOVITS als Vorstand.</p> <p>FMA trägt der Euro Invest AG per Bescheid auf, <i>"den rechtmäßigen Zustand durch Abberufung des Geschäftsleiters Mag. J[ohann] W[anovits] binnen vier Wochen"</i> herzustellen.</p>	BT1,FMA,F39, 2.L-a,6.T,S.38; VwGH- Entscheidung 2005/17/0278 vom 29.9.2008
14.11.2008	<p>Rechnung über 175.000 € von Euro Invest Bank an HOCHEGGERS Valora Unternehmensberatungs und –beteiligungs GmbH für eine angeblich von WANOVITS verfasste Studie über "Investitionsmöglichkeiten in erneuerbare Energien und alternative Investments."</p>	BT2,BMJ,F05,4 .L-a,22.T,S.1; BT1,FMA,F39, 2.L-a,3.T,S.4

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>HOCHEGGERs Erklärung dafür in seiner BV vom 3.11.2009: „<i>Ich gebe an, dass Herr Wanovits ein umtriebiger, vielseitiger Unternehmer ist, der auch entsprechende Leistungen erbringen kann. Diese Studie müsste irgendwo bei mir in der Firma liegen. Die Valora Energy entwickelt Energieprojekte in mehreren Ländern, darunter Bulgarien, Rumänien, Slowakei und Lettland und wird diese Studie verwerten sofern genügend finanzielle Mittel vorhanden sind. An das Ergebnis der Studie kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich werde der Staatsanwaltschaft diese Studie zukommen lassen.</i>“</p>	
24.11.2008	Johann WANOVITS scheidet aus dem Euro Invest Vorstand aus.	BT1,FMA,F39, 2.L-a,4.T,S.1
23.4.2009	VwGH weist WANOVITS-Beschwerde gegen FMA-Bescheid vom 22.10.2008 ab.	VwGH- Entscheidung 2008/17/0207 vom 23.4.2009
10.11.2010	<p>Stellungnahme der Euro Invest Bank AG gegenüber der FMA: "Richtig ist, dass die Euro Invest Bank AG für Dienstleistungen, die durch Herrn Mag. Johann Wanovits erbracht wurden, an die Valora Unternehmensberatungs und –beteiligungs AG eine Rechnung in Höhe von € 175.000,-- im November 2008 gelegt hat." Gezeichnet von Vorständen Günter WOINAR und Franz WANOVITS</p> <p>Johann WANOVITS in seiner Stellungnahme : "Es ist zutreffend, dass ich im Jahre 2008 mit Herrn Hochegger Kontakt hatte. Ich wurde von Herrn Hochegger beauftragt, Investmentszenarien sowie Investmentmöglichkeiten im Bereich erneuerbare Energien für Österreich, Bulgarien und Rumänien zu erarbeiten."</p> <p>FMA prüft in der Folge, ob die Euro Invest AG zu derartigen Dienstleistungen überhaupt berechtigt ist (Vorliegen einer Gewerbeberechtigung, etwa Unternehmensberater).</p>	BT01,FMA,F03 9,2.L-a,4.T,S.4
7.3.2011	Weitere Stellungnahme der Euro Invest AG gegenüber der FMA. Die vermeintliche Dienstleistung (die Studie) sei "in den Monaten September und Oktober 2008 erbracht" worden. Der Stellungnahme beigelegt ist nach Aufforderung der FMA auch die Rechnung vom 14.11.2008 über € 175.000,- (plus € 35.000,- Ust.)	BT1,FMA,F39, 2.L-a,3.T,S.1

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

Juli 2011	Hausdurchsuchung bei Euro Invest Bank. Laut Profil gab WANOVITS dabei zu, von SCHIESZLER den Auftrag zum Aktienkauf und zur Kursmanipulation bekommen zu haben.	Profil 30.7.11
8.7.2011	<p>BV Gernot SCHIESZLER vom 8.7.2011:</p> <p><i>""Herr Hochegger war mit seinen Unternehmen tief in der TA Gruppe verankert." (...) "Weiters waren es Projekte, die zum Schein aufgesetzt wurden, damit unterschiedlichste Geldflüsse bedient werden konnten."</i></p> <p>SCHIESZLER gibt an, wie der Vorstand Druck wegen des Stock-Options-Programms machte: <i>"Nachdem sich in den ersten beiden Handelstagen abzeichnete, dass der Kurs die Marke des Stock Option Programmes knapp nicht erreichen wird, hat der damalige Vorstand, nach Aussagen, die mir der damalige Finanzvorstand Stefano COLOMBO wiedergegeben hat, extremen Druck auf ihn ausgeübt. Das war Hr. Generaldirektor SUNDT und Vorstand FISCHER..."</i></p> <p><i>"Am letzten Tag für den Auslösermechanismus des sogenannten ESOP Enterprise Stock Options Programms, rief WANOVITS TRIMMEL an, es auf eigenes Risiko zu tun, wenn, soweit ich mich erinnern kann, er im Erfolgsfall ich denke 1,5 bis 2 Millionen Euro erhält. (...) Beide, FISCHER und COLOMBO, gaben den Auftrag, WANOVITS das "Go" zu geben."</i></p> <p><i>"Da COLOMBO aber meinte, man könne in keine geschäftliche Beziehung zur Euro Invest treten, weil dzt die FMA prüft und wir deshalb eine gewisse Stillhalteperiode haben sollten. WANOVITS willigte ein."</i></p> <p><i>"Seit diesem Zeitpunkt ist WANOVITS auch immer unter dem Codenamen "Weinhändler" gelaufen."</i></p> <p><i>"COLOMBO sagte zu mir, dass ich mir etwas einfallen lassen solle und ob jetzt COLOMBO oder FISCHER die Idee hatte, Hr HOHEGGER mit einem Projekt zu beauftragen, weiß ich nicht mehr. Auf alle Fälle nahm ich auf deren Wunsch Kontakt zu Hr HOHEGGER auf. Ich informierte auch meinen Kollegen und Chef des Einkaufs, Wolfgang FRAUENHOLZ, dass wir ein Projekt mit HOHEGGER aufsetzen</i></p>	BT1,BMJ,F00,2 .L- b,121.T,S.389

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p>sollten, um damit erste Teile der Liquidität die WANOVITS zugesagt war, fließen zu lassen."</p> <p>"Es wurde mit HOCHEGGER und mit Hr FRAUENHOLZ ein Auftrag im SAP mit der Fa Valora angelegt. HOCHEGGER begründete das damit, dass er dort alleiniger Gesellschafter sei und damit hier alleine verfügen kann, im Unterschied zu anderen Firmen in seinem Eigentum."</p> <p>"Hr HOCHEGGER war von mir, vermutlich auch von Hr FISCHER und Hr TRIMMEL eingeweiht, wofür das Geld bezahlt wurde."</p> <p>"HOCHEGGER hat mit FISCHER vereinbart, dass er 10 Prozent des Nettowertes für den Durchlauf erhält. Das war im Übrigen auch bei anderen Dingen, die auch so durchgelaufen sind, als seine Marge bezeichnet. Diesen Prozentsatz weiß ich aus einem Gespräch mit FISCHER, weil ich als Controllingchef mich moralisch dazu verpflichtet fühlte, dass der Zahlungsfluss halbwegs effizient ablief. Da ich im Vorfeld wusste, dass ich der Geldbote war, ich mich somit darüber zu informieren hatte, wie viel von den 1,5 Millionen übrig blieben."</p> <p>"In der Wohnung von Hr HOCHEGGER im ersten Bezirk habe ich gemeinsam mit TRIMMEL die Studie ausgedruckt und das Geld von Herrn HOCHEGGER in bar übernommen."</p> <p>"Es war beide Male so, dass wir kurz nachdem die TA den Rechnungsbetrag an die Valora überwiesen hat, das Bargeld bei HOCHEGGER abgeholt haben. In diesem Zeitraum müsste daher jeweils eine Bankentnahme von HOCHEGGER aufscheinen. Ich denke, dass HOCHEGGER die Behebung bei der Raiffeisen am Neuen Markt (ich glaube Raiffeisen Centro Bank) behoben hat. HOCHEGGER pflegte sehr gute Kontakte zu dieser Bank und ich denke, dass er mir gegenüber dies bei der Übergabe erwähnte."</p> <p>"Bei beiden Übergaben erhielt ich jeweils glaublich 300.000 bis 350.000 Euro. Der Betrag kommt so zustande, dass an die Valora je zwei Teilrechnungen mit 750.000 Euro (exkl. USt) überwiesen wurden. Da HOCHEGGER dies als Gewinn ausschütten musste, ist</p>	
--	--	--

Anhang A

A.1.5 Telekom – Manipulation von Börsenkursen (Beweisthema 1e)

	<p><i>KÖST und KEST abzuziehen und HOCHEGGER dividierte der Einfachheit halber durch zwei und zog sich selbst seine etwa 10 Prozent Marge ab. Es war so, dass FRAUENHOLZ sagte, dass er die Geldübergabe weiter an WANOVITS nur dann mache, wenn er 20.000 oder 30.000 Euro dafür bekomme."</i></p> <p><i>"Wir haben dann gemeinsam das Geld an WANOVITS übergeben, das geschah in einem Auto in einer Seitenstraße vom Naschmarkt. Dies war mit FRAUENHOLZ, der sich zuvor den Geldbetrag einbehalten hatte. Mit TRIMMEL glaube ich war dies in der "Gräfin" am Naschmarkt."</i></p> <p><i>Danach "über einen längeren Zeitraum keine Zahlungen an WANOVITS". In dieser Zeit schied auch COLOMBO aus dem Vorstand aus. Der Druck von WANOVITS auf FISCHER wurde immer größer. (...) Von diesen Telefonaten weiß Hr TRIMMEL und Fr HERKNER, seine Sekretärin, bescheid, weshalb dann 2007 die Projekte 13 und 14 (Verkauf etel Ungarn) zeitgleich mit den tatsächlichen Verkaufsaktivitäten aufgesetzt wurde."</i></p>	
15.7.2011	<p>In seiner BV vom 15.7.2011 leugnete Josef TRIMMEL jegliche Involvierung seinerseits.</p> <p><i>"Meines Wissens wurde das ganze Programm durch den Aufsichtsrat (AR) zusammen mit dem ÖIAG ausgearbeitet. Das geht auch nur über den AR."</i></p> <p>WANOVITS kenne er <i>"seit ca. 10 Jahren flüchtig."</i></p>	BT1,BMJ,F00,2 .L-b,130.T
16.7.2011, ab 1.45h	<p>In der vom BAK veranlassten Gegenüberstellung von TRIMMEL und SCHIESZLER gibt TRIMMEL letztlich zu, in die Malversationen involviert gewesen zu sein.</p> <p>SCHIESZLER erklärt, wie TRIMMEL und er auf die Idee gekommen seien, "fingierte Geschäftsfälle mit Peter HOCHEGGER" abzuwickeln, um damit die Zahlungen an WANOVITS durchzuführen:</p> <p><i>"Nach Erstellung eines Auftrages, der von FISCHER und COLOMBO unterfertigt war, gab ich Mitarbeitern aus dem Controlling den Auftrag, eine Studie zum Thema "Wachstumschancen Südosteuropa" zu erstellen, weil HOCHEGGER dies damals nicht konnte. (...) Meine</i></p>	BT1,BMJ,F00,2 .L-b,130.T,S.20

Anhang A

A.1.6 Telekom – Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

	<p>Mitarbeiter wussten nichts davon, dass diese Studie eigentlich HOCHEGGER zugeschrieben werden soll. Ich ließ mir die Studie dann auf CD brennen und fuhr damit zu HOCHEGGER in seine Wohnung im 1. Bezirk (...). Mit mir war Mag. TRIMMEL dort.</p> <p>Wir haben dann die ausgedruckte Studie mitgenommen, ich weiß jetzt nicht ob wir am selben Tag diese Zahlung an HOCHEGGER veranlasst haben und von ihm bar ausbezahlt bekommen haben, oder vorher die ausgedruckte Studie in die Telekom gebracht haben und damit 'die Leistung abgenommen' haben."</p> <p>SCHIESZLER: "Wir haben (...) das Bargeld von Hochegger übernommen und zu WANOVITS gebracht. Wir, das waren TRIMMEL und ich." Einmal habe es eine Übergabe gegeben, bei der auch FRAUENHOLZ dabei gewesen sei, die "weiteren 4 bis 6 Übergaben" seien aber von SCHIESZLER und TRIMMEL durchgeführt worden.</p> <p>TRIMMEL gibt zu, mit SCHIESZLER in Hocheggers Wohnung gewesen zu sein. "HOCHEGGER hat uns dort Bargeld – wie viel weiß ich nicht mehr - in einem Plastiksackerl oder einem Papiersackerl übergeben und wir sind dann zu zweit zu WANOVITS gegangen." In seiner zweiten Beschuldigtenvernehmung bleibt TRIMMEL bei diesen Angaben.</p>	
10.8.2011	Im Bericht vom 10.8.2011 an die OStA Wien spricht die StA Wien davon, dass Stefano COLOMBO, Rudolf FISCHER, Heinz SUNDT und Gernot SCHIESZLER dringend verdächtigt seien, u.a. von 2004 bis Ende 2008 über Peter HOCHEGGER die Zahlung von Euro 2,800.000,- an Johann WANOVITS bzw. die Euro Invest Bank AG als Gegenleistung für den Aktiendeal am 26.2.2004 veranlasst zu haben.	BT1, BMJ, F00, 2 .L-a, 243.T, S.1

A.1.6. Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

Datum	Inhalt	Quelle
2001	Mag. Gabriele KRÖLL-MAIER scheidet aus dem Schuldienst aus und beginnt als Angestellte der FPÖ Vorarlberg. Sie ist Pressereferentin für Hubert GORBACH. Büro war in Bregenz.	BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.21
28.2.2003	GORBACH wechselt als Verkehrsminister nach Wien. KRÖLL-MAIER war 1 Monat auch in Wien im BMVIT, und wechselte dann wieder	BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.21

Anhang A

A.1.6 Telekom – Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

	nach Vorarlberg. Sie war bis 2005 „Bindeglied“ zwischen GORBACH und dem Land Vorarlberg.	
April 2005	Gründung des BZÖ. KRÖLL-MAIER wird „Mitglied aus Solidarität“. Sie wird Koordinatorin für das BZÖ Vorarlberg. Sie war bis Ende 2006 beim BZÖ angestellt.	BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.26
Ende 2006	<p>KRÖLL-MAIER will ihre politische Tätigkeit beim BZÖ beenden. Da nach der Nationalratswahl <i>„allen bewusst [war], dass das BZÖ künftig keine tragende Rolle mehr in der Politik spielen wird.“</i> Da ihr Arbeitsplatz gefährdet war, ging sie zu GORBACH und erfragte Optionen, wie sie weiter für ihn arbeiten könne. <i>„Somit wurde von Hubert GORBACH die Idee geboren, dass ich ein Einzelunternehmen gründen solle und er die finanziellen Mittel und Aufträge für das Unternehmen bringen werde. Durch folgende Rechnungen meiner Firma sollte schließlich mein Gehalt, der in etwa meinem Letztgehalt beim BZÖ entsprach, sowie meine `Sekretärinnenarbeit` für Hubert GORBACH abgegolten werden.“</i></p> <p><i>Ich glaube Ende 2006 kam dann Hubert GORBACH auf mich zu und sagte mir, dass er eine Möglichkeit der Finanzierung für unser Vorhaben gefunden habe und mein Auftraggeber die mir damals auch bekannte Valora AG sein werde. Somit gründete ich parallel dazu das Einzelunternehmen GKM PR.</i></p> <p><i>Folglich wurde ich Ende 2006 bzw Anfang 2007 von Mag. Günther PERGER der Valora AG telefonisch kontaktiert, welcher mit mir die weitere Vorgehensweise besprach. Bei diesem Erstkontakt gab PERGER an, dass er mir einen bereits vorgeschriebenen Werkvertrag per Mail übersenden werde, welchen ich noch entsprechend zu ergänzen hatte. Der Originalvertrag kam dann per Post, wurde von mir unterfertigt und retourniert.</i></p> <p><i>In der Folge kam es zu mehreren Telefonaten mit Mag. PERGER. Bei einem dieser Telefonate wurde auch die Form und die Gestaltung der künftigen Rechnungen, die ich quartalsmäßig zu legen hatte, besprochen. Ich glaube, dass ich hier auch einen Entwurf verfasste und diesen und PERGER per Mail zur Durchsicht versandte. Dieser schickte mir dann die korrigierte Version zurück, welche dann die Vorlage für alle Rechnungen an die VALORA wurde.“</i></p>	BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.26f

Anhang A

A.1.6 Telekom – Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

Ende 2006	<p>BV KRÖLL-MAIER:</p> <p><i>„Befragt, ob ich Hr Dr. Peter HOCHEGGER jemals persönlich kennenlernte, gebe ich an, dass ich Hr. Hochegger einmal glaublich Ende 2006 traf. Er wollte mich persönlich kennenlernen. Ich denke das Treffen stand damals schon in direktem Zusammenhang mit meiner Firmengründung und den folgenden Zahlungen. Das Treffen wurde von GORBACH und HOCHEGGER organisiert. Es war schließlich ein kurzes Vorstellen bei Dr. Peter HOCHEGGER in Wien. Das Treffen war im Gebäude des BMVIT / Amt des Vizekanzlers. Meiner Erinnerung nach plädierte er bei diesem Gespräch auf meine Loyalität.“</i></p>	BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.28
11.1.2007	Ende der Tätigkeit von GORBACH als Minister und Vizekanzler.	Lebenslauf Gorbach laut Parlaments-homepage
o.D.	<p>Aussage von Rudolf FISCHER im UsA am 1.2.2012, Protokoll S. 44f:</p> <p><i>„Ich möchte Sie auch noch korrigieren: Ich habe nicht gesagt, dass ich die Vereinbarung, die der Hochegger mit dem Herrn Dr. Hochegger vielleicht hatte, nicht gekannt habe, ich habe gesagt, es war nicht ein Thema der Telekom Austria. Also ich hatte keine Vereinbarung mit der Sekretärin oder mit Hubert Gorbach zur Bezahlung seiner Sekretärin.</i></p> <p><i>Ich kannte eine Vereinbarung, weil Peter Hochegger mir Wochen nach dem Thema, wo er mit Hubert Gorbach zusammengearbeitet hat, gesagt hat, dass er eine Vereinbarung mit dem Hubert Gorbach für eine weiter Kooperation hat, die unter Umständen auch für seine eigene Geschäftsentwicklung interessant sein könnte. – Das war eine Information. Und damit war das Thema für mich erledigt. [...]</i></p> <p>Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): <i>Und, Herr Mag. Fischer, warum hat er es Ihnen als Telekom-Vorstand geschildert?</i></p> <p>Ing. Mag. Rudolf Fischer: <i>Auf diese Frage habe ich gewartet, auf die warte ich eigentlich schon den ganzen Tag. Ganz einfach: Weil der Hubert Gorbach mich damals, Monate, nachdem er eigentlich schon ausgeschieden ist, einmal angerufen und mir erzählt hat, er hat die Gorbach Consulting gegründet, er ist aktiv und wenn es irgendwo einmal Themen gibt, wo er uns unterstützen könnte, speziell in den Bereichen</i></p>	Rudolf FISCHER vor dem UsA am 1.2.2012

Anhang A

A.1.6 Telekom – Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

	<p><i>Südosteuropa und dergleichen, würde er uns gerne helfen.</i></p> <p><i>Ich habe Gorbach damals gesagt, es tut uns leid, er kann mir nicht helfen, weil mein Bereich nicht expandiert, speziell nicht in den Bereichen Osteuropas, vor allem nicht zu diesem Zeitpunkt. Und ich habe ihm damals gesagt: Aber du, wenn du willst, dann ruf den Peter Hochegger an, vielleicht kann er dir weiterhelfen, der kennt tausend Menschen! – Und das war's. Das war's!</i></p> <p>Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): <i>Und worüber haben Sie mit dem Peter Hochegger gesprochen?</i></p> <p>Ing. Mag. Rudolf Fischer: <i>Ich habe den Peter Hochegger danach angerufen und ihm gesagt: Hubert Gorbach ist auf Klientensuche, der wird dich anrufen, rede einmal mit ihm! Und dann war das Thema für mich erledigt. Ich habe mit ihm weder gesprochen noch habe ich gesagt, er soll eine Vereinbarung treffen oder sonst irgendetwas. Und irgendwann, Monate danach, hat mir dann der Peter Hochegger gesagt, er arbeitet mit dem Hubert Gorbach zusammen, weil es darum geht, dass er seine Themen in Osteuropa, wo er auch Dependancen hatte, vorantreiben kann. – Das war's.“</i></p> <p>[Anmerkung: Der von Fischer angegebene Zeithorizont ist fraglich, da bereits im Jänner 2007 der Werkvertrag mit KRÖLL-MAIER abgeschlossen wird. Die erste Zahlung ist derzeit aber erst im Mai 2007 erkennbar, möglich wäre es also schon.]</p>	
<p>Ende 2006/Anfang 2007</p>	<p>Peter HOCHEGGER schildert in seiner BV vom 26.9.2011:</p> <p><i>„Ende 2006 oder Anfang 2007, näheres kann ich nicht mehr genau sagen, erhielt ich von Rudi FISCHER einen Anruf, in dem mir FISCHER mitteilte, dass sich Hubert GORBACH (auch bereits damals ehemaliger Bundesminister) an ihn mit einem Anliegen gewandt habe. FISCHER teilte mir mit, dass er GORBACH weiter an mich vermittelt habe und dass es sein „Wunsch“ sei, dass ich mich um Hubert GORBACH „annehme“ bzw. ihn „anhöre“.</i></p> <p><i>Einige Zeit danach traf ich mit Hubert GORBACH, vermutlich in meinem Büro im Intercontinental.</i></p> <p><i>GORBACH offerierte mir eine Zusammenarbeit in der Größenordnung von ca. 10.000 EURO pro Monat, auf einen Zeitraum von 2 Jahren.</i></p>	<p>BT1,BMI,F11,3. L-a,425.T,S.11</p>

Anhang A

A.1.6 Telekom – Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

	<p><i>Er erklärte mir sein „Kontaktpotenzial“ und was er für mich tun könne. Beispielhaft führte er zB an, er habe seine Kontakte in die EU, nach Osteuropa, hervorragende Kenntnisse der Vorarlberger Wirtschaft und sein generelles know-how als ehemaliger Infrastrukturminister.</i></p> <p><i>Ich wollte meinen Kontakt mit Hubert GORBACH aus öffentlichkeitswirksamen Gründen – um meine Kontakte zur großen Regierungspartei SPÖ nicht zu stören – nicht öffentlich machen.</i></p> <p><i>Im Gespräch wurden daher zwischen uns Lösungen entwickelt und es entstand ein fiktiver Werkvertrag mit seiner Assistentin Mag. Gabriele KRÖLL-MAIER und der VALORA AG. In diesem Werkvertrag wurden die Leistungen, die Hubert GORBACH für die VALORA AG erbringen hätte sollen beschrieben, als hätte sie Mag. Gabriele KRÖLL-MAIER erbracht.</i></p> <p><i>Bevor ich den Vertrag finalisierte, habe ich Gernot SCHIESZLER rückgefragt, ob ein Engagement von GORBACH durch die VALORA ein Anliegen der TELEKOM ist. SCHIESZLER bestätigt mir dies.</i></p> <p><i>Hinzufügen möchte ich, dass Hubert GORBACH mir gegenüber nicht zum Ausdruck gebracht hat, dass er dies mit der TELEKOM AUSTRIA als ein Gegengeschäft vereinbart hat – darum auch die Rücksprache mit SCHIESZLER. Dies ist mir auch deshalb so wichtig, da ich in diversen Medien wahrgenommen habe, dass hier kolportiert wird, dass es sich angeblich um ein Gegengeschäft bei der Universaldienstverordnung handelt. Wenn es solche Absprachen um TELEKOM und GORBACH gab, wurden sie mir nicht mitgeteilt, noch waren sie mir bekannt. [...]</i></p> <p><i>Auf Nachfrage, ob es Leistungen seinerseits bei diesem Werkvertrag gegeben hatte, gebe ich an, dass er sich natürlich bemühte aber die Erfolge überschaubar waren. Er skizzierte eher Möglichkeiten diverser Projekte. Diese Projekte waren aber nicht so, dass sie die VALORA weiterverfolgte. Er bemühte sich aber.“</i></p>	
11.1.2007	<p>Werkvertrag KRÖLL-MAIER mit VALORA AG</p> <p>Tätigkeitsbereich:</p> <ul style="list-style-type: none"> * SWOT-Analyse der Top-Ten Industrie Unternehmen Vorarlbergs * Analyse der Entscheidungs- und Meinungsbildungsstruktur Beobachtung der Aktivitäten der Mitbewerber * Ausloten ihrer aktuellen Lobbyingstruktur und der Beziehungsnetzwerke 	BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.27

Anhang A

A.1.6 Telekom – Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

	<p><i>* Ausarbeiten von Strategien und Vorgangsweisen</i></p> <p><i>* Erstellen entsprechender Argumentarien</i></p> <p><i>* Koordination und Begleitung von Gesprächsterminen mit relevanten Entscheidungsträgern</i></p> <p><i>* Ausarbeitung von Strategien und Erstellen von maßgeschneiderten Vorgangsweisen in Abstimmung mit dem Auftraggeber</i></p> <p>Dazu BV KRÖLL-MAIER.:</p> <p><i>„Der Werkvertrag wurde mit 11.1.2007 datiert, dies war glaublich auch der Tag, an dem ich den Gewerbeschein erhielt. Ich begann somit wieder mit meiner Assistentinentätigkeit für Hubert GORBACH. Damit meine ich konkret, dass ich für Hubert GORBACH Korrespondenzen führte, Reisevorbereitungen trag, diese entsprechend organisierte, Kontakte zu Personen und Firmen knüpfte, mit welchen sich GORBACH letztlich traf.</i></p>	
30.1.2007	<p>1. Rechnung über € 33.600 (inkl. 20% USt) mit handschriftlichem Vermerk „TELEKOM“ (aus Valora Buchhaltung)</p> <p>Dazu BV KRÖLL-MAIER:</p> <p><i>„Die erste Rechnung wurde dann zeitnahe zum Werkvertrag von mir an die Valora AG gelegt. Die Rechnung wurde von mir selbst verfasst. Ich nahm Bezug auf den Tätigkeitsbereich des Werkvertrages.</i></p> <p><i>Nach der ersten Überweisung der VALORA AG an das von mir angegebene Konto habe ich mir selbständig den mit GORBACH im Vorhinein vereinbarten Gehalt auf mein Konto überwiesen. Das war monatlich ein Nettobetrag in der Höhe von ca. 4.500 Euro. Dieser Betrag beinhaltete ca. 2.000 Euro, die ich an tatsächlichen Spesen aufzuwenden hatte. Die verbleibenden 2.500 Euro waren mein tatsächlicher Gehalt.</i></p> <p><i>Der Rest des von der VALORA AG überwiesenen Betrages blieb auf dem „Dienstkonto“. Dieser Betrag stand schließlich Hubert GORBACH zur Verfügung.</i></p> <p><i>Damit meine ich, dass ich mit diesem Betrag Aufwendungen für ÖBB –Tickets, Sachgeschenke, Postsendungen, div. Einladungen und Geschäftsessen usw. beglich. Diese Geschenke wurden teils von mir angekauft bzw. wurde mir von Hubert GORBACH Rechnungen vorgelegt, welche ich vom Dienstkonto beglich. Bei diesen Geschenken handelte es sich eigentlich immer um hochpreisige</i></p>	<p>BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.27;</p> <p>BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.40</p>

Anhang A

A.1.6 Telekom – Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

	<p><i>Geschenke, wie zB Schnapssammlungen, Enzyklopädien. Empfänger dieser Geschenke sind mir nicht bekannt. Hauptsächlich waren die Geschenke div. Alkoholika und Sachbücher.“</i></p> <p>[Anmerkung: da pro Quartal netto 28.000 Euro überwiesen wurden, und sich KRÖLL-MAIER pro Monat netto 4.500 Euro behielt, blieben GORACH im Quartal 14.500 Euro netto bzw. 4.833,33 Euro im Monat netto. Das heißt die Aufteilung war ziemlich genau „Halbe-Halbe“ zwischen KRÖLL-MAIER und GORBACH!]</p>	
25.4.2007	2. Rechnung über € 33.600 brutto	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.42
21.5.2007	Zahlung 2. Rechnung (Stempel „bezahlt“)	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.42
26.7.2007	3. Rechnung über € 33.600 brutto mit handschriftlichem Vermerk „Valora Telekom R.“	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.43
9.8.2007	Zahlung 3. Rechnung	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.43
27.10.2007	4. Rechnung über € 33.600 brutto mit handschriftlichem Vermerk „Valora Telekom R.“	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.44
30.10.2007	Zahlung 4. Rechnung	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.44
Ende 2007	<p>Aussage KRÖLL-MAIER:</p> <p><i>„Im Vorfeld war bekannt, dass ich für das Jahr 2007 Rechnungen an die Valora AG stellen könne. Als das erste Jahr zu Ende war, wurden zwischen Hubert GORBACH und Mag. PERGER Gespräche über die Fortführung der Quartalszahlungen geführt. Wer mir von beiden sagte, dass auch 2008 Quartalsrechnungen an die Valora AG zu legen sind, weiß ich nicht mehr. Dies wurde dann auch so durchgeführt und ich legte 2008 4 weitere Rechnungen.“</i></p>	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.28
12.2.2008	5. Rechnung (1. Quartal 2008) über € 33.600; falsch datiert mit „2007“. Stempel aus Valora Buchhaltung mit handschriftlichen Eintragungen Kunde: „Valora“, Job: „Telekom“, Bearbeiter: „R.“	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.41
27.7.2008	Zahlung 5. Rechnung	BT1,BMJ,2.L-c,37.T,S.41
20.5.2008	Rechnung für das 1. Quartal wird wegen dem Jahreszahlfehler neu ausgestellt, aber nicht noch einmal überwiesen	BT1,BMJ,2.L-c,14.T,S.35
	6. Rechnung : 2. Quartal, € 33.600;	

Anhang A

A.1.6 Telekom – Zahlungen für Gorbach – „Assistentin“

19.6.2008	Zahlung 6. Rechnung	BT1,BMJ,2.L-c,14.T,S.46
31.8.2008	7. Rechnung , 3. Quartal 2008, € 33.600 brutto. Handschriftliche Vermerke: „Valora Telekom R.“ Bezahlt-Stempel vorhanden, Datum der Zahlung aber nicht lesbar	BT1,BMJ,2.L-c,14.T,S.47
30.11.2008	8. Rechnung, 4.Quartal 2008, € 33.600 brutto. Andere Unterschrift des Bearbeiters als bisher.	BT1,BMJ,2.L-c,14.T,S.48
Ende 2008	<p>BV Gernot SCHIESZLER vom 13.7.2011:</p> <p><i>„Rechnungen von Gabriele KRÖLL-MAIER:</i></p> <p><i>Anmerkungen zur bei der Durchsicht festgestellten Gabriele KRÖLL-MAIER: Ich vermute, dass es sich meinem Wissen nach um die damalige Sekretärin von Hubert GORBACH handelte. Definitiv sagen kann ich das aber nicht.</i></p> <p><i>Dazu muss ich eine Begebenheit, glaublich Spätherbt/Winter 2008, jedenfalls bereits nach dem Ausscheiden von Rudi FISCHER aus der TA anmerken.</i></p> <p><i>Damals kam (bereits damals ehemalige) BMVIT Hubert GORBACH in mein Büro in die Lasallestraße. Sein Anliegen war die Unterstützung seines Beratungsunternehmens – so wie auch bisher. Ich bat ihn dies zu präzisieren und er erklärte mir, dass es eine mündliche Vereinbarung zwischen ihm und glaublich Rudi FISCHER (bzw. der TA) gäbe, wo vereinbart worden war, dass die Kosten für seine Sekretärin glaublich zur Gänze oder zur Hälfte bezahlt wird.</i></p> <p><i>Meiner Erinnerung nach glaube ich zu wissen, dass GORBACH damals als Zeitraum dieser Vereinbarung die Zeit nach seinem Ausscheiden aus der Politik erwähnt hatte (glaublich war dieses im Jänner 2007) GORBACH ersuchte mich jedenfalls diese Vereinbarung fortzuführen.</i></p> <p><i>Auf Nachfrage ob GORBACH gesagt hatte was die Leistung seinerseits für die TA gewesen wäre, gebe ich an, dass er dies nicht erwähnt hatte.</i></p> <p><i>Es kam in weiterer Folge auch nicht mehr zur Sprache, da ich ihm den Ratschlag gab, zu Boris NEMSIC (dem damaligen CEO der TA Holding) zu gehen und dort eine solche Vereinbarung zu tätigen. Ich erklärte mich gegenüber GORBACH bereits im Vorfeld damit einverstanden, dass – wenn NEMSIC zustimmen sollte – ich den Auftrag gegenzeichnen würde.</i></p>	BT1,BMJ,2.L-c,12.T,S.7ff

Anhang A

A.1.7 Telekom – Franz KUSIN (Beweisthema 1abcf)

	<p><i>Wir verblieben dann letztlich auch so und ich hörte von GORBACH diesbezüglich auch nichts mehr. Ich jedenfalls zeichnete keinen derartigen Vertrag oder Zahlung ab.</i></p> <p><i>Auf Nachfrage ob die auf der mir vorgewiesenen Liste angeführten Rechnungen KRÖLL-MAIER und VALORA AG etwas damit zu tun haben könnten gebe ich an, dass mir dieses unbekannt ist, der Zeitraum für diese 8 eventuellen vorangegangenen Rechnungen (über ca. 33.000 Euro Pro Quartal über 2 Jahre) wäre allerdings schlüssig.“</i></p>	
20.1.2009	Zahlung 8. Rechnung	BT1, BMJ, 2.L-c, 14.T, S.48
Anfang 2009	<p>BV KRÖLL-MAIER:</p> <p><i>„Ich glaube, dass ich dann Anfang 2009 neuerlich eine Rechnung an die Valora AG richtete, diese aber nicht mehr ausbezahlt wurde. Mag. PERGER rief mich glaublich an und sagte, dass keine Rechnungen mehr gelegt werden können.</i></p> <p><i>Auf Nachfrage des BAK: Ich setzte mich schließlich mit Hubert GORBACH in Verbindung wie wir nun weitermachen können. Dieser gab an, dass er aussichtsreiche Projekte eventuell an Land ziehen könne und in diesem Fall ergiebige Provisionen anstehen werden, wodurch es möglich sei, meine Tätigkeiten für ihn aufrecht zu halten.</i></p> <p><i>Diesbezüglich gab es dann auch ein paar kleinere Aufträge von seiner Firma Gorbach Consulting an mich. Ich kann mich an ein Projekt „Erdöl aus China“ erinnern. Zu einem Abschluss kam es nie. Es waren dies immer reale Projekte mit Leistungen, es gab auch entsprechende Aufzeichnungen, die allerdings von mir entsorgt wurden.</i></p> <p><i>Auf Nachfrage, ob es für die Firma Valora AG jemals wie vertraglich vereinbart Leistungen meinerseits gab, so gebe ich an, dass es nie eine Leistung meinerseits für die Valora AG gab.</i></p> <p><i>Warum von der Valora AG diese Rechnungen auch tatsächlich bezahlt wurden, wenn es nie Leistungen meiner Firma gab so gebe ich an, dass ich mich hier total auf Hubert GORBACH verlassen hatte und habe die Herkunft des Geldes nie hinterfragt.“</i></p>	BT1, BMJ, 2.L-c, 37.T, S.28

A.1.7. Franz KUSIN (Beweisthema 1abcf)

Anhang A

A.1.7 Telekom – Franz KUSIN (Beweisthema 1abcf)

Datum	Inhalt	Quelle
Frühjahr/Sommer 2007	<p>Niederschrift Franz KUSIN, 4.8.2010: KUSIN lernt HOCHEGGER zufällig im Vorzimmer von Vorstand SCHIESZLER kennen. HOCHEGGER meinte, er kenne seinen Namen und werde ihn in Kürze kontaktieren.</p> <p>Ein paar Wochen später vereinbarte das Büro HOCHEGGER einen Termin mit KUSIN, bei dem HOCHEGGER daran interessiert war, ihn für soziale Angelegenheiten zu engagieren. Die beiden vereinbarten, dass HOCHEGGER bei Bedarf auf KUSIN zukommen wird. Über konkrete Bezahlung wurde nicht gesprochen.</p> <p>Bei einem der folgenden Gespräche mit SCHIESZLER teilt KUSIN mit, dass ihn die Firma Valora möglicherweise für sozialrechtliche Fragen engagieren werde. KUSIN versichert SCHIESZLER, dass es nur um soziale Fragen im Arbeitnehmerbereich geht und nicht um interne Telekom-Angelegenheiten.</p> <p>HOCHEGGER (BV 24.5.2011): <i>„Wie eingangs erwähnt, gab es für die Telekom Austria einige Schlüsselproblemstellungen wie die Beamtenproblematik, die Auswirkung von Regulierungsentscheidungen und die ständigen Marktanteilsverluste. (...) Vor diesem Hintergrund war ich immer auf der Suche nach Experten bzw. Beratern, die sich bei diesen Problemstellungen auskannten bzw. ein Szenewissen (Betriebsräte, Beamtenproblematik) besaßen. (...) In dem Zusammenhang ließ ich mir von Franz KUSIN immer wieder erzählen mit welchen Politikern er über Regulierungsfragen sich ausgetauscht hat, welche Position sie eingenommen haben und wie sie generell zu diesem Thema stehen. Diese Informationen waren für mich natürlich sehr wertvoll, weil ich einerseits feststellen konnte, ob unserer Arbeit in Richtung Politik bei diesen Politikern schon auf fruchtbaren Boden gefallen ist oder nicht.“</i></p> <p>HOCHEGGER weiter (BV 6.6.2011): <i>„Franz KUSIN hat auch auf europäischer Ebene immer wieder Gespräche mit Otmar KARAS zu Regulierungsfragen geführt – dies auch in Abstimmung mit der Regulierungsabteilung der TA. (...) Franz KUSIN informierte mich auch laufend über seine Gespräche zum Thema Regulierung und Investitionsschutz mit Wilhelm MOLTERER, Karin HACKL und anderen ÖVP Politikern.“</i></p>	<p>BT1,BMJ,F00,2.L-b,235.T,S.104;</p> <p>BT1,BMI,F11,7.L-a,7.T,S.116;</p> <p>BT1,BMI,F11,7.L-a,7.T,S.125</p>

Anhang A

A.1.7 Telekom – Franz KUSIN (Beweisthema 1abcf)

Sommer 2007	<p>BV KUSIN 22.12.2010: Er habe die Geschäftsbeziehung in mündlicher Form den beiden Vorständen SCHIESZLER und FISCHER gemeldet.</p> <p>SCHIESZLER dazu (BV 8.4.2011): <i>„Ich habe weder Dr. Peter HOCHEGGER, noch eine Firma VALORA noch sonst irgendwen beauftragt, Franz KUSIN für irgendwelche Tätigkeiten zu entlohnen. Ich kann nicht ausschließen, dass Franz KUSIN mir irgendwann „zwischen Tür und Angel“ gesagt hat, dass er eine Nebentätigkeit für Dr. HOCHEGGER oder eine seiner Firmen habe. Ich kann auch nicht ausschließen, dass – wenn dies der Fall gewesen wäre – ich KUSIN wiederum „zwischen Tür und Angel“ geantwortet hätte, dass ich ihn – im Rahmen der Vorschriften des Beamtendienstrechtsgesetzes – sowieso nicht davon abhalten hätte können.(...) Nur zur ergänzenden Erläuterung – Personalangelegenheiten des Personalamts sind immer Angelegenheiten des CEO der Gruppe (nicht der TA TA AG). Es war dies Herr SUNDT, später Herr NEMSIC.“</i></p> <p>Rudolf FISCHER dazu (BV 14.4.2011): <i>„Es gab vor einigen Jahren (der Zeitpunkt ist mir nicht mehr bekannt) eine Anfrage von KUSIN (ich glaube bei Gernot SCHIESZLER, der für das Personal zuständig war aber nicht das Personalamt, dieses war Boris NEMSIC zugeordnet), ob er eine Beratungstätigkeit bei HOCHEGGER annehmen dürfe. (...) Herr KUSIN informierte auch mich, dass er eine Beratertätigkeit bei HOCHEGGER als Nebenbeschäftigung hat. Für mich persönlich war nur wichtig, dass den Interessen der Telekom Austria nichts entgegen steht. Ziemlich zeitgleich kam ein Anruf von HOCHEGGER, der mich ebenso über diesen Zustand informiert hat, und nachfragte ob einer solchen Beratungstätigkeit etwas entgegen stehen würde. Nachdem ich KUSIN und HOCHEGGER schon lange kannte, nahm ich an, dass Interessen der Telekom Austria nicht gefährdet werden. (...) Die Auftragshöhe und Dauer wurden mir gegenüber nicht beziffert und ich habe danach auch nicht gefragt. Somit war für mich als Vorstand keine weitere Veranlassung notwendig.“</i></p>	<p>BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.75,</p> <p>BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.136,</p> <p>BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.145</p>
10.7.2007	<p>Niederschrift KUSIN: Gründung der Holding, KUSIN ist ab diesem Zeitpunkt nicht mehr im Aufsichtsrat. Laut seiner BV vom 1.7.2011 fand KUSINs letzte AR-Sitzung im Mai 2007 statt.</p> <p>Laut Telekom Geschäftsbericht 2007 schied KUSIN am 3.8.2007 aus dem Aufsichtsrat aus.</p>	<p>BT1,BMJ,F00,2. L-b,235.T,S.105,</p> <p>BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.29</p>
Ende Juli	<p>Niederschrift KUSIN: KUSIN erhält ersten Auftrag über Telefon. Nach Erhalt des Auftrages habe er SCHIESZLER informiert. Bei zweiten</p>	<p>BT1,BMJ,F00,2. L-b,235.T,S.105,</p>

Anhang A

A.1.7 Telekom – Franz KUSIN (Beweisthema 1abcf)

	<p>oder dritten Gespräch wurde über KUSINs Honorar gesprochen: „<i>Ich habe ihm mitgeteilt, dass ich mir 2.000 bis 3.000 Euro netto pro Monat vorstelle, was für Herrn HOCHEGGER akzeptabel war.</i>“</p> <p>SCHIESZLER dazu (BV 25.7.2011): <i>FISCHER „meinte, dass dies eine von ihm veranlasste Kompensation dafür war, dass Hr. KUSIN der erste Arbeitnehmervertreter im Zentralausschuss der TA AG war, der nicht auf die Funktion 1S (höchste besoldungsrechtliche Stellung eines Post- und Telekombeamten) ernannt wurde.“</i></p> <p>KUSIN (BV 26.9.2011) auf Vorhalt von SCHIESZLERS Angaben: „<i>Aus meiner Sicht ergäbe das keinen Sinn, wenn er dies in den Jahren 2007/2008 gemacht hätte. Er hätte ja schon 2004 oder später, er war ja Vorstand, die Anordnung von Hr. NIGL überstimmen können, wenn er gewollt hätte, und mir die Zulage „1S“, so wie meinen Vorgängern, geben können.</i>“</p>	<p>BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.141,</p> <p>BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.25</p>
11.10.2007	Rechnung 01/2007 von Franz KUSIN an die Valora über € 24.000 für „Beratung in sozialrechtlichen Fragen“. Zeitraum: Juli 2007-September 2007	BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.91
27.11.2007	Rechnung 02/2007 von Franz KUSIN an die Valora über € 24.000 für „Beratung in sozialrechtlichen Fragen“. Zeitraum: Oktober 2007-Dezember 2007	BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.92
3.3.2008	Rechnung 01/2008 von Franz KUSIN an die Valora über € 30.000 für „Beratung in sozialrechtlichen Fragen“. Zeitraum: Jänner 2008-März 2008	BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.93
6.6.2008	<p>Rechnung 02/2008 von Franz KUSIN an die Valora über € 30.000 für „Beratung in sozialrechtlichen Fragen“.</p> <p>Zeitraum: April 2008-Juni 2008. Handschriftlicher Vermerk der Valora: „Achtung bei Überweisung!“</p> <p>KUSIN dazu (BV 1.7.2011): „<i>Vorausschicken möchte ich, dass es sich bei diesem Vermerk nicht um meine Handschrift handelt. Eine mögliche Erklärung für mich wäre, um eine Verwechslung mit der FCG Landesleitung Wien und deren Vorsitzenden GAJDOSIK auszuschließen. Ich habe jetzt im Nachhinein in den Medien erfahren, dass es einen Marketingzuschuss der VALORA bzw. Dr. HOCHEGGER an die FCG Landesgruppe Wien gab. Möglicherweise ist dies der Grund für den Vermerk.</i>“</p>	<p>BT1,BMI,F11,3.L -a,1.T,S.266,</p> <p>BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.33,</p> <p>BT1,BMI,F11,7.L -a,7.T,S.120</p>

Anhang A

A.1.8 Telekom – Mathias REICHHOLD (Beweisthema 1abcf)

	HOCHEGGER (BV 24.5.2011) zur Bedeutung des Vermerks: <i>„Wissentlich ist mir das nicht bekannt. Es macht für mich auch keinen Sinn.“</i>	
September 2008	Niederschrift KUSIN: <i>„Nach dem ersten Kalendervierteljahr haben wir uns mündlich darauf geeinigt, ein weiteres Quartal zusammen zu arbeiten. Diese Vorgangsweise hat sich in der Folge wiederholt. Die Tätigkeit für Herrn HOCHEGGER endete im September 2008, weil Herr HOCHEGGER der Meinung war, keinen Bedarf für eine weitere Tätigkeit durch mich mehr zu haben.“</i>	BT1, BMJ, F00, 2. L-b, 235. T, S. 105
30.9.2008	Rechnung 03/2008 von Franz KUSIN an die Valora über € 30.000 für „Beratung in sozialrechtlichen Fragen“. Zeitraum: Juli 2008-September 2008. Handschriftlicher Vermerk der Valora: „Achtung bei Überweisung!“	BT1, BMI, F11, 3. L -a, 1. T, S. 267
19.7.2010	Telekom-internes Gesprächsprotokoll: Christopher SCHNECK (Leiter Internal Audit) befragt KUSIN zu einem anonymen Schreiben: <i>„Geschätzte Revision! Herr Franz KUSIN, ein Mitglied der Telekom-Personalvertretung, hat vor mehreren Mitarbeitern erklärt, dass er seit dem Wechsel des Vorstandes Einkünfte für Beratungsleistungen verloren hat. Was für Einkünfte können das gewesen sein? Wieso wurde Herr KUSIN vom Vorstand bezahlt? Ist das mit der Position Herrn KUSINs vereinbar gewesen? Bitte um Überprüfung! Ein beunruhigter Mitarbeiter.“</i> KUSIN dazu: <i>„Er sei über dieses anonyme Schreiben nicht verwundert, da ja demnächst Personalvertretungswahlen anstehen.“</i> Bestätigt, dass es eine „lose Vereinbarung“ zwischen ihm und HOCHEGGER gab, etwa von Mitte 2007 bis September 2008. Beendet wurde sie, weil von HOCHEGGER kein Bedarf mehr vorhanden war. KUSIN hat die Tätigkeit nicht als Nebenbeschäftigung gemeldet, aber Rudolf FISCHER habe davon gewusst. Rechnungen wurden nur an die Valora fakturiert. Keine Bestätigung der Höhe der Zahlungsflüsse.	BT1, BMI, F11, 3. L -a, 339. T, S. 65
4.8.2010	KUSIN und die HR-Abteilung verfassen eine Niederschrift zu diversen Medienberichten über KUSIN	BT1, BMJ, F00, 2. L-b, 235. T, S. 104

A.1.8. Mathias REICHHOLD (Beweisthema 1abcf)

Anhang A

A.1.8 Telekom – Mathias REICHHOLD (Beweisthema 1abcf)

a) PR-Konzept

Datum	Inhalt	Quelle
Zwischen 19.2.2002 und 28.2.2003	<p>REICHHOLD war von 19.2.2002 bis 28.2.2003 BM für Verkehr, Innovation und Technologie. Auch er erhielt ein PR-Konzept von Hohegger.Com. Kosten: € 148.815.</p> <p>HOHEGGER dazu (BV 10.6.2011): <i>„Aus meiner Erinnerung weiß ich, dass die HOHEGGER.COM zur Zeit als Mathias REICHHOLD Minister im BMVIT war, dort einen Auftrag hatte. Ich weiß heute nicht mehr, ob dieses vorliegende Konzept für die Positionierung beauftragt oder umgesetzt wurde. (...) Ich habe heute keine Erinnerung mehr, wie es zur Präsentation bzw. zur Konzepterstellung kam, weiß aber, dass im BMVIT damals die Mitarbeiterin Christine LACKNER involviert war. Sie war später auch Mitarbeiterin in der HOHEGGER.COM und ich gehe davon aus, dass sie sich zu Details vielleicht erinnern kann. Christine LACKNER war zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiterin im BMVIT und für die Öffentlichkeitsarbeit vom damaligen Minister REICHHOLD verantwortlich. Diese Präsentation erscheint mir eher als Kostenvoranschlag, weil die inhaltliche Ausformulierung für eine Umsetzung zu wenig detailliert ist.“</i></p>	<p>BT1, BMVIT,F29,1.L- a,3.T,S.50; BT1,BMI,F11,3.L -a,376.T,S.9</p>
31.12.2002	Rechnung 1560/2002 von Hohegger.Com ans BMVIT über € 148.815 für „Optimierung der Öffentlichkeitsarbeit des bmvit / Zeitraum Juni bis Dezember 2002“	BT1,BMVIT,F29, 1.L-a,2.T,S.43

b) Beratungsauftrag

2005	<p>REICHHOLD erhält einen Beratungsauftrag über € 70.000 von der Valora.</p> <p>HOHEGGER (BV 3.11.2011): <i>„Der Vorschlag für REICHHOLD kam damals von einem der 4 bisher genannten Telekom Mitarbeiter, ich denke es war wiederum Rudolf FISCHER, weil SCHIESZLER nur bei einigen dieser Projekte mitgearbeitet hat. Ich habe dann aber mit REICHHOLD gesprochen und seiner Beauftragung zugestimmt.“</i></p> <p>Es gibt dazu nach Aussage HOHEGGERs (BV 24.5.2011) nur eine mündliche Vereinbarung. <i>„Wir sind in 2 bis 3 Treffen die</i></p>	<p>BT1,BMI,F11,7.L -a,23.T,S.15, BT1,BMI,F11,3.L -a,369.T,S.35</p>
------	--	--

Anhang A

A.1.9 Telekom – Ernst STRASSER / Advisory Board Bulgarien (Beweisthema 1abcf)

	<p><i>Aufgabenstellungen (...) durchgegangen und haben uns dann auf eine Honorarsumme von 70.000 Euro geeinigt. Es gibt keinerlei Papier oder „Hardcopy“ die von REICHHOLD geliefert wurden.“</i></p> <p><i>REICHHOLDS Aufgabe laut HOCHEGGER (BV 24.5.2011): „Mathias REICHHOLD beriet mich in der Vorbereitung eines Auftrages von der TA zum Thema EU Präsidentschaft. (...) Konkret stand offensichtlich ein Auftrag der Republik im Raum, den die TA aus Prestige Gründen unbedingt gewinnen „musste“. Konkret meine ich damit beispielsweise oder hauptsächlich die Technik bei den zu erwartenden Veranstaltungen und Konferenzen.“</i></p> <p>Und weiter:</p> <p><i>„Inhalt dieses Auftrages war es aber auch für die Telekom Vorstände eine Reihe von Auftrittsmöglichkeiten während der EU Präsidentschaft zu definieren und schaffen. Hier war vor allem die Einschätzung von REICHHOLD wichtig, wo es für die TA Vorstände Möglichkeiten gab bei Veranstaltungen und Kontakten sich über Regulierungs- und Wettbewerbsthemen mit EU-Vertretern auszutauschen bzw. ihre Anliegen zu positionieren. Ich habe Mathias REICHHOLD gebeten auf Bedarf von Anfragen und/oder Rückfragen den TA Vorständen zur Verfügung zu stehen. Dies machte er meines Wissens auch.“</i></p>	
30.12.2005	Rechnung von Mathias Reichhold an Valora über € 72.000 für „Beratungstätigkeiten im Zusammenhang mit der EU-Präsidentschaft Österreichs“. Zeitraum: November und Dezember 2005. Handschriftlicher Vermerk: „Job: Telekom EU-Präsidentschaft“	BT1,BMI,F11,3.L-a,1.T,S.257

A.1.9. Ernst STRASSER / Advisory Board Bulgarien (Beweisthema 1abcf)

Datum	Inhalt	Quelle
o.D.	HOCHEGGER (BV 31.5.2011): „Der Kontakt zu Dr. Ernst STRASSER wurde durch den Leiter der Public Affairs Abteilung der HOCHEGGER COM Mag. Stefan KRENN hergestellt. Mag. Stefan KRENN kannte Dr. Ernst STRASSER von seiner Tätigkeit als Büroleiter für den glaublich damals Generalsekretär LOPATKA. Mit Dr. STRASSER wurde vereinbart, dass er Mitglied in einem Advisoryboard für die HOCHEGGER Gruppe wird und dafür 100.000 Euro in Rechnung stellen kann. Der Vertrag wurde seitens unserer Agentur von Mag.	BT1,BMI,F11,3.L-a,374.T,S.1

Anhang A

A.1.9 Telekom – Ernst STRASSER / Advisory Board Bulgarien (Beweisthema 1abcf)

	<p><i>Dietmar TRUMMER ausverhandelt. Ich persönlich hatte mit Dr. STRASSER Kontakt mit einem Projekt für die bulgarische Regierung. Er unterstützte uns in der Beratung des damaligen Premierministers STANICEV Sergej (phon.). STRASSERs Aufgabe war es das Meinungsklima und Akzeptanz über die bulgarischen Reformen in Justiz und Korruptionsbekämpfung in der EU darzulegen und dem Premierminister Vorschläge zu machen, wie ein entsprechender Dialog aufzusetzen ist. Wir waren zu diesem Zweck gemeinsam in Sofia wo diese Gespräche mit dem Premierminister stattgefunden haben. In weiterer Folge hat Dr STRASSER dem Projektleiter in unserer Firma Stefan KRENN fallweise oder bei Bedarf beraten.“</i></p> <p>Weitere Mitglieder in diesem projektspezifischen Advisory Board für die bulgarische Regierung waren aus Österreich Karl BLECHA und Peter SCHIEDER. Laut HOCHEGGER-Aussage vor dem Untersuchungsausschuss bekamen beide je € 4.000 für ihre Tätigkeit.</p> <p>Neben der Bulgarien-Beratung gab es noch ein Projekt in NÖ: HOCHEGGER (BV 31.5.2011): „<i>Ein weiteres Projekt an das ich mich erinnern kann war ein Immobilienprojekt in NÖ wo in der Gemeinde Vösendorf ein Hochhaus errichtet werden sollte. Ernst STRASSER wurde als Berater in dieses Projektteam mit aufgenommen. Seine Aufgabe war es die Entscheidungsstrukturen innerhalb der NÖ Landesregierung und im Zusammenspiel mit der Gemeinde VÖSENDORF darzulegen und unserem Projektteam Empfehlungen für Argumente und Kommunikationsmassnahmen zu geben.“</i></p> <p>Zum Vertrag: HOCHEGGER (BV 31.5.2011): „<i>Es handelte sich um einen auf einem Jahr ausgelegten schriftlichen Vertrag von jährlich 100.000 Euro. Meiner Erinnerung nach ist der Vertrag entweder 1 ½ oder 2 Jahre gelaufen. Der Vertrag war zwischen Mag. TRUMMER und Dr. STRASSER ausgehandelt und abgeschlossen worden.“</i></p>	
29.6.2008	Rechnung von cce-consulting (STRASSER) an HOCHEGGER Holding GmbH über 30.000 „wie in der Vereinbarung zwischen Hohegger Holding GmbH und der cce-consulting gesmbh vom 6.7.2006 vorgesehen“. Zeitraum: Jänner 2008-Juni 2008.	BT1,BMI,F11,3.L -a,374.T,S.7
22.12.2008	Rechnung von cce-consulting (Ernst STRASSER) an HOCHEGGER	BT1,BMI,F11,3.L

Anhang A

A.1.10 Telekom – Ernst STRASSER / Vienna Capital Partners (Beweisthema 1abcf)

	Holding GmbH über 30.000 „wie in der Vereinbarung zwischen Hohegger Holding GmbH und der cce-consulting gesmbh vom 6.7.2006 vorgesehen“. Zeitraum: Juli 2008-Dezember 2008.	-a,374.T,S.6
30.6.2009	Rechnung von cce-consulting (Ernst STRASSER) an HOHEGGER Holding GmbH über 30.000 „wie in der Vereinbarung zwischen Hohegger Holding GmbH und der cce-consulting gesmbh vom 6.7.2006 vorgesehen“. Zeitraum: Jänner 2009-Juni 2009.	BT1,BMI,F11,3.L -a,374.T,S.5

A.1.10. Ernst STRASSER / Vienna Capital Partners (Beweisthema 1abcf)

Datum	Inhalt	Quelle
17.2.2006	<p>Term Sheet für die Mandatsvereinbarung „Projekt Belvedere“, unterzeichnet von Rudolf FISCHER (TA) und Heinrich PECINA (VCP).</p> <p>Zielsetzung: „Optimierung der Telekommunikations-Infrastruktur auf Landes- und Bundesebene“.</p> <p>Gesamtverantwortung im Projektteam der VCP: Ernst STRASSER.</p> <p>Honorar: monatliches Beratungshonorar von € 10.000 für etwa 48 Monate. Für jede aktiv betreute Transaktion erhält VCP ein monatliches Beratungshonorar von € 25.000.</p> <p>Erfolgshonorar: Im Falle einer erfolgreichen Eigenkapitalbeteiligung des Auftraggebers verrechnet VCP ein Erfolgshonorar von 1% des Transaktionsvolumens</p>	BT1,BMJ,F00,2. L-b,190.T,S.256
20.2.2007	<p>Mandatsvertrag für „Projekt Grand Prix“, unterzeichnet von Rudolf FISCHER, Gernot SCHIESZLER (TA), Heinrich PECINA und Gouzel GOUMEROVA (VCP).</p> <p>Inhalt: „Beratung des Klienten im Zusammenhang mit der Definition und Durchführung von Transaktionen und Maßnahmen, die zu einer Mehrheitsbeteiligung des Klienten in der Vereinbarten Zielgesellschaft im Rahmen des Projekts „Grand Prix“ führen.“</p> <p>Dauer: max. 18 Monate</p> <p>Honorar: monatliches Beratungshonorar von € 25.000</p> <p>Erfolgshonorar: € 3.200.000 im Fall des erfolgreichen Abschlusses der Transaktion</p>	BT1,BMJ,F00,2. L-b,190.T,S.260
o.D.	Schreiben VCP (PECINA und GOUMEROVA) an TA (FISCHER): Ergänzung zum Mandatsvertrag fürs Projekt „Grand Prix“	BT1,BMJ,F00,2. L-b,190.T,S.273

Anhang A

A.1.11 Telekom – White House (Beweisthema 1abcf)

2.7.2008	Memo einer Besprechung PECINA – STRASSER: STRASSERs erste Vereinbarung mit VCP ist am 30.6.2008 abgelaufen. PECINAS Angebot für die weitere Zusammenarbeit: STRASSER macht Lobbying in Österreich und international und bahnt Geschäftskontakte bzw. den Abschluss von Transaktionen an. Remuneration: € 150.000 p.a. plus performanceabhängig € 100.000 für politisches Lobbying plus Erfolgsprovision. Laufzeit: 2 Jahre (bis 30.6.2010)	BT3,BMF,F00,4. L-a,14.T,S.222
9.4.2009	Schreiben von VCP an STRASSER: „Wunschgemäß bestätige ich, dass Sie gemäß Vereinbarungen, welche im Jahre 2005 abgeschlossen wurden und mit 30.6.2008 abliefen, als geschäftsführender Gesellschafter in Tochterunternehmen der VCP, spezialisiert auf Projekte im Energiesektor, tätig waren. Diese Tätigkeiten sind bis zum 31.12.2008 beendet und vollständig abgerechnet worden, sodass sich daraus keine weiteren wechselseitigen Ansprüche ergeben.“	BT3,BMF,F00,4. L-a,14.T,S.221

A.1.11. White House (Beweisthema 1abcf)

Datum	Inhalt	Quelle
14.11.2007, 11:28	<p>E-Mail von Michael FISCHER an Gernot SCHIESZLER, Betreff: „Zusage“. „Lieber Gernot. Rudi FISCHER hat € 100.000,- via Peter HOCHEGGER an die ÖVP-Bundespartei für 2007 zugesagt. Mit der Bitte um Berücksichtigung. Liebe Grüße, Michael.“</p> <p>Befragt zu einem Trend-Artikel über eine 100.000 Euro-Parteispende an die „Junge ÖVP“ sagt HOCHEGGER (BV 31.10.2011): „Ich kann mich in diesem Zusammenhang nur an eine Zahlung in der Höhe von 96.000 Euro (inkl. USt) von der VALORA AG an die Agentur „THE WHITE HOUSE“ erinnern. Diese Zahlung wurde aber nicht von Rudolf FISCHER, sondern von Michael FISCHER bei mir in Auftrag gegeben.“</p> <p>Martin KRATKY in seinem Schreiben an den Untersuchungsausschuss: „Die Zahlung steht in Zusammenhang mit dem Wahlkampf der Jungen VP Kärnten 2008, für Teile dessen White House als externe Agentur tätig war. Nach Beendigung des Auftrags hätte der Kunde der Agentur eröffnet, dass sie kein Budget zur Zahlung der erbrachten Leistung hätten. Aus dieser Notsituation für</p>	<p>News 07/2012, 16.2.2012, BT1,BMI,F11,7.L -a,22.T,S.7, Kratky Schreiben an den UsA, News 29.3.2012</p>

Anhang A

A.1.11 Telekom – White House (Beweisthema 1abcf)

	<p><i>die Agentur heraus wurde dieser schließlich mitgeteilt, dass sie eine Rechnung an die Valora AG stellen könnten, um ihren angelaufenen Aufwand und etwaige Fremdkosten abzudecken. Des Weiteren hat Mag. ULLMANN mir mitgeteilt, das White House, sollte sie jemals zu diesem Geschäftsvorgang befragt werden, selbstverständlich wahrheitsgemäß darüber Auskunft geben wird.“</i></p> <p>NEWS berichtet dazu: „Aus NEWS vorliegenden Unterlagen der Agentur White House geht hervor, dass diese im Jahr 2008 die Jugendkampagne der ÖVP für die Nationalratswahl machte. Einzig: Wesentliche Teile der Gesamtrechnungen von 93.889,08 Euro seien von der Bundespartei längere Zeit nicht bezahlt worden. Daraufhin sei White House gebeten worden, eine Rechnung über 96.000 Euro an die Firma Valora des Telekom-Lobbyisten Peter HOCHEGGER zu legen. Nach Eingang des Geldes habe man die zuvor von der ÖVP bereits bezahlten 62.005,08 Euro zurücküberwiesen. Die überzahlte Differenz auf die tatsächliche Leistung von 2.110,92 Euro sei der Jungen ÖVP gutgeschrieben und bei einem Folgeauftrag in Abzug gebracht worden. Den White House-Managern erschien der Vorgang ursprünglich unbedenklich, auch dass die Telekom letztlich die Rechnungen bezahlte, habe man nicht gewusst. Auf NEWS-Anfrage wurde der Sachverhalt bestätigt, man werde auch im U-Ausschuss wahrheitsgemäß aussagen.“</p>	
o.D.	<p>Zum Zustandekommen der Kooperation White House – Valora – Telekom:</p> <p>HOCHEGGER (BV 6.6.2011): „Als nächste Aufgabenstellung stand an, die Idee, Kärnten als Breitband Vorzeigeland mit der Unterstützung der TA in ein Konzept zu gießen. Ich habe für dieses Konzept den roten Faden entwickelt und mich für die Detailausformulierung der HOCHEGGER.COM und einer Werbeagentur „White House“ bedient. Der Kontakt zu White House ist über die TA zustande gekommen. An den Namen der Agenturmitarbeiterin kann ich mich nicht mehr genau erinnern, es kann sein dass sie ULLMANN geheißen hat.“</p> <p>HOCHEGGER (BV 7.6.2011): „Ich kann heute nicht mehr sagen von wem die „White House (WH)“ vorgeschlagen wurde. Möglicherweise weiß es noch Manfred ERIAN. Ich glaube mich erinnern zu können, dass WH eine Agentur mit „Kärntner Verankerung“ ist. Es war damals ein wichtiges Kriterium bei diesem Projekt zu argumentieren,</p>	BT1,BMI,F11,3.L -a,373.T,S.36, Profil vom 21.2.2012

Anhang A

A.1.12 Telekom – Mobiltel-Bulgarien

	<p><i>dass – bei Umsetzung dieser Kampagne – Wertschöpfung im Land Kärnten bleiben würde. Weiters gehe ich davon aus, dass die TA bereits Erfahrungen mit der Agentur WH hatte.“</i></p> <p><i>Profil schreibt zur Agentur White House: „Die Agentur „White House“ steht in einem ausgewiesenen Naheverhältnis zur Volkspartei. Prokuristin Gabriela ULLMANN kandidierte bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2010 auf der ÖVP-Bezirksliste für Wien-Landstraße. Bezirksparteiobleute: der frühere JVP-Chef und amtierende Integrationsstaatssekretär Sebastian KURZ und ein gewisser Harald HIMMER, im Brotberuf Chef des Elektronikkonzerns Alcatel Lucent. Alcatel überwies zwischen 2007 und 2008 insgesamt 244.000 Euro an HOCHEGGERS Valora AG.“</i></p>	
30.9.2008	<p>Rechnung von White House an Valora über € 96.000 für „Buy-Out für Kreativkonzepte, Diverse Abstimmungstermine, Begleitendes strategisches Consulting“. Zeitraum: Jänner 2008-September 2008.</p> <p>HOCHEGGER dazu (BV 6.6.2011): <i>„Geraume Zeit später erteilte uns die Nachricht, dass aufgrund einer Intervention von LH HAIDER dieser Auftrag an uns (White House und HOCHEGGER) zurückgezogen wurde. (...) Letztendlich wurde ihnen dann aus diesem Projektbudget ein Abstandshonorar von 80.000 Euro (+USt) von der VALORA AG überwiesen. Diese Überweisung wurde natürlich mit der TA abgestimmt und nur nach deren Zustimmung in der Person von Michael FISCHER (Leiter der Abteilung Public Affairs) getätigt.“</i></p> <p>Zu den Gründen für den Rückzug des Auftrages:</p> <p>HOCHEGGER (BV 7.6.2011): <i>„Der inoffizielle Grund war, dass man der TA mitgeteilt hat (Manfred ERIAN), dass die Umsetzung mit einer anderen (Kärntner) Agenturengruppe erfolgen würde.“</i></p>	<p>BT1,BMI,F11,3.L -a,1.T,S.248,</p> <p>BT1,BMI,F11,3.L -a,373.T,S.36,</p> <p>BT1,BMI,F11,3.L -a,375.T,S.12</p>

A.1.12. Mobiltel-Bulgarien

März 1994	Gründung der Mobiltel, erstes digitales Mobilfunknetz in Bulgarien, durch Krassimir Stoytchev und Anguel Parvanov. Stoytchevs Tron hielt 75%, die Firma US West 25%
-----------	---

Anhang A

A.1.12 Telekom – MobilTel-Bulgarien

1996	Anteile der MobilTel gehen an die russische ‚Global International‘ (Quelle: Wirtschaftsblatt, 18.3.2000) Anteile der MobilTel gehen an die russische ‚Globus Investments‘ von Grigory Luchansky (Quelle: Wirtschaftsblatt, 15.7.2005)
21.5.1996	DeTeMobil erwirbt Minderheitsanteil der MobilTel von Tron
Nov 1996	Die Aktienmehrheit der MobilTel wird auf die EMTF übertragen. Laut anderer Quelle wird 1997 die MobilTel zu 50% von EMTF und 50% von BulSim EOOD erworben.
1998	Laut einer Aufstellung der Auslandsinvestments über 1 Mio USD zwischen 92 und 98 der Bulgarischen Kammer für Handel und Industrie (bcc) investiert die EMTF 1998 16.496.000 USD in die MobilTel
2000	Horngacher erhält ab diesem Jahr zu Weihnachten immer Reisegutscheine von mind 10.000 Schilling (in Summe 150.000 Schilling (10.900 Euro))
7.2.2000	Zeevi Holding zieht ihr Angebot für einen Minderheitsanteil an der MobilTel von EMTF zu erwerben, zurück
20.3.2000	Der Generaldirektor von MobilTel, Vladimir Grashnov, kündigt den Börsengang von MobilTel an einer europäischen Börse an
30.10.2000	Turkcell Iletisim Hizmetleri und Magyar Tavkozlesi RT ziehen ihre Angebote für MobilTel zurück.
1.11.2000	Die Investorengruppe um Matav/Ungarn und Dankner Investment Ltd/Israel zieht ihr Angebot für MobilTel zurück.
8.12.2000	Israelische „Investorengruppe“ (L Leviev) kündigt an, MobilTel um USD 600 Mio zu kaufen.
11.12.2000	Das Management der MobilTel wird gewechselt und Vladimir Grashnov abgelöst
12.2.2001	Der israelische Diamantenhändler Lev Leviev, erhöht seine Anteile an der MobilTel angeblich auf 100%
28.11.2001	Elsner bittet Horngacher um eine „Stellungnahme“ zu Cherney

Anhang A

A.1.12 Telekom – MobilTel-Bulgarien

6.12.2001	<p>Erster Kreditantrag in der BAWAG über 680 Mio \$. Schilderung der Finanzierungsstruktur: „Die MS Privatstiftung erwirbt 100% der Anteile an der bulgarischen MobilTel. Gleichzeitig erhält der Käufer vom Verkäufer (=Michael Cherney oder eine ihm nahestehende Firma, voraussichtlich LL International Holding B.V., Rotterdam) eine PUT-Option für 100% der Aktien befristet auf voraussichtlich 2 Jahre. Die Ausübung dieser PUT-Option wird seitens des Verkäufers durch ein Bardepot in Höhe von 100% des Kaufpreises sichergestellt und zugunsten der Option verpfändet. Die BAWAG finanziert den Aktienwerb (...) gegen Verpfändung dieser Aktien. Weiters wird zur Sicherstellung der Finanzierung eine Abtretung der Rechte und Ansprüche aus der vorerwähnten PUT-Option und damit auch des dafür verpfändeten Bardepots erfolgen, wodurch die Finanzierung zu 100% als bargedeckt betrachtet ist und somit keine Anrechnung auf die Großveranlagungsgrenze erforderlich ist (abgestimmt mit KPMG, siehe Beilage.)“</p> <p>Anmerkung: Aus der Einvernahme von Michael HASON vom 24.1.2007 ergibt sich weiters, dass auch CHERNEY die Option hatte, den Kauf rückabzuwickeln, falls es nicht zum Verkauf kommen sollte oder ein CHERNEY zu niedrig erscheinender Kaufpreis vereinbart würde!</p>
6.12.2001	<p>BAWAG ersucht KPMG um Bestätigung, dass der Kredit in der gewählten Konstruktion „100% bargedeckt sei“. Diese bestätigt das mit einer handschriftlichen Notiz.</p>
7.12.2001	<p>Horngacher bestätigt Unbedenklichkeit Cherneys</p>
19.12.2001	<p>Lev Leviev erklärt in einem Fax an die STC (Bulgarische Telekomaufsicht), er sei nicht Eigentümer der MobilTel. Auf Anfrage der STC legt die MobilTel ein Aktionärsverzeichnis vor, das LL Telecommunications BV als Alleinaktionär zeigt.</p>
19.12.2001	<p>BAWAG ersucht HORNGACHER schriftlich um eine Stellungnahme, ob die gewählte Kreditkonstruktion unbedenklich sei. Dieser bejaht.</p>
14.1.2001	<p>2. Kreditantrag in der BAWAG, inkl. Skizze der Finanzierungsstruktur.</p> <p>Bemerkenswert: „Die MobilTel Holding GmbH / Wien (Treuhand für die MS Privatstiftung) soll in Bulgarien offiziell als Käuferin auftreten. Der Erwerb ist durch bulgarische Behörden (...) genehmigungspflichtig. Die Treuhandenschaft wird sowohl dem Verkäufer als auch den österreichischen Behörden offengelegt, nicht jedoch gegenüber den bulgarischen Behörden.“</p>
25.1.2002	<p>BAWAG Bericht an den Vorstand: Verkäufer hat den „vehementen Wunsch“ geäußert, dass gleich nach Abschluss in einem zweiten Schritt 25% des Cash-Depots freigegeben werden müssen. Da lt. aktuellen Gutachten der Wert der Aktien bei min. 1,3 Mrd. \$ liege, sei das vertretbar.</p>
25.2.2002	<p>Zuzählung des BAWAG Darlehens an die MS Privatstiftung</p>
26.2.2002	<p>BAWAG Dokument verweist auf Besserungsrecht für Chernoy: innerhalb von 2 Jahren erhält er die Hälfte eines über 780 Mio \$ hinausgehenden Verkaufserlöses!</p>

Anhang A

A.1.12 Telekom – MobilTel-Bulgarien

6.3.2002	BAWAG Antrag an Vorstand: vom Bardepot sollen 25% (170 Mio \$) freigegeben werden Außerdem: „ <i>Weiters ist uns bekannt, dass der Kreditnehmer bereits in Gesprächen mit ernstzunehmenden Interessenten aus der Telekommunikationsbranche bezüglich eines Weiterverkaufes des Unternehmens steht.</i> “
18.3.2002	Aktennotiz BAWAG: vom „freien Teil“ sollen dennoch 130-140 Mio \$ bei der BAWAG am Konto bleiben
21.3.2002	Treuhandvertrag zwischen MS Privatstiftung und MobilTel Holding GmbH.
21.3.2002	Die MobilTel EAD wird an die MobilTel GmbH verkauft. Preis 680 Mio USD.(= 785 Mio Euro zum damaligen Kurs)
13.3.2003	Beratervertrag MobilTel GmbH mit BAWAG: Beratung bei Verkauf an Investor
26.3.2003	Schüssel reist im Schlaf Jet nach Belgrad
Mai 2003	Beginn der Verhandlungen über Verkauf an Telekom (lt. Stellungnahme Telekom)
26.6.2003	TA übergibt über Tochter Mobilkom „vertrauliches, unverbindliches Angebot“ für MobilTel
16.9.2003	Die Telekom Austria AG schließt einen Mandatsvertrag mit Lehman Brothers bezüglich Ankauf der MobilTel
30.9.2003	Das BKA (Zwettler) informiert GD Sundt, dass massive Bedenken gegen CHERNEY bestehen.
21.10.2003	Telekom bricht (lt. Stellungnahme vom 2.7.2007 im BAWAG Verfahren) die Vertragsverhandlungen ab, angeblich weil „seitens der Verkäufer letztlich ausschließlich die Bereitschaft zum Verkauf eines Minderheitsanteils vorlag“. Aber: HASON sagte aus, dass CHERNEY das Hindernis war. Es sei daher in weiterer Folge zur „endgültigen und tatsächlichen Trennung“ von CHERNEY gekommen. Vgl. dazu auch das FALTER-Interview mit COLOMBO, wonach er 2003 den Eigentümern eine „Liste“ vorgegeben habe, wie man aus der MobilTel eine „Jungfrau“ machen könnte.
18.11.2003	Rechnung der VALORA (HOCHEGGER) an die MobilTel Holding GmbH über € 600.000, für Lobbyingaktivitäten, Umfeldrecherchen f. MobilTel etc. von Nov 02 – Sept 03.
15.12.2003	MEISCHBERGER verrechnet an VALORA € 362.240, davon € 250.000 für MobilTel
8.3.2004	BAWAG Commitment Letter für Finanzierung des Verkaufs an internationale Investoren.
24.5.2004	Haftungskreditvertrag: Bankgarantie € 77.000 von BAWAG für MobilTel
25.5.2004	Kreditvertrag der internationalen Finanzpartner für Erwerb der MobilTel EAD in Bulgarien durch die BIDCO AD

Anhang A

A.1.12 Telekom – MobilTel-Bulgarien

20.7.2004	BidCo AD erwirbt Anteile an MobilTel EAD von MobilTel Holding GmbH; Kaufpreis der gesamten MobilTel EAD: 1,1 Mrd € (davon 450 Mio € Eigenmittel und 650 Mio € Fremdkapital)
Juli 2004	Der BAWAG Kredit wird aus dem Verkaufserlös abgedeckt
3.9.2004	Fusion („Upstream-Merger“) der BidCo AD mit der MobilTel EAD, neuer Firmenname: MobilTel AD
11.10.2004	MS Privatstiftung stellt Kreditantrag an BAWAG über 184 Mio Euro. Begründung: - 49 Mio Euro für Vorfinanzierung von Ansprüchen aus der endgültigen Kaufpreisabrechnung die im Jahr 2005 erfolgen wird - 135 Mio Euro Abschtigung und Auszahlung von Partnern im Zusammenhang mit MobilTel
25.10.2004	Darlehensvertrag über 184 Mio Euro wird abgeschlossen
29.10.2004	1. BAWAG überweist aus diesem Darlehensvertrag 135 + 49 Mio Euro an MS Privatstiftung (insg. also 184 Mio) 2. MS Privatstiftung überweist 100 + 75 Mio € an EMTF (=Firma von CHERNEY!) (insg. also 175 Mio Euro – 9 Mio € bleiben bei der MS Privatstiftung „hängen“) 3. EMTF überweist 75 Mio € an BAWAG Konto. Begründung lt HASON u.a.: „Vereinbarte Gewinnbeteiligung der BAWAG 15%“, lt NAKOWITZ gibt es das nicht schriftlich sondern es handle sich um eine mündliche Vereinbarung zw SCHLAFF und ZWETTLER 4. 75 Mio € werden von dort an 4 US Firmen aufgeteilt, die Schlafl 2000 (in anderem Zusammenhang) der Bawag vermittelt hat und decken die ausständigen Kredite ab (Abdeckung von Verlusten aus Flöttl Geschäften)
29.11.2004	Telekom Austria gibt bekannt, dass „ein Memorandum of Understanding und Exklusivität zum Erwerb einer Kauf-Option zur Übernahme von MobilTel vereinbart wurde. Die Kaufoption würde Telekom Austria, nach eigenem Ermessen, das alleinige Recht geben im späteren Verlauf des Jahres 2005 100% von der MobilTel zu einem Unternehmenswert von ca. 1,6 Mrd Euro zu erwerben, wovon ein Teil ergebnisabhängig wäre.“
17.12.2004	Erwerb der Kaufoption durch die Telekom (lt. Stellungnahme an Gericht)
12.7.2005	Telekom Austria erwirbt MobilTel von BidCo AD um 1,6 Mrd Euro.

Anhang A

A.1.13 Telekom – Mobtel in Serbien

26.9.2005	<p>HOCHEGGERS Valora verrechnet 440.000 € (dem Ausschuss liegt nur eine Rechnung über € 228.000 vor, weitere Beträge wurden wieder gutgeschrieben?) an Raiffeisen Investment AG</p> <p>Erklärung HOCHEGGER: „Beim Kauf der Mobitel in Bulgarien wurde von der ÖIAG oder der Telekom eine Investmentbank gesucht. Meine Aufgabe war, dass die RIAG das Mandat bekommt. Die Valora hatte einen Vertrag mit der Centro Bank teils auf Erfolgsbasis. Die 440.000 € waren das Erfolgshonorar für die erfolgreiche Tätigkeit der Valora. Die Raiffeisen Investment ist auf mich zugekommen und hat gesagt, dass dort ein Beratungsmandat ausgeschrieben wird und ich sie dabei unterstützen soll mit Informationen, Empfehlungen um dort zum Zug zu kommen.“</p> <p>Anmerkung: Verhandlungen waren schon 2004 abgeschlossen, die Kaufoption stand bereits Mitte 2005 fest. Die Rechtfertigung HOCHEGGERS ist daher fragwürdig.</p>
-----------	--

A.1.13. Mobtel in Serbien

Diese Chronologie basiert auf Medienberichten und nur in kleinen Teilen auf Unterlagen des Untersuchungsausschusses.

1994	Gründung der MobTel durch Bogoljub KARIC gemeinsam mit der serbischen Post (PTT). KARIC hält 51%.	
2003	Telecom Italia als Minderheitsaktionär der Mobtel zieht sich nach einer Korruptionsaffäre zurück und versenkt dabei 250 Mio. €. Die Mobilkom überlegt den Einstieg.	Wirtschaftsblatt 2.1.05
2004	NEMSIC mahnt zur Geduld wegen „politischer Unsicherheiten“ und „ungeklärter Eigentumsstrukturen“ der Mobtel	Wirtschaftsblatt 2.1.05
3.7.2005	HORNGACHER soll auch für diesen Kauf einen „Persilschein“ für KARIC beschafft haben.	Presse, 16.10.2007
Feb 2005	4 Bieter haben bereits Angebote für den Anteil an der Mobtel gelegt, der KARIC gehört: Telekom Austria, SCHLAFF und Co., Sistema (russisches Konsumgüter-Konglomerat) und eine isländische Investorengruppe über den Londoner Venture-Capital-Fonds Novator.	Die Presse 16.2.05
Mär 2005	Die russische Alpha-Gruppe gibt bekannt, dass sie den 51% hohen Anteil von KARIC übernommen habe. NEMSIC und serbische Medien gehen jedoch davon aus, dass Alpha mit	Die Presse, 23.3.2005

Anhang A

A.1.13 Telekom – Mobtel in Serbien

	KARIC erst einen Vorvertrag geschlossen hat.	
Apr 2005	SCHLAFF und die Mobilkom wollen gemeinsam bei der Mobtel einsteigen: Zuerst soll SCHLAFF den Anteil von KARIC übernehmen, dann die Mobilkom die Beteiligung des serbischen Staates.	Die Presse, 23.4.2005
6.4.2005	Telekom Austria meldet Übernahme von Mobitel beim Wiener Kartellgericht an.	Dow Jones-VWD: Business Newsletters 28.4.2012
11.5.2005	SCHLAFF, TAUS und CORDT kaufen Boguljub KARIC 51% der MobTel um 250 Mio € ab. Der Erwerb der Anteile von KARIC erfolgt durch die Übernahme der gesamten in Moskau registrierten und im Eigentum von KARIC stehenden Firma „BK Trading“.	Die Zeit 1.2.06, Dow Jones-VWD Unternehmen Europa / Fernost 18.5.2005
13.5.2005	Die serbische Regierung sagt, sie ist mit dem Verkauf unglücklich. "Karic can sell his company to anyone, but he cannot sell shares of Mobtel without an agreement of PTT Serbia," Serbia's Finance Minister Mladjan Dinkic said. "Nobody can become the owner of the majority stake of Mobtel, which the state owns, without a public tender." "We were caught by surprise," said Milan Parivodic, the foreign trade minister. "Schlaff told us he has negotiated with BK Trading for eight months, but sadly he has not talked to the government for a single hour."	Associated Press Newswires 13.5.2005
13.5.2005	Bei einer Pressekonferenz in Belgrad verkündet NEMSIC den baldigen Einstieg der Mobilkom. Am selben Tag beginnen die offiziellen Verhandlungen mit der serbischen Regierung. Unterstützung kommt von GORBACH, der Serbiens Premier Vojislav KOSTUNICA und Investitionsminister Velja ILIC trifft.	Wirtschaftsblatt 13.5.2005, Die Presse, 13.5.2005
Mai 2005	Nach Kauf ist unklar, wer die Mehrheit an MobTel hält. SCHLAFF: „Wir haben zwischen 42 und 51% erworben.“ Die Feststellung der Eigentumsverhältnisse ist Gegenstand eines Schiedsgerichtsverfahrens in Zürich, weil sowohl KARIC als auch die Regierung (über die staatliche PTT) die MobTel-Mehrheit für sich reklamieren. Unmittelbar nach dem Einstieg bei der MobTel ging den Österreichern die Urgenz zu, sie mögen dem serbischen Staat ausständige MobTel-Dividenden in Höhe von € 27 Mio auszahlen.	vwd - Vereinigte Wirtschaftsdienste 30.8.2005

Anhang A

A.1.13 Telekom – Mobtel in Serbien

	Der serbische Finanzminister Mladjan DINKIC zweifelt die Rechtmäßigkeit dieses Verkaufs an, weil KARIC die Regierung betrogen habe. KARIC hat dem serbischen Staat nie eine Dividende überwiesen. In Summe soll er dem Unternehmen seit der Gründung 52 Mio € entnommen haben. Daraufhin hat die Regierung die entgangenen Gewinne in Anteile umgerechnet und erklärt, sie und nicht KARIC besitze die Mehrheit am Unternehmen.	
Juli 2005	Frist für die Entscheidung verzögert sich mehrmals. Wurde für September erwartet, jetzt ist anscheinend doch erst mit Dezember 2005 zu rechnen. NEMSIC sieht gute Chancen, die Firma 2006 zu kaufen.	APA Economic News Service 15.7.2005
10.8.2005	SCHLAFFS Sprecher rechnet mit einer Vertragsunterzeichnung in den kommenden 7 bis 10 Tagen.	Dow Jones-VWD: Business Newsletters 10.8.2005
27.10.2005	Serbische Zeitung „Blic“ schreibt, dass außergerichtliche Einigung kurz bevor steht: SCHLAFF erkennt an, dass der serbische Staat die Mehrheit an MobTel besitzt. SCHLAFFs Anteil soll auf 41,2% festgelegt werden. Im Gegenzug würde sich der Staat verpflichten, ihren MobTel-Anteil an SCHLAFF zu verkaufen. Ausgehandelt wurde das Memorandum angeblich vom Finanzminister Mladjan DINKIC, Investitionsminister Velimir ILIC und SCHLAFF.	Die Presse, 28.10.2005
Nov 2005	Ultimatum an Mobtel für Dividendenzahlung (27 Mio €) bis Jahresende, andernfalls drohen „compensation measures“.	Wirtschaftsblatt 3.1.06, APA Economic News Service 20.12.2005
3.12.2005	Wiener Staatsoper gibt auf Kosten von SCHLAFF Gastspiel in Belgrad.	Der Standard 3.12.05
29.12.2005	Die serbische Regierung entzieht MobTel die Sendelizenz. Das Unternehmen wird unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt. Offizielle Begründung: KARIC hat der kosovo-albanischen Firma Mobikos die Betreiberlizenz für die ehemalige serbische Provinz Kosovo abgetreten und damit die Sicherheit des Landes gefährdet. Interpretation Tagesanzeiger: Diese Zusammenarbeit war seit mehr als einem Jahr bekannt. Der Konflikt eskalierte erst, als	Wirtschaftsblatt 3.1.06 APA Economic News Service, 29.12.2005

Anhang A

A.1.13 Telekom – Mobtel in Serbien

	KARIC eine ernsthafte Konkurrenz im politischen Machtkampf zu werden schien. (war laut Umfragen stärker als alle Parteien der Koalitionsregierung zusammen)	
30.12.2005	GORBACH sendet ein Protestschreiben nach Belgrad.	Wirtschaftsblatt 3.1.06
2.1.2006	Serbisches Innenministerium erlässt Haftbefehl wegen „Amtsmissbrauchs“ gegen den ehemaligen Mobtel-Geschäftsführer (Mitte 2003 - Mai 2005) Patrick HARPOUR. Dieser habe das „politisch und wirtschaftlich für Serbien schädliche“ Lizenzabkommen mit der kosovarischen Mobilfunkfirma Mobikos abgeschlossen, was auch der Hauptgrund für den Lizenzentzug der Mobtel gewesen war. Als Reaktion darauf streitet HARPOUR ab, eine Lizenz verkauft zu haben und sagt, er habe lediglich ein Abkommen für technische Kooperation getroffen. HARPOURs Aufenthaltsort ist nicht bekannt.	Wirtschaftsblatt 3.1.06, Dow Jones Emerging Markets Report, 3.1.2006 Der Standard, 22.2.2006
2.1.2006	Serbien klagte die Firma BK Trade der österreichischen Investoren wegen der vom früheren Mehrheitsbesitzer Bogoljub KARIC nicht ausbezahlten Dividenden (insgesamt 52 Mio. €). Mobtel konterte mit einer Klage gegen den Staat wegen des Lizenzentzugs Ende 2005.	Dow Jones-VWD: Business Newsletters 2.1.2006
5.1.2006	Serbischer Wirtschaftsminister Predrag BUBALO kündigt an, demnächst 2 neue Lizenzen auszuschreiben. SCHLAFF und Co. würden in diesem Fall sofort eine vorläufige Lizenz erhalten. Dies ist allerdings an eine Einigung über die strittigen MobTel-Dividenden geknüpft: Die Hälfte (27 Mio. €) soll bis Ende Jänner ausbezahlt werden. CORDT kündigt Klagslawine gegen die serbische Regierung an.	Der Standard, 5.1.2006
12.1.2006	GORBACH und SCHLAFF haben Journalisten aus Belgrad nach Wien eingeladen, um „ihnen die Unvereinbarkeit einer Enteignung des Mobilfunkers MobTel mit den EU-Beitrittsbestrebungen des Balkanlandes ins Mikrofon zu diktieren.“ Österreichische Journalisten waren nicht zugelassen. Die serbische Regierungsspitze blies den Trip jedoch kurzfristig ab, weswegen GORBACH nun selbst zu einem Treffen mit Ministerpräsident KOSTUNICA nach Belgrad fahren wird.	Wirtschaftsblatt 14.1.06
13.1.2006	Hypo Alpe-Adria Bank und Raiffeisen haben MobTel 70 bzw. 20 Mio. € Kredit gewährt und müssen nun um ihr Geld bangen: Belgrad übt Druck auf die Banken aus, damit diese die Kredite an die Mobtel entweder fällig stellen oder an die Regierung	Die Presse, 13.1.2006

Anhang A

A.1.13 Telekom – Mobtel in Serbien

	übertragen. Serbische Medien spekulieren, dass die Regierung damit einen Konkurs des Unternehmens erzwingen will.	
13.1.2006	Boris NEMSIC löst Heinz SUNDT als Telekom Austria-Generaldirektor ab.	Die Presse, 13.1.2006
14.1.2006	Die serbische Post PTT hat die Haftung für die 90 Mio € MobTel-Schulden bei Hypo Alpe-Adria und Raiffeisen übernommen. Die PTT sei dadurch ihrer Ansicht nach „klar zum Mehrheitseigentümer“ der MobTel geworden und SCHLAFFs Anteil entsprechend gesunken.	Wirtschaftsblatt 14.1.06
17.1.2006	3 frühere MobTel-Vorstände, Branislav ANDJELIC, Dusan DJORDJEVIC und Tatjana RAKAS wurden festgenommen, ihnen wird vor allem Steuerhinterziehung vorgeworfen. Zudem hat die serbische Steuerbehörde Strafanzeige gegen den früheren MobTel-Chef Sreten KARIC (Boguljubs Bruder) und die ehemalige stv. Geschäftsführerin Olga ZIVANOVIC erstattet.	Die Presse, 17.1.2006
17.1.2006	Besuch GORBACH, SCHLAFF, NEMSIC bei Regierungschef KOSTUNICA und Vizeministerpräsident LABUS in Belgrad, es soll eine „Arbeitsgruppe“ mit serbischen Regierungsvertretern gebildet werden. Mögliches Ausstiegsszenario: PTT stellt MobTel die Kredite fällig, diese muss in Insolvenz gehen, die Sendelizenz wird neu ausgeschrieben und landet am Ende bei SCHLAFF und Partnern. Die Kärntner Hypo-Alpe-Adria-Bank und die RZB treten – angeblich auf Druck des Finanzministers Mladjan DINKIC offene Kreditforderungen gegenüber MobTel in Höhe von € 70 Mio bzw 20 Mio an die PTT ab. Dem Vernehmen nach soll DINKIC im Falle der Weigerung mit dem Entzug der Banklizenz gedroht haben.	Wirtschaftsblatt 2.3.06,
11.2.2006	Der ausgehandelte Kompromiss: Die Mobtel wird neu gegründet, SCHLAFF erhält 30% an der Nachfolgefirma, die serbische Regierung mit PTT Srbija 70%. Andere Quelle: SCHLAFF soll 20%, die Regierung 80% erhalten. In mehreren Privatisierungsschritten soll dann die Mobilkom Anteile zukaufen können. Außerdem soll SCHLAFF bis Ende März die fälligen Dividenden (23,9 Mio €) ausbezahlen. Die Firma soll dann bis Jahresende verkauft werden. Hubert GORBACH hat in dieser Sache seit dem Vorjahr u.a. mit	Wirtschaftsblatt 2.3.06, Wirtschaftsblatt, 11.2.2006 Wirtschaftsblatt 17.2.06

Anhang A

A.1.13 Telekom – Mobtel in Serbien

	Mladjan DINKIC (Finanzminister), Vojislav KOSTUNICA (Ministerpräsident), Miroljub LABUS (Vize-Premier), Velimir ILIC (Investitionsminister) und Predrag BUBALO (Wirtschaftsminister) Gespräche und Verhandlungen geführt.	
26.7.2006	Telekom Austria unterliegt in der Versteigerung dem norwegischen Konkurrenten Telenor, der die Mobi63 für 1,5 Mrd € kauft. 30% davon gehen an SCHLAFF, TAUS und CORDT, also 357,9 Mio €. <p>Laut Presse gehen nur 15% an die SCHLAFF-Gruppe und 85% an den Staat.</p>	Wirtschaftsblatt 1.8.06
31.8.2006	Michael HASON (Chef der Holdenhurst Holding – Firma von Schlaff und Co. mit Sitz in Zypern) schreibt an Mladjan DINKIC und gibt Anleitungen zur Übermittlung der Zahlung von 357,9 Mio. € auf ein Raiffeisen-Konto.	BT1/BMJ/F6/1.L-a/4.T/S. 3
1.9.2006	Serbische Nationalbank ordnet o.g. Überweisung auf das Raiffeisen-Konto an.	BT1/BMJ/F6/1.L-a/4.T/S. 17
? 2006	Schreiben von Tihomir Z. an den österreichischen Botschafter in Belgrad mit der Bitte um Einleitung eines Strafverfahrens gegen SCHLAFF, TAUS und CORDT	BT1/BMJ/F6/1.L-a/4.T/S. 19
6.9.2011	Beatrix WINKLER (Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft) an Manfred REISER (BAK): Ermittlungsauftrag in der Strafsache gg. SCHLAFF, HASON, TAUS, CORDT.	BT1/BMJ/F6/1.L-a/5.T/S. 2

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

A.2. BUWOG

A.2.1. Chronologie Lehman-Vergabe

11.1.2002	<p>Besprechung im BMF: Anwesend: FLEISCHMANN, TRABOLD, SCHRAMM, LUTZ (OBERLEITNER wird später dazugeholt). „Ziel sei es, dass der Bund am Ende des gesamten Projekts seine Beteiligungen los ist. Angedacht sei nun die Herauslösung der assets vor Veräußerung der Bundesanteile. Die Ansicht von Dr. Trabold ist es, dass es sich dabei um eine sogenannte „BUG“ (Budgetumgehungsgesellschaft) handeln könnte.“</p> <p>„Dr. Trabold gibt an, dass im Jahr 2003 der Erlös vorhanden sein müsse.“</p> <p>SCHRAMM fragt, „ob Herr Dr. Fleischmann irgendeine Möglichkeit sieht die gegenständlichen Bundeswohnbaugesellschaften dahingehend zu veräußern, dass die Erlöse Maastricht-wirksam seien. Herr Dr. Fleischmann verneint dies.“</p> <p>„Herr Mag. Oberleitner zeigt sich ebenso überrascht, dass nunmehr die Veräußerung nicht defizitwirksam durchgeführt werden könne. Er gibt an, dass er sich diesbezüglich mit dem Minister in Verbindung setzen werde und mit Sicherheit eine Gesprächsrunde im Bundesministerium für Finanzen einberufen wird.“</p>	<p>Aktenvermerk vom 11. Jänner 2002:</p> <p>BT2,BMJ,F02,2.L-a,501.T,S.109</p>
15.1.2002	<p>Jour-Fix-Runde. Anwesend: TRABOLD, MANHARD, OBERLEITNER (alle BMF), RAMPRECHT (BBG), SCHRAMM, LUTZ.</p> <p>Laut Oberleitner hat BMF Grasser ein Gespräch mit dem italienischen Finanzminister Tremonti geführt, dieser wisse, wie man Bundesanteile Maastricht-wirksam veräußern könne.</p> <p>Trabold erläutert, dass die Eurostat-Richtlinien sehr genau seien und er keinen Spielraum für eine Maastricht-wirksame Lösung sehe.</p> <p>Kommission wird eingesetzt:</p> <p>Vorsitzender TRABOLD</p> <p>Ersatzvorsitzender RAMPRECHT</p> <p>Weitere Mitglieder: OBERLEITNER, PLECH [im Protokoll BLECH], MANHARD, SCHUSTER</p> <p>Ersatzmitglieder: FLEISCHMANN, SCHÖN</p>	<p>Aktenvermerk vom 15. Jänner 2002:</p> <p>BT2,BMJ,F02,2.L-a,501.T,S.112</p>

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

	Vereinbart wird die nächste Jour-Fix-Runde für den 5. Februar 2002 „in den Räumlichkeiten des Immobilientreuhänders Plech & Plech“	
22.1.2002	RAMPRECHT-Mail an MANHARD: SCHÖN habe gerade angerufen und <i>„sein massives Interesse als echtes Mitglied an der Kommission mitgeteilt. Nach Rücksprache mit Rene [OBERLEITNER, Anm.] ist es o.k., dass Herr Mag. SCHÖN auch in die Kommission kommt.“</i>	BT2, BMJ, F-2,2.L-a\501.T, S.121-122
5.2.2002	<p>Besprechung in den Räumlichkeiten des Immobilientreuhänders Plech & Plech. Anwesend: RAMPRECHT, HORNBANGER (BBG), OBERLEITNER, TRABOLD, MANHARD, PLECH, SCHRAMM, LUTZ.</p> <p>Eingehend diskutiert wird die Frage, ob die Tatsache, dass den Mietern die Wohnungen zum Kauf angeboten wurden, in die Teilnehmerunterlagen aufgenommen werden soll. TRABOLD <i>„setzt sich vehement dafür ein, dass die geplante Veräußerung an die Mieter nur eine geringe Bedeutung zukommt (ca. 500 bis 700 Wohnungen) und eine Aufnahme aus seiner Sicht nicht notwendig erscheint.“</i></p> <p>Es wird beschlossen, keinen Hinweis dazu in die Teilnehmerunterlagen aufzunehmen.</p> <p><i>„Herr Plech erklärt abschließend, dass er mit Herrn BM Grasser ein Gespräch geführt habe, wonach die Entgeltlösung für den Bieter derart vor sich gehen soll, dass ein Fixbetrag festgelegt werden soll und eine Erfolgsprämie.“</i></p>	Aktenvermerk vom 6.2.2002: BT2, BMJ, F02, 2.L-a, 501.T, S.123
12.2.2002	<p>Jour Fix-Runde. Anwesend: TRABOLD, RAMPRECHT, SCHUSTER (BUWOG), SCHÖN (WAG), PLECH, SCHRAMM, LUTZ. RAMPRECHT <i>„weist ausdrücklich darauf hin, dass er der Verantwortliche für dieses Projekt sei und Änderungen, die von anderer Seite festgelegt wurden, seiner Rücksprache bedürfen.“</i></p> <p>Ähnlich lautend die Zeugenaussage von TRABOLD, Vorsitzender der Vergabekommission: <i>„Bereits nach der ersten oder zweiten Sitzung drängte sich jedoch Herr. Dipl.Ing. RAMPRECHT, damals Sekretär von HBM Karl Heinz GRASSER in den Vordergrund und übernahm die Funktion des Vorsitzenden.“</i></p> <p>Zur etwas seltsamen Praxis der Protokollierung: <i>„Befragt zur Art und Weise der Protokollführung kann ich angeben, dass von Frau Mag. PFINGSTL Protokoll geführt wurde (...). Ich habe jedoch niemals Protokolle selbst gesehen. Es gab auch keine Genehmigungen von Protokollen vorausgegangener Sitzungen. Das Protokoll der letzten Sitzung der Vergabekommission, an welcher auch letztlich die</i></p>	<p>Aktenvermerk vom 12.2.2002: BT2, BMJ, F02, 2.L-a, 501.T, S.127;</p> <p>ZV TRABOLD: BT2, BMJ, F2, 2.L-a, 501.T, S.89-94</p>

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

	<p><i>Entscheidung für Lehman fiel, habe ich bei Dr. SCHRAMM zwar telefonisch nach dieser Sitzung angefordert, erhalten habe ich dieses jedoch nie, er hat mir dies schon am Telefon ohne Begründung verweigert.“</i></p> <p>Unter Punkt 4. 1.4 Projektziele findet sich folgender Satz: „Nach diesbezüglicher Anfrage gibt TRABOLD an, dass bei der Ausschreibung außer der bestmöglichen Verwertung der Bundeswohnbaugesellschaften keine weiteren Ziele (ökologische bzw. sozialpolitische) berücksichtigt werden müssen. Es komme lediglich auf den Meistbieter an. Man einigt sich schließlich darauf, dass aufgrund eines möglichen Spielraumes für den <u>Beratungsvertrag einige wenige (politische) Punkte aufzunehmen</u> sein werden.“</p>	
18.2.2002	Lt. Akten gibt es an diesem Tag 19 Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die ihr Interesse bekundet haben.	BT2,BMJ,F02,2.L -a,501.T,S.136
7.3.2002	<p>Jour Fix-Runde. Anwesend: MANHARD, TRABOLD, PLECH, SCHÖN, OBERLEITNER, RAMPRECHT, BOGNER, KLETECKA, SCHRAMM, LUTZ.</p> <p>Diskutiert werden u.a. die bisherigen Interessenten sowie die Einräumung von Vorkaufsrechten.</p>	<p>Aktenvermerk , datiert mit 11.3.2002: BT2,BMJ,F02,2.L -a,501.T,S.137</p>
11.3.2002	Ende der Frist für die Nachreichung von Unterlagen.	<p>Aktenvermerk , datiert mit 11.3.2002: BT2,BMJ,F02,2.L -a,501.T,S.137</p>
12.3.2002	<p>Sitzung der Bewertungskommission: Vorprüfungskommission bestehend aus: BOGNER, KLETECKA, SCHRAMM Prüfungskommission: TRABOLD, OBERLEITNER, PLECH, RAMPRECHT, SCHÖN, SCHUSTER, UNGERSBÖCK. Kommission gibt sich Geschäftsordnung. Nach längerer Diskussion kommt die Bewertungskommission einstimmig zu dem Ergebnis, folgende Bewerber zur Anbotslegung einzuladen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Salomon Brothers AG • Lehman Brothers Bankhaus AG • Rothschild GmbH • JP Morgan • CA IB 	<p>Resümeeprotokoll der Sitzung der Bewertungskommission vom 12. März 2002: BT2,BMJ,F02,2.L -a,501.T,S.143; Aktenvermerk intern vom 12. März 2002: BT2,BMJ,F02,2.L -a,501.T,S.164</p>

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

19.3.2002	<p>Tagsüber Gespräch von TRABOLD mit Land Kärnten wegen Vorkaufsrecht ESG Wohnungsgesellschaft m.b.H. Villach.</p> <p>Ab 18.10h Jour Fix-Runde im BMF. Anwesend: TRABOLD, MANHARD, PLECH, SCHÖN, SCHUSTER, OBERLEITNER, KLETECKA, BOGNER, SCHRAMM, PFINGSTL.</p> <p><i>„Die gesamte Präsentation und die nachfolgende Befragung wird auf Video aufgezeichnet.“</i></p>	<p>Aktenvermerk vom 19.3.2002:</p> <p>BT2,BMJ,F02,2.L-a,501.T,S.170</p>
9.4.2002	Kein Jour Fixe an diesem Tag. War in Sitzung vom 19.3. vereinbart worden. In den Akten ist nichts zu finden.	
16.4.2002	<p>Jour Fixe-Runde. Anwesend: WALLNER (ersetzt MANHARD ab diesem Zeitpunkt in Kommission), PLECH, SCHÖN, SCHUSTER, RAMPRECHT, KLETECKA, BOGNER, SCHRAMM, PFINGSTL.</p> <p>Neben anderen Fragen wird auch die Frage der Videoaufzeichnung diskutiert. <i>„In diesem Zusammenhang [Zusammensetzung und Größe des Projektteams] stellt Herr DI RAMPRECHT die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Aufzeichnung der Präsentationen auf Video. Herr Dr. SCHRAMM führt aus, dass dies vor allem aus Beweiszwecken sinnvoll ist. Herr DI RAMPRECHT möchte sichergestellt haben, dass der Zugriff auf die Videos nur von Seiten der Auftraggeber möglich ist. (...) Herr DI RAMPRECHT argumentiert weiter, <u>dass er sich den ohnehin schon engen Handlungsspielraum durch die Videoaufzeichnung nicht verkleinern bzw. nicht ganz nehmen lassen möchte und spricht in diesem Zusammenhang insbesondere parlamentarische Anfragen (Untersuchungsausschüsse) an. (...) Man einigt sich schließlich darauf, die Videoaufzeichnung zu belassen, da diese in den Ausschreibungsunterlagen bereits festgehalten wurde und die „Optik“ der Nicht-Durchführung einer Videoaufzeichnung eher schädlich wäre.“</u></i></p> <p>Auch die Frage der CA-IB, ob die Ablehnung der endgültigen Verwertung während des aufrechten Vertragsverhältnisses im freien Ermessen des Auftraggebers liege oder nur aus sachlichen Gründen gerechtfertigt sei, wird erörtert. <i>„Herr DI RAMPRECHT ist vor allem <u>in Hinblick auf allfällige politische Entscheidungen</u> dafür, dass der Spielraum möglichst groß gehalten wird und die Ablehnung der endgültigen Verwertung daher im freien Ermessen des Auftraggebers liegen soll. Man einigt sich jedoch darauf, diese Frage</i></p>	<p>Aktenvermerk vom 17. April 2002:</p> <p>BT2,BMJ,F02,2.L-a,501.T,S.176</p>

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

	<i>bei der nächsten Jour-Fix-Runde mit Herrn Mag. OBERLEITNER zu diskutieren.“</i>	
23.4.2002	<p>Jour Fixe-Runde im BMF. Anwesend: WALLNER, PLECH, RAMPRECHT, TRABOLD, OBERLEITNER, UNGERSBÖCK, SCHÖN, SCHUSTER, KLETECKA, SCHRAMM, PFINGSTL.</p> <p>Im Zusammenhang mit dem Vorverkaufsrecht ESG Villach erklärt OBERLEITNER, „<i>dass es sich bei der entsprechenden Vereinbarung um eine <u>politische Übereinkunft</u> handeln wird.</i>“</p> <p>Es wird noch einmal die Frage der Ablehnung der Verwertung durch den Auftraggeber diskutiert. „<i>Es wird die Frage in den Raum gestellt, ob damit zu rechnen ist, dass aufgrund einer politischen Entscheidung plötzlich die gesamte Verwertung eingestellt wird. Herr Mag. OBERLEITNER kann dies nicht ausschließen...</i>“</p>	<p>Aktenvermerk vom 24.4.2002: BT2, BMJ, F02, 2.L-a, 501.T, S.181</p>
8.5.2002	<p>12.00 Uhr Ende der Angebotsfrist.</p> <p>Öffnung der Angebote im BMF. Anwesend: GMOSER (Notar), WALLNER, SCHRAMM, PFINGSTL, FLATZ, DENK (beide Zeuginnen).</p> <p>Fünf Angebote sind eingelangt:</p> <p>Rothschild GmbH: € 4,955.266,- (exkl. USt.)</p> <p>CA IB: Hauptangebot keinen Gesamtpreis</p> <p>Lehman Brothers: € 9,803.636,-</p> <p>Salomon Brothers: € 2,781.250,- plus 0,5% Erfolgshonorar</p> <p>JP Morgan: € 21.197.445,- plus 4,5% Erfolgshonorar</p> <p>Allen Angeboten liegen auch jeweils Alternativangebote bei.</p>	<p>BT2, BMJ, F2, 2.L-a\501.T, S. 185-203</p>
15.5.2002	<p>Jour Fixe-Runde im BMF. Anwesend: WALLNER, TRABOLD, OBERLEITNER, RAMPRECHT, PLECH, SCHÖN, SCHUSTER, KLETECKA, BOGNER, SCHRAMM, PFINGSTL</p> <p>Diskutiert werden die fünf Angebote. Darüber hinaus geht es noch um einen Artikel in den Oberösterreichischen Nachrichten, in denen die fünf Bieter genannt werden. Dies ging aus einer Anfragebeantwortung hervor, so die Kommissionsmitglieder. „<i>Mag. OBERLEITNER schlägt in diesem Zusammenhang vor, sich bei künftigen parlamentarischen Anfragen auf das Amtsgeheimnis zu berufen.</i>“</p>	<p>Aktenvermerk vom 16. Mai 2002: Jour-Fixe-Runde am 15.5.2002: BT2, BMJ, F02, 2.L-a, 501.T, S.204</p>
16.5.2002	<p>Präsentationen der Bieter CA-IB und Rothschild, danach Besprechung:</p> <p>Während SCHUSTER, KLETECKA und SCHÖN sich positiv über die CA-IB-Präsentation äußern, findet OBERLEITNER beide Präsentationen</p>	<p>Aktenvermerk vom 16. März 2002: Besprechung</p>

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

	<i>„nicht befriedigend.“ WALLNER (BMF) laut Protokoll: „Ihm ist die Präsentation eigentlich egal...“</i>	der Präsentation von CA-IB und Rothschild: BT2, BMJ, F02, 2.L-a, 501.T, S.208
17.5.2002	Präsentation von Lehman Brothers. Allgemeine Stimmung: sehr gute Präsentation.	Aktenvermerk vom 17.5.2002: BT2, BMJ, F02, 2.L-a, 501.T, S.213
21.5.2002	Informationsschreiben an alle Bieter über das Vorverkaufsrecht des Landes Kärnten.	BT2, BMJ, F2, 2.L-a, 501.T, S.215-216
23.5.2006	Lt. WALLNER hat die Kommission beschlossen, dass das Verhandlungsteam nicht aus der gesamten Kommission, sondern aus TRABOLD, RAMPRECHT, PLECH, SCHRAMM und BOGNER besteht.	BT2, BMJ, F2, 2.L-a, 501.T, S.232
4./5.6.2002	1. Verhandlungsrunde im BMF: <i>„Als Resümee der ersten Verhandlungsrunde beschreibt Herr Dr. Schramm, dass derzeit aufgrund der bereits vorhandenen Flexibilität in den Angeboten Lehman und Salomon Brothers einen leichten Vorsprung haben.“</i> Für 4. Juli wird ein Treffen aller Kommissionsmitglieder im BMF vereinbart. <i>„Zweck: Zuschlagsentscheidung.“</i>	Aktenvermerk „Nachbesprechung der ersten Verhandlungsrunde“ vom 5. Juni 2002: BT2, BMJ, F02, 2.L-a, 501.T, S.234
5.6.2002	Ministerratsvortrag von BMF Grasser zum Thema Verkauf der Bundeswohnbaugesellschaft: <i>„Das Projektziel ist die bestmögliche Verwertung der Gesellschaften (...). Als wesentliches weiteres Kriterium ist die Defizitwirksamkeit nach dem Regeln des Europäischen Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anzusehen.“</i>	BT2, BMJ, F2, 2.La, 971.T, S. 371-373
17.6.2002	BMF Grasser und LH Haider unterzeichnen die Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Kärnten betreffend Vorkaufsrecht ESG Villach.	BT2, BMJ, F2, 2.L-a, 501.T, S.241-242
21.6.2002	In einer Mail an TRAUMÜLLER beschwert sich TRABOLD darüber, dass RAMPRECHT in der Sitzung am 12.6.2002 unter Hinweis auf angeblich ihm von BMF Grasser verliehene „Federführung“ eine umfassende Entscheidungsbefugnis für sich reklamiert habe. <i>„Dies in dem Sinn, dass allein seine Meinung bei allen strittigen Fragen –</i>	BT2, BMJ, F2, 2.L-a, 501.T, S. 354-355

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

	<i>auch bei einer bereits getroffenen mehrheitlichen Kommissionsentscheidung – zu gelten habe“, so TRABOLD. Er habe dies bereits bei der Sitzung als „unhaltbar“ bezeichnet und dies am 14.6. auch BMF Grasser vorgetragen. „Das Oktroyieren einer Meinung eines Kommissionsmitgliedes kann als widerrechtlich (...) nicht hingenommen werden“, so TRABOLD.</i>	
24.6.2002	Besprechung österreichischer Vertreter mit Vertretern von Eurostat.	Bericht von Dr. FLEISCHMANN (BMF): BT2,BMJ,F02,2.L -a,971.T,S.114
25.6.2002	<p> <i>„Herr Dr. SCHRAMM erläutert das Ergebnis der Besprechung von Luxemburg und erklärt, dass keines der angebotenen Verwertungskonzepte als defizitsenkend anzusehen ist. (...) Herr Dr. Schramm erläutert weiters, dass seitens EUROSTAT empfohlen wurde, das Kriterium der ESVG-Konformität zu streichen.“</i> </p> <p> <i>„Weiters wird hinsichtlich der Verwertungskonzepte von der Kommission einheitlich festgehalten, dass der share-deal („in Paketen“) sowie der strukturierte Verkauf mit strukturierter Finanzierung bei der Erlösmaximierung im Ranking an erster Stelle steht.“</i> </p> <p> Weiters wird vereinbart, dass nachgebesserte und letztgültige Angebote bis 10. Juli einlangen müssen. </p> <p> Aktenvermerk, wonach das Zuschlagskriterium – defizitsenkend (Maastrichtkonform) – gestrichen hätte werden müssen. </p>	Aktenvermerk vom 25. Juni 2002: BT2,BMJ,F02,2.L -a,501.T,S.243
2.7.2002	<p> Besprechung im BMF. Anwesend: BMF GRASSER, WALLNER, TRAUMÜLLER, RAMPRECHT, SCHRAMM, PFINGSTL. </p> <p> Es wird diskutiert, ob eine BIG-Lösung sinnvoll ist oder nicht sowie die Erlöse aus Verwertung der Wohnungen. </p> <p> Dies ist die einzige Sitzung, an der auch Karl-Heinz GRASSER teilnimmt. <i>„Von Seiten des Ministers wird erklärt, dass die Einnahmen aus der Verwertung der Bundeswohnbaugesellschaften als Ausgleich für die Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung gedacht sind.“</i> </p> <p> Anmerkung: Dieses Argument ist nicht nachvollziehbar. Es hätte nur eine Liquiditätsverschiebung im Jahr der ursprünglichen Einführung (90er Jahre) zu Lasten des Folgejahres stattgefunden. </p>	Aktenvermerk „Besprechung im BMF“ vom 2. Juli 2002: BT2,BMJ,F02,2.L -a,501.T,S.246

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

4.7.2002	Aktenvermerk der Abt. II/12 des BMF hinsichtlich Entscheidungen zu Verbriefungsvarianten. Vergabekommission befasst sich mit Eurostat-Mitteilung zu „Securizations“	Aktenvermerk „Jour Fix im BMF vom 4. Juli 2002“: BT2,BMJ,F02,2.L-a,501.T,S.248; BT2,BMJ,F02,2.L-a,971.T,S.221
5.7.2002	Schreiben von Lehman Brothers an Dr. SCHRAMM, in dem LB erklärt, dass die von ihnen angebotene Securization defizitwirksam wäre.	BT2,BMJ,F02,2.L-a,971.T,S.223
12.7.2002	Mail von Dr. SCHRAMM an die Kommissionsmitglieder und an befasste Experten. Er hat sich offenbar der Meinung von LB nicht angeschlossen.	BT2,BMJ,F02,2.L-a,971.T,S.227
18.7.2002	Meinungsänderung von Dr. SCHRAMM, der ein Schreiben versendet, in dem nun festgehalten ist „...Die Europäische Kommission hat mitgeteilt, dass sie der begründeten Meinung ist, dass jedwede Verwertung der Anteile an der BWBG oder des Vermögens der BWBG, auf welche Art auch immer, zu keiner Reduktion des Defizits im Sinne der Maastricht Kriterien führt.“	BT2,BMJ,F02,2.L-a,971.T,S.232
8.8.2002	Schreiben von SCHRAMM an Lehman Brothers: „Das von ihnen dargestellte Konzept der ‚CMBS-Transaktion‘ sieht vor, dass der Emittent für sein Darlehen an den ‚Investor‘ SPV Sicherheiten in Form von erstrangigen Hypotheken auf die erworbene Liegenschaft erhält. Voraussetzung dafür ist, dass die Liegenschaften lastenfrei übertragen werden. Wie sind diese Ausführungen im Bezug auf die bereits bestehende hypothekarische Belastung der BWBG zu verstehen.“ (Anmerkung der Soko Constantia: „Obwohl dieses Thema bereits am 08.08.2002 von Dr SCHRAMM aufgegriffen wurde, dürfte es bis zur Vergabesitzung am 05.09.2002 noch nicht geklärt worden sein.“)	BT2,BMJ,F02,2.L-a,971.T,S.264; Abschlussbericht Soko Constantia: BT2,BMJ,F02,2.L-a,970.T,S.6
28.8.2002	Einlangen der „Last and Final Offers“ der fünf Bieter	BT2, BMJ, F2,2.L-a, 501.T, S.252-262
3.9.2002	Einlageblatt zu GZ 041422/129-Pr.4/02, gezeichnet von WALLNER. Darin wird u.a. festgehalten, dass das Angebot der Bietergemeinschaft Citibank-Salomon Brothers auszuschneiden sei. Nachsatz: <u>„Die kommissionelle Zuschlagsentscheidung wird am 5.9.2002, 9.00 Uhr stattfinden.“</u>	BT2,BMJ, F2,2.L-a,501.T, S.264

Anhang A

A.2.1 BUWOG – Chronologie Lehman-Vergabe

5.9.2002	<p>Jour-Fix-Runde (Zuschlagsentscheidung). Anwesend: TRABOLD, TRAUMÜLLER, OBERLEITNER, PLECH, UNGERSBÖCK, SCHÖN, SCHUSTER, RAMPRECHT, ZECHNER, BOGNER, KLETECKA, SCHRAMM, PFINGSTL.</p> <p>Die um 9.10 beginnende Sitzung wird bereits um 9.45 für fast eine Dreiviertelstunde unterbrochen, lt. Protokoll „zur Diskussion <u>im kleinen Kreis</u> über die rechtliche Problematik der hypothekarischen Besicherung“). Dies fanden offenbar auch die ermittelnden Beamten seltsam, da sich auf dem Protokoll u.a. der handschriftliche Vermerk „?“ finden.</p> <p>Vergabekommission bestimmt CA-IB als Bestbieter, Lehman Brothers wird zweitgereiht.</p> <p>Ramprecht verhindert eine formale Entscheidung an diesem Tag.</p> <p>„Herr DI Ramprecht resümiert, dass seines Erachtens sich ein Kopf an Kopf-Rennen zwischen CA und Lehman herauskristallisiert hat und daher eine Rücksprache mit dem Minister vorschlägt, um politische Argumente ebenfalls in die Entscheidung mit einzubeziehen.“</p> <p>„Eine Rücksprache mit dem Minister konnte heute nicht erfolgen, weshalb wird die Sitzung vertagt und am Freitag, 06. September 2002, 12.00 Uhr, BMF, Neuer Präsidialsitzungssaal, fortgesetzt wird.“</p> <p>Zu dieser Sitzung wird TRABOLD später aussagen: „Einen Tag vor der Sitzung in der die Vergabe an Lehman beschlossen wurde, gab es ebenfalls eine Sitzung der Vergabekommission, ich kann mich heute nicht mehr an das genaue Datum erinnern. Ich weiß allerdings noch, dass es in dieser Sitzung bereits eine Abstimmung darüber gab, welche Investmentbank den Zuschlag für den Auftrag erhalten soll. Diese Abstimmung fiel einstimmig zu Gunsten der CA-IB aus und es wurden von sämtlichen Kommissionsmitgliedern mündliche Stellungnahmen dazu abgegeben. (...)“</p>	<p>Aktenvermerk „Jour Fix Runde vom 5. September 2002 (Zuschlagsentscheidung)“: BT2, BMJ, F2,2.L-a,501.T, S. 328-335;</p> <p>Abschlussbericht Soko Constantia: BT2, BMJ, F02,2.L-a,970.T,S.1;</p> <p>ZV TRABOLD 15.6.2010: BT2, BMJ, F02,2.L-a,501.T,S.89</p>
6.9.2002	<p>Ab 12.00 Uhr Besprechung im BMF wg. Zuschlagsentscheidung. Anwesend: KLETECKA, SCHÖN, SCHUSTER, WIESINGER (in Vertretung von UNGERSBÖCK), TRABOLD, WALLNER, TRAUMÜLLER, RAMPRECHT, SCHRAMM, PFINGSTL.</p> <p>Diskussion. SCHUSTER: „...für ihn ist es auch nicht plausibel, wie die Wertung zustande kommen konnte, dass Lehman von der CA liegt.“</p> <p>Abstimmung:</p> <p>Für CA: TRABOLD, SCHUSTER, SCHÖN</p> <p>Für Lehman: TRAUMÜLLER, OBERLEITNER, RAMPRECHT, PLECH, WALLNER, WIESINGER. Für Oberleitner und Plech haben Traumüller</p>	<p>Aktenvermerk „Besprechung vom 6. September 2002 (Zuschlagsentscheidung)“: BT2, BMJ, F2, 2.L-a,501.T, S.336-338;</p> <p>BT2, BMJ, F2,2.L-a,971.T,</p>

	<p>und Ramprecht die Stimmen in Vertretung abgegeben.</p> <p>Zuschlagsentscheidung. Ergebnis 6:3 für Lehman Brothers.</p> <p>*****</p> <p>Dazu RAMPRECHT in seiner Zeugenvernehmung: „2 Minuten vor Beginn der letzten Sitzung der Vergabekommission hat mir KR Ernst PLECH am Gang gesagt: Der Minister will Lehman Brothers. Weil CA IB in der ganzen Bewertung vorne war, war das für mich ziemlich schwierig. (...) In dieser Sitzung habe ich das Ruder herumgerissen, weil ich eine Weisung hatte vom Minister. (...) Ich wusste, was PLECH sagt, ist der Wunsch des Ministers.“</p> <p>„Am Vortag (...) hat mir PLECH in diesem Vieraugengespräch angeboten, dass ich mit 10 Mio. ATS mitspielen könnte, wenn ich jetzt ruhig bin und keine Wellen schlage und nicht den großen Aufdecker spiele.“</p> <p>„PLECH hat nur gesagt, dass MEISCHBERGER, der Minister und er im Boot sind. Irgendetwas hat er immer vom SCHARINGER gesagt („Luigi moneti“), dass er auch irgendwie dabei ist.“</p> <p>Über den Ablauf: „Er [PLECH] sagte der und der sitzt im Boot und der Zuschlag geht Richtung IF oder SCHARINGER. Er hat nicht explizit ausgesprochen, dass da Geld kommt. Er sprach von einer Vermittlungsprovision. Ich habe ihm geantwortet, dass das stinkt, weil man keine Provision zahlen kann, wenn es eine Ausschreibung gibt. An dem Tag ist für mich herausgekommen, dass alles getürkt ist, dass die im Boot sitzen und sie sich die Provisionen teilen.“</p> <p>Zu seiner Beziehung zu PLECH: „Der Rechnungshofpräsident MOSER hat mich dann einmal vor PLECH gewarnt: Bei Ernst geht es immer nur um das Geld und nicht um die Sache und am Ende des Tages muss er der Sieger sein.“</p> <p>„Irgendwann einmal hat PLECH auch Jörg HAIDER und das Vorkaufsrecht des Landes Kärnten erwähnt. Ich hatte das Gefühl, dass GRASSER die Fäden zieht und nicht der Jörg.“</p> <p>„Befragt, wer die Kontaktpersonen von PLECH im BMF waren: Dr. Wilfried TRABOLD, weil er alles wusste. Er ist ein perfekter Beamter. Sonst hat er alles direkt mit GRASSER gemacht.“</p>	S.292
--	--	-------

Anhang A

A.2.2 BUWOG – Einweisungsrechte

	„Laut PLECH ist GRASSER sehr gierig und er teilt nicht. Generell hat sich PLECH ab und zu beschwert, dass es mit GRASSER kein Geben und Nehmen sei, sondern dass GRASSER so gierig ist und nicht teilen will.“	
--	--	--

A.2.2. Einweisungsrechte

16.3.2004	Entwurf [1] zum Kauf- und Abtretungsvertrag sowie zur Förderungseinlösungsvereinbarung (über die Bundesdarlehen), enthält keine Regelungen zu den Einweisungsrechten Bemerkenswert: in Punkt 4.17 sind Provisionszahlungen der BWBG an Dritte generell ausgeschlossen	BT2,BMF,F12,3. L-a,44.T
19.3.2004	Stellungnahme der Finanzprokurator zum Vertragsentwurf Entwurf [1] vom 16.3.2004; Sachbearbeiter: Dr. Christian KNECHT	BT2,BMF,F12,3. L-a,26.T,S. 301
19.3.2004	9. Prozessbrief: Kauf- und Abtretungsvertrag/Forderungseinlösungsvereinbarung wird an die Bieter übermittelt (Entwurf [A]). Der Entwurf [A] liegt uns nicht vor, aber im – wohl weitgehend deckungsgleichen – Entwurf [1] werden die Einweisungsrechte nicht erwähnt.	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.75
6.4.2004	Mail KNECHT (FinProk) an MANTLER: Stellungnahme zu den Änderungswünschen der Bieter – nicht im Detail ausgearbeitet. Erwähnt werden mehrere Vertragsentwürfe: - [A] vom 19.3.2004 - [1] vom 16.3.2004 – wurde der FinProk ursprünglich übermittelt - [A1] vom 5.4.2004	BT2,BMF,F12,3. L-a,26.T.S.317
26.4.2004	CA-Immo übermittelt Anmerkungen zum Entwurf der Forderungseinlösungsvereinbarung. Dabei wird vorgeschlagen, in Punkt 1.1. die Einweisungsrechte ausdrücklich als Nebenrechte in den Forderungsübergang aufzunehmen. Der RH nimmt darauf in seinem Bericht ausdrücklich Bezug.	BT2,RH,F24,1.L-a,31.T,S.5
5.5.2004	Notizen TRAUMÜLLER vom 5.5. „Einweisungsrechte: rund 5.500 bleiben + 15000 FLDionen Mietzins Beeinflussung verzichten? Zahlung für Leerstände? Verzicht auf Miet-Beeinflussung? Verkauf“	BT2,BMF,F12,3. L-a,47.T,S. 220

Anhang A

A.2.2 BUWOG – Einweisungsrechte

	Später: Beschwerden über Lehman Brothers von PLECH , SCHUSTER, SCHÖN	
7.5.2004	<p>Entwurf [B1]: Der Vorschlag der CA-Immo zur Forderungseinlösungsvereinbarung wird nicht übernommen. Dafür wird im Kauf- und Abtretungsvertrag ein neuer Punkt 14. zu den Einweisungsrechten aufgenommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Republik Österreich verzichtet auf die in einer Liste angeführten Einweisungsrechte (Beilage 14.1.2) - Hinsichtlich der übrigen verzichtet die Republik auf ihr Mitspracherecht bei der Mietzinsbildung <p>Neu bei den Provisionen: sind zulässig, wenn sie von den Käufern beauftragt wurden.</p>	BT2,BMF,F12,S0 ,3.L-a,47.T,S.419
7.5.2004	<p>Mail von OFENHEIMER an BUWOG et al:</p> <p><i>„Beilage 14.1.2: Von der BUWOG wäre noch die Beilage 14.1.2 zu erstellen, die all jene BWBG-Baulichkeiten (mit Adresse) beinhalten sollte, bei denen Einweisungsrechte, die von den einzelnen Ministerien ausgeübt werden, bestehen. BWBG-Baulichkeiten, bei denen Einweisungsrechte von den Finanzlandesdirektionen bestehen, sollten in dieser Liste nicht aufscheinen. Von den anderen BWBG ist eine derartige Liste nicht zu erstellen, da unserer Information nach die einzelnen Ministerien bei diesen Baulichkeiten keine Einweisungsrechte besitzen.“</i></p>	BT2,BMF,F12,3. L-a,47.T,S.339; BT2,BMF,F12,3. L-a,64.T,S.202
7.5.2004	<p>Notizen von TRAUMÜLLER zu Jour Fixe:</p> <p><i>„Einweisungsrechte: Post muss auf Miet- und Zinsfestsetzung verzichten; Verzicht auf FLD-Rechte rund 11.000; Ressort Rechte: bleiben – Liste beilegen</i></p>	BT2,BMF,F12,3. L-a,47.T,S.212
12.- 14.5.2004	Einsichtnahmemöglichkeit für Bieter in die Anhänge zum Vertrag	BT2,BMF,F12,3. L-a,64.T,S.348
16.5.2004	<p>Mail von OFENHEIMER an TRAUMÜLLER: über ein Gespräch mit ZEMANN von der ÖBB</p> <p>Will wissen ob die Ausstellung von Bestätigungen durch die BWBG über den aufrechten Bestand der Einweisungsrechte ohne Einigung mit der ÖBB über die Mitspracherechte bei der Mietzinsfestsetzung möglich wäre. Anmerkung TRAUMÜLLER: Nein!</p>	BT2,BMF,F12,3. L-a,47.T,S.146
17.5.2004	Vertragsgespräch zwischen Verkäufer und Bietern	BT2,BMF,F12,3. L-a,65.T,S.313, 311

Anhang A

A.2.2 BUWOG – Einweisungsrechte

21.5.2004	<p>Jour Fixe, handschriftliche Notizen von TRAUMÜLLER: <i>„Einweisungsrechte mit BUWOG vereinbaren, rund 5000 Bd. Einw R, vorzeitige Tilgung möglich, EinweisungsR muss aber 30 Jahre bleiben“</i></p>	BT2,BMF,F12,3. L-a,65.T,S.295
21.5.2004	<p>Stellungnahme der FinProk (KNECHT) zum Entwurf C1 vom 20.5.2004 mit einer kleinen formellen Kritik und dem Hinweis darauf, dass in der Regel 4.17. über die Provisionszahlungen solche der Verkäufer an Dritte nicht ausgeschlossen sind. (Auch bei den Käufern werden Provisionen nicht generell ausgeschlossen, sondern an einen ausdrücklichen Auftrag geknüpft.)</p>	
24.5.2004	<p>Kommissionssitzung Bundeswohnungen, hs Notizen TRAUMÜLLER: <i>„Einweisungsrechte: Summe Bund 14.000, FLD > aufgeben, Ressort-R -> bleibe aufrecht, MitspracheR bei Miete fällt weg</i></p> <p>6. Sitzung der Auswahlkommission</p> <p>Erstmalige Erwähnung der Einweisungsrechte: <i>„d) Einweisungsrechte</i></p> <p><i>Der Bund verzichtet auf die Einweisungsrechte in die Beamtenwohnungen der BUWOG, soweit sie von den FLDionen wahrgenommen werden. Sie bleiben jedoch aufrecht bezüglich der Zentralstellen, im Gegenzug erfolgt aber keine Einflussnahme mehr hinsichtlich der Mietzinsbildung.“</i></p>	BT2,BMF,F12,3. L-a,65.T,S.293
24.5.2004	<p>Entwurf [C2]. Neue Formulierung der Einweisungsrechte:</p> <p><i>Die Republik Österreich verzichtet hiermit unwiderruflich auf die Ausübung ihres Einweisungsrechtes</i></p> <p><i>c) Hinsichtlich all jener BWBG-Baulichkeiten, die nicht in Beilage 14.1.2.a. aufgelistet sind; und</i></p> <p><i>d) Hinsichtlich jener Wohnungen, die an Mieter verkauft werden,</i></p> <p><i>[...] Die Republik Österreich hat mit der BUWOG eine diesbezügliche Vereinbarung abgeschlossen, die diesem Kaufvertrag als Beilage 14.1.2.b angeschlossen ist.</i></p> <p>[Anmerkung: Die erwähnte Beilage 14.1.2.b ist dem Vertragsentwurf in den Unterlagen nicht angeschlossen. Sie ist auch den später abgegebenen Anboten nicht beigelegt. Sie scheint erstmals im Konvolut der Beilagen zum unterzeichneten Kaufvertrag auf. Ob und wann sie erstellt wurde, ist daher unklar.]</p> <p>In Punkt 4.17. dieses Entwurfes sind Provisionszahlungen nur insoweit ausgeschlossen, als nicht eine ausdrückliche Beauftragung</p>	BT2,BMF,F12,3. L-a,47.T,S. 8; Forderungseinlösung: S.103

Anhang A

A.2.2 BUWOG – Einweisungsrechte

	durch den Käufer erfolgt ist. In der Forderungseinlösungsvereinbarung C2 sind die Einweisungsrechte ausdrücklich vom Forderungsübergang ausgenommen.	
24.5.2004, 23:08	OFENHEIMER übermittelt an die Finanzprokurator den Entwurf der Letztfassung des Vertrags [C2] und ersucht um Überprüfung bis „morgen“ 12.00 Uhr.	
25.5.2004, 9:00	Mail von Maria DORALT (Freshfields): Beschwerde über mangelhafte Beilagen, die von den Gesellschaften bereitgestellt werden	BT2,BMF,F12,3. L-a,65.T,S.155
25.5.2004, 13:34	Mail von HOMMER (WAG) an TRAUMÜLLER: Beschwerde über die Beschwerde	BT2,BMF,F12,3. L-a,65.T,S.154
25.5.2004	13. Prozessbrief: Einladung der verbleibenden 5 Bieter zur Abgabe verbindlicher Kaufangebote bis 4.6.2004, Zusendung des endgültigen Kaufvertragsentwurfes. (Darin gab es keine Möglichkeit mehr zum Erwerb einzelner Gesellschaften, sondern nur mehr das Gesamtpaket) Als Beilage werden die Letztfassungen der Verträge übermittelt. Unklar ist, ob zu diesem Zeitpunkt bereits die Beilage über die Vereinbarung mit der BUWOG zu den Einweisungsrechten bestand.	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.91, S.15, 26
26.5.2004, 12:00	Mail von KUMBUSCH für SCHUSTER (BUWOG) an DORALT ua.: Beschwerde über die Beschwerde [Anmerkung: Zwischen Anwälten und Gesellschaften scheint es zu diesem Zeitpunkt gröbere Unstimmigkeiten zu geben.]	BT2,BMF,F12,3. L-a,65.T,S.153
27.5.2004	Telefonkonferenz, hs. Notizen von TRAUMÜLLER: KÖCK beschwert sich: „Über disclosures entscheidet die Ges! In dieser Form noch nie erlebt! Neue R-Streitigkeiten, die nicht genannt würden, Nur Typen von Mieterverträgen; FBD hat manpower „jenseits aller Normen“ investiert, dennoch nicht steuerbar. HT: im Zweifel offenlegen!“ „Einweisungsrechte: WAG hat auch Einweisungsrechte vom BMI (keine Darlehen, Basis?) Kein Verzicht auf Einw. Rechte anderer Ressorts -> in Liste aufnehmen. Auch bei anderen Gesellschaften nochmals abfragen! Gefahr: in Beilagen Vertrag ändern?“	BT2,BMF,F12,3. L-a,65.T,S.149
1.6.2004	Sitzung zu Kreditantrag bei RLB OÖ Ausdrücklicher Hinweis auf Seite 4: „Beschränkung des Weiterverkaufs durch Einweisungsrechte von	BT2,BMI,F7,5.L-a,59.T

Anhang A

A.2.2 BUWOG – Einweisungsrechte

	<i>Bund, Ländern und Gemeinden“</i>	
6.7.2004	Abschluss des Kaufvertrages samt Beilagen	BT2,BMF,F12,2. L-c,2.T
12.7.2004	E-Mail MANTLER an TRAUMÜLLER: <i>„Im Rahmen des Abtretungsvertrages (Punkt 14.) hat der Bund mit Ihrer Zustimmung auf einen Großteil seiner Einweisungsrechte verzichtet. Lediglich die Einweisungsrechte der Ressorts, so auch des BMF, sind noch weiterhin aufrecht und beziehen sich diese auf noch etwa 5.500 Wohnungen.“</i>	BT2,BMF,F12,3. L-a,66.T,S.22
1.10.2004	Mail POSTL an SPRINGER (BMF), SCHILLINGER (RLB OÖ) <i>„Zu ihrem unterhalb angeschlossenen mail 2. Absatz erlaube ich mir mitzuteilen, dass der uns vorliegende entwurf, der uns am 28.9.2004 von freshfields übermittelt wurde, nicht den mit der republik österreich vereinbarten bestimmungen des kaufvertrages und der als teil des kaufvertrages vereinbarten beilagen, insbesondere der beilage 14.1.2.(b) entspricht.“</i>	BT2,BMF,F12,3. L-a,66.T,S.21
1.10.2004	Einlageblatt im BMF-Akt von MANTLER <i>[... zu den Einweisungsrechten]: „Der wesentliche Regelungsinhalt wurde vorweg in der Anlage 14.1.2.(B) zum Abtretungsvertrag festgehalten. Im Zuge der Ausformulierung dieser Vereinbarung mit der BUWOG hat sich mit der Immofinanz eine Meinungsdivergenz insoferne ergeben, als aufgrund der Einweisungsrechte keine Veräußerungsbeschränkungen in Bezug auf den Abverkauf von einzelnen Wohnungen bzw. ganzer Häuser akzeptiert werden. Das heißt, der BUWOG muss künftig freigestellt sein, nicht nur die bereits auf Grund der Verkaufsaktion 2001 parifizierten Wohnungen an Mieter oder Dritte abzuverkaufen, sondern auch künftig frei werdende Wohnungen zu parifizieren und zu veräußern. Die Immofinanz begründet ihre in dieser Frage unnachgiebige Haltung damit, dass in Anbetracht des hohen und noch nachzubessernden Kaufpreises sie völlig frei in ihren Dispositionen sein muss.“</i>	BT2,BMF,F12,3. L-a,66.T,S.19
6.10.2004	Closing-Memorandum. Bereits da unterschiedliche Auffassungen zwischen Käufer und Bund in Bezug auf die Einweisungsrechte . Daher wird vereinbart: <i>„Die Parteien kommen überein und verpflichten sich, unverzüglich nach dem Closing raschestmöglich eine einvernehmliche Regelung dieses Themenkomplexes zu erreichen und für einen entsprechenden Abschluss der Vereinbarung zu sorgen.“</i>	RH Bericht: BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.22; BT2,RH,F24,1.L-a,33.T,S.12

Anhang A

A.2.2 BUWOG – Einweisungsrechte

	<p>Siehe dazu auch Einlageblatt von MANTLER vom 10.12.2004:</p> <p><i>„b) Andererseits war noch kein Konsens über die Vereinbarung der Einweisungsrechte bei der Buwog gefunden worden, da seitens der Vertragsparteien unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Auslegung des Kauf- und Abtretungsvertrages und dessen Beilagen im Bezug auf Zeitpunkt und Umfang eines Verzichtes der Verkäuferin auf Weisungsrechte bestanden. Aus diesem Grund war der Abschluss einer Zwischenlösung über die Einweisungsrechte erst aus zu verhandeln. Die gefundene Zwischenlösung, welche bis längstens 1.5.2006 währt, schafft eine Unterlassungsverpflichtung der Käufer, sodass ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Verkäuferin keine der in der Beilage 14.1.2a des Kaufvertrages angeführte Liegenschaft veräußert werden darf, es sei denn die Einweisungsrechte werden überbunden. Bei Freiwerden von Wohnungen sind diese den einweisungsberechtigten Stellen zur Ausübung ihres Einweisungsrechtes anzubieten, wobei jedoch jede zweite freiwerdende Wohnung auch verkauft werden darf.</i></p> <p><i>Diese Zwischenregelung tritt mit einer einvernehmlichen Neuregelung bzw. einem rechtskräftigen Schiedsspruch außer Kraft.</i></p> <p><i>3. Dzt. Wird mit der Immofinanz eine endgültige Einweisungsvereinbarung verhandelt. Faktum ist, dass die Immofinanz keine Verfügungsbeschränkung aufgrund der bestehenden Einweisungsrechte akzeptiert und freie Entscheidung darüber haben möchte, um sowohl ganze Wohnhäuser als auch einzelne Eigentumswohnungen veräußern zu dürfen. Damit kann aber das vereinbarte Einweisungsrecht unterlaufen werden, sodass ein Mittelweg gefunden werden muss, um zu vermeiden, dass die Angelegenheit schiedsgerichtsanhängig wird.“</i></p>	
10.11.2004	<p>Mail RIEDL (BUWOG) an POSTL:</p> <p>„Zur info: Plech hat sich bei einem Telefonat ausdrücklich angeboten, bei Problemen mit den Einweisungsrechten im BMF einzuwirken – falls es zu wenig Flexibilität bei Dr. MANTLER gibt.“</p>	BT2,BMI,F7,5.L-a,130.T
16.2.2005	Mails zwischen POSTL und MANTLER zu den Einweisungsrechten	BT2,BMF,F12,SF 6,2.L-c,1.T,S.25-27
18.2.2005	Vertrag: Bund verzichtet auf Einweisungsrechte für den Fall, dass diese Wohnungen veräußert werden sollten. Nur wenn der Verkauf noch nicht begonnen hat, erhält er Einweisungsrechte an nicht näher bezeichneten Ersatzwohnungen zugestanden, das gilt aber auch nur bis 2014.	BT2,BMF,F12,SF 6,2.L-c,1.T,S.8, 14, 16

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	Mit gleichem Datum: Nachtrag zum Closing Memorandum	
25.2.2005	Einlageblatt von MANTLER zum Ergebnis der Vertragsverhandlungen Demnach bleibt das Einweisungsrecht für 5.539 Wohnungen aufrecht bis 31.12.2034, es gibt aber weitreichende Ausnahmen, die es de facto aushöhlen: <ul style="list-style-type: none">- Verkauf ganzer Liegenschaften an Dritte- Verkauf an Mieter- Bei rund der Hälfte der Wohnungen muss die BUWOG Ersatz bereit stellen, gilt aber nur bis 2014	BT2,BMF,F12,SF 6,2.L-c,1.T
14.12.2005	Stellungnahme MANTLER zur RH-Kritik	BT2,BMF,F12,SF 6,2.L-c,1.T,S.5
18.12.2005	Rechtliche Stellungnahme der Finanzprokuratur zum Vertrag vom 18.2.2005, gezeichnet von KREMSER. Die Finanzprokuratur erkennt keine Besserstellung der Käufer durch die Vereinbarung. Eine Verbesserung der Käufer-Position gegenüber dem Anbot liege nur insoweit vor, als ein Ablehnungsrecht gegenüber den eingewiesenen Mietern ausverhandelt wurde. Das sei aber wirtschaftlich nicht von Nachteil. [Anmerkung: Eine weitere günstigere Klausel gegenüber dem Anbot besteht auch in der Halbierung der Zahl jener Wohnungen, für die ein Einweisungsrecht aufrecht bleiben sollte. Außerdem wurde die Laufzeit drastisch verkürzt: auf 2014 statt wie in der Puntation vorgesehen bis 2034. Auch das ist ein wesentlicher Vorteil für die Käufer.]	BT2,BMF,F12,SF 6,2.L-c,3.T
23.3.2006	Stellungnahme des BMF an den RH, in welcher der Kritik an den Einweisungsrechten widersprochen wird.	BT2,RH,F24,1.L- a,2.T
20.5.2008	Einlageblatt MANTLER zum aktuellem Stand bei den Einweisungsrechten	BT2,BMF,F12,SF 6,2.L-c,4.T

A.2.3. BUWOG-Verkauf

Datum	Inhalt	Quelle
17.6.2002	Vertrag zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über ein Vorkaufsrecht an der ESG Villach.	BT2,BMF,F12,3. L-a,65.T,S.11
18.7.2002	BMF definiert 4 Ziele für das Projekt Veräußerung der BWBG: <ul style="list-style-type: none">• Erfüllung der Maastricht-Kriterien (ESVG-Defizitwirksamkeit, wurde letztlich fallen gelassen)• Vollständigkeit der Verwertung	BT2,RH,F24,1.L- a,56.T,S.1

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	<ul style="list-style-type: none"> • Erlösmaximierung • Dauer des Verkaufsprozesses 	
6.9.2002	Auswahl von Lehman Brothers als Berater für den Verkauf der Wohnbaugesellschaften	BT2, BMJ, F2, 2.L-a,501.T, S.336-338
März 2003	Präsentation der Bewertung der zum Verkauf stehenden Unternehmungen an den BMF. Schätzung der Berater: 703,51 bis 1.057,93 Mio. €.	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.11
8.4.2003	Lehman schlägt in einer Präsentation an das BMF einen „Lenkungsausschuss“ für die Vergabe vor, dem u.a. PLECH angehören soll. Weiters: KHG, FINZ, TRAUMÜLLER, OBERLEITNER, UNGERSBÖCK, MANTLER, MARSONER, PFANDER, KRIEGER, KÖCK, STARINGER (FRESHFIELDS), REQUAT, KRANEBITTER	BT2,BMF,F12,3.L-a,58.T,S.385ff
29.4.2003	Ministerratsvortrag für Gesetz betreffend Verwertung der Bundeswohnbaugesellschaften; Gesetz wird in BGBl I 46/2003 verlautbart und tritt am 26.7.2003 in Kraft Bemerkenswert: nach § 2 Befreiung von allen bundesgesetzlich geregelten Abgaben	BT2,BMF,F12,3.L-a,41.T,S.377
28.7.2003	E-Mail von TRAUMÜLLER: Lehman bezweifelt, ob mit der Ausschreibung ein höherer Preis für die ESG erzielt werden könnte, also bei Verkauf an Kärnten, und empfiehlt daher einen solchen.	BT2,BMF,F12,3.L-a,S.37
30.7.2003	Brief LEHMAN an PFEIFENBERGER: Einladung zu einer Due Diligence Prüfung zur ESG	BT2,Amt-K,F29,SF1,1.L-a,4.T
22.8.2003	In einem internen Aktenvermerk des Landes Kärnten wird festgehalten, dass die Kaufpreisvorstellungen von über 100 Mio. Euro für die ESG völlig überhöht seien, realistisch seien allenfalls € 27 Mio. Mit gleichem Datum: Schreiben PFEIFENBERGER an LEHMAN: Es wird kein Angebot gelegt, € 120 Mio. sind zu viel.	BT2,Amt-K,F29,SF1,2.L-a,5.T; BT2,Amt-K,F29,SF1,1.L-a,4.T
26.8.2003	1. Prozessbrief	BT2,BMF,F18,5.L-b,3.T,S.26
August und September 2003	Inserate der Republik Österreich mit der Aufforderung an Investoren, ihr Interesse am Erwerb der Geschäftsanteile an den 5 Bundeswohnbaugesellschaften (BUWOG, WAG, ESG, EBS und WBG) zu bekunden	BT2,RH,F24,1.L-a,55.T,S.3
8.10.2003	2. Prozessbrief: Vertraulichkeitsvereinbarung	BT2,BMF,F18,5.L-b,3.T,S.35

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

31.10.2003	3. Prozessbrief: Informations-Memorandum	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.39
21.11.2003	4. Prozessbrief: Einladung zum indikativen Angebot (Frist: 12.12.2003)	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.49
15.12.2003	AV von TRAUMÜLLER über Telefonat mit LEHMAN über die indikativen Angebote. RLB OÖ bietet € Mio. 700-780, CA Immo € Mio. 450 <i>„Resümee: Marge rel. groß, öst. Kons. hat erwartungsgemäß gut geboten.“</i>	BT2,BMF,F12,3. L-a,42.T,S.8
18.12.2003	Präsentation der indikativen Angebote durch Lehman im BMF	BT2,BMF,F12,3. L-a,42.T,S.12
18.12.2003	Brief von GRASSER an SVOBODA: <i>„Um auch weiterhin zu gewährleisten, dass der Vergabe- und Verkaufsprozess transparent, objektiv und professionell geführt wird, schlage ich vor, den Prozess bzw. die Entscheidung über den Bestbieter, durch eine aus externen wie BMF-internen Experten zusammengesetzte Kommission, begleiten zu lassen.</i> <i>Neben der wirtschaftlichen Zielsetzung der bestmöglichen und umfassenden Verwertung der Gesellschaften ist es mein Bestreben, alle nationalen sowie europarechtlichen Vorgaben und Handlungsspielräume so streng wie möglich auszulegen, sodass Gleichbehandlung, Objektivität und Transparenz auf höchstem Niveau sichergestellt sind.“</i>	BT2,BMF,F12,3. L-a,26.T,S.255
19.12.2003	5. Prozessbrief: Einladung zur Abgabe eines überarbeiteten indikativen Angebotes (Frist: 14./22.1.2004)	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.61
12.1.2004	Brief von SVOBODA an GRASSER , in dem er Mitglieder für die Auswahlkommission vorschlägt	BT2,BMF,F12,3. L-a,26.T,S.253
20.1.2004	6. Prozessbrief: Shortlisting – Vergleichbarkeit der quantitativen Angebote	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.65
22.1.2004	6 Investoren geben unverbindliche Angebote ab	S.14
3.2.2004	BMF-Akt zur Zusammenstellung einer Auswahlkommission: <i>„Entsprechend den Anforderungen des HBM nach Bildung einer Kommission zur endgültigen Auswahl der Verwertungsvariante und des Bestbieters bei der Verwertung der Bundeswohnbaugesellschaften hat SL SVOBODA einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt. Dieser Vorschlag sieht vor, dass DI WIELTSCH, Dr. MICHAELIS, SL Dipl.-Kfm. SVOBODA, SL Dr. STEGER, Dr. LESSIAK, Prof. Dr. AICHER, Dr. TRAUMÜLLER und Dr. MANTLER</i>	BT2,RH,F24,1.L-a,54.T,S.2

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	<i>als stimmberechtigte Mitglieder in dieser Kommission mitarbeiten. Weiters werden Dr. PFANDER, Mag. KRIEGER sowie RA Dr. KÖCK mit beratender Stimme diesem Gremium angehören.“</i>	
11.2.2004	7. Prozessbrief: Einladung zur zweiten Phase – Due Diligence Prozess	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.68
13.2.2004, 10:45	Email von Michael SVOBODA an Rene OBERLEITNER: „Ist das formal i.O., dass der HBM, dass in der GO steht, dass der HBM die Kommission eingerichtet hat?“	BT2,BMF,F18,5. L-b,1.T,S.26
13.2.2004, 2:50?	Antwort OBERLEITNER an SVOBODA und TRAUMÜLLER: „Formal richtig ist, dass HBM angeregt hat eine Kommission zu bilden und Sie beauftragt hat eine derartige Kommission vorzuschlagen und einzurichten: Demnach ist die Formulierung nicht 100% richtig. Es sollte heißen: Der Bundesminister für Finanzen hat zum Zweck der endgültigen Auswahl des Bestbieters, <u>SL Dkfm. M. SVOBODA beauftragt, eine Auswahlkommission mit empfehlendem Charakter eingerichtet.“</u>	BT2,BMF,F18,5. L-b,1.T,S.26
13.2.2004	1. Sitzung der Auswahlkommission	BT2,BMF,F18,5. L-b,1.T,S.2
18.2.2004	Telefonat zwischen PFEIFENBERGER und OBERLEITNER Pfeifenberger will offenbar Information über das Verkaufsverfahren, OBERLEITNER verweigert und meint, eine gute Gelegenheit um nähere Informationen zu bekommen wäre es, wenn Kärnten dem Österreich-Konsortium beitreten würde.	BT2,Amt- K,F29,SF1,2.- a,2.T
19.2.2004	Opernball Parallel bzw. vor dem Ball findet ein Essen mit ca. 15 Personen im Hotel Sacher statt, sowohl Wr. Städtische als auch RLB OÖ haben dort an diesem Tag Tische reserviert. Lt. Karl JURKA sei dort auch über den BUWOG Deal gesprochen worden, und Ballgespräch war, dass schon feststehe, dass es ein österreichischer Käufer werden solle. Weitergehende Medienberichte weist JURKA in seiner Einvernahme zurück.	BT2,BMJ,F2,2.L- a,253.T; BT2,BMJ,F2,2.L- a,255.T; BT2,BMJ,F5,4.L- a,47.T,S.259
26.2.2004	Ein Investor (Terra Firma Capital Partners Ltd.) gibt seinen Rückzug bekannt	BT2,RH,F24,1.L- a,40.T,S.2
2.3.2004	2. Sitzung der Auswahlkommission	BT2,BMF,F18,5. L-b,1.T,S.4
4.3.2004	3. Sitzung der Auswahlkommission	BT2,BMF,F18,5. L-b,1.T,S.23

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

12.3.2004	8. Prozessbrief: Indikatives Angebot betreffend WBG	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.73
19.3.2004	9. Prozessbrief: Kauf- und Abtretungsvertrag/Forderungseinlösungsvereinbarung	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.75
19.3.2004	Stellungnahme der Finanzprokurator zum Kauf- und Abtretungsvertrag sowie Forderungseinlösungsvereinbarung hinsichtlich der Bundeswohngesellschaften: <i>„Allgemein wird bemerkt, dass hinsichtlich der wesentlichen Eckpunkte der genannten Verträge keine rechtlichen Bedenken bestehen, einige Vertragspunkte könnten jedoch für die Republik Österreich vorteilhafter gestaltet werden, zumal die Republik Österreich Vertragsverfasser ist.“</i>	BT2,BMF,F12,3. L-a,26.T,S.302
25.3.2004	4. Sitzung der Auswahlkommission: die Kommission empfiehlt dem BMF, <i>„die WBG aus dem laufenden Verkaufsprozess heraus zu nehmen und das Anbot der BWS/BAWAG anzunehmen.“</i>	BT2,BMF,F18,5. L-b,1.T,S.35
1.4.2004	Telefonat PFEIFENBERGER mit OBERLEITNER: Bandbreite 120 bis 150 Mio. Euro, Nachverhandlungen oder Rabattierungen sind möglich, Kärnten könnte höchstens dann beim Bestbieter einsteigen.	BT2,BMJ,F1,S0, 1.L-a,78.T,S.110
Ende März 2004	Herauslösung der WBG aus dem Verkaufsprozess. Verbindliche Angebote nur mehr für die 4 verbleibenden Bundeswohnbaugesellschaften	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.15
5.4.2004, 10:04	Email von Jasmin KLEPEISZ (Freshfields) an TRAUMÜLLER, OBERLEITNER und MANTLER (BMF) mit einem <i>„überarbeiteten Kaufvertragsentwurf zur Vorbereitung auf unseren morgigen Besprechungstermin.“</i>	BT2,RH,F24,1.L-a,60.T,S.1
8.4.2004, 13:09	Email von Alric OFENHEIMER (Freshfields) an KRIEGER (Lehman) und MANTLER, OBERLEITNER, TRAUMÜLLER u.a. (BMF) mit einem geänderten Entwurf für die Forderungseinlösungsvereinbarung	BT2,RH,F24,1.L-a,13.T,S.3
8.4.2004	10. Prozessbrief: Kaufvertrag/Forderungseinlösungsvereinbarung Entwurf B	BT2,BMF,F18,5. L-b,3.T,S.78
16.4.2004	5. Sitzung der Auswahlkommission: Zu TOP 2.1. Besprechung des 11. Prozessbriefes. 1. Zuschlagskriterien <i>„Sollen neben dem Anbotspreis noch weitere Kriterien ausschlaggebend sein?“</i> <i>Die Diskussion ergibt, dass für die Shortlist ohnedies eine Eintrittsschwelle vorgesehen war. Die nunmehr verbliebenen Bietergruppen erfüllen die Eintrittskriterien und haben allesamt ein</i>	BT2,BMF,F18,5. L-b,1.T,S.47

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	<p><i>plausibles Unternehmenskonzept. Die Kommission kommt daher zu dem Ergebnis, dass der angebotene Kaufpreis das alleinige Zuschlagskriterium darstellen soll.</i></p> <p><i>Für den Fall des Erhalts von Anboten, die nicht wesentlich auseinanderliegen, wird eine Nachverhandlungsrunde durchgeführt werden, um eine Nachbesserung des Kaufpreises zu erhalten. Diese Option wird jedoch vorweg den Bietern nicht kommuniziert.“</i></p> <p>2. Vorkaufsrecht für die ESG <i>„Im Prozessbrief ist klargestellt, dass nach Auswahl des Bestbieters dem Vorkaufsberechtigten die Ausübung seines Vorkaufsrechtes angeboten wird. Die Annahme ist innerhalb von 7 Tagen durch den Vorkaufsberechtigten auszuüben. Die Bieter sind daher aufzufordern, zwei Anbotspreise zu nennen, nämlich einen mit und einen ohne die ESG Villach. Es kann somit der Fall eintreten, dass es zwei unterschiedliche Bestbieter gibt, der endgültige Bestbieter könnte daher erst nach der Entscheidung seitens des Landes Kärnten feststehen.“</i></p>	
20.4.2004	Ministerrat stimmt dem Verkauf zu	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.31
23.4.2004	<p>11. Prozessbrief: Einladung zum verbindlichen Angebot</p> <p>Hier neu:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es kann nur ein Gesamtangebot gelegt werden; - Es muss aber auch ein Anbot ohne ESG gelegt werden; - Es wird ein Bestbieter mit und einer ohne ESG ermittelt werden. - Vorkaufsrecht wird innerhalb von 7 Tagen ausgeübt werden können, davon hängt dann der Bestbieter ab 	BT2,BMF,F18,5.L-b,3.T,S.82
5.5.2004	<p>Email von Gerhard WALLNER (BMF) an Isolde THORNTON (ÖVP) und Roland WEINRAUCH (BMWA), Betreff: „Info für Bautenausschuss“</p> <p><i>„Im Nachhang zu meiner gestrigen Mail eine auf den letzten Stand gebrachte Info.</i></p> <p><i>Zusatz für Büro BARTENSTEIN.</i></p> <p><i>Bitte auf Wunsch des HBMF, wenn möglich, nicht über das Laufende Bieterverfahren reden!!!!!! Wäre schädlich für Veräußerung. Darauf zurückziehen, das HBMWA nicht zuständig für Veräußerung der Wohnbaugesellschaften des Bundes ist. Das gilt auch für die eigenen Abgeordneten.“</i></p> <p>Anhang: Übersicht BWBG (Stand des Verwertungsprozesses,</p>	BT2,BMF,F12,3.L-a,46.T,S.7

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	Argumentarium, etc.	
7.5.2004	Email von Alric OFENHEIMER (Freshfields) an KRIEGER (Lehman) und MANTLER, OBERLEITNER, TRAUMÜLLER u.a. (BMF) mit überarbeiteten Vertragsentwürfen für den morgigen Jour Fixe	BT2,RH,F24,1.L-a,13.T,S.6
8.5.2004	Die Wiener Zeitung schreibt über den BUWOG-Verkauf: <i>Die Immofinanz hat vor allem Interesse an der Buwog und ihren 25.000 Wohnungen. Die Linzer WAG würde an die beiden oberösterreichischen Bieter gehen. PETRICOVICS will die Wohnhäuser jedoch nicht um jeden Preis, betont er auf Anfrage der „Wiener Zeitung“. „Wir haben jedes Haus einzeln bewertet und in das ganze Verfahren bisher mehrere hunderttausend Euro gesteckt.“ Dass der Finanzminister 1 Mrd. Euro bekommt, schließt er aus. „Das wäre schön für den Steuerzahler, aber nicht gut für uns.“</i>	BT2,BMF,F18,5.L-b,5.T,S.78
11.5.2004, 18:26	Email von KÖCK an TRAUMÜLLER: Die von PETRICOVICS in der Wiener Zeitung gemachten Aussagen könnten zu einer Verringerung des erzielbaren Verkaufserlöses führen und verstoßen gegen die Vertraulichkeitsvereinbarung. Ein Ausschluss des Bieters wäre zulässig, wenn diese Aussagen gegenüber der Zeitung tatsächlich so gemacht wurden.	BT2,BMF,F18,5.L-b,5.T,S.69
11.5.2004	12. Prozessbrief: Kaufvertrag / Forderungseinlösungsvereinbarung Entwurf C, geänderter Abgabetermin für verbindliches Angebot In den nächsten Tagen sollen auch die Beilagen zu den Vertragsentwürfen in elektronischer Form übermittelt werden.	BT2,BMF,F18,5.L-b,3.T,S.87
12.5.2004	Brief von Freshfields an Immofinanz und Österreich-Konsortium mit der Drohung des Ausschlusses der Immofinanz aus dem Bieterverfahren und einem Entwurf einer eidesstattlichen Erklärung, in der PETRICOVICS bestätigt, keine derartige Aussage getätigt zu haben.	BT2,BMF,F18,5.L-b,5.T,S.73
24.5.2004	6. Sitzung der Auswahlkommission Erstmalige Erwähnung der Einweisungsrechte: <i>„d) Einweisungsrechte Der Bund verzichtet auf die Einweisungsrechte in die Beamtenwohnungen der BUWOG, soweit sie von den FLDionen wahrgenommen werden. Sie bleiben jedoch aufrecht bezüglich der Zentralstellen, im Gegenzug erfolgt aber keine Einflussnahme mehr hinsichtlich der Mietzinsbildung.“ „Die nächste Kommissionssitzung wird nach Vorliegen der definitiven Angebote zusammentreten.“</i>	BT2,BMF,F18,5.L-b,1.T,S.51

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	[Anmerkung: tatsächlich erfolgte dies erst nach der 2. Bieterunde]	
25.5.2004	Email von Alric OFENHEIMER (Freshfields) an KRIEGER (Lehman) und MANTLER, TRAUMÜLLER u.a. (BMF) mit Letztfassung der Vertragsentwürfe	BT2,RH,F24,1.L-a,13.T,S.18
25.5.2004	Stellungnahme der Finanzprokurator zu den überarbeiteten Kaufverträgen. Extrem kurze Begutachtungsfrist: Mail versandt um 8:58, Stellungnahme bis 12:00.	BT2,BMF,F12,3.L-a,26.T,S.309
25.5.2004	13. Prozessbrief: Einladung der verbleibenden 5 Bieter zur Abgabe verbindlicher Kaufangebote bis 4.6.2004, Zusendung des endgültigen Kaufvertragsentwurfes. [Anmerkung: Darin gab es keine Möglichkeit mehr zum Erwerb einzelner Gesellschaften, sondern nur mehr das Gesamtpaket]	BT2,BMF,F18,5.L-b,3.T,S.91, S.15, 26
2.6.2004	Ein Interessent (Goldman Sachs) gibt sein Ausscheiden aus dem Bieterprozess bekannt	BT2,RH,F24,1.L-a,41.T,S.1, BT2,RH,F24,1.L-a,13.T,S.39
2.6.2004	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen VALORA und Immofinanz	Beweis-02,BMI,Frage-007,SubF-00\05.L-a\00073.T
4.6.2004	Auch Blackstone scheidet aus dem Bieterprozess aus	BT2,RH,F24,1.L-a, 42.T,S.1
4.6.2004	Zwei verbindliche Angebote sind eingelangt. Der dritte Bieter teilte mit, dass er noch mit der Prüfung der Anlagen und Finanzierungsimplicationen befasst war und gab bis zum Stichtag kein gültiges Angebot ab. Öffnung unter Aufsicht des Notars Dr. Heinelt: Anwesend sind TRAUMÜLLER, PFANDER, KRIEGER Im Angebot der CA-Immo ist im „comfort letter“ (Anlage 5 zum Anbot) der Finanzrahmen mit € 960 Millionen Euro angegeben. IF/RLB bieten: mit ESG € 837,3 Mio. Euro, ohne ESG € 764,30 (dabei werden als Prämie für den Nicht-Kauf der ESG € 30 Mio. zusätzlich auf den Preis der übrigen Gesellschaften geboten) CA-Immo bietet: mit ESG € 922,7 Mio. Euro, ohne ESG € 828,30 Mio.	BT2,RH,F24,1.L-a,36.T,S.4; Angebot Bieter 1: BT2,BMF,F12,3.L-a,27.T,S.6; Bieter 2: 28.T.,S.1; Bieter 3: 28.T, S.138; Notarielles Protokoll: BT2,BMF,F12,2.L-a,890.T

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

4.6.2004	Eine weitere handschriftliche Notiz TRAUMÜLLERS deutet auf ein Gespräch mit NEUDECK am selben Tag hin, in dem auch BÖHMDORFER erwähnt wird.	
7.6.2004 (Montag)	<p>Briefingtermin mit GRASSER im BMF; wahrscheinlich handelt es sich hier um jene Sitzung im „Goldenen Salon“ des BMF, die im Format-Artikel vom 8.10.2009 erwähnt wird, und in welcher der Finanzrahmen der CA Immo in Höhe von € 960 Millionen bekannt wurde. Bemerkenswert ist, dass es sich nicht um eine offizielle Kommissionssitzung handelt.</p> <p>An schriftlicher Dokumentation dazu gibt es einen AV vom 7.6.2004 von MANTLER:</p> <p><i>„Aktenvermerk</i></p> <p><i>Betreffend weitere Vorgangsweise nach Anbotseröffnung am 4.6.2004</i></p> <p><i>Das Ergebnis der Öffnung der bindenden Angebote vom 4.6.2004 bei Notar Dr. Heinelt, bei der ich nicht anwesend war, wurde von Lehman dargestellt. (siehe Beilage)</i></p> <p><i>Im Rahmen des Anbotsverfahrens wurde das bereits mehrfach diskutierte Thema des Zinsänderungsrisikos virulent, für welches ein Bieter € 60 Mio in Abzug brachte.</i></p> <p><i>In Abstimmung mit dem HBM wurde daher entschieden, dieses Steigerungspotenzial in Form einer weiteren Verhandlungsrunde zu nutzen. Lehman wird diese weitere Runde sogleich aufsetzen (14. Prozessbrief), sodass am Freitag dem 11. Juni 2004 die neuen Anbote feststehen.</i></p> <p><i>Im Zeitplan hat das zur Folge, dass der für 8. Juni in Aussicht genommene Termin für die Kommissionssitzung entfällt und die für Sonntag der 13. Juni geplante Telefonkonferenz der Kommissionsmitglieder zu einem physischen Meeting im BMF wird.</i></p> <p><i>DI Wieltsch hat mit e-mail vom 4.6.2004 alle Kommissionsmitglieder bereits verständigt. Somit meinerseits vorerst nichts weiter zu veranlassen.“</i></p> <p>Neben diesem AV gibt es noch Deckblatt und Teile einer Präsentation von Lehman zu den Angeboten im Akt. Dieses Deckblatt ist ebenfalls mit 7.6.2004 datiert.</p> <p>Dann gibt es handschriftliche Notizen von TRAUMÜLLER, in denen die Finanzierungszusage der CA Immo mit € 960 Mio ausdrücklich vermerkt ist.</p>	<p>BT2,RH,F24,1.L-a,54.T,S.4;</p> <p>Lehman-Präsentation:</p> <p>BT2,BMF,F12,3.L-a,66.T,S.444;</p> <p>Format-Artikel: BT2,BMJ,F0,5.L-a,1.T,S.71;</p> <p>ZV Grasser: BT2,BMJ,F2,2.L-a,970.T,S.217f, S.231</p>

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	<p>Zu der Sitzung berichtete das Format am 8.10.2009:</p> <p><i>„Am 4. Juni 2004 hatten die beiden Finalisten, CA Immo AG und das von der Immofinanz angeführte „Österreich“-Konsortium, ihre Angebote abgegeben. Wenige Tage danach wurde besagtes Treffen im Finanzministerium arrangiert, wo Grasser, sein Kabinett und hohe Finanzbeamte alle Infos über den aktuellen Stand des Verkaufsprozesses erfahren sollten.</i></p> <p><i>Das Brisante an dem Meeting: Den Gästen im „Gelben Salon“ wurde eine Information mitgeteilt, die zwei Wochen später möglicherweise spielentscheidend war. Ein damals Anwesender erinnert sich gegenüber FORMAT: „Im Angebot der CA Immo fand sich der Hinweis auf eine Finanzierungsgarantie der Bank Austria über 960 Millionen Euro.“ Damit war klar, dass die CA Immo ein Angebotslimit hatte – für die Konkurrenz ein wertvoller Tipp.“</i></p> <p>Dazu wurde GRASSER in seiner BV vom 8.9.2010 befragt:</p> <p><i>„Gab es diese Besprechung im gelben Salon? War PLECH dort dabei?</i></p> <p><i>Niemals, dort waren immer ausschließlich Persönlichkeiten dabei, die in diesem Verkaufskreis drinnen waren. Ich halte es für viel wahrscheinlicher, weil ich auch nicht daran glauben will, dass unseren Kreisen irgendetwas hinausgegangen sein soll, weil das gesamten Prozess über nicht der Fall war. Die CA-Immo hat das viel besser gewusst. Es haben alle Besprechungen im Salon stattgefunden. [...]</i></p> <p><i>Nach der ersten Bieterunde sind wir zusammengekommen mit CA-IB, Lehman Brothers.</i></p> <p><i>Frage: Hat es eine Aufstellung gegeben, wer da dabei war?</i></p> <p><i>Antwort: Die haben sie ja eh, die ist ja dokumentiert. Ich habe ja keine Unterlagen mehr. Aber das ist ja eindeutig, eindeutig wahrscheinlich nicht, aber der ganze Kreis ist klein. [...]</i></p> <p><i>Da waren alle Mitarbeiter von Lehman dabei, die CA-Immo war dabei [Anm: gemeint wohl CA-IB] und FRESHFIELDS war dabei. Es war dabei der Staatssekretär, meine Person, Kabinettsmitglieder des Staatssekretärs und von mir und es haben selbstverständlich, es waren Kommissionsmitglieder dabei und es hat selbstverständlich die gesamte Kommission diese Angebote im Detail gekannt.“</i></p> <p>Anmerkung: eine derartige Aufstellung findet sich nicht im Akt, da es keine offizielle Kommissionssitzung war.</p>	
7.6.2004	14. Prozessbrief: Einladung zum „Last and Final Offer“	BT2,BMF,F18,5.

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	Den beiden verbleibenden Bietern wird damit ermöglicht, verbesserte verbindliche Angebote („Last and Final Offer“) bis 11.6.2004 zu legen. Ihnen wurde mitgeteilt, dass nach Einlangen dieser Angebote keine Verhandlungen mehr durchgeführt werden.	L-b,3.T,S.97; BT2,RH,F24,1.L-a,36.T,S.4
7.6.2004 (??)	Evt. schon am 7.6. erste Gespräche MEISCHBERGER – HOCHEGGER – PETRIKOVICS 3. BV von Peter HOCHEGGER vom 7.9.2010: <i>„Das zweite Angebot [Anm: gemeint wohl das erste] war unter € 900 Mio, weswegen IF nicht der Bestbieter war. Das habe ich von MEISCHBERGER erfahren. Er hat mir nicht gesagt, woher er das wisse. Ich wusste die Höhe des zweiten Gebots des Bestbieters, und zwar teilte mir dieses MEISCHBERGER mit. Dies habe ich wiederum an KPE mündlich mitgeteilt. Wir haben uns bei ihm im Büro in der Bankgasse getroffen. [...] KPE bezeichnete das Gebot der CA Immo ich von € 930 Mio als Wahnsinn, worauf er sich mit seinen Konsorten absprach. Einmal hat KPE in meiner Anwesenheit Dr. STARZER angerufen ihm ihm mitzuteilen, dass eine neue interne Bewertung erforderlich ist, weil ein anderer Bieter mehr bot.</i> <i>Nach meiner Wahrnehmung war dann kurzzeitig nicht klar, ob es eine weitere Gebotsrunde geben sollte.“</i> [Anmerkung: der letzte Satz würde darauf hindeuten, dass die Info über das Gebot der CA-Immo sogar schon vor dem dem 7.6. an MEISCHBERGER ging!]	BT1,BMI,F11,3. L-a,477.T
7.6.2004, 12:45	SCHILLINGER (RBL OÖ) faxt an POSTL (IF) (und SIMHANDL) eine Tabelle mit den neuen Bewertungen für die zweite Runde, und zwar mit dem Gesamtbetrag € 930,10 Mio.	BT2,BMI,F7,6.L-a,45.T,S.21f
7.6.2004, 14:24	POSTL retourniert das FAX mit einigen handschriftlichen Korrekturen, neuer Gesamtbetrag ist exakt € 930 Mio Euro.	BT2,BMI,F7,6.L-a,45.T,S.20 und 22
8.6.2004 (?) Vormittags	HOCHEGGER informiert PETRIKOVICS über „min. € 960 Mio“ 3. BV von Peter HOCHEGGER vom 7.9.2010: <i>„Es ging in der Folge darum, der IF den richtigen Angebotspreis zu empfehlen und abzuleiten, wo die CA Immo liegen wird. Wir (MEISCHBERGER, KPE, ich. Wir sind nicht zu dritt zusammengesessen, sondern es waren unterschiedliche Gespräche, bei denen sich unsere Meinungen deckten) waren uns einig, dass die CA Immo nicht viel dazulegen wird. MEISCHBERGER machte dann eine erste Einschätzung, dass das Höchstgebot der CA Immo zwischen € 940 und 960 Mio liegen wird. Wie er dazu kam, weiß ich nicht. Meine Empfehlung an KPE, die ich von MEISCHBERGER</i>	BT1,BMI,F11,3. L-a,477.T; BT1,BMI,F11,3. L-a,478.T; HV Protokoll: BT2,BMI,F7,5.L-a,938.T; Zitate: S.53, 55; BT2,BMJ,F1,1.L-a,248.T

	<p><i>erhalten und weitergegeben habe, war nicht unter € 960 Mio sondern eher Richtung einer Mrd. zu bieten.“</i></p> <p>4. BV von Peter Hochegger vom 3.11.2009:</p> <p><i>„Nach meiner Erinnerung war ich persönlich bei KPE in der Bankgasse. Es war in einem Besprechungszimmer. Es war eher am Vormittag. Da ich keine Aufzeichnungen darüber geführt habe, tue ich mir schwer einen exakten Tag anzugeben. Es muss natürlich vor der Abgabe gewesen sein. Es war ein Vieraugentreffen mit KPE. [...] Es war jedenfalls kein Sonntag, sondern ein Arbeitstag. Der Termin hat auch nicht allzu lange gedauert. Er hat telefoniert in meiner Anwesenheit. Ich nehme an, dass er die Oberösterreicher angerufen hat. Das schließe ich daraus, dass sich KPE immer eng mit Dr. STARZER abgestimmt hat. Ich kann mich an den konkreten Wortlaut nicht erinnern. Er hat über die Information gesprochen, die ich ihm gegeben habe. Er hat „nicht unter 960 Millionen“ weitergegeben.</i></p> <p>MEISCHBERGER bestätigte in der Hauptverhandlung vom 24.10.2011 im Verfahren GRASSER gegen RAMPRECHT, dass er den Betrag von 960 Mio Euro aus der Finanzierungsgarantie wusste.</p> <p><i>„Einzelrichterin: Warum 960 Mio Euro?</i></p> <p><i>Das ist die zweite Information. Die hat sich durch die Finanzierungsgarantie des zweiten Bieters ergeben. [...]</i></p> <p><i>Ja, aber ich habe Sie dann gefragt, wie kommen Sie auf die 960 Mio Euro und dann erzählen Sie mir von der Finanzierungszusage. Dann frage ich Sie, wie funktioniert das mit der Finanzierungszusage?</i></p> <p><i>Das ist ganz einfach: Die CA Immo brauchte eine Finanzierung, um bieten zu können. Die Finanzierung wurde bei der Bank Austria gegeben. Die Obergrenze der Finanzierung war 960 Mio Euro.“</i></p> <p>10. BV von PETRIKOVICS am 9.11.2009:</p> <p><i>„Mir wird vorgehalten, dass HOHEGGER bei seiner dritten Einvernahme und noch detaillierter bei seiner vierten Einvernahme schilderte, mir persönlich nach dem ersten, aber vor dem zweiten Anbot die Information erteilt zu haben, dass das Konsortium jedenfalls über € 960 Mio bieten müsse und ich noch in Anwesenheit HOHEGGERs diese Information telefonisch an den Konsortialführer (STARZER) weitergegeben haben soll: Ich kann mich wirklich im</i></p>	
--	---	--

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	<p><i>Moment nicht daran erinnern. Ich kann es auch nicht ausschließen. Jetzt wo wir das so reproduzieren, klingt es sehr plausibel. Meine Reaktion wäre genau so gewesen, wie von HOCHEGGER geschildert. STARZER hätte meiner Meinung nach überlegt, ob wir es uns leisten können und ein entsprechendes Angebot abgeben können.“</i></p>	
8.6.2004, 12:10	<p>SCHILLINGER (RLB OÖ) mailt an POSTL (IF), SIMHANDL (Wr. Städtische), u.a. eine mit dem Codewert 1 codierte Tabelle über drei Varianten zur Anbotserhöhung des Konsortiums in der zweiten Runde. Variante III ergibt dabei unter Berücksichtigung des via Fax gesondert übermittelten Codewerts 45 erstmals den Betrag von € Mio 961,57.</p> <p>SCHILLINGER erklärt dazu in seiner ZV vom 19.10.2009:</p> <p><i>„Es gab daraufhin Telefonate zwischen den Konsorten, konkret auf welcher Ebene kann ich nicht mehjr nachvollziehen. Was ich aber noch nachvollziehen kann ist eine Unterlage, die ich an die Konsorten nach vorherigen Telefonaten geschickt habe. Es handelt sich um eine Excel-Datei mit codierten Bewertungen. [...] Ich möchte das Blatt wie folgt erklären:</i></p> <p><i>B1: BUWOG</i></p> <p><i>B2: WAG</i></p> <p><i>B3: ESB</i></p> <p><i>B4: ESG</i></p> <p><i>Die erste Spalte zeigt den ursprünglichen Preis laut Anbot vom 2.6. (nur Gesellschaftsanteile)</i></p> <p><i>Die zweite Spalte zeigt die Veränderung zu einem möglichen Kaufpreis.</i></p> <p><i>Die vierte Spalte zeigt die Bundesdarlehen, welche im Vergleich zum ersten Anbot unverändert geblieben sind.</i></p> <p><i>Die dritte Spalte ist die Summe aus der ersten und zweiten Spalte.</i></p> <p><i>Die fünfte Spalte ist die Summe aus drei und vier.</i></p> <p><i>Ich habe dieses eMail mit dem Codewert eins versandt, und per Fax den Codewert 45 versandt.</i></p> <p><i>[...] Dieses Blatt wurde von mir auf Basis der vorausgegangenen Diskussionen und Telefonaten mit den Konsorten angefertigt. [...]</i></p> <p><i>Befragt, wie ich es mir erklären kann, dass HOCHEGGER gesagt hat, dass er den zu überbietenden Betrag von € 960 Mio an KPE</i></p>	BT2,BMI,F7,5.L-a,58.T

<p>übermittelt hat: ich kann mir das nicht erklären.</p> <p>Es ist eine Spekulation von mir aber es könnte immerhin sein, dass ich in den vor Erstellung dieser Tabelle geführten Telefonaten auf diesen Betrag von über € 960 Mio gelenkt worden bin. [...]</p> <p>Befragt ob es auch möglich ist, dass ich von STARZER zur Erstellung von Vorschlägen knapp über € 960 Mio „gelenkt“ wurde: das übersteigt meine Vorstellungskraft.“</p> <p>STARZER übermittelte mit Datum 22.10.2009 eine detaillierte Aufstellung der Bildungs des Gebotspreises. Zitate daraus:</p> <p><i>„Der Beginn neuer Kaufpreisüberlegungen startete am 7. Juni 2004, wo auf Wunsch von Frau Dr. POSTL eine erste Variante gerechnet wurde, die von der Überlegung der Immofinanz ausging, wie die Preise auf die einzelnen Gesellschafter aufzuteilen wären, wenn das Konsortium einen Kaufpreis von 930 Mio Eur anbieten würde. Mag. SCHILLINGER fertigte daraufhin das Tableau T1 an. [...] Am 7. Juni 2004 12.45 Uhr wurde von Mag. SCHILLINGER ein Fax an Frau Dr. POSTL und Dr. SIMHANDL geschickt, in der diese erste Diskussionsgrundlage/Preistableau (T1) zur Preisfindung übermittelt wurde.</i></p> <p><i>Frau Dr. POSTL hat in der Folge die Tabelle T1 handschriftlich korrigiert und [...] am 7.6.2004 14:24 an Mag. SCHILLINGER und Dr. SIMHANDL retourniert. Diese von Frau Dr. POSTL korrigierte Tabelle (T2) basierte dann bei BUWOG und WAG auf Aufschlägen von 15% auf die im 1. Verbindlichen Anbot angebotenen Beträge. [...] Die weiteren Tabellen T3/2 und T3/3 sind dann in der Folge aufgrund verschiedener Telefonate zwischen Frau Dr. POSTL und Mag. SCHILLINGER entstanden, wobei Mag. SCHILLINGER immer wieder Rücksprache mit den anderen Konsortialmitgliedern, insbesondere der Wr. Städtischen, gehalten hat. [...] In der finalen Phase der Preisdiskussion wurde von Mag. SCHILLINGER mit Frau Dr. POSTL erörtert, wieso nicht die BUWOG zumindest mit dem BestCaseWert laut Tabelle [...] = rd 366 Mio Euro angesetzt wird. Aus Sicht von Mag. SCHILLINGER war die BUWOG trotz des TPA-Gutachtens vom 26.5.2004 bei den Wohnungsverkäufen nach wie vor zu konservativ angesetzt. [...] Daraufhin kam die Gegenforderung der Immofinanz, dass auch das Sub-Konsortium 20% auf die WAG und EBS aufschlagen müssten.“</i></p> <p>[Anmerkung: diese Variante wurde T3/3 und in dieser Form erfolgte der Versand per Mail; später wurde dies noch in T3/4 insofern</p>	
--	--

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	<p>verschoben, als die ESG deutlich höher gewichtet wurde, ebenfalls auf Wunsch der Immofinanz.</p> <p>Diese detaillierten Angaben stehen im direkten Widerspruch zur Aussage von POSTL, siehe 9.6.2004]</p>	
9.6.2004	<p>Konsortialsitzung in Linz</p> <p>Dazu POSTL in ihrer ZV vom 15.10.2009:</p> <p><i>„Die Sitzung hat wieder in Linz stattgefunden. KPE war nicht dabei. Ich habe IF dort alleine vertreten. [...] Ich hatte keine Vorgabe von KPE, wie hoch ich für die BUWOG gehen durfte. Ich konnte davon ausgehen, dass zwischen KPE und RLB OÖ die aliquote Erhöhung der Gesellschaften bereits abgestimmt ist. Ich habe nicht den Preis verhandelt. Die Preisfrage hat immer der Eigentümer entschieden. Jemand an den ich mich nicht erinnern kann, hat für den Konsortialführer bei dieser Sitzung gesagt, dass wir das Anbot betreffend die drei Gesellschaften aliquot erhöhen und dass wir die ESG überdurchschnittlich erhöhen. [...] Ich konnte davon ausgehen, dass dies bereits vorab mit KPE abgestimmt wurde. [...] Befragt ob bei der Konsortialsitzung gesagt worden ist, dass mehr als 960 Mio Euro geboten werden müssen: nein, ich glaube, dass dieser Betrag nicht ausgesprochen wurde. Es wurde aber gesagt, dass unser Gebot € 961,3 Mio beträgt. Andere Vorschläge gab es nicht.“</i></p> <p>Der Notariatsakt zum Anbot wird noch am 9.6. in Linz erstellt und unterzeichnet.</p> <p>[Anmerkung: Diese Aussage steht im Widerspruch zu den Darstellungen von SCHILLINGER und STARZER, die auch durch die vorliegenden Tabellen, Mails und Faxe gestützt scheinen, wonach es 4 Varianten gab und diese im Vorfeld von POSTL und SCHILLINGER in enger Abstimmung erstellt wurden. Keine dieser drei Personen wurde bisher – soweit ersichtlich – zu diesen Widersprüchen befragt.]</p>	BT2,BMF,F20,1 6.L-a,4.T,S.258ff
9.6.2004	<p>ZUSATZ zur Vereinbarung zwischen den Konsorten des Österreich Konsortiums:</p> <p>Beteiligungsstruktur an der ESG verschiebt sich geringfügig.</p>	BT2,BMI,F7,5.L-a,66.T
10.6.2004? ?	<p>Treffen PFEIFENBERGER – SCHARINGER in Linz:</p> <p>2. BV von SCHARINGER vom 16.2.2012</p> <p><i>„LH Dr. Jörg HAIDER hat mich angerufen, ein- zwei oder drei Tage vor</i></p>	BT2,BMI,F7,6.L-a,9.T

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	<p>dem Zuschlag, eine Aufzeichnung hiezu habe ich nicht gefunden, ich gebe aber dazu an, dass unser Anbot schon weg war, und hat mich gefragt, ob wir bereit wären, für den Fall, dass wir den Zuschlag bekommen, die Anteile an der ESG in Villach an die Stadt Villach abzugeben. [...] Er hat es am Telefon eilig gehabt und hat gesagt, er schickt mir so schnell wie möglich seinen Stellvertreter PFEIFENBERGER, mit dem soll ich das noch einmal besprechen. PFEIFENBERGER hat sich dann auch gleich um einen Termin bei mir bemüht. Der kam dann auch sehr schnell zustande. PFEIFENBERGER hat die Frage des Herrn Landeshauptmanns wiederholt und ich habe ihm gegenüber wiederholt, was ich schon am Telefon dem Landeshauptmann HAIDER für eine Verwendungszusage gegeben habe.“</p>	
11.6.2004, 8-11 Uhr	<p>Aufsichtsratssitzung CA Immobilien Anlagen AG: Entscheidung über Zweitanbot in der Höhe von € 960,1 Mio Euro. „Meiner Erinnerung nach fiel die Entscheidung für diesen Angebotspreis erst am Ende der letzten Minuten der Sitzung.“</p>	<p>ZV FROMWALD vom 8.10.2009: BT2,BMF,F20,1 6.L-a,4.T,S.3; Protokoll: BT2,BMI,F7,5.L-a,17.T</p>
11.6.2004	<p>Anbotsöffnung. Bieter 1 (Österreich-Konsortium bestehend aus RLB OÖ, Wiener Städtische und Immofinanz) erhöhte seinen Angebotspreis und überbot letztlich seinen Mitbieter (CA Immo) um 1,80 bzw. 1,19 Mio. €</p> <p>Bis zur Entscheidung über das Vorkaufsrecht des Landes Kärnten kann der Bestbieter nicht ermittelt werden.</p>	<p>BT2,RH,F24,1.L-a,11.T,S.1 und S.16; BT2,RH,F24,1.L-a,36.T,S.4; Protokoll: BT2,BMF,F12,3.L-a,28.T,S.438; LAFO Bieter 1: S.452; Bieter 2: S.672</p>
11.6.2004	<p>Schreiben von Lehman an LH Jörg HAIDER: Angebotsannahme bis spätestens 15. Juni 2004, 9:00.</p>	<p>BT2,RH,F24,1.L-a,44.T,S.7</p>
12.6.2004	<p>Handschriftliche Notizen aus den Unterlagen TRAUMÜLLER: „Neudeck: CA Immo wäre pol. Vorteilhafter!“</p>	<p>BT2,BMF,F18,5.L-b,5.T,S.86</p>
13.6.2004	<p>7. Sitzung der Auswahlkommission: Diskussion über die LAFOs. U.a. auch darüber, ob die Vergabe an die CA Immo ein Risiko</p>	<p>BT2,BMF,F18,5.L-b,2.T,S.55</p>

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

	<p>darstellen würde, weil einer der Subauftragnehmer die CA-IB war. Freshfields meint, die CA-IB war lediglich in der Bewertungsphase eingebunden und „von jeglicher Information in der Umsetzungsphase ausgeschlossen.“</p> <p>Zu TOP2) Statusbericht:</p> <p>„Dieses Anbotsergebnis hat zur Folge, dass abhängig, ob das Land Kärnten von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch macht, das Österreich Konsortium oder die CA Immo Bestbieter ist.“</p> <p>Weiter im Protokoll zu TOP 4: Bericht an den HBM</p> <p>„Der Herr Bundesminister kommt zur Sitzung dazu und wird vom Ergebnis der zweiten Bierrunde und von der oben dargestellten Empfehlung der Kommission in Kenntnis gesetzt.</p> <p>Der Herr Bundesminister bespricht zugleich telefonisch die weitere Vorgangsweise mit LH Dr. HAIDER. Die Kärntner Landesregierung wird die Ausübung des Vorkaufsrechtes in der Regierungssitzung am Dienstag, den 15.6.2004, 8:00, beraten, sodass die Kärntner Entscheidung rechtzeitig bis zur Sitzung des Ministerrates vorliegt.“</p>	
12.6.2004	Handschriftliche Notizen aus den Unterlagen TRAUMÜLLER zum Telefonat KHG – HAIDER	BT2,BMF,F18,5. L-b,5.T,S.88
13.6.2004	Schreiben Karl-Heinz GRASSER an Jörg HAIDER: Bund bietet dem Land Kärnten die Geschäftsanteile der ESG um 104,4 Mio. € zum Kauf an (siehe eigene Chronologie zum Vorkaufsrecht Kärntens)	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.18; BT2,RH,F24,1.L-a,44.T,S.5
14.6.2004	<p>AV MANTLER zur Situation, dass die Entscheidung Kärntens einen Bietersturz bewirken könnte:</p> <p>„Der HBM hat daher mit LH HAIDER die Verkürzung der Entscheidungsfrist des Landes Kärnten vereinbart, sodass im Falle einer Ankaufsentscheidung die Annahmeerklärung in Notariatsaktform bereits bis 15.6.2004, 9:00 früh, ho. Im Faxweg einlangen muss. (...) Es wurden daher 2 Varianten für den Ministerratsvortrag ausgearbeitet. (...) Abhängig von der Entscheidung des Landes Kärnten wird morgen die eine oder die andere Ausfertigung des Ministerratsvortrages zur Genehmigung dem Ministerrat vorgelegt werden.“</p> <p>Anmerkung: Im BMF-Akt befinden sich nur Entwürfe, in denen das Land Kärnten von der Kaufoption KEINEN Gebrauch macht.</p>	BT2,BMF,F12,3. L-a,29.T,S.52
14.6.2004,	ZV FROMWALD (CA Immo) vom 8.10.2009:	ZV FROMWALD

Anhang A

A.2.3 BUWOG – BUWOG-Verkauf

abends	„Am nächsten Montag, dem 14.6., wurde mir bei einer Abendveranstaltung bereits von dritter Seite mitgeteilt, wir verloren haben dürften. Dieser nannte mir ein siegreiches Gebot von knapp über einer Milliarde. Ich habe telefonisch durch einen Anruf aus dem BMF erfahren, dass wir unterlegen sind.“	vom 8.10.2009: BT2,BMF,F20,1 6.L-a,4.T,S.3
14.6.2004	RA Franz MITTENDORFER übermittelt an SCHILLINGER, POSTL und SIMHANDL den Entwurf für eine Vereinbarung über die Einräumung eines Vorkaufsrechts hinsichtlich der ESG Villach an Kärnten. Weder SCHARINGER noch STARZER oder SCHILLINGER können sich erinnern, einen Auftrag dafür erteilt zu haben.	BT2,BMI,F7,5.L-a,128.T
15.6.2004, 4:18	Email von Stefan KÖCK (Freshfields) an Josef MANTLER und Elfriede SPRINGER (BMF): Entwurf des Antwortschreibens wurde um einen Satz ergänzt und abgeseget	BT2,RH,F24,1.L-a,45.T,S.6
15.6.2004	Antwort Jörg HAIDER an Karl-Heinz GRASSER: Kärnten verzichtet auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes.	BT2,RH,F24,1.L-a,45.T,S.1
15.6.2004	Ministerrat erteilt Zustimmung zur Veräußerung der Geschäftsanteile des Bundes an den vier BWBG ans Österreich Konsortium	BT2,RH,F24,1.L-a,46.T,S.14
15.6.2004	BMF informiert BUWOG über Angebotsannahme	BT2,BMF,F12,3. L-a,29.T,S.65
16.6.2004	BMF informiert die unterlegenen Bieter darüber, dass sie nicht Bestbieter waren.	BT2,BMF,F12,3. L-a,29.T,S.167
23.6.2004	Annahmeerklärung in Notariatsform	BT2,BMF,F12,3. L-a,29.T,S.213
24.6.2004	Schreiben Blackwater an Lehman: Blackwater ist mit dem Inhalt der Beilagen zum Kauf- und Abtretungsvertrag nicht einverstanden, weswegen ihr Angebot vom 4.6.2004 seine Wirkung verliert.	BT2,BMF,F12,3. L-a,29.T,S.174
6.7.2004	Abschluss des Kaufvertrages. Kaufpreis: 830,58 Mio.€ plus Bundesförderungen 130,70 Mio. €, also insgesamt 961,28 Mio. € Anmerkung des RH: Hätte das BMF die Gesellschaften einzeln bzw. in Teilpaketen verkauft, hätte der Bund insgesamt 1.089,62 Mio. € (und damit um 128,34 Mio. € mehr als tatsächlich erhalten) erzielen können.	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.25 und 27
15.9.2004	BMF-Akt zu Kauf- und Abtretungsvertrag, Forderungseinlösungsvereinbarungen und Zahlungseingängen	BT2,BMF,F12,3. L-a,29.T,S.233
29.9.2004	BMF-Akt zum Closing des Verkaufsprozesses	BT2,BMF,F12,3.

Anhang A

A.2.4 BUWOG – BUWOG - Provisionszahlungen

		L-a,29.T,S.530
6.10.2004	Closing-Memorandum. Bereits da unterschiedliche Auffassungen zwischen Käufer und Bund in Bezug auf die Einweisungsrechte (<i>siehe Chronologie Einweisungsrechte</i>)	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.22
23.12.2004	Noch immer konnte kein Konsens über eine Vereinbarung der Einweisungsrechte gefunden werden.	BT2,RH,F24,1.L-a,32.T,S.2
31.1.2005	Letzte Kaufpreisrate wurde vertragsgemäß überwiesen	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.30
18.2.2005	Vertrag: Bund verzichtet auf Einweisungsrechte für den Fall, dass diese Wohnungen veräußert werden sollten. Nur wenn der Verkauf noch nicht begonnen hat, erhält er Einweisungsrechte an nicht näher bezeichneten Ersatzwohnungen zugestanden.	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.23

A.2.4. BUWOG - Provisionszahlungen

2001	Eröffnung des Kontos „Walter“ in Liechtenstein durch MEISCHBERGER	BT2,BMF,F20,17.L-a,17.T,S.229
	<p><i>„Anfang des Jahres 2004 wandte sich Ing. MEISCHBERGER anlässlich der seitens der Republik Österreich bewirkten Verkaufsausschreibung der Bundeswohnbaugesellschaften an Dr. HOCHEGGER und schlug diesem vor, für das Bieterkonsortium, bestehend aus Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Oberösterreichische Landesbank AG – Hypo Oberösterreich, Wiener Städtische Versicherung AG, Oberösterreichische Versicherung AG und Immofinanz Immobilien Anlagen AG (kurz IF) eine Strategie zu entwickeln, um diese Ausschreibung zu gewinnen. Dr. HOCHEGGER sollte den Kontakt zur IF, genauer gesagt zum Vorstandsvorsitzenden der IF, MMag. Dr. PETRIKOVICS, herstellen, während Ing. MEISCHBERGER sein „politisches Netzwerk“ zur Verfügung stellen sollte.</i></p> <p><i>Von Ernst PLECH wurde Ing. MEISCHBERGER und Dr. HOCHEGGER empfohlen, einen Vertragsentwurf für das von Beiden mit dem Konsortium beabsichtigte Geschäft bei einem Ernst PLECH bekannten Anwalt entwerfen zu lassen.“</i></p> <p>In seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss berichtete PETRIKOVICS, dass HOCHEGGER sich im April 2004 an ihn wandte. Der Kontakt kam ihm plausibel vor, da HOCHEGGERS Firmen die Immofinanz bereits als Werbeagentur betreuten. Bereits während</p>	<p>Stellungnahme der WKStA vom 6.10.2011 zu den Einstellungsanträgen von Grasser und Plech: B2,BMF,F20,17.L.a,17.T, S.222-264</p>

Anhang A

A.2.4 BUWOG – BUWOG - Provisionszahlungen

	der Vorbereitungen zur Anbotslegung habe ihm HOCHEGGER vertrauliche Insider-Informationen geliefert, z.B. wer die anderen Bieter seien und wer sie als Berater betreue usw. Woher HOCHEGGER diese Informationen hatte, hat PETRIKOVICS nicht hinterfragt, er führte das auf HOCHEGGERS gute Netzwerk zurück.	
2.6.2004	Schriftlicher Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen Immofinanz und Valora Unternehmensberatung und Beteiligung AG über die Zahlung von 1% des „ <i>entrichteten anteiligen Kaufpreises</i> “.	B2,BMI,F7,5.L.a, 73.T, S.1-3
4.6.2004	Abgabetermin der ersten Anbotsrunde	BT2,RH,F24,1.L-a,1.T,S.15
7./8.6.2004	Über den Weg MEISCHBERGER – HOCHEGGER – PETRIKOVICS erlangt das Österreichkonsortium zunächst die Information über die Höhe des Gebots der CA Immo von fast 930 Mio Euro. Es wird ein entsprechendes verbessertes Angebot gerechnet. Dann kommt der Hinweis auf „min. 960 Mio Euro“ und es wird das errechnete Anbot nachgebessert.	Siehe im Detail Chronologie BUWOG-Vergabe
15.6.2004	Zuschlag an das Konsortium rund um Immofinanz. Der Gesamtkaufpreis beträgt € 961,27 Mio Euro.	Siehe etwa Stellungnahme der WKStA vom 6.10.2011 zu den Einstellungsanträgen von Grasser und Plech: B2,BMF,F20,17.L.a,17.T, S.226
3.8.2005	5 Rechnungen der CPB Corporate Finance Consulting GmbH über insgesamt EUR 1,355.000,- 1) Rechnung an IMMOEAST Beteiligungs GmbH über EUR 350.000,- <i>„Vereinbarungsgemäß verrechnen wir Ihnen für die erfolgte Vermittlung der Anteile an der Ablo Property s.r.o. eine Provision in Höhe von EUR 350.000,00. Steuerbefreit gemäß § 6 Ziffer 1 Abs. 8 lit. G UStG.“</i> 2) Rechnung an IMMOEAST Immobilien Anlagen AG über EUR 190.000,- <i>„Vereinbarungsgemäß verrechnen wir Ihnen für die erfolgte Vermittlung der Anteile an der Atom Centrum a.s. eine Provision in</i>	B2,BMI,F7,5.L-a,138.T,S.11-16

Anhang A

A.2.4 BUWOG – BUWOG - Provisionszahlungen

	<p>Höhe von EUR 190.000,00. Steuerbefreit gemäß § 6 Ziffer 1 Abs. 8 lit. G UStG.“</p> <p>3) Rechnung an IMMOEAST Anlagen AG über EUR 52.000,- „Vereinbarungsgemäß verrechnen wir Ihnen für die erfolgte Vermittlung der Anteile an der Stop Shop Phase I in Ungarn eine Provision in Höhe von EUR 52.000,00. Steuerbefreit gemäß § 6 Ziffer 1 Abs.8 lit.g UStG.“</p> <p>4) Rechnung an Stop.Shop Holding GmbH über EUR 468.000,- „Vereinbarungsgemäß verrechnen wir Ihnen für die erfolgte Vermittlung der Anteile an der Stop Shop Phase I in Ungarn eine Provision in Höhe von EUR 468.000,00. Steuerbefreit gemäß § 6 Ziffer 1 Abs.8 lit.g UStG.“</p> <p>5) Rechnung an IMMOEAST Projekt Gamma Holding GmbH über EUR 295.000,- „Vereinbarungsgemäß verrechnen wir Ihnen für die erfolgte Vermittlung der Anteile an der Airport Property Development a.s. eine Provision in Höhe von EUR 295.000,00. Steuerbefreit gemäß § 6 Ziffer 1 Abs. 8 lit. G UStG.“</p>	
12.8.2005	<p>Astropolis-Rechnung an CPB Corporate Finance Consulting GmbH über € 1,016.250,-</p> <p>„Für die Vermittlung der Anteile an</p> <ul style="list-style-type: none"> - ABLO Property s.r.o. in Zusammenhang mit den Projekten Westpoint Distribution -Atom Centrum a.s. - Center Invest kft in Zusammenhang mit dem Projekt Stop Shop - Airport Property Development a.s. in Zusammenhang mit dem Airport Business Center <p>Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:€ 1,016.250.- in Worten: Eine Million sechzehntausend zweihundertfünfzig“</p>	B2,BMI,F7,5.L-a,138.T,S.10
27.10.2005	Eröffnung des Kontos „Karin“ in Liechtenstein durch PLECH	BT2,BMF,F20,17.L-a,17.T,S.232
2.11.2005	<p>Astropolis-Rechnung an „PORR Holding AG, Generaldirektor Horst Pöchhaker“ über € 25.000,- für „Beratungsleistungen ‚Ungarische Autobahnen‘ in den Monaten August 05 bis Oktober 05“.</p> <p>[Anmerkung: diese Rechnung dürfte mit der BUWOG-Provision nichts zu tun haben, laut HOCHEGGERS Einvernahme vom 28.10.2011 geht es hier um die Regenjacken für den BZÖ</p>	<p>B2,BMI,F7,5.L.a, 97.T;</p> <p>BV Hohegger:</p> <p>BT2,BMJ,F05,4.L-a,205.T</p>

Anhang A

A.2.4 BUWOG – BUWOG - Provisionszahlungen

	Wahlkampf]	
6.12.2005	Überweisung von € 750.000 von ASTROPOLIS auf Konto Nr 305110 der OMEGA International LLC MIT Sitz in Delaware bei der HYPO INVESTMENT BANK AG in Liechtenstein.	BT2,BMF,17.L-a,17.T,S.228
6.12.2005	Eröffnung des Kontos „Natalie“ in Liechtenstein durch MEISCHBERGER	BT2,BMF,F20,17.L-a,17.T,S.232
27.12.2005	<p>3 Rechnungen der CPB Corporate Finance Consulting GmbH über insg. EUR 3,341.406,-</p> <p>1) Rechnung der CPB Corporate Finance Consulting GmbH an IMMOEAST Immobilien Anlagen AG über EUR 2,400.000,- <i>„Vereinbarungsgemäß verrechnen wir Ihnen für die erfolgte Vermittlung der Anteile an Silesia City Center im Dezember 2005, eine Provision in Höhe von 1% der Gesamtinvestitionskosten von EUR 240.000.000,00 d.s.: EUR 2.400.000,00 Steuerbefreit gemäß § 6 Ziffer 1 Abs.8 lit.g UStG.“</i></p> <p>2) Rechnung an IMMOEAST Beteiligungs GmbH über EUR 405.000,- <i>„Vereinbarungsgemäß verrechnen wir Ihnen für die erfolgte Vermittlung der Anteile an IO-1 im Geschäftsjahr 2005, eine Provision in Höhe von 1% der Gesamtinvestitionskosten von EUR 40.500.000,00, d.s.: EUR 405.000,00 Steuerbefreit gemäß § 6 Ziffer 1 Abs.8 lit.g UStG.“</i></p> <p>3) Rechnung an Stop.Shop Holding GmbH über EUR 536.406,- <i>„Vereinbarungsgemäß verrechnen wir Ihnen für die erfolgte Vermittlung der Anteile an Stop.Shop (Phase II) im Zeitraum Oktober bis November 2005, eine Provision in Höhe von 1% der Gesamtinvestitionskosten von EUR 53.640.600,00, d.s.: EUR 536.406,00 Steuerbefreit gemäß § 6 Ziffer 1 Abs.8 lit.g UStG.“</i></p>	B2,BMI,F7,5.L-a,138.T,S.18-20
25.1.2006	<p>Bareinzahlung auf Konten in Liechtenstein:</p> <p>„Karin“: € 237.481</p> <p>„Natalie“: € 207.500</p> <p>„Walter“: € 237.500</p>	BT2,BMF,F20,17.L-a,17.T,S.229
26.1.2006	Astropolis-Rechnung an CPB Corporate Finance Consulting GmbH	BT2,BMJ,F02,2.L

Anhang A

A.2.4 BUWOG – BUWOG - Provisionszahlungen

	<p>über € 1,366.562,-</p> <p><i>„Für die Vermittlung der Anteile an</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Stop Shop Phase II - IO -1 Office Building - Silesia City Center <p><i>Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung: € 1.366.562,- in Worten: Eine Million dreihundertsechsdreißigtausend fünfhundertzweiundsechzig“</i></p> <p>[Anmerkung: Differenz von EUR 30.000,- zwischen der Rechnungssumme in Worten und jener in Ziffern im Original]</p>	-a,1028.T,S.113
27.1.2006	<p>Überweisung je € 107.563,43 von Konto „Natalie“ und „Karin“ an Guido BÜNDGENS, Verwendungszweck „Kaufpreis Boot Pershing 37“</p> <p>PLECH und MEISCHBERGER halten ein derartiges Boot zu gleichen Teilen, wie sich laut StA aus den Unterlagen von PLECH ergibt.</p>	BT2,BMF,F20,17 .L-a,17.T,S.230
21.3.2006	Überweisung ASTROPOLIS an OMEGA: € 1.088.000	BT2,BMF,17.L- a,17.T,S.228
23.3.2006	<p>Bareinzahlung auf Konten in Liechtenstein:</p> <p>„Karin“: € 344.500</p> <p>„Natalie“: € 61.000</p> <p>„Walter“: € 344.500</p>	BT2,BMF,F20,17 .L-a,17.T,S.229
2.5.2006	Überweisung von € 200.000 vom Konto „Karin“ nach Australien an die Sirenia Beach Invest Pty, deren Eigentümer und Geschäftsführer sind Karina und Ernst PLECH	BT2,BMF,F20,17 .L-a,17.T,S.230
17.8.2006	<p>Mail von THORNTON an HOCHEGGER, in dem er ihm den Rechnungstext für die Rechnung TriGranit Holding Limited über 1,560.000,- vorgibt.</p> <p><i>„Sehr geehrter Herr Dr. Hochegger,</i></p> <p><i>anbei nochmals der Textentwurf für die Honorarnote:</i></p> <p><i>„Für die Vermittlung der Anteile an der TriGranit Holding Limited stellen wir Ihnen das vereinbarte Honorar in Höhe von EUR 1.560.000,- in Rechnung.““</i></p> <p>[Anmerkung: Am 29. November 2006 gibt es eine weitere Mail von THORNTON fast identischen Inhalts für eine Rechnung über EUR 2,4 Mio.]</p>	B2,BMI,F7,5.L- a,138.T,S.31

Anhang A

A.2.4 BUWOG – BUWOG - Provisionszahlungen

	<p>Mit gleichen Tag datiert ist die dazugehörige Astropolis-Rechnung.</p> <p><i>„Nicosia, 17.8.2006</i></p> <p><i>Rechnung 170806</i></p> <p><i>Für die Vermittlung der Anteile an der</i></p> <p><i>- TriGranit Holding Limited</i></p> <p><i>Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung: € 1.560.000,- in Worten: Eine Million fünfhundertsechzigtausend“</i></p>	
15.9.2006	Überweisung ASTROPOLIS an OMEGA: € 1.240.000	BT2,BMF,17.L-a,17.T,S.228
20.9.2006	<p>Bareinzahlung auf Konten in Liechtenstein:</p> <p>„Karin“: € 392.865</p> <p>„Natalie“: € 392.645</p> <p>„Walter“: € 392.645</p>	BT2,BMF,F20,17.L-a,17.T,S.229
29.11.2006	<p>Mail von THORNTON an HOCHEGGER, in dem er ihm den Rechnungstext für die Rechnung TriGranit Holding Limited über 2,400.000,- vorgibt.</p> <p><i>„Sehr geehrter Herr Dr. Hochegger,</i></p> <p><i>anbei finden Sie den Textentwurf für die Honorarnote:</i></p> <p><i>„Für die Vermittlung des Erwerbes der Anteile an der TriGranit Holding Limited stellen wir Ihnen das vereinbarte Honorar in Höhe von EUR 2.400.000,- in Rechnung.“</i></p> <p><i>Rechnungsadressat ist die CPB Corporate Finance Consulting GmbH, Rechnungsdatum Dezember 2006“</i></p> <p>[Anmerkung: siehe auch 17.8.2006]</p>	B2,BMI,F7,5.L-a,138.T,S.32
1.12.2006	<p>Rechnung der Astropolis an CPB CFC mit dem von THORNTON übermittelten Vertragstext, allerdings ist der Rechnungsbetrag mit € 2.460.000 angesetzt, also um € 60.000 mehr als vorgegeben.</p> <p><i>„Rechnung 11206</i></p> <p><i>Für die Vermittlung des Erwerbes der Anteile an der</i></p> <p><i>- TriGranit Holding Limited</i></p> <p><i>Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:€ 2.460.000.- in Worten: Zwei Millionen vierhunderttausend“</i></p> <p>[Anmerkung: Differenz von EUR 60.000 zwischen Rechnungssumme in Worten und jener in Ziffern im Original]</p>	BT2,BMJ,F2,2.L-a,1028.T,S.119

Anhang A

A.2.4 BUWOG – BUWOG - Provisionszahlungen

28.12.2006	Überweisung ASTROPOLIS an OMEGA: € 1.840.000	BT2,BMF,F20,17 .L-a,17.T,S.228
29.12.2006	Bareinzahlung auf Konten in Liechtenstein: „Karin“: € 582.651 „Natalie“: € 582.651 „Walter“: € 582.651	BT2,BMF,F20,17 .L-a,17.T,S.229
23.2.2007	Astropolis-Rechnung an „PORR Solutions Immobilien- und Infrastrukturprojekte GmbH“ über € 200.000,- für „die betreffend Rumänien vereinbarten Leistungen“. [Anmerkung: dabei dürfte es sich um die Provision für den Terminal Tower Linz handeln – siehe Chronologie Terminal Tower]	B2,BMI,F7,5.L.a, 98.T
12.7.2007	Mail von HOCHEGGER an Christian THORNTON, in dem er sich über ausbleibendes Geld beschwert. „Die Geschäftspartner“ würden drängen. <i>„lieber herr thornton die geschäftspartner drängen auf ein feed back wann die letzte teilzahlung erfolgt. nach meinen aufzeichnungen wurden von der summe 9.661.000.- bereits 6.151.000.- in den jahren 04 bis 06 abgeschichtet sodaß noch ein offener betrag von 3.510.000,- verbleibt. am jahresbeginn haben sie in aussicht gestellt daß dieser betrag bis zur mitte des jahres beglichen werden kann.“</i>	B2,BMI,F7,5.L-a, 138.T,S.26
23.10.2007	Rechnung der Astropolis an CPB Corporate Finance Consulting GmbH <i>„Rechnung Für die Vermittlung des Erwerbes der Anteile an der - Adama Holding Public Ltd. Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:€ 3.510.000.- in Worten: dreimillionenfünfhundertzehntausend Euro“ Im Akt liegt uns nur ein undatierter Entwurf vor („Draft“), aus den ebenfalls vorliegenden Buchungen ergibt sich aber das Rechnungsdatum 23.10.2007.</i>	BT2,BMJ,F2,2.L-a, 1028.T,S.121; BT2,BMI,F7,5.L-a, 138.T,S.4
2.11.2007	Überweisung ASTROPOLIS an OMEGA: € 2.808.000 [Anmerkung: der in Zypern verbliebene Rest von € 2.186.812 gehört somit HOCHEGGER]	BT2,BMF,F20,17 .L-a,17.T,S.228

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

9.11.2007	Bareinzahlung auf Konten in Liechtenstein: „Karin“: € 889.185 „Natalie“: € 889.185 „Walter“: € 889.185	BT2,BMF,F20,17 .L-a,17.T,S.229
13.10.2008	Überweisung von € 300.000 vom Konto „Karin“ nach Australien an die „Sirenia Beach Invest Pty“ der PLECHS	BT2,BMF,F20,17 .L-a,17.T,S.230
September 2009	Selbstanzeigen von MEISCHBERGER und HOCHEGGER	BT2,BMJ,F05,4.L -a,54.T,S.81; BT2,BMJ,F05,4.L -a,54.T,S.86

A.2.5. Justiztowers

Datum	Beschreibung	Quelle
Ende der 90er	Planung und kontroverielle öffentliche Diskussion des Projekts Wien Mitte Verbauung, ua. Sollen vier Hochhäuser gebaut werden. Bürgerinitiativen und UNESCO kritisieren das Projekt scharf.	
1997	Aus einem Folder der PORR bei Fertigstellung: <i>„Nach langjähriger Projektentwicklung für das Gesamtprojekt Wien Mitte hat sich im Jahr 1997 der PORR-Konzern entschlossen, die Projektentwicklung für den Teilbereich Marxerbrücke separat fortzusetzen. Das Projekt wurde aus der ARGE Wien Mitte herausgelöst und als City Tower Vienna weiterentwickelt und umgesetzt.“</i>	BT2,BMJ,F6,14. L-a-a,32.T,S.11
Sommer 1999	In einer Standortsuche für das LG f Zivilrechtssachen Wien nennt DI GRÄSEL dem BMJ auch das Projekt des geplanten City Tower als eine Möglichkeit	BT2,BMF,F15,6. L-a,1.T,S.12
4. 5. 2000	Gemeinderat beschließt Änderung des Flächenwidmungsplans 7255.	BT2,BMJ,F6,1.L- a,46.T,S.32
28.8.2000	Ansuchen um Baubewilligung durch die Fa. „SIDA Beteiligungsverwaltungs GmbH“ als Bauwerber, obwohl zu diesem Zeitpunkt die ÖBB noch Grundeigentümer waren (siehe Kontrollamtsbericht)	BT2,BMJ,F6,14. L-a,79.T,S.60
27.9.2000	Bauverhandlung	Kontrollamtsbe- richt KA-K-

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

		6/03 ¹⁷⁰
5.10.2000	Gutachten MA 19: keine Einwände	Kontrollamtsbericht KA-K-6/03
14.12.2000	Bauausschuss der Bezirksvertretung bewilligt Abweichung von der BauO	BT2,BMJ,F6,14. L-a,79.T,S.21 und 84
26.3.2001 27.3.2001	Kaufvertrag von City Tower Vienna Errichtungs- und Vermietungs GmbH mit ÖBB Tauschvertrag von City Tower Vienna Errichtungs- und Vermietungs GmbH mit BIG Weiters Erwerb von 9m ² aus öffentlichem Gut	BT2,BMJ,F6,14. L-a,79.T,S.154
14.5.2001	Schreiben BMF (gez. HILLINGRATHNER) an BMJ: Stellungnahme zu Mietvertragsentwurf Projekt Rennweg: <i>„Aus budgetärer Sicht ist zu bemerken, dass mit dem Abschluss des Mietvertrages in Zeiten äußerst knapper Budgetmittel eine weitere Dauerschuld eingegangen würde, die den finanziellen Spielraum im allgemeinen Bundeshaushalt sowie im Budget des BMJ weiter einengt.</i> <i>Dem Hinweis, die Mehrausgaben aus Mehreinnahmen bedecken zu wollen ist der Gesamtbedeckungsgrundsatz entgegen zu halten, wonach sämtliche Bundeseinnahmen zur Bedeckung sämtlicher Ausgaben heranzuziehen sind. Allfällige Mehreinnahmen etwa aus dem indexmäßig bedingten Anstieg der Streitwerte und damit der Gerichtsgebühren können sohin nicht automatisch zur Bedeckung von zusätzlichen Justizausgaben herangezogen werden.</i> <i>Im Lichte der obigen Ausführungen wird das BMJ daher ersucht, vom gegenständlichen Projekt Abstand zu nehmen, es sei denn, dass andere zwingende, im Anschreiben nicht genannte Gründe diese finanzielle Mehrbelastung und somit das Vorhaben rechtfertigen.“</i> [Anmerkung: Hier ging es um ein anderes Projekt, nämlich die ursprüngliche geplante Ausgliederung eines eigenen BG Landstraße für den 3. und 11. Bezirk aus dem BG Innere Stadt, und	BT2,BMJ,F6,14. L-a,49.T,S.11

¹⁷⁰ Online abrufbar unter <http://www.kontrollamt.wien.at/berichte/2004/lang/3-20-KA-VI-K-6-3.pdf> [Zugriff: 7.11.2012]

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	die Ansiedlung dieses neuen Gerichts im Bereich der Schnellbahnstation Rennweg. Dieses Projekt wurde letztlich nicht umgesetzt, insb. auch im Hinblick auf den Justiztowers. Bemerkenswert erscheint in diesem Schreiben, dass die Finanzierung der Mehrkosten aus Mehreinnahmen durch das BMF abgelehnt wird – während diese Vorgehensweise dann später beim Justiztowers sehr wohl genehmigt wird.]	
23.5.2001	Bescheid BMVIT zu GZ 825.071/23-II/C/12/01: Eisenbahnrechtliche Baugenehmigung	BT2,BMJ,F6,14.L,a,79.T,S. 255
1.6.2001	Alleinvermittlungsauftrag zwischen PLECH und PORR ImmoProjekt GmbH für das in 1030 Wien, Marxerbrücke, zu errichtende Gebäude genannt City Tower (von PORR gegengezeichnet am 6.6.2001)	BT2,BMI,F7,5.L-a,259.T,S.233
11.6.2001	Honorarvereinbarung zwischen PLECH und MEISCHBERGER, wonach MEISCHBERGER bei Zustandekommen eines Mietvertrages mit dem BMJ 50% des eingehenden Honorars erhält (von MEISCHBERGER gegengezeichnet am 14.6.2001, Eingangsstempel 17.6.2001 Bemerkenswert: Die Abschlusszeile lautet <i>„Ich würde mich freuen, wenn es uns gelänge, diesen Geschäftsfall nach längerer Zeit gemeinsam einer positiven Erledigung zuführen zu können.“</i> In den bei MEISCHBERGER vorgenommenen Sicherstellungen findet sich eine Variante dieser Vereinbarung, auf der das Datum „14.6.2001“ sowie der Eingangsstempel fehlen. Unmittelbar im Anschluss daran findet sich ein Fax-Sendebericht vom 10.3.2003 vom Seitenblicke Verlag an die Nummer von PLECH. Es ist aber nicht erkennbar, ob dieser Sendebrief mit der Vereinbarung in Zusammenhang steht.	BT2,BMI,F7,5.L-a,501.T,S.18; BT2,BMI,F7,5.L-a,261.T,S.12; BMI,F10,4.L-a,8.T,S.25
15.6.2001	Baubewilligung durch die MA 35	BT2,BMJ,F6,14.L-a,79.T,S.61
16.6.2001	Baubeginnanzeige durch die PORR Projekt und Hochbau AG	BT2,BMJ,F6,14.L-a,79.T,S.74
19.6.2001	Anbot von PLECH an BÖHMDORFER zur Miete / Kauf / Pacht des City Towers; für den Fall des Zustandekommens wird eine Provision in Höhe von 3 Bruttomonatsmieten gefordert. Gezeichnet von Valentino DONAU	BT2,BMI,F7,5.L-a,448.T,S.66

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztower

3.7.2001	Das gleiche Anbot wird auch an SC Dr. FELLNER gerichtet. Lt. Tätigkeitsprotokoll von PLECH: an diesem Tag auch Präsentation bei FELLNER	BT2,BMI,F7,5.L-a,448.T,S.68
24.7.2001	Antrag beim FB auf Eintragung von PLECH als Aufsichtsratsmitglied der BIG	BT2,BMI,F11,8.L-a,308.T,S.7
7.8.2001	Lt. PLECH Tätigkeitsprotokoll: Präsentation bei BÖHMDORFER	BT2,BMJ,F6,14.L-a,9.T,S.4
13.8.2001	Schreiben der PORR Imoprojekt GmbH an BMJ mit Mietanbot, monatlicher Nettomietzins von ATS 4.620.000 bei 20-jähriger Mietdauer	BT2,BMI,F7,5.L-a,446.T,S.71
28.8.2001	Schreiben BÖHMDORFER an RichterInnen: <i>„Überlegenswert wäre, die derzeit im Gebäude Riemergasse 4/ Riemergasse 7 untergebrachten Gerichte (BG Innere Stadt, BG für Handelssachen Wien, Handelsgericht Wien) in diesem Gebäude unterzubringen. Das Gebäude stünde damit zur Gänze der Justiz zur Verfügung.“</i> Einladung zu Präsentation der Fa. PORR am 31.8.	BT2,BMJ,F6,14.L-a,1.T,S.39
31.8.2001	Präsentation vor Justizvertretern, Belegschaftsvertretern usw. im Haus der PORR in 1110 Wien, Laaerbergstraße	BT2,BMJ,F6,14.L-a,1.T,S.40
4.9.2001 (?)	Aktenvermerk über eine Vereinbarung zwischen PETRIKOVICS und HUBER: Unter Punkt 4. Wird vereinbart, dass im Falle einer Anmietung durch BMF, BMJ oder KPMG die Immofinanz an PORR 3 Bruttomonatsmieten Provision bezahlen muss. Im Übrigen wird auf eine – dem Untersuchungsausschuss nicht vorliegende – Vereinbarung vom 2.8.2001 verwiesen.	BT2,BMJ,F6,14.L-a,52.T,S.1
5.9.2001	Besprechung beim Präsidenten des HG Wien, HR Dr. TRAXLER. Weitere Teilnehmer: VdBG 1 KROMMER, VdBGHS SCHMIDT, GERM und MORIN. Ergebnis: Erstellung eines Raum- und Funktionsprogramms bis 11.9.2001	BT2,BMJ,F6,14.L-a,1.T,S.2
5.9.2001	Schreiben BMJ/GERM an PORR/HUBER: <i>„Das Bundesministerium für Justiz wird bis 12. September 2001 der Firma PORR ein Raum- und Funktionsprogramm für die im „City Tower“ unterzubringenden Dienststellen zur Verfügung stellen. Die Firma PORR wird prüfen, ob dieses Raum- und Funktionsprogramm dort erfüllt werden kann und das Ergebnis dem Bundesministerium</i>	BT2,BMJ,F6,14.L-a,1.T,S.12

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	für Justiz bis Ende September 2001 mitteilen. Die bei der Prüfung durch Beiziehung eines Ziviltechnikers entstehenden Ausgaben werden der Firma PORR von Bundesministerium für Justiz mit 50% bis zu einem vom Bundesministerium für Justiz zu tragenden Höchstbetrag von 100.000—S ersetzt, falls ein Mietvertrag zwischen der Firma PORR und dem Bundesministerium für Justiz nicht zu Stande kommt.“	
5.9.2001	Lt. PLECH Tätigkeitsprotokoll: Besprechung mit BÖHMDORFER und FELLNER	BT2,BMJ,F6,14. L-a,9.T,S.4
11.9.2001	Raum- und Funktionsprogramm liegt vor	BT2,BMJ,F6,14. L-a,1.T,S.14
12.9.2001	Schreiben GERM an PORR/HUBER: Übermittlung Raum- und Funktionsprogramm	BT2,BMJ,F6,14. L-a,1.T,S.24
14.9.2001	Fax BMJ an DI Wolfgang GRÄSEL: Übermittlung Schreiben an PORR sowie Raum- und Funktionsprogramm [Anmerkung: es wurde also offensichtlich GRÄSEL im Sinne des Schreibens vom 5.9.2001 beauftragt.]	BT2,BMJ,F6,14. L-a,1.T,S.28
26.9.2001	Schreiben LÖSCH /CPB an PORR/HUBER: <i>„bezugnehmend auf das heute stattfindende Gespräch bei BM Hr Dr. BÖHMDORFER möchten wir festhalten, dass am heutigen Tag von Ihnen erstmalig das Anbot an das Bundesministerium für Justiz vom 13.8.2001 an das Büro von Hr. Dr. Petrikovics übersandt wurde. Wir wurden auf Ihren Wunsch nie direkt in die Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Justiz involviert. Die von Ihnen an Hr. Mag. LÖSCH am 25.9.2001 abends erteilten Informationen bezogen sich ausschließlich auf die weiteren Abläufe innerhalb des Bundesministeriums für Justiz und nicht auf wirtschaftliche Details. Das heutige Gespräch mit BM Hr. Dr. BÖHMDORFER kann daher niemals über Inhalte der derzeitigen Verhandlungen zwischen Ihnen und dem Bundesministerium für Justiz geführt werden, sondern nur als Information dienen, dass ein Eigentümerwechsel stattfinden wird.“</i>	BT2,BMI,F10,4. L-a,6.T,S.22
26.9.2001	Besprechung BÖHMDORFER, PIRCHER, GERM mit HUBER, PETRIKOVICS, PLECH: Information des BMJ über Einstieg der Immofinanz als Investor. Wichtig ist Aktenvermerk von GERM dazu vom 3.10.2001: „Im Anschluss an die Besprechung beim Herrn Bundesminister wollte der Gefertigte mit KR PLECH die Frage einer allfälligen Vermittlungsprovision erörtern; dies unter Bedachtnahme auf	BT2,BMJ,F6,14. L-a,86.T,S.1 und 2

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztower

	<p>dessen augenscheinliche Vermittlungsbemühungen und dem Umstand, dass das Projekt dem Bundesministerium für Justiz durch die Objektsuche von Dipl. Ing. GRÄSEL bereits seit längerem bekannt ist. KR PLECH teilte dem Gefertigten mit, dass er bereits eine Provisionsvereinbarung mit Herrn Bundesminister BÖHMDORFER in Anwesenheit von SC Dr. FELLNER getroffen habe.</p> <p>Zur aktenmäßigen Dokumentation darf die Präsidialsektion um Mitteilung des Inhaltes dieser Vereinbarung ersucht werden.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Dipl. Ing. GRÄSEL derzeit keinen Auftrag des Justizressorts in Zusammenhang mit dem Projekt Vienna City Tower hat. Zur Vermeidung des Entstehens eines konkludenten Vertragsverhältnisses werden dessen Dienste von der Abt III.2. auch nicht in Anspruch genommen.“</p> <p>Daraufhin bringt am 5.11.2001 SC FELLNER handschriftlich am Aktendeckel des Aktes folgenden Vermerk an:</p> <p>„[...unleserlich] Provision: 2 Monatsmieten, wenn der MV zustande kommt, ohne dass das BMJ höhere Mietzinsbeträge aufwenden muss als bisher (Riemergasse 7 + Rennweg)</p> <p>1,5 Monatsmieten wenn der MV an sich (zu welcher Miete auch immer) zustande kommt“</p>	
26.9.2001	Im Kalender von PETRIKOVICS ist am 26.9.2001 eingetragen: 13:30, BÖHMDORFER, KALLINGER, PÖCHHACKER	BT2,BMI,F7,5.L-a,261.T,S.7
27.9.2001	City Tower Vienna Errichtungs- und Vermietungs GmbH schließt mit PORR ImmoProjekt GmbH Generalunternehmervertrag über die Planung und schlüsselfertige Herstellung des City Tower zu einem vereinbarten Fix- und Festpreis.	BT2,BMJ,F6,14.L-a,79.T,S.155
4.10.2001	FB Antrag: Verkauf der City Tower Firmen an die Immofinanz-Gruppe	BT2,BMJ,F6,14.L-a,79.T,S.155
8.10.2001	Lt. PLECH Tätigkeitsprotokoll: Projektpräsentation Richter, Kanzleiangestellte, Betriebsrat	BT2,BMJ,F6,14.L-a,9.T,S.4
16.10.2001	<p>Gutachten von ZT DI Wolfgang GRÄSEL über das Projekt und die Eignung für das Gericht (positiv)</p> <p>Bemerkenswert auf S. 1:</p> <p>„Anmerkung: In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass dieses Projekt bereits im Schlussbericht des Sachverständigen vom</p>	BT2,BMF,F15,6.L-a,1.T,S.12

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	<p>November 1999 positiv beurteilt wurde (Zusammenfassung siehe Anlage 1)“</p> <p>[Die erwähnte Anlage 1 liegt dem Untersuchungsausschuss nicht vor, obwohl sich dieses Gutachten mehrfach in den Akten findet]</p>	
16.10.2001	Bau- und Ausstattungsbeschreibung City Tower Vienna – Justizzentrum Wien	BT2,BMJ,F6,14. L-a,46.T,S.66
18.10.2001	Mietanbot der PORR ImmoProjekt GmbH an BMJ mit Nettomietzins von ATS 4.350.000 bzw gesamt mit Archiv und Garagen ATS 4.854.840 Geht in Durchschrift auch an PLECH	BT2,BMJ,F6,14. L-a,51.T,S.40
22.10.2001	PLECH empfiehlt in Telefonat mit BMJ, die BIG zur Frage der Höhe des vorstellbaren Beitrages zu Übersiedlung und Ersatzobjekt zu befragen	BT2,BMJ,F6,14. L,a,26.T,S.4
24.10.2001	Schreiben des BMJ GERM an BMF: Erstinformation über das Vorhaben; Begründung wegen Raumnot in der Riemergasse; es besteht jetzt die „einmalige Gelegenheit“ die Gerichte im City Tower unterzubringen. Im Vergleich zu Riemergasse + Rennweg entstehe ein um 13,3 Mio ATS höherer Nettomietzins jährlich. [Anmerkung: auch in weiterer Folge erfolgt immer der Vergleich unter Einbeziehung Rennweg, obwohl ja lt. Schreiben vom 14.5.2001 sich das BMF gegen diese ausgesprochen hat – siehe oben]	BT2,BMF,F15,6. L-a,1.T,S.9
24.10.2001	Schreiben BMJ an PORR: Ersuchen um Bekanntgabe Betriebskosten	BT2,BMJ,F6,14. L-a,26.T,S.39
24.10.2001	Schreiben BMJ an BIG wie von PLECH vorgeschlagen, geht auch in Fax zur Info an PLECH	BT2,BMJ,F6,14. L-a,26.T,S.41
30.10.2001	Besprechung: BÖHMDORFER, FELLNER, KR Franz SCHWARZ + Sohn. SCHWARZ soll als Gutachter Angemessenheit des Preis-Leistungs-Verhältnisses prüfen.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,36.T,S.2
31.10.2001	PORR übermittelt an BMJ/FELLNER Betriebskostenübersicht	BT2,BMJ,F6,14. L-a,36.T,S.5

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

13.11.2001	Aufsichtsratssitzung der Immofinanz, ua. auch zu Projekt City Tower	BT2,BMJ,F10,4. L-a,2.T,S.84
16.11.2001	SCHWARZ übermittelt sein Schätzungs-Gutachten an das BMJ. Fazit: Mietzins von ATS 4.854.840 p.a. ist angemessen	BT2,BMJ,F6,14. L-a,46.T,S.8
20.11.2001	PORR übermittelt „über Auftrag der Immofinanz“ Entwurf für Mietvertrag an BMJ/FELLNER	BT2,BMJ,F6,14. L-a,51.T,S.12
23.11.2001	GERM ersucht SCHWARZ um Ergänzung bzw Klarstellung seines Gutachtens, inwiefern Unterschiede zwischen Büro- und Gangflächen berücksichtigt sind.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,46.T,S.5
26.11.2001	Schreiben des BMF an BMJ: vorsichtige positive Rückmeldung, allerdings: <i>„Doch sollten die Budgetkonsolidierungsbestrebungen nicht durch neue, im Vergleich zur derzeitigen Situation wesentlich teurere Projekte konterkariert werden. Ausgehend von den Angaben in der Note, würde im Vergleich zum Ist-Stand eine jährliche budgetäre Mehrbelastung von rund ATS 21,6 Mio netto ohne Ust und Betriebskosten eintreten.</i> <i>Ein neues Projekt erscheint daher nur unter der Voraussetzung akzeptabel, dass der Aufwand sich im wesentlichen im derzeitigen finanziellen Rahmen bewegt, wobei eine Ausweitung der Fläche entsprechend berücksichtigt werden könnte.“</i>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,49.T,S.9
27.11.2001	PORR nominiert Teilnehmer für „Unterausschüsse“	BT2,BMJ,F6,14. L-a,53.T,S.2
30.11.2001	BMJ beauftragt Präsidenten des OLG Wien mit der Führung von Vertragsverhandlungen	BT2,BMJ,F6,14. L-a,51.T,S.1,S 34
4.12.2001	1. Sitzung Arbeitsgruppe „Mietvertrag“	BT2,BMJ,F6,14. L-a,53.T,S.5
5.12.2001	Schreiben GERM an PORR mit Nachfragen und Ersuchen um Aufschlüsselungen	BT2,BMJ,F6,14. L-a,61.T,S.7
6.12.2001	Schreiben BMF / HILLINGRATHNER an BMJ mit Stellungnahme zu Mietvertragsentwurf	BT2,BMJ,F6,14. L-a,59.T,S.3
8.12.2001	Schreiben GöD – Klaus SCHRÖDER mit Ersuchen um Einbindung	BT2,BMJ,F6,14. L-a,65.T,S.64
10.12.2001	Besprechung bei BÖHMDORFER: Gegenstand ist Kostenvergleich Riemergasse – City Tower. Die Aufstellung wird auf Ersuchen von BÖHMDORFER auch an PLECH gefaxt.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,61.T,S.2, S7

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	Weiters: GRÄSEL biete an, Betriebskostenvergleiche weiter zu bearbeiten.	
10.12.2001	Schreiben BMJ (ZIBRAL) an BMF: Stellungnahme zu Schreiben vom 26.11.2001	BT2,BMJ,F6,14. L-a,49.T,S.13
10.12.2001	Gleichzeitig: „persönliches Schreiben“ BÖHMDORFER an GRASSER: Ersuchen um Zustimmung	BT2,BMJ,F6,14. L-a,49.T,S.7
12.12.2001	1. Sitzung Arbeitsgruppe „Bau und Ausstattungsbeschreibung“	BT2,BMJ,F6,14. L-a,53.T,S.5
13.12.2001	MORIN mailt Kopie von Schreiben an PORR an GRÄSEL	BT2,BMJ,F6,14. L-a,61.T,S.9
17.12.2001	AV von GERM: <i>„In einer Besprechung bei Hr. BM Dr. BÖHMDORFER am 17. Dezember 2001 wurde unter anderem entschieden, dass RA Dr. Johannes PATZAK die Vertragsverhandlungen für die Justiz mit den Rechtsvertretern der Fa. Immofinanz mit dem Ziel führen soll, ehestmöglich einen Vertragsentwurf zu erstellen. [...] RA Dr. PATZAK wurden bereits vor der Sitzung am 17. Dezember 2001 der Mietvertragsentwurf der Fa. Immofinanz (vgl. VZ 36/01), eine Ausfertigung des Erlasses vom 30.11.2001 und ein Protokoll der Vertragsverhandlungen vom 4. Dezember 2001 gefaxt.“</i> [Anmerkung: Johannes PATZAK ist jener Rechtsanwalt, der lt eigener Aussage seit „25 Jahren“ PLECH als Mandanten betreut, und den PLECH an MEISCHBERGER und dieser an HOCHEGGER im Zusammenhang mit der Vereinbarung VALORA – Immofinanz empfohlen hat.]	BT2,BMJ,F6,14. L-a,59.T,S.2
19.12.2001	Schreiben von PATZAK an GERM, mit dem ein von ihm verfasster neuer Mietvertragsentwurf vorgelegt wird.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,63.T,S.5
19.12.2001	Schreiben GÖD – Betriebsausschuss an BÖHMDORFER: Richter haben sich fast einhellig gegen eine Übersiedlung ausgesprochen	BT2,BMJ,F6,14. L-a,65.T,S.109
21.12.2001	Schreiben GERM an PATZAK. Erörtert wird das Problem, dass noch keine Baupläne existieren, die das Raum- und Funktionsprogramm enthalten, und wie das im Mietvertrag zu behandeln ist.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,63.T,S.4
21.12.2001	Stellungnahme der Abt I.7 im BMJ zum Mietvertragsentwurf (gez. STABENTHEINER)	BT2,BMJ,F6,14. L-a,65.T,S.116
27.12.2001	Schreiben PATZAK an GERM: <i>„Wie eben mit dem Herrn Bundesminister für Justiz fernmündlich</i>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,65.T,S.110

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	<i>besprochen, übermittle ich Ihnen eine Auflistung über die noch zu klärenden Punkte des Mietvertrages.“</i>	
28.12.2001	Sitzung im BMJ; Teilnehmer ua: BÖHMDORFER, OLG Präs RAMOSER, FELLNER, GERM, PATZAK, DONAU (von PLECH & PLECH), HUBER, LÖSCH, GRUBER, NEMETSCHKE. Gegenstand: MietV-Entwurf von PATZAK; BÖHMDORFER kritisiert auch „nichtkooperative Haltung des Betriebsausschusses“	BT2,BMJ,F6,14. L-a,65.T,S.1
	2002	
16.1.2002	EU Kommission richtet Schreiben an österreichischen Botschafter und BKA, in dem auf Beschwerde zum Projekt City Tower eingegangen wird. EU-Kommission geht dabei davon aus, dass ein öffentlicher Bauauftrag vorliegt, und dass ohne Ausschreibung vergeben worden ist, was rechtswidrig wäre. Österreich wird um Stellungnahme und Beantwortung von Fragen ersucht. Releviert wird insbesondere ein angeblicher Verkauf des Grundstückes an die Immofinanz im Herbst 2001.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,27.T,S.27
17.1.2001	Persönliches Schreiben BÖHMDORFER an GRASSER mit Ersuchen um Zustimmung zum MietV.	BT2,BMF,F15,6. L-a,11.T,S.19
18.1.2002	Stellungnahme des BMJ zum EU-Verfahren: die Vorwürfe sind nicht richtig, MietV ist noch nicht abgeschlossen; es liegt kein öffentlicher Bauauftrag vor sondern die Einmietung in ein von einem privaten Bauherren errichtetes Gebäude.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,27.T,S.16
18.1.2002	Ersuchen um Zustimmung zu Mietvertrag durch BMJ (GERM)an BMF	BT2,BMF,F15,6. L-a,11.T,S.17
21.1.2002	Ablehnende Stellungnahme des BMWA zur Wirtschaftlichkeit des Projekts: keine Notwendigkeit der Aufgabe der Riemergasse, Eigentum günstiger als Miete, Mietkosten höher als beim letzten Projekt, detto BK, auch CO2 schlechter.	BT2,BMF,F15,6. L-a,11.T,S.9
23.1.2002	2. Sitzung des Bauausschusses. Bemerkenswert: auf S.5 des Protokolls nimmt GERM auf das EU-Verfahren Bezug und führt aus: <i>„Aus Sicht des BMJ/Abt III 2 ist ein Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht auszuschließen. Zum Zeitpunkt der ersten Kontaktaufnahme durch das BMJ mit dem Errichter des City Tower Vienna lag die Baubewilligung bereits vor (Bescheid vom Dezember 2000) und könne daher nicht einmal der Anschein der</i>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,42.T,S.10

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	<p><i>beabsichtigten Umgehung von Vergabevorschriften durch Verschiebung eines bundesfremden Errichters bestehen.“</i></p> <p>[Anmerkung: Spannend ist, dass von einer Kontaktaufnahme „durch das BMJ“ gesprochen wird; weiters ist das Datum Dezember 2000 unrichtig, die Baubewilligung stammt tatsächlich erst vom 15.6.2001.]</p>	
23.1.2002	Anweisung des Honorars von SCHWARZ durch GERM (€ 12.645,07)	BT2,BMJ,F6,14. L-a,40.T,S.1ff
24.1.2002	E-Mail im BMF: HOFER an TRATTNER: <i>„Ich hoffe du hast die Info von mir an den HBMF, wo dieser einen Vermerk draufgeschrieben hat, wir sollen das BMJ auffordern einen entsprechenden Antrag zu stellen. Der HBMF ist jedenfalls zur übersiedlung in den bürokomplex wien mitte positiv eingestellt. Bitte betreib das entsprechend.“</i>	BT2,BMF,F15,6. L-a,11.T,S.5
28.1.2002	Stellungnahme des BMJ zur negativen Stellungnahme des BMWA, gerichtet an BMF	BT2,BMF,F15,6. L-a,20.T,S.3
29.1.2001	BMF Schreiben RESEL an Büro HBM: Aktueller Stand der Mietvertragsverhandlungen. Monatlicher Mehraufwand von 3 Mio. ATS (ohne Berücksichtigung Rennweg) bzw. 1,7 Mio. ATS (mit Rennweg)	BT2,BMF,F15,6. L-a,21.T,S.300
5.2.2002	Auftrag an SV KR METZGER zur Erstellung eines Gutachtens über die Wirtschaftlichkeit des Projekts, Bezahlung erfolgt durch die Fa. PORR. Das Gutachten soll bis 18.2. übermittelt werden.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,44.T,S.2
13.2.2002	Schreiben von RH-Präsident FIEDLER an BÖHMDORFER, wonach der Wechsel aus der Riemergasse in den City Tower als nicht wirtschaftlich angesehen wird. Auch wenn der Mietzins am guten Standort angemessen sein mag, wird dennoch hinterfragt, ob denn nicht auch weniger guter Standort möglich wäre, der bis zu 25% weniger kosten würde. Weiters wird Miete statt Kauf bemängelt, und auch die Verwertbarkeit der Objekte in der Riemergasse bezweifelt.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,50.T,S.7
13.2.2002	Neuerliches Ersuchen des BMJ an das BMF um Zustimmung	BT2,BMF,F15,6. L-a,21.T,S.13
14.2.2002	Besprechung von PLECH im BMF – Gesprächspartner unklar. Ergibt sich aus einem Tätigkeitsprotokoll sowie aus einer im BMF Akt erliegenden Unterlage „ON 16 – Plech 14.2.“ über die Erlöse aus dem Verkauf von Riemergasse. Weiters gibt es ein Fax vom 14.2. von Valentino DONAU ans BMF	BT2,BMF,F15,6. L-a,16.T,S.1; BT2,BMF,F15,6. L-a,17.T,S.1 BT2,BMF,F15,6.

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	mit einer weiteren Aufstellung der Kosten	L-a,21.T,S.362
14.2.2002	Fax der BIG an PIPAL: Verkaufserlösberechnungen Riemergasse	BT2,BMF,F15,6. L-a,21.T,S.215
14.2.2002	Berechnung der Varianten im BMF S.4: „Es ist daher eine politische Entscheidung, ob vor diesem Hintergrund dem CTV-Projekt zugestimmt werden kann.“	BT2,BMF,F15,6. L-a,21.T,S.318
18.2.2002	METZGER übermittelt Gutachten zur Wirtschaftlichkeit; Fazit: Mieten liegen im unteren Bereich vergleichbarer Objekte	BT2,BMJ,F6,14. L-a,47.T,S.1
18.2.2002	Weitere Besprechung PLECH im BMF It Tätigkeitsbericht; Fax mit Grundbuchauszügen Hintere Zollamtsstraße	BT2,BMF,F15,6. L-a,18.T,S.1
19.2.2002	Besprechung zwischen BÖHMDORFER und GRASSER: es wird der Abschluss der Anmietung politisch fixiert. Bemerkenswert: die Mehrkosten der Anmietung sollen mit einem Betrag von 65 Mio ATS durch eine Erhöhung der Pauschalvergütung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (§ 93 ASGG) wesentlich mitfinanziert werden. (Die Kosten werden also nur budgetintern weiterverlagert an einen Dritten.)	BT2,BMJ,F6,14. L-a,48.T,S.1, 6
20.2.2002	Mail im BMF von HOFER an SCHWARZENDORFER: „Unser HBM und HBMJ haben sich auf folgende Regelung geeinigt, und ich bitte das in evt. Akten festzuhalten: 3) Sämtliche Einmalkosten werden bis auf 8 Mio ATS vom BMJ getragen (Umzug und Einrichtung etc.) – dafür darf der HBMJ den Pauschalbetrag für SozVer anheben 4) BMJ trägt die Mietmehrkosten (über die Alternative Rennweg – ca 13-15 Mio) zur Hälfte – von einer Vermietung freier Büroflächen wird ausgegangen. HBMJ wurde aufgefordert die Entscheidung für CTV folgendermaßen zu begründen: - <i>Umzumutbare Raumverhältnisse für Mitarbeiter zur Zeit (NIRIS)</i> - <i>Alternative Rennweg führt zu einer Zerstückelung</i> - <i>CTV bietet One Stop Shop für Bürger – sehr gute Verkehrsanbindung</i> - <i>Miete im CTV im Vergleich zu anderen Tovern günstig</i> - <i>Synergien: kurze Wege etc.</i>	BT2,BMF,F15,6. L-a,21.T,S.325
22.2.2002	Mietvertrag zwischen der City Tower Errichtungs- und Vermietungs GmbH und der Republik Österreich; monatlicher Bruttomietzins von EUR 501.454,80	BT2,BMI,F7,5.L-a,448.T,S.75

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

22.2.2002	BMJ/GERM übermittelt unterfertigten Mietvertrag an BMF zur Zustimmung	BT2,BMF,F15,6. L-a,21.T,S.8
26.2.2002	Zustimmung des BMF	BT2,BMJ,F6,14. L-a,52.T,S.1
1.3.2002	SV METZGER legt seine Honorarnote über € 14.028 an das BMJ, dieses leitet sie weiter an PORR unter Verweis auf die Vereinbarung mit FELLNER	BT2,BMJ,F6,14. L-a,54.T,S.1
5.3.2002	Stellungnahme der Republik /BKA an die EU Kommission zum City Tower, insb. Bezugnahme auf die bestehenden Bewilligungen	BT2,BMJ,F6,14. L-a,60.T,S.5
14.3.2002	PATZAK übermittelt seine Honorarnote zu den Mietvertragsverhandlungen (€ 8.721,60)	BT2,BMJ,F6,14. L-a,62.T,S.5
19.3.2002	Provisionsnote von PLECH an die PORR ImmoProjekt GmbH über EUR 625.910,40 z.Hd. Martin HUBER (Basis sind 1,5 Mieten)	BT2,BMI,F7,5.L-a,501.T,S.15
19.3.2002	Aktenvermerk von V. DONAU über Gespräch mit FELLNER: <i>„Wegen Provision City Tower Laut seiner Aussage waren 1 ½ Bruttomieten ausgemacht. Und zusätzlich eine halbe brutto Monatsmiete wenn für das Justizministerium keine Mehrkosten entstehen, d.h. das Finanzministerium übernimmt die gesamten Mehrkosten des Objektes (gemeint ist die Mehrbelastung gegenüber Riemergasse 7 und Rennweg). PLECH meint so war das nicht ausgemacht, die halbe brutto Monatsmiete ist dann vereinbart worden wenn das Finanzministerium einen Beitrag für die Übersiedlungskosten und die jährliche Miete übernimmt.“ [Anmerkung: PLECH ging also offenbar davon aus, auch für Vermittlungsleistungen gegenüber dem BMF honoriert zu werden!]</i>	BT2,BMI,F7,5.L-a,260.T,S.10
2.4.2002	Schreiben von GRÄSEL an CPB, dass er im Auftrag von OLG Präs RAMOSER das Projektcontrolling übernimmt	BT2,BMJ,F6,14. L-a,74.T,S.5
5.4.2002	BMJ Akt zur Vorbereitung der EU-Paketsitzung am 19.4.2002 <i>„Der am 22.2.2002 abgeschlossene Mietvertrag hat nicht die Erbringung einer Bauleistung gegen Entgelt, sondern die Zurverfügungstellung eines entsprechend einer rechtskräftigen Baubewilligung gegenwärtig in Errichtung befindlichen Hochhauses zu Zwecken der Benützung als Gerichtsgebäude gegen Zahlung eines monatlichen Mietzinses zum Inhalt.“</i>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,76.T,S.2

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

5.4.2002	<p>Schreiben HUBER an BÖHMDORFER:</p> <p><i>„Sehr geehrter Herr Bundesminister!</i></p> <p><i>Lieber Dieter! [handschriftlich]</i></p> <p><i>Wie bereits angekündigt sende ich Dir in der Anlage ein von Dr. Nemetschke erstelltes Memorandum betreffend der diversen Bewilligungen des Projektes City Tower sowie ein paar aktuelle Baustellenfotos.</i></p> <p><i>Wie du ja bereits weißt, gibt es auch schon einen Baustellen-Besichtigungstermin „im kleinen Kreis“, auf den ich mich schon sehr freue.</i></p> <p><i>Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung und zeichne [handschriftlich] herzlichst Dein Martin Huber“</i></p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,78.T,S.10
9.4.2002	Vorbereitungssitzung zur EU-Paketsitzung	BT2,BMJ,F6,14. L-a,78.T,S.1; BT2,BMJ,F6,14. L-a,72.T,S.1
10.4.2002	E-Mail von RA Nemetschke an LÖSCH zu Stand im Vertragsverletzungsverfahren	BT2,BMJ,F10,4. L-a,6.T,S.15
10.4.2002	Bezirksgericht Innere Stadt weist Grundbuchsgesuch ab (Datum lt. OGH Entscheidung vom 12.9.)	BT2,BMJ,F6,14. L-a,71.T,S.30
11.4.2002	Schreiben von PATZAK an BMJ zur Bestätigung der Unverbindlichkeit der Vertragsverhandlungen im Dezember 2001 (wg. EU-Verfahren)	BT2,BMJ,F6,14. L-a,79.T,S.76
15.4.2002	Umfangreiche Stellungnahme von Raen Cerha, Hempel & Spiegelfeld (für Immofinanz) zum Vertragsverletzungsverfahren.	BT2,BMJ,F6,14. L-a,79.T,S.154
19.4.2002	<p>EU Paketsitzung:</p> <p><i>„Ihr Hauptaugenmerk richteten die Vertreter der Europäischen Kommission auf die Eigentumsverhältnisse betreffend die Grundstücke, auf denen der City Tower Vienna errichtet wird.“</i></p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,79.T,S.1
23.5.2002	4. Besprechung des Obersten Koordinationsgremiums: Vergabe Logistik, usw., aktive Teilnahme von DI GRÄSEL	BT2,BMJ,F6,14. L-a,87.T,S.3
29.5.2002	<p>Provisionsnote der PLECH & PLECH Immobilientreuhänder GmbH an das BMJ über EUR 728.971,20 (Basis sind 1,5 Mieten)</p> <p>GERM dazu im Akt:</p> <p><i>„Der Nettobetrag von 607.476 € entspricht dem eineinhalbfachen monatlichen Bruttomietzins (Hauptmietzins +</i></p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,90.T,S.1

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	<i>Betriebskostenpauschale) und damit der von Herrn Bundesminister BÖHMDORFER getroffenen Vereinbarung.“ Überweisung wird von GERM am 6.6.2002 angeordnet.</i>	
29.5.2002	Provisionsnote von Ernst Karl PLECH an die PLECH & PLECH GmbH über EUR 656.074,08	BT2,BMI,F7,5.L-a,1.T,S.13
6.6.2002	Konzept für Generalunternehmervertrag, Korrespondenz von GRÄSEL dazu	BT2,BMJ,F6,14.L-a,3.T,S.5ff
6.6.2002	Telefonat BÖHMDORFER – GRÄSEL über die Leistungen von GRÄSEL im Zusammenhang mit dem City Tower	BT2,BMJ,F6,14.L-a,89.T,S.7
7.6.2002	<p>Schreiben von GRÄSEL an BÖHMDORFER mit einer Zusammenfassung seiner Leistungen.</p> <p>„Bezugnehmend auf das gestrige Telefonat konnte ich anhand meiner Buchhaltungsunterlagen aber auch aufgrund des vom BMJ erstellten Informationsblattes (Information Zahlungen des Justizressorts an Dipl. Ing. GRÄSEL seit 1997 bis 5.6.2002) feststellen, dass ich</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Jahr 2001 bzw. bis Abschluss des Mietvertrages (22.2.2002) zwischen Republik Österreich und City Tower Vienna GmbH, Leistungen für das Projekt City Tower Vienna – entsprechend der mit Ihnen getroffenen Vereinbarung – ausschließlich mit der PORR ImmoProjekt GmbH verrechnet habe und • Im Jahr 2002 auf Basis eines mit dem OLG geschlossenen Werkvertrages (Leistungszeitraum ab 11.3.2002 also nach Abschluss des Mietvertrages) in beratender Tätigkeit sowie als provisorische begleitende Kontrolle für das Projekt tätig bin.“ <p>In der Anlage zu dem Schreiben werden die Leistungen näher beschrieben wie folgt:</p> <p>„City Tower Vienna</p> <p>Im Jahr 2001 wurden an die Republik Österreich OLG Wien, keine Leistungen verrechnet. Gemäß Vereinbarung wurden die Leistungen der Beratung mit der PORR direkt abgerechnet.</p> <p>Der Leistungsumfang umfasste im Wesentlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit bei der Funktionsplanung der Gerichte - Zuordnung der Räume gemäß Raum- und Funktionsprogramme • Vorbereitung der Präsentationen • Bearbeitung von Anfragen der Gerichte, Mitwirkung bei den Bauausschusssitzungen 	BT2,BMJ,F6,14.L-a,89.T,S.7 und S.9f

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Bearbeitung von Anfragen aus dem Ministerium</i> • <i>Unterstützung hinsichtlich der Suche nach Referenzobjekten (Miethöhe)</i> • <i>Überprüfung der Miethöhen (Rendite des Vermieters)</i> • <i>Etc.“</i> 	
7.6.2002	<p>Besprechung mit BÖHMDORFER, FELLNER, PIRCHER, PESCHKO-GRUBER, REITERMAIER, GRÄSEL:</p> <p>Gegenstand Logistikvergabe, aber auch:</p> <p><i>„Mit Dipl.-Ing. GRÄSEL wurde insbesondere die seinem Schreiben vom 7.6.2002 angeschlossene Übersicht seiner für das Oberlandesgericht Wien erbrachten Leistungen erörtert.“</i></p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,89.T,S.2
10.6.2002	<p>Besprechung: BÖHMDORFER, KALLINGER, HUBER, GRÄSEL, FELLNER, PIRCHER, REITERMAIER, OBENAU, GERM</p> <p>Gegenstand: Nutzungsbeginn usw.</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,89.T,S.3
21.6.2002	<p>AV von GRÄSEL über Gespräche mit einem potenziellen Pächter des Restaurants</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,5.T,S.1
26.6.2002	<p>Entwurf für Werkvertrag mit PORR über Logistik</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,7.T,S.1
1.7.2002	<p>RH: Schreiben zu Angemessenheit der Betriebskosten, Differenz zu Riemergasse sind € 60.000 pro Monat! BMJ will nicht weiter antworten.</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,64.T,S.3
5.7.2002	<p>Schreiben OLG , REITERMAIER an PATZAK wg GU-Vertrag</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,8.T,S.5
17.7.2002	<p>LG ZRS Wien bestätigt Abweisung des Grundbuchsgesuchs (Datum lt. OGH Entscheidung vom 12.9.)</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,71.T,S.30
16.7.2002	<p>Schreiben GRÄSEL an PATZAK wegen Restaurantmiete</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,10.T,S.1
25.7.2002	<p>4. Besprechung des Lenkungsausschusses, Protokoll verfasst von GRÄSEL</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,48.T,S.39
1.8.2002	<p>Ablage diverser Anfragebeantwortungen, ua. zu PLECH:</p> <p><i>„Der Genannte hat die Anmietung des City Tower Vienna durch den Bund, vertreten durch den Bundesminister für Justiz, dieser vertreten durch den Präsidenten des OLG Wien, vermittelt.“</i></p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,15.T,S.1
1.8.2002	<p>Vergabesitzung zur Vergabe der Begleitenden Kontrolle: Shortlist mit 5 Personen, GRÄSEL ist nicht darunter</p>	BT2,BMJ,F6,14 .L-a,18.T,S.5
5.8.2002	<p>OLG Präs RAMOSER ersucht um Ermächtigung zum Abschluss GU-Vertrag</p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,16.T,S.3

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

12.8.2002	Ermächtigung wird erteilt	BT2,BMJ,F6,14. L-a,16.T,S.4
14.8.2002	RAMOSER schickt an GERM Anlage zum GU Vertrag	BT2,BMJ,F6,14. L-a,22.T,S.3
21.8.2002	AV von Daniel RIEDL (Immofinanz) mit Wolfgang LÖSCH (Immofinanz): „Provision: <ul style="list-style-type: none"> • Provision ging nicht an PORR • Es wurden nur 3 NMM verrechnet, statt 3 BMM wie im Aktenvermerk, der im Tresor bei CHS ist, vereinbart – dafür übernimmt HE das Mieten Risiko, dass die Garage nicht von der Republik gemietet wird 	BT2,BMI,F10,4. L-a,6.T,S.11
23.8.2002	AV über Telefonat mit FELLNER zur Vergabe der begleitenden Kontrolle: „BM hat bedauert, dass DI GRÄSEL ausgeschieden ist. BM möchte auf keinen Fall Arch Czernin beauftragen.“	BT2,BMJ,F6,14. L-a,18.T,S.11
27.8.2002	Besprechung im BMJ: FELLNER, NEMETSCHKE, NEPRAUNIK, BAUER (ÖBB); RECHBERGER, MEIER (PORR) ua. Gegenstand ist die „überraschende“ Ablehnung der Abschreibung des Grundstückes aus dem Eisenbahnbuch auch in zweiter Instanz und die Frage, wie weiter vorzugehen ist. Es soll daher eine Änderung des „EAG“ vorgenommen werden.	BT2,BMI,F7,5.L-a,259.T,S.30
2.9.2002	Stellungnahme des BMJ zu Protokoll der EU zur Paketsitzung vom 19.4.2002	BT2,BMJ,F6,14. L-a,24.T,S.1
12.9.2002	OGH bestätigt Abweisung des Grundbuchsgesuchs in letzter Instanz	BT2,BMJ,F6,14. L-a,71.T,S.30
16.9.2002	Werkvertrag mit PORR über Umzugsleistungen und Möblierung	BT2,BMJ,F6,14. L-a,29.T,S.1
6.12.2002	8. Sitzung des Lenkungsausschusses. Gegenstand ist auch die Frage der Verbücherung. Lt. E-Mail von Daniel RIEDL vom 17.12.2002 an Dr. NEMETSCHKE waren „die anwesenden Juristen nicht ganz der Meinung, dass mit der Zustimmung des Verkehrsministeriums die Angelegenheit aus der Welt ist, sondern haben von der Notwendigkeit einer Änderung eines Eisenbahngesetzes gesprochen.“	BT2,BMI,F7,5.L-a,261.T,S.102ff
16.12.2002	Honorarnote von MEISCHBERGER an PLECH über EUR 525.182,20 netto. Die USt von € 105.036,44 soll im Überrechnungswege beglichen werden.	BT2,BMI,F7,5.L-a,501.T,S.17 und 261.T,S.14

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	<p>Bemerkenswert: die Rechnung nimmt Bezug auf eine „Vereinbarung vom 12.6.2001“, tatsächlich finden sich auf dieser Vereinbarung aber nur die Daten 11.6. und 14.6.2001.</p> <p>In den von PLECH übergebenen Unterlagen findet sich ein Entwurf für diese Rechnung, bei dem MEISCHBERGERS Name und Adresse durch XXXX ersetzt sind. Dieser Entwurf wurde am 13.12.2002 gefaxt.</p>	
30.12.2002	Stellungnahme des BKA-VD an EU-Kommission zum Protokoll über die Paketsitzung am 19.4.2002	BT2,BMJ,F6,14. L-a,2.T,S.7
	2003	
12.2.2003	Bearbeitung Ausschreibung der Umzugsleistungen im BMJ	BT2,BMJ,F6,14. L-a,33.T,S.1
13.2.2003	<p>E-Mail von Martin HUBER an Daniel RIEDL (Immofinanz) über Telefonat mit SC FELLNER:</p> <p><i>„Nachstehend gebe ich Ihnen einige aktuelle Informationen zu dem Thema Grundbuchsache City Tower Vienna:</i></p> <p><i>Nach Unterfertigung des Nachtrages mit den ÖBB wurde die Genehmigung seitens des BMVIT bereits ausgefertigt und ist am Postwege zu den ÖBB unterwegs.</i></p> <p><i>Hinsichtlich des Problems BIG (Dienstbarkeit , Fensterrecht) findet heute ein Gespräch zwischen Herrn Gen Dir PÖCHHACKER und Herrn Dr. CHROMY statt. Nach einem Gespräch mit Sekt.Chef Dr. FELLNER werden wir eine nach wie vor mögliche Haltung seitens des Grundbuchrichters bei unserem gemeinsamen Treffen am 27.2. (Weinverkostung) kurz erörtern, er hat jedenfalls seine vollste Unterstützung – notfalls auch im Wege der Dienstaufsicht – zugesagt.“</i></p>	BT2,BMI,F10,4. L-a,6.T,S.26
19.2.2003	Bestätigung des BMVIT gem. § 44 Abs 2 EAG (wird für Grundbuch benötigt lt OGH)	BT2,BMJ,F6,14. L-a,71.T,S.41
8.4.2003	NEMETSCHKE urgiert bei HUBER, dass dringend vor dem 28.4.2003	BT2,BMI,F10,4.

Anhang A

A.2.5 BUWOG – Justiztowers

	der neue GB-Antrag gestellt werden muss, da es sonst bei der EU-Kommission schwere Argumentationsnöte gibt.	L-a,6.T,S.13
10.4.2003	Neues Grundbuchgesuch eingebracht durch RA Dr. NEPRAUNIK	BT2,BMJ,F6,14. L-a,71.T,S.43
28.4.2003	Weitere EU-Paketsitzung. EU kritisiert im Vorfeld, dass der Bau immer noch auf öffentlichem Grund (Stadt, ÖBB, BIG) stattfindet, und dass daher möglicherweise ein öffentlicher Bauauftrag vorliegt. AV über Sitzung: rk Ausgang des GB-Verfahrens soll abgewartet werden. „Die bevorstehende Novellierung des EisenbahnbuchanlegungsG wurde gegenüber den Kommissionsvertretern bewusst nicht erwähnt, um nicht dem Vorwurf der Anlassgesetzgebung ausgesetzt zu sein.“	BT2,BMJ,F6,14. L-a,71.T,S.1
29.4.2003	GRÄSEL führt Gespräche mit Interessenten für Restaurant	BT2,BMJ,F6,14. L-a,68.T,S.1
14.5.2003	Zuschlag für Umzugsarbeiten an Fa. Felix SWOBODA	BT2,BMJ,F6,14. L-a,77.T,S.1
21.5.2003	Ansuchen des Bauwerbers um Abweichung vom bewilligten Bauvorhaben. Dazu der Kontrollamtsbericht: <i>„Am 21. Mai 2003 ersuchte die Firma C. als außerbücherliche Grundeigentümerin um Abweichung vom bewilligten Bauvorhaben gem. § 73 der BO. Die Magistratsabteilung 37 – Baupolizei Gruppe BB erteilte mit Bescheid vom 27. Juni 2003 die Bewilligung, von dem mit Bescheid vom 15. Juni 2001 bewilligten Bauvorhaben abzuweichen. Diese Abweichungen betrafen neben baulichen Änderungen in den Hauptgeschossen, der Anordnung von Archiven und Lagern an Stelle der Garagen im dritten und vierten Untergeschoß sowie der Errichtung zusätzlicher Technikräume im ersten und zweiten Untergeschoß auch eine Änderung der Brandabschnitte und den Entfall von Schleusen bei den Liften.</i> <i>Darüber hinaus waren in diesem Verfahren nicht nur die genannten Abweichungen vom bewilligten Bauvorhaben Gegenstand, sondern auch die Einhausung der Lüftungstechnischen Anlagen am Flachdach des Gebäudeteils an der Front Markthallenbrücke. Da diese Einhausung gem. § 60 Abs 1 der BO als Zubau einzustufen war,</i>	Kontrollamtsbericht KA-K-6/03

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<i>hatte die Baubehörde gleichzeitig auch ein Baubewilligungsverfahren nach § 70 der BO abzuführen, was auch im Bewilligungsbescheid so zum Ausdruck kommt.“</i>	
10.6.2003	<p>Besprechung mit BÖHMDORFER, FELLNER, GERM, ZBIRAL, OBENAU-ZIMMER und SCHÖN: Gegenstand sind u.a. die Verträge mit GRÄSEL und seine Honorarvereinbarung mit dem OLG Wien.</p> <p>Beigelegt ist eine Aufstellung seiner Verträge. Interessant ist dabei insb. „Standortsuche LG f ZRS, Vertrag vom 3.8.1999, 23.7.1999“. In der Anfragebeantwortung 237/J vom 22.5.2003 gibt BÖHMDORFER nämlich zu, dass bei der Standortsuche für das LG für ZRS im Jahr 1999 dem BMJ 44 in Betracht kommende Liegenschaften bekannt wurden, darunter auch das Projekt „1030 Wien, Marxerbrücke/Wien Mitte“. Das Projekt sei damals jedoch noch „zu unkonkret“ gewesen, da der erforderliche Flächenwidmungsplan noch nicht beschlossen war.</p> <p>Das deckt sich auch mit dem Hinweis von GRÄSEL vom 16.10.2001, dass er das Projekt schon 1999 positiv bewertet habe.</p>	<p>BT2,BMJ,F6,14. L-a,85.T,S.15; BT2,BMJ,F6,14. L-a,9.T,S.27</p>
23.6.2003	LG ZRS bewilligt die Einverleibung ins Grundbuch	BT2,BMJ,F6,14. L-a,23.T,S.1
28.8.2003	Fertigstellungsanzeige (mit Ausnahme Restaurant- und Küchenbereich)	
5.9.2003	Übergabe	
14.11.2003	<p>Eröffnungsfeier, Kosten: € 47.707,93</p> <p><i>„Wie der Herr Bundesminister handschriftlich auf dem Bezugsakt festgehalten hat, wäre (trotz hoher Kosten) der Verzicht auf eine gelungene Eröffnungsfeier nicht zumutbar gewesen.“</i></p>	BT2,BMJ,F6,14. L-a,43.T,S.3
22.1.2004	Weinverkostung im Lokal „Nonnenstöckl“ mit Teilnahme der beteiligten Spitzen von Justiz, Gerichten, Porr, Immofinanz etc.	BT2,BMI,F10,4. L-a,6.T,S.29

A.2.6. Terminal Tower - Vergabe

Datum	Inhalt	Quelle
Februar 2003	Schreiben von FINZ an PÜHRINGER: <i>„Das BMF gemeinsam mit der Finanzlandesdirektion für Oberösterreich plant, diese künftig in einem Mietobjekt (Einhauslösung) neu unterzubringen. (...) Ziel ist,</i>	BT2,BMF,F18,9. L-a,10.T,S.5

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<i>ein geeignetes und zweckmäßiges Mietobjekt in verkehrsgünstiger Lage in Linz zu finden, um rd. 850 Bedienstete der Finanz- und Zollverwaltung unterzubringen.“</i>	
4.4.2003	<p>AV Christian HINTERLEITNER an Sektionsleiter SVOBODA:</p> <p><i>„Der Idee von Dr. Chromy, das BMF solle die BIG direkt mit dem Projekt Linz beauftragen, sollte n i c h t näher getreten werden.</i></p> <p><i>+ Das BMF hat sich mit Zustimmung des Herrn BM bereits für eine möglichst transparente Vorgangsweise entschieden.</i></p> <p><i>Der Akt GZ 17 54 00/1 – I/5/02 liegt bei.</i></p> <p><i>+ Motivation ist der Grundsatz der EU, Wettbewerbsverzerrungen und unzulässige Beihilfen zu vermeiden.</i></p> <p><i>+ Dies kann nur durch eine völlige Markttransparenz und</i></p> <p><i>+ öffentliche Interessentensuche sowie ein</i></p> <p><i>+ Vergabeverfahren erreicht werden.</i></p> <p><i>(in diesem Sinne sind wir auch bei der Suche nach Anbietern für die beabsichtigte Generalsanierung vorgegangen.)“</i></p>	BT2,BMF,F18,9. L-a,9.T,S.1
2.2.2004	<p>Sitzung des Beurteilungsgremiums zum Ausbietungsverfahren. Es sind 3 Angebote eingelangt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>„Standort 1 AREV Prinz Eugen Liegenschaftsentwicklungs- und Verwaltungs-GmbH Bockgasse 2b A 4020 Linz</i> • <i>Standort 2 BIP BIP Blumauerplatz Immobilien Projektentwicklungs-GmbH Europaplatz 1a A 4020 Linz</i> • <i>Standort 3 LHI LHI Ges.m.b.H. Investitions- und Vermietungs GmbH Anzengruberstraße 3 A 4020 Linz</i> <p><i>Wobei der Numerierung der Standorte keinerlei Wertung oder Rangordnung entspricht.“</i></p>	BT2,BMJ,F18,9. L-a,11.T,S.108
25.3.2004	Aktennotiz über die Zulässigkeit eines vierten Angebotes, das eingelangt ist	BT2,BMF,F18,9. L-a,11.T,S.13
19.4.2004	Sitzung des Beurteilungsgremiums zum Ausbietungsverfahren: Weitere Bieter können nicht mehr in das laufende Verfahren eingebunden werden, daher wurden die 3 im Verfahren zugelassenen Bieter zur Präzisierung ihrer Angaben aufgefordert.	BT2,BMF,F18,9. L-a,11.T,S.99

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

16.6.2004	<p>Handschriftliche Notizen zu einer Besprechung bei Real-Treuhand, beschlagnahmt ebendort:</p> <p>„ÖBB Büroturm:</p> <p>Info STARZER wg. ÖBB-Turm</p> <p>-> Verwertungsproblem sieht SCHARINGER</p> <p>Kommt von DOBUSCH</p> <p>-> Wenn FZL und PV Ang. Nicht kommen</p> <p>-> Verwertungsproblem</p> <p>Derzeit Klärung</p> <p>Info an STARZER/SCHARINGER (...)“</p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.449
19.7.2004	<p>Ausbietungsverfahren ergebnislos beendet, da 2 der 3 Bieter aus sachlichen Gründen ausgeschieden sind. (mangelnde Größe etc.) Die Finanzverwaltung sucht weiterhin ein Mietobjekt und bittet die Projektinvestoren um Kontaktaufnahme mit diesbezüglichen Vorschlägen bis 19.8.2005.</p>	BT2,BMF,F18,9. L-a,13.T,S.4; Historie: BT2,BMJ,F05,4. L-a,147.T,S.100
16.8.2004, 13:16	<p>Email von LINDINGER-PESENDORFER(GF Real-Treuhand) an Robert ECKMAIR (RLB) mit Informationen zur Errichtung eines Büroturmes am Bahnhof. Bereits zu diesem Zeitpunkt scheint die unter „geplante Mieter“ die Finanzlandesdirektion auf.</p> <p>Anmerkung: Auch die folgenden Emails, Besprechungsprotokolle und handschriftlichen Notizen belegen, dass bereits 2004 gezielt zwischen BMF und der Projektgesellschaft verhandelt wurde.</p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.435
15.10.2004	<p>Sitzungsprotokoll der Real-Treuhand:</p> <p>„Tower am Bahnhof</p> <p>Mit Mietern ist alles auf Schiene ist schlechter Ausdruck.</p> <p>Wichtiger ist was ist genau vereinbart, weitere Schritte, Vertrag“</p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.446
5.11.2004	<p>Sitzungsprotokoll der Real-Treuhand:</p> <p>„Walter ÖBB-Turm:</p> <p>GD verhandelt offenbar auch mit Finanzministerium als Mieter – DI Svoboda.</p> <p>Diesen will er nach Linz einladen.</p> <p>Scharinger hat Svoboda zugesagt, daß wir als Vorbereitung zu diesem Termin einen Vergleichsrechnung (bisherige Belastung / neue Belastung – wie bei LDZ) erstellen. Walter soll über Porr</p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.444

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<i>Kontaktperson bei Finanz erkunden, um von diesem Daten für die Berechnung (IST-Belastung) zu bekommen. Dabei können wir uns auf das Gespräch Svoboda/Scharinger berufen.“</i>	
16.11.2004	Sitzungsprotokoll der Real-Treuhand: „Tower am Bhf.: <i>Folie OK, Ergänzung um geplante Miete / m², Zahlen in Abstimmung mit PORR bis Termin 30.11.04 mit Finanz vorlegen.“</i>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.441
30.11.2004	Handschriftliche Notizen, beschlagnahmt bei der Real-Treuhand: „ÖBB: Gespräch über heutige Termine <ul style="list-style-type: none">- Finanz SVOBODA OK- Stadt Linz DOBUSCH OK“	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.454
2.12.2004, 11:38	Sitzungsprotokoll der Real-Treuhand: „Tower am Bahnhof: <i>Die PORR soll gem. Besprechung mit Finanz am 30.11.04 eine Vergabespezialisten nominieren. Dieser soll sich mit dem Vergabespezialisten der Finanz abstimmen. Von uns soll entweder Herr Mittendorfer oder Herr Zehntner dabei sein. Briefing für Scharinger Termin 3.12.2004 wird geändert und an Starzer übermittelt.“</i>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.440
30.12.2004	Die Finanzprokurator übermittelt ihren Standpunkt zur Frage der Anmietung von Gebäuden durch das BMF dar: erhebliche Bedenken.	BT2,BMF,F18,9. L-a,13.T,S.100
21.1.2005	PORR übermittelt ein unverbindliches Mietoffert an PIPAL/BMF	BT2,BMF,F18,9. L-a,12.T,S.4
12.5.2005	Information von Ludwig SCHARINGER an STARZER und HRAB: „Die Vergleichsrechnung seitens der FLD – derzeitiger Standort/künftiger Standort – soll von uns nachvollzogen werden, damit ich über Peter QUANTSCHNIGG (Sektionschef im BMF, Anm.) an den Finanzminister herantreten kann.“	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.429
30.5.2005	Konsortialsitzung „Tower am Bahnhof“ Zum Thema Mietersuche: „Dir. GRUBER und Dir. SCHARINGER führen in den nächsten Wochen Gespräche mit diversen Entscheidungsträgern der Finanz.“	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.210; BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.16
24.6.2005	Information von SCHARINGER für STARZER: Der Inhalt der Inserate solle mit QUANTSCHNIGG abgestimmt werden. Danach solle sich – quasi „offiziell“ – das BMF auf die geschalteten Inserate über die	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.434; BT2,BMJ,F05,15

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<p>Anbietung von Mietflächen im Terminal Tower melden: <i>„Telefonat mit Generalsekretär Quantschnigg am 24.6. w/Tower am Bahnhof</i></p> <p><i>Laut Quantschnigg könnte es ohne Ausschreibung Vergabeprobleme geben, daher sollen wir in einigen Zeitungen – vor allem in Wiener Zeitungen – das, was noch frei ist, inserieren. Den Text des Inserates an Quantschnigg schicken, den er korrigieren wird.</i></p> <p><i>Intern alles okay. Es geht nur darum, daß sich aufgrund des Inserates das Finanzministerium meldet.“</i></p> <p>Anmerkung: Laut Beantwortung der Anfrage 3719/J XXII.GP von Dr.MOSER durch BM GRASSER (3672/AB XXII.GP) habe das BMF erst auf Inserate des Vermieters reagiert, die Anfang Juli 2005 geschaltet wurden. Die Aussage des HBM GRASSER kann deshalb nicht den Tatsachen entsprechen, da schon vor Schaltung der Inserate Kontakt mit dem BMF bestanden hat und sogar deren Inhalt abgestimmt wurde. Siehe dazu auch Emails vom 16.8.2004 und 29.6.2005</p>	.L-a,29.T,S.21
29.6.2005	<p>Besprechung über div. Projekte bei Real Treuhand: <i>„Terminaltower</i></p> <p><i>Das übermittelte Inserat für 02.07.05 ist in Ordnung, es soll aber auf Wunsch Dr. Quantschnik ein eigenständiges neues Inserat erstellt werden, wo auf die Vorzüge besonders hingewiesen wird, damit die Finanz die Meinung vertritt, genau das ist der gewünschte Standort. Dieses Inserat ist an Quantschnik zu schicken und dann entsprechend zu schalten.“</i></p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.438
2.7.2005	<p>Inserat erscheint im Kurier, am 16.7.2005 auch in der Presse</p>	BT2,BMF,F16,7. L-a,319.T,S.47
5.7.2005, 8:46	<p>Email von LINDINGER-PESENDORFER an Georg STARZER (RLB OÖ) und Eduard HRAB (RTM) bezüglich einer Bitte von Porr, noch heute bei Minister GRASSER für den Standort Linz zu intervenieren:</p> <p><i>„wir wurden darüber informiert, dass morgen eine Entscheidung im Finanzministerium über die weitere Vorgangsweise betreffend Standort Linz fallen soll.</i></p> <p><i>Ein Mitarbeiter soll angeblich Minister Grasser den Vorschlag unterbreiten, eventuell ein neues Ausschreibungsverfahren einzuleiten, weitere Standorte zu prüfen etc. was zur Folge hätte, dass die Entscheidung auf die lange Bank geschoben würde.</i></p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.433

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<i>Wir wurden von Porr gebeten noch heute bei Minister Grassler (der angeblich erreichbar ist) für unseren Standort zu intervenieren.“</i>	
6.7.2005, 8:46	Email von LINDINGER-PESENDORFER an SCHARINGER u.a. zu einem Inserat für Mietflächen im terminal tower: <i>„Wir bitten um Information ob Sie den Text mit Herrn Dr. QUANTSCHNIGG beim Vortrag am 7.7.2005 persönlich besprechen, oder ob wir den Text mit Dr. QUANTSCHNIGG abstimmen sollen.“</i>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.432
9.8.2005	Schreiben der Terminal Tower Immobilien GmbH an PIPAL/ BMF, in dem sie den Terminal Tower als Mietobjekt anbieten.	BT2,BMF,F18,9. L-a,14.T,S.3
Spätsommer 2005	Martin HUBER in seiner BV vom 24.3.2011 (damals PORR): HUBER war bei einer Besprechung zwischen PÖCHHACKER und PLECH anwesend, in der über eine Provision in Zusammenhang mit der Vermietung des Terminal Towers geredet wurde: <i>„Als ich ins Büro von PÖCHHACKER kam, waren Ernst Karl PLECH und GD PÖCHHACKER anwesend. PÖCHHACKER berichtete, dass es sich bei diesem Gespräch um das Projekt Bahnhof Linz handelt, der Begriff Terminal Tower war damals noch nicht erfunden. Meiner Erinnerung nach führte PÖCHHACKER aus, dass es mit Unterstützung von PLECH gute Chancen gäbe, die Konzentration der Finanzämter am Standort Hauptbahnhof zu realisieren. Es müsse natürlich bewusst sein, dass damit eine entsprechende Vergütung verbunden ist. Über die Höhe der Vergütung wurde meiner Erinnerung nach erst zu einem Zeitpunkt gesprochen, als Herr PLECH das Zusammentreffen bereits verlassen hatte. Unmittelbar anschließend führte PÖCHHACKER im Vier-Augen Gespräch aus, dass die Provisionsvorstellungen von PLECH bei etwa EUR 700.000.- lagen. Ich habe daraufhin spontan erklärt, dass eine Provision im Zusammenhang mit diesem Projekt für mich nicht in Frage kommt. Damit war das Thema Linz zwischen PÖCHHACKER und mir erledigt.“</i>	BT2,BMJ,,F05,4. L-a,145.T,S.115
7.10.2005	Email von Harald PALLAUSCH an Karlheinz SANDLER u.a., in dem er sich über Attacken gegen seine Person wehrt und von überhöhter Lautstärke bei den Preisverhandlungen schreibt. Vor allem Josef WAILZER versuche, ihn ruhig zu stellen und damit zu signalisieren, dass harte Verhandlungen nicht gewünscht sind. <i>„D.h. es wird probiert, das PM zu schwächen. Da ich offenbar den Ruf habe, manchmal ein sehr unbequemer und harter Verhandlungspartner zu sein (und die Verhandlungsqualitäten von Herrn DI Aumayr Herrn Mag. Wailzer offenbar nicht bekannt sind und daher massiv unterschätzt werden), versucht die Porr und vor</i>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.186

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<i>allem Mag. Wailzer dabei den Weg zu gehen, den seiner Meinung nach größten Stolperstein hinauszudrängen (oder ruhigzustellen) und gleichzeitig für weitere Gespräche zu signalisieren, dass ein zu hartes Verhandeln keinem gut bekommt. Und es spricht aus meiner Sicht Bände, dass diese Interventionen nicht von der BG, sondern vom Konsortialpartner Porr Solutions kommen.“</i>	
24.10.2005	Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags der „terminal tower“ Immobilien GmbH & Co KEG, abgeschlossen zwischen PORR Solutions, Real-Treuhand, Raiffeisen-Leasing und „terminal tower“ Immobilien GmbH	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.200
22.11.2005	Baubewilligung für den Tower wird durch die Stadt Linz erteilt Anekdote am Rande: In seiner BV vom 16.2.2012 schildert SCHARINGER: <i>„Wahr ist, dass wir in Erfahrung gebracht haben, dass die Baufirma PORR mit Raiffeisen Leasing Wien am Bahnhofsgelände Linz einen Turm errichten will. DI PÖCHHACKER kenne ich schon aus meiner AR-Zeit bei der ÖIAG, ich habe ihn angerufen, habe ihm gesagt, dass das ein unfreundlicher Akt ist, wenn man in Linz etwas baut und uns dazu als Partner nicht einlädt. Daraufhin hat DI PÖCHHACKER gesagt, dass er das versteht, er wird sofort zu mir kommen, es kam sofort zu einem Termin bei mir im Büro und wir haben vereinbart:“ (... dass die RLB OÖ über die Realtreuhand Drittelpartner wird etc.)</i>	BT2,BMJ,F05,4. L-a,145.T,S.3; BV Scharinger 16.2.2012: BT2,BMI,F07,6. L-a,8.T,S.3
6.12.2005	Abschluss der Kooperationsvereinbarung II zwischen Porr Solutions, Real-Treuhand und Raiffeisen-Leasing	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.181
16.12.2005	Parlamentarische Anfrage3719/J XXII.GP von Gabriela MOSER zu „vergaberechtlichen Verstößen“, u.a. mit der Frage, warum bereits vor Errichtung des Gebäudes ein Mietvertrag abgeschlossen wird. Die laut Ermittlern nicht wahrheitsgemäße Beantwortung von BM Karl-Heinz GRASSER erfolgte am 16.2.2006 (3672/AB XXII.GP). Er schreibt, dass kein Mietvertrag abgeschlossen wurde. Die Ermittler dazu: <i>„Tatsächlich hat zwar am 16.2.2006, wie BM GRASSER in der Anfragebeantwortung mit diesem Datum richtig angegeben hat, noch kein Mietvertrag hinsichtlich Terminal Tower bestanden, jedoch wurde dieser bereits am 31.3.2006 (also nur 6 Wochen später) unterschrieben und andererseits ist schon im Konsortialsitzungsprotokoll vom 24. Oktober 2005 angeführt, dass der Mietvertrag bereits fertig ausverhandelt ist. Dies war jedenfalls</i>	BT2,BMJ,F05,4. L-a,55.T,S.188; BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.43; BT2,BMJ,F05,4. L-a,55.T,S.194

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<p><i>vor der Parlamentarischen Anfrage von Dr. Gabriela MOSER vom 16.12.2005.“</i></p> <p>Selbiger Vorwurf gilt auch für die Anfrage von Kurt GASSNER vom 16.11.2005 mit Beantwortung am 16.1.2006.</p>	
<p>Ende 2005 (vermutlich 22.12.2005)</p>	<p>In seiner ZV vom 23.11.2010 schildert PIPAL einen Termin bei GRASSER, nachdem sich alle Beteiligten auf 9,9 Euro/m² geeinigt hatten und bereit für die Unterzeichnung des Mietvertrags waren.</p> <p><i>„Wir wurden im Ministerbüro empfangen und Mag FEHR und anschließend Sektionschef Svoboda erläuterten das Projekt dem Minister.</i></p> <p><i>Er schaute jedem in die Augen, fragte daraufhin jeden einzeln, ob wir dafür sind. Jeder befürwortete dies und ich erwartete mir, dass auch der Minister dafür sein würde, zumal ich annahm, dass er im Vorfeld genau über die Sache informiert wurde und es eigentlich nur mehr eine Formsache sein sollte.</i></p> <p><i>Plötzlich sagte er aber, dass er dagegen sei und verließ den Raum, ohne dass wir eine Gegenfrage stellen hätten können. Es nannte auch keine Gründe dafür, warum er dagegen ist. Wir waren alle sehr erstaunt und verließen das Ministerbüro. Wir hatten dafür keine Erklärung. Ich fragte mich, woran das liegen könnte, als Erklärung konnten wir uns nur Widerstände seitens der Personalvertretung vorstellen. Mir wurde beim Verlassen des Büros, glaublich von Fr. FEHR mitgeteilt, dass wir vorerst nichts weiter unternehmen sollen. Ich kann auch nicht angeben, ob jemand die PORR von der Ablehnung durch HBM Grasser verständigt hat. Ich habe dies nicht veranlasst.“</i></p> <p>Die Begründung, dass Widerstände der Personalvertretung der Grund für den Abgang GRASSERs waren, erscheint eher unglaubwürdig, da später trotz bekannter Ablehnung in allen 3 betroffenen Finanz-/ Zollämter (siehe 13.2.2006: 80% dagegen) der Umzug in den Terminal Tower beschlossen wurde.</p> <p>Anmerkung der Ermittler: „Es besteht der Verdacht, BM GRASSER könnte durch die Verweigerung zur Zustimmung zum Mietvertrag entsprechenden Druck ausgeübt haben, um eine Provisionszahlung zu erzwingen.“</p> <p>Dieser Verdacht wird auch durch eine handschriftliche Notiz auf einer Kostenabrechnung bestärkt: „22.12.05 Grasser ist dagegen“</p>	<p>BT2,BMI,F07,5. L-a,515.T,S.1;</p> <p>BT2,BMJ, F05,4.L- a,145.T,S.13;</p> <p>Notiz: BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.177</p>

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

22.12.2005	<p>Aktenvermerk PORR (kein Verfasser), ergeht an PÖCHHACKER und GRUBER: 2 neue Varianten für die Mietvertragsverhandlungen:</p> <p><i>„Nunmehr wurde in Abstimmung mit den Konsortialpartnern RLB Oberösterreich und Raiffeisen Leasing folgendes Verhandlungsmandat abgestimmt:</i></p> <p><i>Variante 1</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Reduktion des Mietentgeltes auf bis zu EURO 9,5 pro m² Nutzfläche zuzüglich Betriebskosten und Umsatzsteuer;</i> - <i>Genereller Kündigungsverzicht auf 15 Jahre</i> <p><i>Variante 2:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Mietentgelt EURO 9.9 pro m²Nutzfläche zuzüglich Betriebskosten und Umsatzsteuer;</i> - <i>Dotierung eines einmaligen Betrages von EURO 700.000 zu Gunsten der Finanz bzw. allenfalls namhaft gemachter Dritter.“</i> <p>Anmerkung: Es wäre also auch ein Mietvertragsabschluss zu einem günstigeren Quadratmeterpreis, nämlich € 9,5 möglich gewesen. Deshalb ergibt sich der Verdacht, dass ein höherer Quadratmeterpreis zu Lasten des BMF für eine eventuelle Bestechungszahlung akzeptiert werden sollte.</p> <p>Hochgerechnet auf 15 Jahre ergibt sich durch einen um € 0,40/m² höheren Preis ein Schaden in der Höhe von € 1.141.827,12.</p> <p>WAILZER sagt in seiner BV vom 11.10.2011 zu den 700.000, dass damit seitens des Vermieters typische Mieterinvestitionen finanziert wurden, beispielsweise die Kosten für ein Zutritts- und Kontrollsystem. Er selbst habe den Aktenvermerk verfasst, findet aber die Formulierung mit heutigem Wissensstand mehr als ungewöhnlich. Außerdem meint er, dass der Zusatz von GRUBER adaptiert wurde.</p> <p>PIPAL sagt in seiner vom ZV vom 18.10.2011, dass er sich eine derartige Gegenrechnung nicht vorstellen könne. Zusätzliche Ausstattungskosten seien nämlich mit der mietzinsfreien Zeit gegengerechnet worden, und außerdem müsste eine derartige Abmachung im Mietvertrag stehen.</p> 	<p>BT2, BMJ, F05, 15 .L-a, 29.T, S.107;</p> <p>BT2, BMJ, F05, 4. .L-a, 145.T, S.5;</p> <p>Wailzer BV:</p> <p>BT2, BMJ, F05, 11 .L-a, 17.T, S.6</p>
22.12.2005 , 17:33	<p>Notiz von Harald PALLAUSCH über ein Telefonat mit PIPAL um 13:30:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>„ Es soll ein „Lustsog“ in Richtung Übersiedlung entstehen. Ohne Unterschrift von allen Vorständen erscheint das Projekt nicht realistisch, die schriftliche Zustimmung ist Vorgabe von KHG</i> • <i>Er sieht es als Beginn des Wahlkampfes (...)</i> 	<p>BT2, BMJ, F05, 15 .L-a, 29.T, S.374</p>

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Bisherige Gespräche mit SCHARINGER waren KHG egal und wurden vom Tisch gewischt (...)</i> • <i>Auch die Verkehrsfragen von heute sind nur Vorwand und eigentlich kein Thema für Finanzminister (...)</i> 	
10.1.2006	<p>Email von Harald PALLAUSCH (Leitung Baumanagement bei der Raiffeisen) an Karlheinz SANDLER u.a. zu einem informellen Telefonat mit DI PIPAL:</p> <p><i>„Informelles Telefonat mit DI Pipal von soeben:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Rundreisetermin für die Einholung der schriftlichen Zustimmung der Vorstände gibt es noch nicht: Vorgesehen war diese Woche, aber es soll der Generalsekretär mitfahren, und mit diesem war eine Terminabstimmung noch nicht möglich.</i> • <i>Zahlung: Das Thema ist für ihn völlig neu. Das einzige, was es sich vorstellen könnte, ist, dass sich die Vorstände und der Regionalmanager ein „Coaching“ erwarten. D.h. psychologische und fachliche Unterstützung des Übersiedlungsthemas durch Fachleute, Präsentationen für alle Mitarbeiter bzw. zumindest die oberen Ebenen. Falls wir dies aufgreifen wollen und derartige Kosten übernehmen wollen, wäre wahrscheinlich der Regionalmanager für ÖÖ, ein Herr ?Woissetschläger? der erste Ansprechpartner und müsste dies mit den Vorsänden abstimmen. Wir sollten aber in jedem Fall juristisch abklären, dass diese Unterstützung nicht falsch ausgelegt werden kann.“</i> <p>Anmerkung: Anscheinend war im Jänner 2006 ein „Rundreisetermin“ durch Verantwortliche des BMF zu den Vorständen der betroffenen Dienststellenleiter geplant, um Überzeugungsarbeit zu leisten.</p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.179
11.1.2006	<p>Email von Karlheinz SANDLER an Erwin STEIGER u.a. (alle Raiffeisen) über ein Telefonat mit Mag. HRAB von der Raiffeisen Linz:</p> <p><i>„GD SCHARINGER hat ihm am 9.1. mitgeteilt, dass er mit Dr. QUANTSCHNIG gesprochen hat – aus dessen Sicht ist alles auf Schiene – er wird dann noch mit Hr. BM GRASSER sprechen, um diese zu verifizieren (...)</i></p> <p>Und weiter:</p> <p><i>„ÖBB-Grundstückskaufvertrag: diesbezüglich gab es eine Irritation seitens Mag. TRATTNER – dieser war über den Verkauf unzureichend informiert; GD HUBER hat ihn aber in der Zwischenzeit entsprechend „aufgeklärt““</i></p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.373
18.1.2006	Besprechung „terminal tower“:	BT2,BMJ,F05,15

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<p>„Zwischen 23. Und 27.1.2006 soll durch Dr. QUANTSCHNIGG die Aufbereitung des Antrages an Minister GRASSER in Abstimmung mit den Leitern des Finanzamtes erfolgen. In der Woche bis 03.02.2006 soll die Genehmigung von Minister GRASSER vorliegen.“</p> <p>Und zum Mietpreis:</p> <p>„Aus heutiger Sicht bleibt die Miete mit der Finanz mit € 9,90 bzw. € 9,96 unverändert. Sollte seitens Finanz eine Reduktion gewünscht werden, soll z.B. ein Monat mietfrei anstatt einer Reduzierung der m²-Miete angeboten werden.“</p>	.L-a,29.T,S.426
31.1.2006	<p>Handschriftliche Notiz von WAILZER:</p> <p>„GRASSER – PLECH OK.“</p> <p>Die Ermittler sehen darin die Involvierung PLECHS und sein Naheverhältnis zu GRASSER bestätigt.</p>	<p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.453;</p> <p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.24</p>
1.2.2006	<p>E-Mail von Karlheinz SANDLER an 5 Kollegen bei der Raiffeisen, in dem er über kürzlich geführte Gespräche und Telefonate mit HUBER und PÖCHHACKER informiert:</p> <p>„Gesprächsinhalte mit Mag. Huber/ÖBB-GD von gestern abends und Tel. mit GD Pöchhacker/Porr von heute mittags:</p> <p>Seitens der BIG wurde ein Alternativstandort in Linz angeboten – eine Baugenehmigung für diesen Standort wird aber ca. 2 Jahre dauern – lt. Bgmst. Dobusch: daher keine Bedrohung für unseren Standort.</p> <p>Es gab Gespräche zw. Pöchhacker und Hr. Plech (=AR-Vorsitzender der BIG) und Intimus von KHG, die ganz gut gelaufen sind –</p> <p>lt. Pöchhacker rechnet er mit einer baldigen positiven Entscheidung des Fin.Min. für unseren Standort –</p> <p>Es gibt einen internen angeblich letzten Abstimmungstermin zw. Quantschnigg und Fin.Min. KHG am 13.2.d.J. – dann sollte eigentlich alles klar sein!</p> <p>Mfg</p> <p>K.Sandler</p> <p>P.S.: bitte diese Infos vertraulich behandeln !“</p> <p>Anmerkung: Aus dieser Mail lässt sich die Beteiligung Ernst PLECHS ablesen, der ja von Karl-Heinz GRASSER in den Aufsichtsrat der BIG</p>	<p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.176</p>

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	reklamiert wurde und anscheinend Gespräche mit PÖCHHACKER führte. Siehe dazu auch die Aussage HUBERS zu Provisionsforderungen (Treffen im Spätsommer 2005)	
3.2.2006	Schreiben von SCHARINGER an QUANTSCHNIG: Er habe mit Bgm. DOBUSCH telefoniert und dieser habe bestätigt, dass die Genehmigung für das Konkurrenzprojekt der BIG in der Sonnensteinstraße 2 Jahre dauert und dass er diese Zeit auch gegenüber dem BMF so bestätigen würde. (siehe dazu auch Email vom 16.2.2006) Zuzüglich 2 Jahren Bauzeit würde das also 4 Jahre ergeben, wohingegen der Bahnhofsturm bereits Ende 2007 bezugsfertig wäre.	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.431
13.2.2006, 9:23	Email von Martin MAREICH an Dietmar MITTEREGGER, GERHARD PIPAL (alle BMF) mit Informationen von Hubert WOISCHITZSCHLÄGER: <i>„Eine Abfrage unter den anwesenden Arbeitnehmervertretern (...) ergab folgendes Bild: Finanzamt Linz: 80% gegen Terminal Tower Finanzamt Urfahr: 80% gegen Terminal Tower Zollamt Linz: 50 % gegen Terminal Tower Damit wurde die Einschätzung der Vorstände, die in diversen Besprechungen artikuliert wurde, eindrucksvoll bestätigt. Die Stimmung der Großbetriebsprüfung Linz gegen den Terminal Tower wurde vom Leiter der GBP mit rund 70% bis 80% geschätzt (entspricht auch annähernd meiner Einschätzung von rd. 60% bis 70%).“</i> Siehe dazu auch die Stellungnahme der Vorstände der Linzer Finanzdienststellen und der Personalvertretung zum Projekt Terminal Tower: <i>„Aus unserer Sicht stellt das Projekt „Terminal Tower“ keine vernünftige, wirtschaftliche Alternative zur gegenwärtigen Raumsituation dar.“</i>	BT2,BMJ,F05,4. L-a,145.T,S.439; Stellungnahme: BT2,BMJ,F05,4. L-a,145.T,S.468
15.2.2006	Konsortialsitzung „terminal tower“ Im Protokoll steht zum Thema Vermietung an die Finanz: <i>„Am 13. Februar 2006 fand eine interne Besprechung im Finanzministerium statt (Teilnehmer: QUANTSCHNIGG, PIPAL, SVOBODA, MALREICH, Ministersekretär). An den Finanzminister wurde ein Schreiben herangetragen, dass die Belegschaft zu 80% gegen den „terminal tower“ ist. Es wurde jedoch in dieser</i>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.94; BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.5; Tagesordnung: BT2,BMJ,F05,15

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<p><i>Besprechung der Beschluss gefasst, das Projekt „terminal tower“ bis 28. Februar 2006 unter nachstehenden Prämissen zu finalisieren.</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <i>Schreiben der Stadt Linz an Bundesministerium für Finanzen, dass ein Baubeginn beim möglichen Projekt Sonnensteinstraße kurzfristig (mögliche Dauer bis zu zwei Jahren) nicht möglich ist.</i> 2. <i>Die Wirtschaftlichkeit sich für die Finanz verbessert, also ein entsprechender Mietnachlass noch gewährt wird.</i> <p><i>Am 21. Februar 2006 findet um 16:00 im Finanzministerium eine Besprechung und Klärung der angeführten Punkte mit DI PIPAL statt.“</i></p> <p>Anmerkung zum Schreiben der Stadt Linz: Es besteht also der Verdacht, dass die Projektverantwortlichen der Terminal Tower die Stadt Linz zur Erstellung eines derartigen Schreibens gedrängt haben, um die Realisierung des Konkurrenzprojektes der BIG in der Sonnensteinstraße zu verhindern bzw. zu verzögern.</p> <p>Als Maximal-Nachlass werden im Protokoll 2 Varianten angeführt:</p> <p>Variante 1: mietfreie Zeit von maximal 7,4 Monate bei einer Nettomiete von € 9,90/m²</p> <p>Variante 2: Senkung des Preises auf € 9,50/m²</p> <p>Aus den Notizen auf einer Tagesordnung der Sitzung ergibt sich der damalige Verhandlungsstand:</p> <p><i>„80% der Belegschaft gegen Standort T.T.</i></p> <p><i>Brief v. BIG an Finanz, daß zeitmäßig nicht ausgeht</i></p> <p><i>Brief von Gem. an Finanz innerh. 1-2 Jahre keine Genehmigung möglich ist.</i></p> <p><i>Nachlaß wird erwartet</i></p> <p><i>-> Miete: Letztstand € 9,90, 15 Jahre alles!“</i></p> <p>Auf handschriftlichen Notizen zu dieser Sitzung, beschlagnahmt bei der Real Treuhand, findet sich ebenfalls ein Vermerk:</p> <p><i>„Stadt Linz Schreiben an Finanz Qua (QUANTSCHNIGG, Anm.)</i></p> <p><i>BIG (STADLHUBER) an Finanz Schreiben</i></p> <p><i>kann in dieser Zeit nicht umgesetzt werden.“</i></p>	<p>.L-a,29.T,S.278; handschriftl. Notizen: BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.424</p>
16.2.2006	<p>Email von Walter LINDINGER-PESENDORFER (Real Treuhand) an HRAB, in dem er ihn ersucht, bei Bgm. DOBUSCH zu intervenieren, damit er einen langen Zeitraum für die Baubewilligung des Konkurrenzprojektes der BIG in der Sonnensteinstraße angibt:</p>	<p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.430</p>

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<p><i>„Finanz:</i></p> <p><i>Die Finanz hat nun von der BIG einen Brief erhalten, wo angeboten wird, dass das Projekt Linz, Sonnensteinstraße bis Ende 2006 baubewilligt ist und bis September 2009 das Gebäude bezugsfertig ist.</i></p> <p><i>Die Finanz wird umgehend eine Anfrage – wie besprochen – an Bgm. Dobusch hinsichtlich der zu erwartenden Bewilligungsfrist senden.</i></p> <p><i>Wichtig ist, dass Bgm. Dobusch umgehend antwortet und am besten als Zeit mind. 24 Monate bis zur Baubewilligung angibt. Je länger desto besser. (Ev. sollten wir da nochmals bei Bgm. Dobusch intervenieren).</i></p> <p><i>Die Finanz wird dann die Fristen bewerten und entscheiden ob sie so lange warten werden.“</i></p>	
21.2.2006	<p>Aktenvermerk PORR von Josef WAILZER zu einer Besprechung mit PIPAL u.a.:</p> <p><i>„Ausgehend vom Letztangebot mit einer monatlichen Miete pro m² netto von EURO 9.96 zuzüglich Betriebskosten und Umsatzsteuer wird nach langen und zähen Verhandlungen folgendes Ergebnis erzielt:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Basierend auf einer Mietfläche von 15.745 m² beträgt die monatliche m² Miete EURO 9,90 zuzüglich Betriebskosten und Umsatzsteuer</i> <p><i>(...)</i></p> <p><i>Weitere Vorgangsweise: 28.2.2006 Finalabstimmung bzw. Freigabe durch Dr. QUANTSCHNIG</i></p> <p><i>Danach- in unmittelbarem Anschluss Termin mit Finanzminister GRASSER und Unterschrift des Vertrages.</i></p> <p><i>Abschließend ersucht Herr DI PIPAL die Besprechungsteilnehmer unter den jeweiligen Partnern zu kommunizieren, dass allfällige Versuche der Finanz (Finanzminister GRASSER) einer weiteren Reduktion der Miete zu erreichen, freundlich aber bestimmt abzulehnen sind und auf das Verhandlungsergebnis mit DI PIPAL und Dr. WINDISCH zu verweisen ist“.</i></p> <p>Anmerkung: Laut dem Aktenvermerk vom 22.12.2005 gab es auch ein Angebot um € 9,5/m². Warum der Vertrag trotzdem mit einem</p>	<p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.110;</p> <p>Fax:</p> <p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.111;</p> <p>handschriftl. Notizen:</p> <p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.355 und S. 371;</p> <p>6.BV Pöchhacker:</p> <p>BT2,BMI,F07,5. L-a,933.T</p>

Anhang A

A.2.6 BUWOG – Terminal Tower - Vergabe

	<p>Quadratmeterpreis von 9,9/m² abgeschlossen wurde, ist unklar.</p> <p>Zu dieser Besprechung gibt es auch zwei handschriftliche Notizen, die bei der Raiffeisen beschlagnahmt wurden. Auf einer davon findet sich ein Vermerk, dass GRASSER letztlich Entscheidungsträger sei:</p> <p><i>„Lt. PIPAL; Die Unterlagen sind KHG vorzulegen, Minister trifft Entscheidung! (Er hat kein Povoir)“</i></p> <p>Zu den Porr-Aktenvermerken und PÖCHHACKERS Rolle:</p> <p>In seiner BV vom 6.12.2001 erklärt PÖCHHACKER, dass er keinerlei operative Tätigkeit ausgeführt und weder die Aktenvermerke noch die 3 Rechnungen gesehen habe. PÖCHHACKER war jedoch in sämtlichen Aktenvermerken zu den Mietpreisverhandlungen im Verteiler und bekam diesen AV am 22.2.2005 nachweislich per Fax übermittelt.</p>	
22.2.2006	Email von Gerhard PIPAL an Martin MAREICH und Dietmar MITTEREGGER (alle BMF) mit dem von der PORR bestätigten Verhandlungsergebnis. Der ausgehandelte Quadratmeterpreis: € 9,90.	BT2,BMJ,F05,4. .L-a,145.T,S.441
1.3.2006	<p>Email von Karlheinz SANDLER an Erwin Steiger u.a. (alle Raiffeisen) zu diversen Telefonaten, die er geführt hat.</p> <p>u.a. am 28.2.2006 mit Mag. GRUBER: <i>„Laut Finanzministerium (Herrn PIPAL) gibt es nun eine Zustimmung von Herrn QUANTSCHNIGG und offenbar auch von Herrn Bundesminister GRASSER, sodass wir in Kürze grünes Licht bekommen werden.“</i></p> <p>Ein anderes Telefonat mit Hr. HRAB von der Real Treuhand Linz: <i>„Es gibt noch ein Störmanöver seitens eines offenbar vorgeschobenen politische Gegners für unseren Standort = es soll eine parlamentarische Anfrage eines NR-Abgeordneten an BM GRASSER in dieser Sache geben; GD SCHARINGER wurde gebeten diesbezüglich hilfreich zu intervenieren.“</i></p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.174
6.3.2006	Kaufvertrag: „terminal tower“ erwirbt Liegenschaft von der ÖBB	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.71
16.3.2006	Aktenvermerk PORR von Josef WAILZER, ergeht an PÖCHHACKER: Details des Finanzierungsangebotes	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.104
29.3.2006	Unterzeichnung des Mietvertrags Zwischen terminal tower und Republik Österreich (BMF), auf BMF-Seite unterzeichnet durch Peter	BT2,BMJ,F05,4. .L-a,145.T,S.472;

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	<p>QUANTSCHNIGG.</p> <p>Quadratmeterpreis: € 9,90. Kündigungsverzicht: 15 Jahre. 4 Monate Mietzinsfreistellung.</p> <p>Im 1. Nachtrag zum Mietvertrag vom 8.5.2007 wird die Mietzinsfreistellung auf 1 Monat verkürzt.</p>	<p>Nachtrag:</p> <p>BT2,BMI,F07,5. L-a,874.T,S.9</p>
3.4.2006	Unterzeichnung des Mietvertrages zwischen „terminal tower“ und der Pensionsversicherungsanstalt	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.112
6.4.2006	Email von Michael VELICKY an Harald PALLAUSCH u.a. (alle Raiffeisen), in der von einem „erfolgsabhängigen Entgelt“ die Rede ist.	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.357
19.4.2006	Aktenvermerk PORR von Josef WAILZER, ergeht an PÖCHHACKER: übermittelt nach dem geführten Telefonat die finalisierten Finanzierungskonditionen	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.105
8.5.2006	Nachtrag zum Mietvertrag	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.349
14.7.2006, 11:30	<p>Email von Erwin STEIGER (Raiffeisen) an Peter ENGERT (Raiffeisen) u.a. mit dem Mietvertrag terminal tower – Pensionsversicherungsanstalt:</p> <p><i>„In der Beilage die Bestätigung zur Rechtskraft des Mietvertrages mit der PVA !!!!!!!</i></p> <p><i>Somit ist jetzt wirklich alles wasserdicht !!!</i></p> <p><i>Mit dieser erfreulichen Nachricht empfehle ich mich in den Urlaub,</i></p> <p><i>Ig</i></p> <p><i>Erwin STEIGER“</i></p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.169
28.12.2006	Kauf- und Abtretungsvertrag: PORR Solutions überträgt ihren Geschäftsanteil an der Projektgesellschaft an die beiden anderen Vertragspartner	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.43
10.3.2010	Auch die interne Revision des BMF äußert zahlreiche Kritikpunkte in Zusammenhang mit dem Terminal Tower, u.a. mangelnde Dokumentation, Verhandlungen nur mit einem Anbieter, keine Nachvollziehbarkeit der Preisgestaltung etc.	BT2,BMI,F07,5. L-a,516.T,S.1

A.2.7. Terminal Tower – Die Geldflüsse

**Faktum 1 : Rechnung über € 25.000 für ungarische Autobahnen, Astropolis an PORR Holding:
Regenjacken fürs BZÖ**

2.11.2005	<p>Rechnung Nr. 021105 von Astropolis an PORR Holding, Generaldirektor Horst PÖCHHACKER: <i>„Für Beratungsleistungen „Ungarische Autobahnen“ in den Monaten August 05 bis Oktober 05 stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung: € 25.000“</i></p> <p>Auf der Rechnung findet sich ein Vermerk „anweisen lassen“ vom damaligen Generaldirektor PÖCHHACKER (siehe email Annemarie SODOMA) und ein anderer Vermerk: <i>„lt. RS mit Hr. HATZL am 22.11.05 erfolgt die Zahlung v. Fa. PTU“</i></p> <p>Peter HATZL (Prokurist der PORR, PORR Technobau, PORR Hochbau AG und PORR Solutions; Abteilung Bilanzierung) dazu in seiner BV vom 4.5.2010:</p> <p><i>„Ich habe auf Grund des Rechnungstextes „Ungarische Autobahnen“ festgestellt, dass die Rechnung inhaltlich nicht die PORR AG sondern die PORR Technobau betrifft, da es sich um ein Projekt der PTU handelt. Die Rechnung wurde dann von der Kasse überwiesen.“</i></p> <p>PÖCHHACKER in seiner BV vom 24.2.2010: Die Leistung war die „Herstellung der Gesprächsbereitschaft mit den ungarischen Gesprächspartnern“:</p> <p><i>„Es war bekannt, dass Hochegger im Ausland Verbindungen hat und wir hatten in der Abrechnung mit der ungarischen Autobahnverwaltung bzw. dem ungarischen Verkehrsministerium im Jahre 2005 Probleme. Es ging dabei um mehrere Millionen Euro, die uns zustanden, aber es gab eine schlechte Gesprächsbasis zwischen Bauherren und dem Auftragnehmer Porr. Durch die Kontakte zu Hochegger hat sich das dann gebessert und deshalb gab es dann die Verrechnung mit Hochegger in Höhe von 25.000.- Euro. Ich nehme an, dass jemand von der Porr an Hochegger oder Meischberger herangetreten ist und durch Ausnützung seiner Kontakte ist dann eine Gesprächsbereitschaft entstanden. Durch die Zahlung wurde bewirkt, dass plötzlich wie angeführt eine Gesprächsbereitschaft entstanden ist, und als dann die Rechnung gekommen ist, habe ich diese abgezeichnet. Ich war wie gesagt nicht operativ tätig und kann nicht angeben, wer mit wem verhandelt hat. Manchmal muss man einfach daran glauben, dass jemand durch Kontakte etwas bewirkt hat.“</i></p>	<p>BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.65;</p> <p>BV HATZL:</p> <p>BT2,BMJ,F05,4. L-a,44.T,S.7;</p> <p>Grafik:</p> <p>BT2,BMJ,F05,4. L-a,55.T,S.57;</p> <p>BV Pöchhacker:</p> <p>BT2,BMI,F07,5. L-a,257.T;</p> <p>BV Hochegger:</p> <p>BT2,BMJ,F05,4. L-a,205.T</p>
-----------	---	---

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	<p>HOCHEGGER sagt in seiner BV vom 28.10.2011, dass mit diesen € 25.000 Regenjacken für einen BZÖ-Wahlkampf gekauft wurden.</p> <p><i>„WM trat ca. 2 bis 3 Monate vor Erstellung der Rechnung der Astropolis an die Porr glaublich telefonisch an mich heran und sagte mir, dass jemand an ihn herangetreten wäre, dass die Fa. Porr bereit wäre, 25.000,- Euro für den Wahlkampf in Vorarlberg zu bezahlen. Auf Befragung gebe ich an, dass ich nicht mehr genau weiß, ob bei diesem Gespräch auch schon der Name Pöchhacker genannt wurde, nehme es aber an. Ich kannte jedenfalls Pöchhacker zu diesem Zeitpunkt noch nicht.</i></p> <p><i>Ergebnis dieses Gespräches war schließlich ein Treffen mit Arno Eccher im Kur-Cafe Oberlaa am Neuen Markt in Wien. Dort sind meiner Erinnerung nach die Eckpunkte dieses Geschäftes besprochen worden. Ich gehe davon aus, dass damals Eccher gewusst hat, dass die Porr 25.000.- Euro zur Verfügung stellen wird.</i></p> <p><i>Ich glaube, dass schon vor dem Treffen mit meinem Gesprächspartner abgesprochen war, dass für das Geld Regenjacken angekauft werden sollten. Beim Gespräch selbst ging es dann hauptsächlich um die Abrechnung und die Lieferung.“</i></p> <p>Damit konfrontiert, sagt PÖCHHACKER in seiner BV vom 6.12.2011: <i>„Regenjacken des BZÖ waren mit mir nie ein Thema.“</i></p> <p>Es konnten keine Unterlagen zum Leistungsgegenstand gefunden werden. Lediglich von Regenjacken weiß Gerhard DINGLER, Landesgeschäftsführer der FPÖ Vorarlberg, in seiner ZV vom 22.2.2012 zu berichten:</p> <p><i>„Dazu weiß ich grundsätzlich nichts. Ich kann aber angeben, dass ich vermutlich von Gabriele KRÖLL-MAIER kontaktiert wurde, ob ich Verwendung für Regenjacken hätte oder eine Idee hätte was mit solchen gemacht werden könnte. (...) Ich weiß auch nicht mehr wie das ganze weitergegangen ist, jedenfalls habe ich offensichtlich einer Lieferung der Jacken an meine Adresse zugestimmt und die Ware wurde dann auch geliefert und in einer meiner Lagerhallen in Frastanz, Am Damm 20, eingelagert. (...)</i></p> <p><i>Dann passierte sicherlich einige Zeit gar nichts. Ich habe dann die Paletten auf 2 Paletten zusammengeschichtet. Die Jacken befanden sich in Kartons, ich weiß auch nicht ob ein oder zwei Kartons offen</i></p>	
--	--	--

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	<p>waren, ich habe auch gesehen dass sich Jacken darin befanden, ich kann heute nicht mehr sagen welche Farbe die Jacken hatten, wahrscheinlich waren sie orange.</p> <p>Nach ein paar Monaten wollte ich die Jacken loswerden und habe dann KRÖLL-MAIER oder GORBACH, wen genau weiß ich nicht, gefragt was mit den Jacken passieren soll. Nachdem die Reaktion eher die war – lass mich damit in Ruhe bzw. interessiert mich nicht – habe ich nicht mehr weiter nachgefragt und war für mich klar, die Jacken bzw. das mir im Weg stehende Material zu entsorgen.</p> <p>Ich habe in der Folge bei jeder Gelegenheit Jacken in nicht volle Müllcontainer im Hof meines Anwesens geschmissen. Dazu muss ich angeben, dass es sich bei dem Objekt, in dem ich wohne, um ein ehemaliges Firmengebäude handelt, in welchem verschiedene Firmen eingemietet sind. Es dauerte einige Monate, bis ich sämtliche Jacken entsorgt hatte, die letzten ca. 10-15 Pakete habe ich dann in einer Tranche zu einem Entsorger gebracht.“</p>	
24.11.2005	Geld trifft bei der Astropolis ein	BT2,BMJ,F05,4. L-a,55.T,S.50

Faktum 2: Rechnung über € 200.000 für „betreffend Rumänien erbrachte Leistungen“, Astropolis an PORR Solutions

16.12.2005	<p>Vereinbarung Astropolis – Porr Solutions für „Erstellung einer Studie zur bestmöglichen Vorgangsweise bei der Evaluierung der neuen Märkte in Hinblick auf beabsichtigte Projektentwicklungen insbesondere im Bereich Büro-, Hotel-, Logistik- und Einkaufszentrenimmobilien“ gegen ein Honorar von € 200.000</p> <p>Auffällig dabei:</p> <p>1.) die Vereinbarung ist seitens der Porr nicht unterzeichnet.</p> <p>2.) die Unterschrift HOCHEGGERS wurde vermutlich elektronisch eingefügt</p> <p>3.) laut Punkt 3 der Vereinbarung wären 25% der Summe sofort fällig gewesen. Die Überweisung erfolgte jedoch erst mehr als 2 Jahre später.</p> <p>4.) unter Punkt 4 sind als Auftragsdauer 2 Monate angegeben, danach endet der Vertrag ohne gesonderte Kündigung. Trotzdem</p>	<p>BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.76;</p> <p>Ermittlungen: BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.31;</p> <p>BV Gruber 13.3.2012: BT2,BMI,F07,6. L-a,33.T,S.3</p>
------------	---	---

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	<p>wird erst 2 Jahre später eine Rechnung gelegt.</p> <p>Friedrich GRUBER sagt in seiner BV vom 13.3.2012, dass WAILZER diese Vereinbarung entworfen und mit ihm und PÖCHHACKER abgestimmt habe.</p> <p><i>„Ich wurde dann von GD Pöchhacker beauftragt, dieses Thema in der Form abzuwickeln, dass wir eine Marktstudie für Rumänien in Auftrag geben sollten. Dies habe ich dann so an Mag. Wailzer weitergegeben. Mir war natürlich klar, dass diese Studie auch dazu diene, das Thema Terminal Tower Linz im Sinne der Gespräche und Vorgaben von GD Pöchhacker zu erledigen.“</i></p>	
9.11.2006	<p>Handschriftliche Notizen von Josef WAILZER: Anscheinend wurde er an diesem Tag über eine Zahlung für MEISCHBERGER in der Höhe von € 100.000 informiert:</p> <p><i>„TT-Linz -> MEISCHBERGER 100.000,- Lobbying“</i></p>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.452
29.11.2006 , 9:48	<p>E-Mail von Josef WAILZER (Porr) an Erwin STEIGER (Raiffeisen) und W. LINDINGER (Real-Treuhand), Betreff: Meischberger – streng vertraulich:</p> <p><i>„Sehr geehrte Herren,</i></p> <p><i>wie gestern bereits auch telefonisch besprochen wurde ich seitens unserer Generaldirektion informiert, dass als Ergebnis des Mietvertrages mit der Finanz eine Vermittlungsprovision an Herrn Meischberger in Höhe von EUR 200.000.- zu zahlen sei. EUR 100.000.- sollen de facto noch 2006 fließen, die weiteren EUR 100.000.- mit Einzug der Finanz in den TT. Dies sei auch bereits dem Grunde nach der GF RL und Vorstand RLB OÖ bekannt. Die Verrechnung soll über eine zypriotische Consultinggesellschaft erfolgen. Meines Erachtens müsste jedenfalls ein Auftragsverhältnis seitens der TT KEG mit dieser Gesellschaft dargestellt werden.</i></p> <p><i>Mit der Bitte um interne Abstimmung um in unserer nächsten Sitzung die erforderlichen Maßnahmen setzen zu können.</i></p> <p><i>mit freundlichen Grüßen</i></p> <p><i>Mag. Josef Wailzer“</i></p> <p>Anmerkung der Ermittler: Dieses Mail macht deutlich, dass Porr an Astropolis zahlte und den Betrag anschließend in die Projektgesellschaft weiterverrechnete. Bei einer Hausdurchsuchung bei der PORR Solutions konnte dieses Mail</p>	<p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.168;</p> <p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.8;</p> <p>BV Wailzer 11.10.2011:</p> <p>BT2,BMJ,F05,11 .L-a,17.T;</p> <p>BV Wailzer 24.1.2012:</p> <p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,39.T,S.3</p>

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	<p>nicht gefunden werden – es wurde vermutlich vernichtet. Gefunden wurde es schließlich bei der Raiffeisen Leasing.</p> <p>In seiner BV vom 11.10.2011 bestätigt WAILZER, dass er € 200.000 ins Projektbudget für Marketingkosten aufgenommen hat (siehe 4.5.2007), verschwieg jedoch, dass bereits zu diesem Zeitpunkt Walter MEISCHBERGER als Zahlungsempfänger genannt wurde.</p> <p><i>„Ich wurde angewiesen, die EUR 200.000.- als Bestandteil des Projektbudgets unterzubringen. Das einzige, was ich noch ergänzend anführen kann, dass der Vorschlag von der Raiffeisen Leasing oder der Real Treuhand kam, dass man als Leistung den Passus für die Unterstützung bei Optimierung der Finanzierung anführen könnte. Dies sollte der Leistungsgegenstand sein. Bei uns auf der „operativen Ebene“ war nicht bekannt, dass es sich beim gegenständlichen Betrag um eine Provision oder was auch immer handeln würde.</i></p> <p><i>Dem Projektteam war bekannt, dass es sich bei den EUR 200.000.- um keine mit dem Projekt in Zusammenhang stehende Leistung gehandelt hat. Es wurde vermutet, dass es sich um eine Provisionszahlung für das Zusammenkommen der Mietverträge handeln würde. Auf Befragen, wann ich definitiv erfahren habe, dass Plech oder Meischberger mit der Sache zu tun haben, gebe ich an, dass ich das zeitlich nicht mehr zuordnen kann.“</i></p> <p>Befragt zu der Email sagt WAILZER in seiner BV vom 24.1.2012, dass er gemeinsam mit GRUBER einen Termin bei PÖCHHACKER hatte.</p> <p><i>„Wir, GRUBER und ich, wurden damals von GD PÖCHHACKER aufgefordert uns zu überlegen, unter welchem Budgettitel man das aufnimmt. Auf Nachfrage, Ob PÖCHHACKER damals gesagt hat, für wen dieser Betrag sei, gebe ich an, dass er entweder MEISCHBERGER oder HOCHEGGER genannt hat und es sei für das Zustandekommen des Mitvertrages mit der Finanz.“</i></p> <p>Bei einem späteren Gespräch mit GRUBER sagt ihm dieser, dass ihn die Angelegenheit nicht zu kümmern habe. WAILZER hat gegenständliche Email zu seiner eigenen Absicherung verfasst.</p> <p>Friedrich GRUBER sagt in seiner BV vom 27.1.2012, er habe auf Anordnung PÖCHHACKERs gehandelt.</p>	
29.11.2006	Walter LINDINGER-PESENDORFER leitet WAILZERs Email an Eduard	BT2, BMJ, F05, 15

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

,10:20	HRAB weiter: <i>„Hallo Edi, in der Weiterleitung eine interessante Information. Ist das in der RLB wirklich abgestimmt? (...)“</i>	.L-a,44.T,S.9
29.11.2006 ,10:24	Antwort HRAB an LINDINGER-PESENDORFER: <i>„mir nicht bekannt. ich werde mich erkundigen.“</i>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,44.T,S.11
30.11.2006 ,14:28	Antwort von Erwin STEIGER an 3 Empfänger bei der Raiffeisen: <i>„zur info, dazu weiß ich nur, daß es Gespräche gegeben hat, in die die PORR-GD involviert war. Honorarforderungen des Hrn. Meischberger – und noch dazu in dieser Höhe – waren mir bis zu diesem mail unbekannt. Meiner Meinung sollte sich das schon die PORR mit dem Hrn. Meischberger ausmachen! Gibt es dazu noch Infos? bitte um Rücksprache, danke, Erwin“</i>	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.168
23.02.2007	Rechnung Nr. 230207 von Astropolis an Porr Solutions: <i>„Entsprechend unserer Vereinbarung vom 16. Dezember 2005 stellen wir Ihnen für die betreffend Rumänien erbrachten Leistungen das vereinbarte Honorar in Rechnung: € 200.000.“</i> Laut HOCHEGGERS Selbstanzeige vom 24.9.2009 war sein Anteil € 20.000, die restlichen € 180.000 sind MEISCHBERGER zuzurechnen. MEISCHBERGER sagt in seiner BV vom 14.3.2012, dass er die Beratungsleistungen, für die er diese Summe erhalten hat, an die UBS, eine Tochterfirma der PORR, geliefert hat. Thema war die ungarische M7 Autobahn. Dabei gibt es 2 Fehler: 1.) Die Tochterfirma der Porr heißt UBM. 2.) Die Autobahn ist die M6 und nicht die M7. Die von GRASSER empfohlene Recherche (siehe TÜ-Protokoll vom 2.1.2010) dürfte also nicht viel geholfen haben. Bei einer Durchsuchung bei UBM wurde keine Studie über ungarische Autobahnen gefunden.	BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.64; Selbstanzeige: BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.81; Marktbericht: BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.127; Meischbergers Irrtümer: BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.26; BT2,BMJ,F05,4. L-a,47.T,S.215; TÜ-Protokoll: BT2,BMJ,F02,2. L-a,933.T,S.28

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	<p>PÖCHHACKER in seiner BV vom 6.12.2011, die Porr habe am 16.2.2005 eine Marktstudie über die Chancen der Porr-Solutions in Rumänien beauftragt. Der Bericht wurde im November 2006 geliefert.</p> <p>Bei einer Durchsichtung bei der PORR wurde ein 5-seitiges Dokument „Marktbericht 11/2006“ Rumänien gefunden, ohne Hinweis von wem und wofür dieses erstellt wurde. WAILZER gibt in seiner BV vom 24.1.2012 an, dass er ein Rohkonzept für eine solche Studie entworfen habe:</p> <p><i>„Wer letzten Endes den Vorschlag gemacht hat, dass die 200.000,-- Euro über die Porr Solutions verrechnet werden, weiß ich heute nicht mehr. Ich kann mich aber daran erinnern, dass einige Tage nachdem dieser Entschluss gefasst wurde, Gruber an mich herangetreten ist und von mir ganz dringend ein Konzept für eine Marktstudie benötigte. Ich musste diese Studie sofort beginnen und innerhalb weniger Stunden abgeben. Einen Zusammenhang mit der 200.000,-- Euro Rechnung konnte ich damals noch nicht herstellen bzw. wurde mir dieser nicht genannt. Später habe ich dann erfahren, durch ein Gespräch mit Koll Wachernig, dass mein Rohkonzept der Studie dann für eine Marktstudie für Rumänien durch Wachernig verändert wurde. Ich Nachhinein weiß ich heute, dass diese Marktstudie die Überweisung der 200.000,-- Euro von der Porr Solutions an die Astropolis als Rechnungshintergrund dienen sollte.“</i></p> <p>HOCHEGGER sagt in seinen BVs vom 19.3.2010, 28.10.2011, dass er die Astropolis nur für die Abrechnung bereitgestellt und dafür 10% erhalten hat.</p> <p>WAILZER in seiner BV vom 3.10.2011: Die Vorgangsweise wurde zwischen den Generaldirektoren der Konsortialpartner, also von PÖCHHACKER (Porr), SCHARINGER (RLB) und SANDLER (Raiffeisen) abgestimmt.</p> <p><i>„Befragt, was ich zum heutigen Zeitpunkt darüber angebe: aus heutiger Sicht wurde für eine imaginäre Studie die seitens der Porr zur Verfügung gestellt wurde, ein Honorar im gegenständlichen Betrag an die Fa Astropolis bezahlt und der gleiche Betrag an die Terminal Tower Gesellschaft weiter verrechnet wurde, ohne dass</i></p>	
--	---	--

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	<i>damit eine entsprechende Leistung verbunden war.“</i>	
4.5.2007	<p>Neue Projektkalkulation zum Terminal Tower Linz. Vermarktungs- und Marketingkosten: € 298.000</p> <p>Anmerkung: Während am 2.3.2006, also kurz vor der Unterzeichnung des Mietvertrages mit dem BMF, die Vermarktungskosten noch mit € 50.000 kalkuliert waren, wurden sie nun auf € 298.000 erhöht. Da der Tower zu diesem Zeitpunkt bereits vollständig vermietet war und auch schon im Dezember 2006, also vor Realisierung und Baubeginn an einen Immobilienfonds der RLB OÖ verkauft wurde, ist der Grund für diese Erhöhung nicht nachvollziehbar. Offensichtlich wurden die Kosten für die Zahlung an MEISCHBERGER dort hineingerechnet.</p>	<p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.165; BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.7,</p>
7.5.2007	Geld trifft bei der Astropolis ein	BT2,BMJ,F05,4. L-a,55.T,S.89
31.5.2007	<p>Konsortialsitzung „terminal tower“</p> <p>Zum Thema Wirtschaftlichkeit steht: <i>“Unter dem Punkt 3 wurden 200.000,00 Euro als zusätzliche Kosten der PORR Solution mit aufgenommen.“</i></p> <p>Anmerkung: Es ist also davon auszugehen, dass die Rechnung Thema in der Konsortialsitzung war. Die Zahlung wurde in die Kosten fürs Projekt Terminal Tower aufgenommen und hat daher wohl nichts mit dem Rechnungstext („in Rumänien erbrachte Leistungen“) zu tun. Es besteht der Verdacht, dass die Teilnehmer an dieser Sitzung auch über den wahren Zahlungshintergrund informiert waren.</p> <p>Weiters gibt es einen handschriftlichen Vermerk im „Bautagebuch“ von Harald PFRIEMER, Prokurist der PORR. Am 31.5.2007, also dem Tag der Sitzung, findet sich neben Details zur Baubesprechung auch die Notiz <i>„Meischberger € 200.000“</i></p> <p>In seiner ZV vom 6.10.2011 sagt PFRIEMER, er habe keine Ahnung, was dieser Vermerk zu bedeuten hat und kann sich an keine Gespräche über Zahlungen an die Astropolis erinnern.</p>	<p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.99; BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.5; Bautagebuch: BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.134; ZV Pfriemer: BT2,BMI,F07,5. L-a,860.T</p>
1.6.2007	<p>Handschriftliche Notizen von WAILZER: <i>„Weiterverrechnung f. MEISCHBERGER – TT“</i></p> <p>Die Ermittler schließen daraus, dass WAILZER an diesem Termin mit</p>	<p>BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.454; BT2,BMJ,F05,15</p>

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	seinem Vorgesetzten GRUBER die Weiterverrechnung der Astropolis-Zahlung in die Projektgesellschaft Terminal Tower KEG besprochen hat.	.L-a,29.T,S.25
4.7.2007	Überweisungen von Astropolis: € 180.000 an Omega International und € 25.000 an Mario MADER	BT2,BMJ,F05,4. L-a,55.T,S.93
6.7.2007	Via Omega werden sodann in 3 Tranchen jeweils € 56.980 in bar auf die Konten „Natalie“, „Karin“ und „Walter MEISCHBERGER“ bei der Hypo Investment Bank Liechtenstein AG einbezahlt. Laut HOCHEGGER handelt es sich dabei um den Anteil von Walter MEISCHBERGER abzüglich der Provision für die Omega. Anmerkung der Ermittler laut Ermittlungstagebuch vom 10.1.2012: <i>„Aufgrund der bisherigen Ermittlungsergebnisse steht fest, dass jeweils ein Konto MEISCHBERGER und PLECH zuzurechnen ist. Hinsichtlich des dritten Kontos liegen Indizien vor, welche auf ein Naheverhältnis zu GRASSER hindeuten.“</i>	BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.27; BT2,BMJ,F02,17 .L-a,147.T,S.11
5.11.2007	Kostenrechnung zum Projekt Terminal Tower Unter dem Punkt Vertriebskosten: „Porr Sol.“ Außerdem: Handschriftlicher Vermerk: „Zahlung Porr Sol.“	BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.276
24.9.2009	2. Selbstanzeige HOCHEGGER wegen nicht versteuerten Provisionen. Darin führt er die Rechnung vom 23.2.2007 über € 200.000 an, nicht aber jene vom 2.11.2005 über € 25.000.	BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.79
24.9.2009	2. Selbstanzeige MEISCHBERGER wegen wegen o.g. Rechnung vom 23.2.2007 über € 200.000. Von diesem Betrag wurden sodann € 180.000 auf MEISCHBERGERS Konto in Liechtenstein überwiesen. Die Ermittler merken dazu in einem AV vom 16.1.2012 an, dass ein Drittel der besagten € 180.000 „PLECH zuzurechnen ist und die Selbstanzeige von MEISCHBERGER, der ursprünglich die Verantwortung für die 80% übernahm, diesbezüglich unrichtig ist.“	BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.86; BT2,BMJ,F02,17 .L-a,147.T,S.25

Faktum 3: Rechnung über € 200.000, Porr an terminal tower GmbH

9.7.2007	Rechnung der PORR Solutions an die „terminal tower“ Immobilien GmbH: <i>„Leistungszeitraum: Leistungsbeginn – 31.12.2006. Für die Unterstützung im Zusammenhang mit der Strukturierung der Projektfinanzierung verrechnen wir Ihnen für den Leistungszeitraum</i>	BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.68; Zwischenbericht:
----------	--	--

Anhang A

A.2.7 BUWOG – Terminal Tower – Die Geldflüsse

	<p>bis 31.12.2006 vereinbarungsgemäß wie folgt: pauschal 200.000 zuzüglich 20% USt = € 240.000“</p> <p>Erwin STEIGER, der die Überweisung genehmigt hat, sagt dazu in seiner ZV vom 10.2.2010, die Porr Solutions habe immer auf einen Ausgleich für ihre Tätigkeit bei der Finanzierung gedrängt. Der Betrag ist als Ersatz für die „Strukturierung der Projektfinanzierung“ anzusehen.</p> <p>Anmerkungen der Ermittler laut Zwischenbericht zur Causa Porr vom 19.7.2010:</p> <p>2.) Die Leistungen betreffen das Geschäftsjahr 2006. Die Porr Solutions war von 16.11.2005 bis 26.5.2007, also während des gesamten Leistungszeitraumes, selbst 33%-Gesellschafter der Terminal Tower GmbH, die wiederum alleiniger unbeschränkt haftender Gesellschafter der KEG war. Es erscheint aus ho Sicht die kaufmännische Pflicht eines Mitgesellschafters, zum Wohle der Gesellschaft günstige Finanzierungsbedingungen zu verhandeln, die letztendlich auch allen Gesellschaftern zu Gute kommen.</p> <p>3.) Die angebliche Leistung der Porr Solutions ist weder in Konsortialsitzungsprotokollen dokumentiert, noch liegen sonstige Nachweise vor.</p>	<p>BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.39f.</p>
19.12.2007	Überweisung erfolgt	<p>BT2,BMJ,F05,4. L-a,54.T,S.35</p>
8.2.2010	<p>Stellungnahme von Walter LINDINGER-PESENDORFER (Geschäftsführer Real-Treuhand Projekt- und Bauträger GmbH) ans Finanzamt, in der er begründet, dass die von der RLB OÖ angebotenen Finanzierungsbedingungen durch das Engagement von Josef WAILZER „optimiert“ wurden, weshalb der Betrag von € 200.000 an die Porr Solutions gerechtfertigt sei.</p> <p>Siehe dazu div. Finanzierungsangebote der RLB OÖ an die „terminal tower“ Immobilien GmbH und diesbezügliche emails. Diese wurden stets zwischen RLB OÖ und der Real Treuhand versendet und im Jahr 2006 abgewickelt. Nach Meinung der Ermittler spricht das dafür, dass nicht die Porr Solution die Projektfinanzierung strukturiert hat, wie das von den Projektpartnern behauptet wird. Ergo wäre auch keine Vergütung in d. Höhe von € 200.00 notwendig gewesen.</p> <p>Auch PÖCHHACKER behauptet in seiner BV vom 28.2.2012, dass die</p>	<p>BT2,BMJ,F05,4. L-a,55.T,S.152; Angebote und Mails: BT2,BMJ,F05,4. L- a,55.T,S.156ff., 391ff.;</p> <p>Anmerkungen: BT2,BMJ,F05,15 .L-a,29.T,S.18</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	beiden € 200.000-Rechnungen nichts miteinander zu tun haben.	
--	--	--

A.2.8. Nordbergstraße

Datum	Inhalt	Quelle
2001	<p>Auf Grund der dringenden Sanierungsbedürftigkeit der Wirtschaftsuniversität Wien gab es bereits 2001 Bestrebungen, das Gebäude in der Nordbergstraße durch das BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur (damals zuständig für die WU) anzumieten und der WU zur Verfügung zu stellen. Das Gebäude sollte durch die BIG angekauft, adaptiert und dann an die WU vermietet werden. Dies ergibt sich aus dem folgenden Schriftverkehr.</p> <p>In seiner ZV vom 20.1.2011 sagt Rektor BADELT außerdem, dass es bereits vor Juli 2001 von Rositta PIELER (Personalvertretung der WU) erfahren habe, dass ein Gebäude in der Nordbergstraße möglicherweise verfügbar sei. PIELER hat dies von einem Familienkollegen erfahren, der bei der Telekom arbeitet.</p> <p><i>„Wen ich nach dieser Information als erster kontaktiert habe, weiß ich heute nicht mehr, ich weiß aber, dass ich zu irgend einem Zeitpunkt auch den GD SUNDT der Telekom auf das Thema persönlich ansprach, weil mir dieser persönlich flüchtig bekannt war.“</i></p>	<p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.10;</p> <p>ZV Badelt:</p> <p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.111;</p> <p>ZV Pieler:</p> <p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.156</p>
9.7.2001	<p>Brief von der Post & Telekom Immobiliengesellschaft an die WU (z.H. BADELT) mit einem Angebot:</p> <p><i>„Bezugnehmend auf die bereits geführten Gespräche erlauben wir uns, als das von der Telekom Austria AG beauftragte Immobilienunternehmen, Ihnen das Objekt 1090 Wien, Nordbergstr. 15 freibleibend und unverbindlich anzubieten. (...)“</i></p>	<p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.104</p>
13.11.2001	<p>Brief von WU (BADELT) an BIG (CHROMY): Fragen zur Abwicklung der Sanierung, einer Kostenschätzung etc., um die nötigen Informationen für ein Gespräch mit BM GEHRER Ende November parat zu haben.</p>	<p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.124</p>
3.4.2002	<p>Besprechung zwischen WU und BIG</p> <p>Anwesend: BADELT, BREITENSTEIN, HERZOG, BURESCH, CHROMY, HOLZER, SCHWENDEMANN, PESCHEL.</p> <p>Laut Aktenvermerk werden 3 Sanierungsvarianten vorgestellt.</p>	<p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.187</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p>„Eine kurzfristige Vermietung wird von der Post und Telekom vermutlich nicht befürwortet. Somit wird das nächste Gespräch mit der Post und Telekom Richtung günstigen Ankauf der Liegenschaft geführt werden.“</p>	
4.4.2002	<p>Besprechung Telekom Austria – BIG:</p> <p>Anwesend: SUNDT, HOLZSCHUH (Post und Telekom), CHROMY, PESCHEL (BIG)</p> <p>„Die BIG teilt das Interesse am Ankauf mit (...). Die Telekom Austria gibt in den nächsten Tagen Bescheid, ob über einen Kauf weiter verhandelt werden kann und zu welchen Konditionen.“</p>	BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.188
15.4.2002	<p>Fax von WU (BREITENSTEIN) an BIG (CHROMY), Universität Wien (JURENITSCH), bm:bwk (KAUFMANN), Betreff: Sanierung des WU-Hauptgebäudes.</p> <p>„Nach Rücksprache mit allen Beteiligten bitte ich den 23.4., 15:30-17:30 vorzumerken, um beiliegendes Projekt und seine Beschreibung zu besprechen und antragsreif zu machen. Ort: bm:bwk, Raum wird noch bekannt gegeben. Ich ersuche um Input und Verbesserungsvorschläge, sodass wir am 23.4. bereits ein weitgehend akkordiertes Papier vorliegen haben.“</p> <p>Aus dem Entwurf geht außerdem hervor, dass eine Entscheidung für den 14. Mai 2002 geplant ist.</p> <p>Bezüglich Ankauf des Bürogebäudes: „Zum derzeitigen Stand der Verhandlungen liegen die Vorstellungen der BIG bei einem Kaufpreis von 20 bis 25 Millionen Euro.“</p>	BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.126, S.136
23.4.2002	<p>Besprechung über das Telekom-Gebäude mit BIG – Universität Wien – bm:bwk – WU:</p> <p>Anwesend: CHROMY, JURENITSCH, KAUFMANN, HERZOG u.a.</p> <p>Laut CHROMY liegt der von der BIG errechnete mögliche Kaufpreis bei 320-350 Mio. ATS (23,3 - 25,5 Mio. €). Das bei der BIG eingelangte Kaufanbot der Telekom liegt mit 420 Mio. ATS (30,5 Mio. €) deutlich über dem von der BIG errechneten Kaufpreis.</p>	BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.189
15.5.2002	<p>2. Besprechung über das Telekom-Gebäude mit BIG – Universität Wien – bm:bwk – WU:</p> <p>Anwesend: CHROMY, JURENITSCH, KAUFMANN, HERZOG u.a.</p> <p>„Das derzeitige Kaufanbot der Telekom Austria liegt bei 420</p>	BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.129

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p><i>Millionen ATS, Schätzungen der BIG haben einen Kaufpreis von rund 340 Millionen ATS ergeben.“</i></p> <p>Dabei wird u.a. geplant, dass die BIG für CHROMY einen Gesprächstermin bei Generaldirektor SUNDT vereinbart, dass ein gemeinsamer Gesprächstermin der Rektoren und Vizerektoren beider Universitäten mit Finanzminister GRASSER vereinbart wird und dass die BIG nach Vorliegen des Gutachtens über die genaue Grundrissfläche des Objekts einen Mietvertragsentwurf erstellt, „<i>der vorerst vom Ministerium übernommen und in der Folge für die Universitäten angepasst werden könnte.“</i></p>	
22.5.2002	<p>Aufsichtsratssitzung bei der BIG</p> <p>Unter Top 6 berichtet GF CHROMY über das Projekt Nordbergstraße:</p> <p><i>„Im Zusammenhang mit konkreten Vorhaben berichtet Herr Dr. Chromy, dass die Generalsanierung der WU Wien jedenfalls in Angriff genommen werden muss, insbesondere was wichtige Arbeiten für den Brandschutz betrifft. Dabei werde es erforderlich sein, die WU abschnittsweise auszusiedeln. Dies könne möglicherweise dadurch erleichtert werden, dass die Telekom der BIG ein benachbartes Gebäude in der Nordbergstraße verkauft, welches als Ausweichquartier bzw. als künftige Erweiterungsfläche Verwendung finden könnte. Die Telekom stellt sich einen Kaufpreis von € 32 Mio. vor. Nach Durchführung der Generalsanierung würde das Haus weiter dem Bund vermietet werden, da dann seitens der WU Wien Drittanmietungen aufgegeben werden könnten und zusätzlich das Institut für Mathematik der Uni Wien in die Räumlichkeiten einziehen würde. Die Rektoren und Vizerektoren der beiden Universitäten betreiben diese Lösung mit Nachdruck.“</i></p> <p>Auch PLECH, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates, meldet sich dabei zu Wort:</p> <p><i>„Über Rückfrage von Herrn Dr. Kamp teilt Herr Dr. Chromy mit, dass es möglich sein müsste, bei einem angenommenen Kaufpreis von € 23 Mio. einen monatlichen Netto-Hauptmietzins von etwa € 8,- bis € 9,- anzubieten, was von Herrn Komm.-Rat Plech als sehr günstig bezeichnet wird.“</i></p> <p>Auf die Frage, warum in der AR-Sitzung der von der Telekom gewünschte Kaufpreis mit 32 Mio. € angegeben wird, wenn doch</p>	<p>BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.169;</p> <p>BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.13;</p> <p>ZV Hübner:</p> <p>BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.181</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p>bereits ein Angebot mit 30,5 Mio. € vorlag (siehe 23.4.2002), hat HÜBNER (BIG Rechtsabteilung) in seiner ZV vom 1.2.2011 keine Antwort:</p> <p><i>„Hier habe ich keine Erinnerung mehr daran, wie ich Dr. CHROMY kennen gelernt habe kann das auch eine Taktik gewesen sein. (...) Der Umstand, dass dem AR Euro 32 Mio. als Anbot der TELEKOM kommuniziert wurden deutet darauf hin, dass man das als realistisch angesehen hat, mit allen Einschränkungen der Minimalinformation, die man hat. Ansonsten wäre gleich ein Einwurf des AR erfolgt. Hätte es Einwände gegeben, wäre dies im Protokoll vermerkt worden.“</i></p> <p>Nach Aussagen der BIG ist dies das einzige Protokoll, in dem die Geschäftsführung der BIG über Aktivitäten bezüglich Nordbergstraße an den Aufsichtsrat berichtet hat.</p>	
4.6.2002	<p>Brief von Elisabeth GEHRER/bm:bwk an Karl-Heinz GRASSER/BMF, in dem sie vorschlägt, dass die BIG das Gebäude in der Nordbergstraße kaufen könnte:</p> <p><i>„Das Gebäude der Wirtschaftsuniversität Wien ist, auch nach Ansicht der BIG, dringend sanierungsbedürftig.“</i> Die BIG schlage Sanierungsmaßnahmen vor, während denen jedoch Teile der WU ausgesiedelt werden müssen. <i>„Als Ersatzobjekt bietet sich das leer stehende Gebäude der Post – Landesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland in der Nordbergstraße 15, also in unmittelbarer Nachbarschaft der Wirtschaftsuniversität, an. Das Objekt könnte aus dem „Liegenschaftspaket“ der Post herausgelöst, von der Bundesimmobiliengesellschaft angekauft und sodann an die Wirtschaftsuniversität Wien bzw. die Universität Wien vermietet werden. Für die Wirtschaftsuniversität Wien könnte das Gebäude zunächst als Ausweichquartier für die Bauzeit und anschließend zur Zusammenführung aller derzeit noch bestehender Außenstellen (knapp über 9.000 m²) dienen. (...)“</i></p>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.106
26.7.2002	<p>Kaufanbot der BIG an die Telekom Austria, z.H. Heinz SUNDT zum Preis von 25,5 Mio. €</p>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.196
Winter 2002 – Frühjahr 2003	<p>In diesem Zeitraum hat die BIG <i>„die gesamte Planungsarbeit gemacht und ein Angebot für beide Universitäten respektive das Ministerium erstellt und ausverhandelt. (...) Das Projekt war unter großem Zeitdruck, weil der Platzbedarf für die WU mit dem Wintersemester 2003 dringend gegeben war.“</i></p>	ZV Breitenstein: BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.148
15.10.2002	<p>Besprechung BIG – WU – bm:bwk</p>	BT2,BMJ,F05,4.L

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	Anwesend: MOSER (bm:bwk), BREITENSTEIN (WU), CHROMY (BIG) Laut Aktenvermerk stehen als Mietenbudget € 241.683 zur Verfügung, also € 2,9 Mio pro Jahr.	-a,88.T,S.218
18.10.2002	Brief vom bm:bwk an die BIG mit dem derzeitigen Verhandlungsstand, demzufolge die BIG die Sanierung einleiten sollte. Dies beinhaltet den Kauf der Nordbergstraße 15 als Ausweichquartier. <i>„Der Wirtschaftsuniversität Wien werden die Flächen im Postgebäude während der Generalsanierung durch die Bundesimmobiliengesellschaft als Ausweichquartier ohne Berechnung eines gesonderten Mietzinses zur Verfügung gestellt. Die Wirtschaftsuniversität schließt jedoch bereits im Vorfeld einen entsprechenden Mietvertrag für die Nachnutzung der Ausweichflächen mit der Bundesimmobiliengesellschaft ab, wobei die entstehende Mietbelastung durch und nach Übersiedlung der Außenanmietungen in die Althanstraße bedeckt wird.“</i> Anscheinend gab es bereits zu diesem Zeitpunkt eine Einigung zwischen allen Beteiligten mit Ausnahme des BMF: <i>„Da zwischen der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Wien, der Bundesimmobiliengesellschaft und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Einvernehmen über die Nutzung bzw. Nachnutzung des Objektes Nordbergstraße 15 erzielt wurde, wird die Bundesimmobiliengesellschaft ersucht, die erforderlichen Schritte zu setzen, um die beschriebene Vorgangsweise zur Sanierung der Wirtschaftsuniversität Wien zu ermöglichen.“</i>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.109; Aktenvermerk WU 21.12.2010: BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.121
18.11.2002	Brief vom bm:bwk an die BIG: Bestätigung der Details zu den Mietbedingungen durch das bm:bwk.	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.222
26.11.2002	Telekom-Aufsichtsrat genehmigt die Verwertung des Objekts durch Einräumung einer Option an die Soreg für das Superädifikat 1090 Wien, Nordbergstraße 15. Kaufpreis: € 30.522.000, Optionsdauer bis 31.Oktober 2003, unterzeichnet von SUNDT und COLOMBO.	Privatbeteiligten anschluss: BT2,BMJ,F05,4.L -a,104.T
3.12.2002	Brief von BIG (CHROMY) an die Telekom (z.H. SUNDT): Bestätigung des am 6.11.2002 mündlich unterbreiteten Kaufangebotes. Kaufpreis: € 29 Mio.	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.225
13.1.2003	Vorschlag PORR an BIG für Beteiligung am Projekt: <i>„PORR wurde eingeladen, das Projekt WU/Nordbergstrasse mit ihrer</i>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.226;

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

<p><i>Bauträgererfahrung zu unterstützen. Die dadurch entstandene Konkurrenzsituation zur BIG können wir durch eine Koordination bei diesem Projekt im Paket mit einem Verkauf unserer Anteile am Projekt BOKU/Muthgasse bereinigen.</i></p> <p><i>Als Grundlage einer Vereinbarung sind in der Beilage mit unseren Partnern abgestimmte Vorschläge auf Basis der Kosten und Erlöse festgehalten. Wir gehen davon aus, dass die mit der WU und dem Ministerium ins Auge gefassten Mietansätze der BIG nicht geändert werden.“</i></p> <p>Zur Kontaktaufnahme KALLINGER-Porr sagt HUBER am 9.5.2012 vor dem Untersuchungsausschuss:</p> <p><u>Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):</u> Okay, das heißt also, Kallinger ist gekommen und hat gesagt, da gibt es ein Projekt. Die Telekom hat ein Haus. Dieses Haus steht allenfalls zum Verkauf, und wir könnten dieses Haus kaufen. Und das wäre dann mit dieser Projektgesellschaft, wo der Kallinger dann mit dabei ist – oder ist dann auch tatsächlich –, so erfolgt.</p> <p><u>Mag. Martin Huber:</u> Das ist dann tatsächlich so gekommen. Kallinger hat gesagt, ich will also für diese Information und für diese quasi „Vermittlung“ – unter Anführungszeichen – kein Geld, sondern Kallinger war ja auch Projektentwickler im Immobilienbereich und hatte vormals ein Bauunternehmen, war dem Porr-Konzern – weiß ich nicht – 20, 30, 35 Jahre verbunden als AG-Partner in verschiedenen Bau-AGen und sein Begehren war, dass er für diese Vermittlungsleistung nicht Geld bekommt, sondern dass er einen Anteil an der Gesellschaft bekommt. Es wurden dann 30 Prozent der Soreg an seine Gesellschaft abgetreten.</p> <p><u>Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):</u> Das heißt, die Quote quasi des Herrn Kallinger wurde über seine Beteiligung abgewickelt, indem die Gesellschaft einfach die Erlöse ausgeschüttet hat, und das war dann so. (<u>Mag. Huber:</u> Genau!)</p> <p>Zur Kontaktaufnahme KALLINGER – Telekom sagt SUNDT in seiner ZV vom 27.4.2011:</p> <p><i>„Er ist mir bekannt. KALLINGER hat sich im Zusammenhang mit der Nordbergstraße 15 als Kaufinteressent persönlich bei mir gemeldet. Wir hatten uns schon vorher gekannt. Ich prüfte ob das Objekt</i></p>	<p>Huber beim UsA, 9.5.2012</p>
--	-------------------------------------

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p><i>betriebsnotwendig wäre, was nicht der Fall war. Die Verhandlungen wurden zwischen Hrn. KALLINGER und Hrn. FRAUENHOLZ geführt. Dazu ist zu ergänzen, dass es ein Übereinkommen im Vorstand gab, dass nicht betriebsnotwendige Liegenschaften zum Zwecke der Liquiditätssteigerung und Ertragsoptimierung verkauft werden sollten.</i></p> <p><i>KALLINGER wollte das Objekt nach seinen Angaben an die Hochschule für Welthandel weitervermieten, was meines Wissens auch dann geschehen ist. Gekauft wurde es von einer Firma, die zum Teil dem Hrn. KALLINGER und zum Teil der Firma PORR gehört hat. Die PORR hat das Objekt dann umgebaut bzw. adaptiert und schlussendlich an die WU weitervermietet.“</i></p>	
21.1.2003	Fax von Porr (Martin HUBER) an WU (Horst BREITENSTEIN) mit einem Mietvertragsentwurf.	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.229
23.1.2003	Fax von der WU (Doris SCHRACK) an BIG (CHROMY) mit dem von der Firma Porr übermittelten Mietvertragsentwurf.	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.228
14.2.2003	BIG übermittelt Mietverträge an die WU (BREITENSTEIN), die Universität Wien (Vizerektor JURENITSCH) und das bm:bwk (MOSER)	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.235
Februar 2003	<p>CHROMY ZV vom 25.1.2011:</p> <p><i>„Eines Tages, bei einer weiteren Besprechung, wurden wir vollkommen überraschend mit einer Preisvorstellung seitens der Telekom konfrontiert, die für uns wirtschaftlich nicht annehmbar war.</i></p> <p><i>Diese Vorstellung lag so hoch über unseren Möglichkeiten, dass ein darauf eingehen aus meiner Sicht nicht möglich war. Ich kann mich erinnern, dass ich mich geärgert habe, dass ich in diesem Gespräch dem Hr. SUNDT gesagt habe, wenn Sie diesen Preis von jemand bekommen, dann machen Sie das mit dem, ich kann diese Preisvorstellungen wirtschaftlich nicht vertreten. An die genauen Ziffern kann ich mich nicht erinnern, diese müssten in der BIG aufliegen. Wir haben nicht gewusst, wer der Telekom dies angeboten hat und ob diese wirklich ein solches Angebot gehabt hat. Dies wurde uns auch nicht mitgeteilt. Jedenfalls war dies für uns nicht annehmbar.</i></p> <p><i>SUNDT teilte mir mit, dass er verpflichtet ist, das beste Angebot für seine Gesellschaft anzunehmen und unser Angebot nicht annehmbar ist. Ich war persönlich sehr enttäuscht und verärgert, weil wir eigentlich einige recht positive Gespräche geführt haben und wir bis</i></p>	<p>ZV Chromy 25.1.2011: BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.174;</p> <p>ZV Chromy 15.2.2011: BT2,BMJ,F05,24. L-a,9.T,S.4;</p> <p>ZV Sundt 27.4.2011: BT2,BMJ,F05,24. L-a,12.T,S.4;</p> <p>ZV Hübner 1.2.2011: BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.184</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p><i>zu diesem für uns letzten Gespräch nie mit einer solchen Ziffer konfrontiert worden sind.“</i></p> <p>Anmerkung: Weder CHROMY noch HÜBNER können sich an den genauen Betrag erinnern, den die Telekom gefordert hat. Aus CHROMYs ZV vom 15.2.2011:</p> <p><i>„Wenn aus der Aktenlage ersichtlich ist, dass das letzte Angebot der BIG bei EUR 29 Mio lag und der von der PORR gebotene Preis bei EUR 30,5 war, so nehme ich an, dass mir ein weit höherer Betrag genannt wurde.“</i></p> <p>SUNDT kann sich an ein derartiges Treffen mit CHROMY nicht erinnern. Er hätte auch niemals Zahlen genannt, sondern an den zuständigen Mitarbeiter FRAUENHOLZ verwiesen. (siehe ZV vom 27.4.2011)</p> <p>Nach diesem Gespräch gab es keine Kontakte mehr zwischen BIG und Telekom. Aus der Tatsache, dass CHROMY am 14.2.2003 noch Vorschläge für Mietvertragsbedingungen an die Universitäten geschickt hat, schließt HÜBNER, dass diese Besprechung im Februar stattgefunden haben muss.</p>	
Frühjahr 2003	<p>BADELDT gibt in seiner ZV vom 20.1.2011 an, dass <i>„zu einem Zeitpunkt, als die Verhandlungen schon so weit gediehen waren, dass die Kostenbelastung der WU feststand, wir von der Information überrascht wurden, dass die Telekom das Gebäude nicht an die BIG, sondern an die PORR verkaufen werde. Uns wurde immer zugesichert, dass die Veränderungen der Eigentümerstruktur gegenüber dem ursprünglichen Plan keinerlei Auswirkungen auf die Wirtschaftsuniversität haben wird.“</i></p> <p><i>„Ich kann mich noch erinnern, dass ich GD SUNDT der Telekom bei einer Veranstaltung der Österreichischen Nationalbank in deren Räumen, es war der Vorraum zum Kassensaal, getroffen habe. Er erklärte mir damals, dass ich damit rechnen könnte, dass die WU das Gebäude erhalten werde, wenn auch auf ganz anderem Weg, als ursprünglich angedacht. Er sagte mir dies in einem Tonfall und einer Mimik, die mich darauf schließen ließ, dass ich nicht weiter nachfragen sollte. Ich habe das dann auch hingenommen und nicht nachgefragt.“</i></p>	<p>ZV Badelt: BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.111; ZV Breitenstein: BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.148; Falter 03/2011</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p>BADELDT und das Rektorat haben daraufhin die Situation evaluiert. Der Eigentümerwechsel kam ihnen zwar seltsam vor, jedoch hatte die WU keinen Schaden daraus.</p> <p><i>„Wir stellten und auch die Frage, wie die PORR dazu kommen konnte, scheinbar zufällig die selben Bedingungen zu bieten, wie die BIG. Die einzige Spekulation, die wir damals hatten, war, dass es eine Informationslücke im Ministerium gegeben hat. Wir hatten aber keinerlei Hinweise darauf, dass dem tatsächlich so gewesen wäre. Deshalb haben wir die Sache auch nicht verfolgt.“</i></p> <p>Auch Horst BREITENSTEIN, Nachfolger von BADELDT als Vizerektor bestätigt in seiner ZV vom 18.1.2011, dass das Projekt zu diesem Zeitpunkt unterschriftsreif war und nur mehr die Zustimmung des Finanzministers fehlte.</p> <p><i>„Zur gleichen Zeit traf Rektor BADELDT den damaligen GD SUNDT der Telekom gesellschaftlich und dieser avisierte ihm, dass die Nordbergstraße nicht an die BIG verkauft wird, sondern eine andere Lösung gefunden werde, woraus der WU aber keinerlei Nachteil erwachsen werde. Näheres sagte SUNDT offensichtlich nicht.</i></p> <p><i>Unmittelbar darauf, es könnten einige Tage nach diesem Gespräch gewesen sein, besuchte mich VD HUBER von der PORR AG. HUBER kannte ich schon von einem anderen Projekt, welches aber nicht zum Abschluss kam.</i></p> <p><i>HUBER kam gemeinsam mit Senator KALLINGER zu mir ins Büro und informierte mich, dass die PORR als Käufer des Telekom Gebäudes anstelle der BIG auftreten würde, dass aber die PORR alle ausverhandelten Bedingungen auf Punkt und Beistrich einhalten würde.</i></p> <p><i>Auf Befragen, warum Senator KALLINGER bei diesem Gespräch dabei war, weiß ich nicht genau, ich glaube aber, dass KALLINGER ein externer Berater der PORR war.“</i></p> <p>Auf seine Frage, warum die PORR die BIG abgelöst habe, antwortet ihm HUBER, dass die PORR das bessere Angebot gelegt habe. BREITENSTEIN kontaktierte daraufhin auch CHROMY von der BIG:</p> <p><i>„Ich habe daraufhin GD CHROMY, mit dem ein sehr gutes Einvernehmen bestand, gefragt, ob er von dieser Entwicklung wisse. CHROMY zeigte sich betroffen und meines Wissens und meiner</i></p>	
--	--	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p><i>Erinnerung nach sagte er damals, es sei unüblich, ihm seien die Hände gebunden und da die WU das Haus ja dringend brauche, empfehle er, mit der PORR abzuschließen.“</i></p> <p>Ein anonymen Informant des Falter schildert den Ablauf folgendermaßen:</p> <p><i>„Plech, der wie erwähnt heute zusammen mit Grasser eine Firma betreibt, habe eine zentrale Rolle gespielt. „Plech kam zu Vertrauensleuten der Porr und verriet diesen, dass die BIG, in deren Aufsichtsrat Plech saß, ein lukratives Geschäft in der Nordbergstraße plane.“ Plech zu den Porr-Managern laut dem Insider: „hauts eich dazwischen, und wir teilen uns den Gewinn!“ Genau das sei auch geschehen. Da Plech offiziell nicht aufscheinen durfte, habe er Meischberger als Strohmann vorgeschickt. Die Grasser-Freunde Meischberger und Plech, so der Insider, seien in Wahrheit gar keine Lobbyisten oder Berater gewesen, sondern dreiste Schmiergeldempfänger. Sie stellten eine „gute Gesprächsbasis“ mit dem</i></p> <p><i>Finanzministerium her – gegen reichlich Bares.“</i></p> <p>Zur Beziehung HUBER-KALLINGER sagt PÖCHHACKER vor dem UA am 9.5.2012:</p> <p><i>„Ich darf ein bisschen schmunzeln, weil wo immer sich die Herren kennengelernt haben, war das Verhältnis Kallinger und Huber ein sehr intimes. Kallinger hat ihn fast wie einen Sohn behandelt. Sie haben sich gefunden, menschlich und sonst wie und haben gerne und bereitwillig auch mit vernünftigen Projekten zusammengearbeitet.“</i></p>	
4.7.2003	<p>Übergabe der Liegenschaft von der Telekom an die Soreg.</p> <p>Dazu wird eine Vereinbarung unterfertigt, in der der Soreg auch der Umbau des Gebäudes unter Auflagen gestattet wird. Darin findet sich jedoch keine Regelung über eine etwaige Kostenübernahme von Sanierungsarbeiten durch die Telekom.</p>	<p>Privatbeteiligten anschluss: BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 104.T</p>
11.9.2003	<p>Email von Klaus GRUBER (Porr) an Wolfgang FRAUENHOLZ (Telekom) mit 3 Rechnungsentwürfen für Sanierung der Aufzugsanlagen, des Stiegenhauses etc. über € 600.000, € 165.600 und € 436.800.</p>	<p>BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 115.T, S.23</p>
18.9.2003	<p>Email von Wolfgang KOGELMANN an WAGNER und DIETL (alle Telekom) mit 3 Rechnungsentwürfen für Sanierung der</p>	<p>BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 115.T, S.29</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	Aufzugsanlagen, des Stiegenhauses etc. über € 102.000, € 436.800 und € 63.600.	
26.9.2003	<p>Mietvertrag Soreg – Republik Österreich (bm:bwk, Universität Wien). Unterschrieben von der Soreg am 26.9.2003, von der Republik Österreich am 12.8.2003</p> <p>Mit selbigem Datum unterzeichnete die Soreg auch den Mietvertrag mit der WU Wien, unterschrieben von der WU am 18.8.2003.</p> <p>Die <u>Soreg Beteiligungsverwaltungs GmbH</u> ist eine Tochtergesellschaft von Porr (70%) und AKP.</p> <p>Geschäftsführer und alleiniger Gesellschafter der <u>AKP Vermögensverwaltungsgesellschaft</u> ist DI Anton KALLINGER-PRSKAWETZ.</p>	<p>Uni Wien:</p> <p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.198;</p> <p>WU:</p> <p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.208;</p> <p>Firmenbuch;</p> <p>HUBER beim UsA, 9.5.2012</p>
26.9.2003, 8:43	<p>Email von Birgit WAGNER an DIETL, FRAUENHOLZ u.a. (Telekom-intern), Betreff: Rechnungen Porr.</p> <p><i>„Beiliegend die Endversion der mit Porr AG und Buchhaltung abgestimmten Rechnungen betreffend Maklerprovision weiß die Porr AG bis spätestens Montag welche Ihrer Töchter die Rechnung legen wird.“</i></p> <p>Im Anhang 4 Rechnungsentwürfe über € 600.000 (Maklerprovision) und € 102.000, € 63.600 und € 436.800 (f. Sanierungsarbeiten)</p>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,115.T,S.5
29.9.2003, 9:26	<p>Antwort von Adolf DIETL an WAGNER u.a.:</p> <p><i>„Hallo Fr. Wagner,</i></p> <p><i>wenn dann die Original-Rechnungen vorliegen bitte bestätigen und zu mir schicken. Wir checken dann nochmals die Kontierung und lassen die Rechnungen dann einbuchen.</i></p> <p><i>Hr. Buxbaum die Rst. Maklerhonorar PTI f. Nordbergstraße ist dann nicht mehr erforderlich.“</i></p> <p>Dazu sagt WAGNER in ihrer ZV vom 31.5.2011:</p> <p><i>„Bei den von mir vorgelegten konkreten Rechnungen kann ich leider keine Angaben machen. Ich kann mich daran nicht erinnern. Ich vermute, dass mit der PORR eine Maklerprovision vereinbart war, wie aus einem von mir verfassten Email ersichtlich ist.</i></p> <p><i>Aus einen Schreiben der PTI (das nicht Bestandteil der Akten ist, Anm.) geht hervor, dass, sollte PTI einen Käufer namhaft machen, sie 2% des Kaufbetrages erhalten. Aus den Unterlagen geht hervor, dass</i></p>	<p>BT2,BMJ,F05,4.L -a,115.T,S.39;</p> <p>Wagner ZV 31.5.2011:</p> <p>BT2,BMJ,F05,24. L-a,13.T</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p><i>wir sogar eine Rückstellung für eine Maklerprovision gebildet hatten.“</i></p> <p>PTI ist die Post und Telekom Immobiliengesellschaft.</p>	
26.9.2003	<p>Rechnung Nr. 105 über € 600.000 von Dr. A. KALLINGER Bauplanungs-, Baubetreuungs- und Handelsgesellschaft m.b.H. an die Telekom. Betrifft: Nordbergstraße 15, 1090 Wien</p> <p><i>„Wie vereinbart stellen wir Ihnen für die erfolgreiche Vermittlung Ihrer Immobilie Nordbergstraße 15, 1090 Wien, ein Pauschalvermittlungshonorar wie folgt in Rechnung: € 500.000 +20% MWST, gesamt € 600.000.“</i></p> <p>Birgit WAGNER von der Telekom wird in ihrer ZV vom 31.5.2011 zum handschriftlichen Vermerk <i>„sachlich richtig, sofort netto, Wagner Birgit“</i> auf der Rechnung befragt. Sie gibt an, dass der Vermerk mit Sicherheit nicht von ihr stammt. FRAUENHOLZ war Projektverantwortlicher und Hauptschnittstelle zur Porr.</p> <p>Anmerkung: Es gibt einen Privatbeteiligtenanschluss der Telekom, in dem es u.a. auch um diese Rechnung geht. Darin wird festgestellt: <i>„Auffällig ist jedenfalls, dass zum Zeitpunkt der Rechnungslegung Dr. Anton KALLINGER gleichzeitig als Geschäftsführer der Soreg Beteiligungsverwaltungs GmbH fungierte, sowie auch den Kaufvertrag der Immobilie Nordbergstraße 15 unterzeichnete. Die Auszahlung einer Vermittlungsprovision an die Geschäftsführerin der Käuferin erscheint somit unüblich.“</i></p> <p>Anmerkung: In den Telekom-Unterlagen findet sich auch ein Entwurf dieser Rechnung, datiert mit 11.9.2003. Dieser sieht genauso aus wie andere Rechnungsentwürfe für Sanierungsarbeiten, die die Porr an die Telekom übermittelt hat (und auf Basis derer dann tatsächlich Rechnungen der Porr an die Telekom gestellt und bezahlt wurden). Wie obige Email unterstreicht, stammt der Entwurf zur Verrechnung der Makler-Provision anscheinend von der Porr und wurde dann über KALLINGER abgewickelt.</p> <p>Laut Privatbeteiligtenanschluss der Telekom sei weiters auffällig, <i>„dass die Liegenschaft bereits einige Monate vor Kaufvertragsunterzeichnung (nämlich am 4.7.2003, Anm.)</i></p>	<p>Privatbeteiligtenanschluss: BT2,BMJ,F05,4.L-a,104.T; Rechnung: BT2,BMJ,F05,4.L-a,115.T,S.3; Rechnungsentwurf: BT2,BMJ,F05,4.L-a,115.T,S.7; Wagner ZV 31.5.2011: BT2,BMJ,F05,24.L-a,13.T</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<i>übergeben wurde, hierfür weder eine Miete, noch eine Übernahme der verbundenen laufenden Kosten und Steuern, etc. vereinbart wurde, bzw. des Weiteren auch noch nachträglich Instandhaltungsaufwendungen von Telekom Austria AG zu refundieren waren.“</i>	
30.9.2003	Unterfertigung des Kaufvertrages Telekom – Soreg zum Kaufpreis von € 30,522 Mio (wie in der Optionsvereinbarung vereinbart)	Privatbeteiligten anschluss: BT2,BMJ,F05,4.L -a,104.T
2.10.2003	3 Rechnungen der Porr an die Telekom über insgesamt € 602.400. Sanierung von 4 Stiegenhäusern und Gängen - € 102.000 (nicht in den Akten vorhanden) Sanierung von 9 Aufzugsanlagen - € 63.600 Sanierungsarbeiten an den Haustechnikanlagen - € 436.800 Aus dem Privatbeteiligtenanschluss der Telekom: <i>„Es erscheint auffällig, dass diverse Mängel scheinbar erst nach der Einigung über den Kaufpreis aufgezeigt und in Rechnung gestellt wurden, bzw. nicht als Kaufpreisminderung verhandelt wurden. Die unterschiedlichen Versionen der Fakturenentwürfe, sowie ein Entwurf einer Maklerprovision erscheinen auffällig. Die Höhe und die konkrete Leistungserbringung sind nicht nachvollziehbar.“</i>	Privatbeteiligten anschluss: BT2,BMJ,F05,4.L -a,104.T; BT2,BMJ,F05,4.L -a,115.T,S.44
3.11.2003	Kauf des Grundstücks Nordbergstraße 15 von der ÖBB durch die Soreg Beteiligungsverwaltungs GmbH (eine Projektgesellschaft der PORR ImmoProjekt GmbH). Im Aufsichtsrat der BIG saß zu diesem Zeitpunkt auch Ernst Karl PLECH.	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.248; BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.12
Mitte/Ende 2004	Aussage HUBER vor dem Untersuchungsausschuss am 9.5.2012 <i>„Es gab in der zweiten Jahreshälfte 2003, ich würde sagen Ende 2003, glaube ich, einmal ein, zwei Gespräche – um gleich die Frage vorwegzunehmen, ob ich den Herrn Meischberger in diesem Zusammenhang getroffen habe –, und das habe ich auch bei meiner Zeugenaussage vor dem BAK ausgesagt, wo mich Kallinger gebeten hat, hier Unterstützung, Erklärungsunterstützung zu geben, und zwar ging es um die Abrechnung dieser ganzen Baukosten, Umbaukosten et cetera. Das war, glaube ich, einmal in der Wimbergergasse, das erste Gespräch, bei der AKP und das zweite</i>	HUBER beim UsA 9.5.2012

	<p>war bei Plech am Trattnerhof, wo es eben um die Abrechnung ging.</p> <p>Ich habe Senator Kallinger dann einmal gefragt, was die zwei Burschen – ich meine, ich kannte sie ja, Plech aus der City-Tower-Geschichte, Meischberger eher aus den sportlichen Aktivitäten – hier damit zu tun hätten. Da hat er gesagt: Das lass meine Sorge sein; Pöchlhammer hat mir gesagt, ich habe eine Unterstützung. Und daher habe ich hier beigetragen, diese Erläuterungen vorzunehmen. – That's it.</p> <p>(...)</p> <p>Sie haben mich gefragt – zu Ihrer Erinnerung –, wann das gewesen sein könnte, dass diese Gespräche stattgefunden haben. Das heißt, da es hier um Bauabrechnung und um Aufwandssummen ging, musste zuerst der Bau beendet gewesen sein, sodass diese Gespräche irgendwann Mitte, Ende der zweiten Jahreshälfte 2004 stattgefunden haben werden.</p> <p><u>Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):</u> Jetzt gehen wir einmal zu der Besprechung, die bei Plech stattgefunden hat. – Wer war da außer Ihnen, dem Herrn Meischberger und dem Herrn Plech noch dabei? (<u>Mag. Huber:</u> Herr Senator Kallinger!) – Sie haben sich dort also zu viert getroffen. – Und was war der Gegenstand dieser Besprechung?</p> <p><u>Mag. Martin Huber:</u> Die Erläuterung des Zustandekommens der Gesamtinvestitionskosten.</p> <p><u>Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):</u> Wozu brauchen Sie da den Walter Meischberger? – Ich meine, der ist ja ein berühmter Baumeister, das ist überhaupt keine Frage. Aber wozu?</p> <p><u>Mag. Martin Huber:</u> Ich habe Ihnen schon gesagt: Es ist vonseiten der Porr-Gruppe und Soreg der Herr Mag. Martin Huber dort gesessen, und es ist vis-à-vis der Herr Kallinger gesessen, der den Herrn Meischberger und den Herrn Plech mitgebracht hat.</p> <p><u>Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):</u> Das heißt, Sie haben nichts dafür gekonnt, dass Meischberger dort ist?</p> <p><u>Mag. Martin Huber:</u> Ich habe mir den Termin nicht ausgesucht, und ich habe Ihnen gesagt, ich habe mit dem Herrn Meischberger in meiner Phase bei der Porr nicht eine einzige ...</p> <p><u>Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):</u> Habe ich Sie richtig verstanden, dass Herr Kallinger diesen Termin vereinbart hat (<u>Mag. Huber:</u> Ja!) und dass es von Kallinger ausgegangen ist, dass sowohl Plech als auch Meischberger daran teilnehmen?</p>	
--	--	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p><u>Mag. Martin Huber</u>: Ich nehme es an, denn ich war es nicht.</p> <p><u>Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)</u>: Also war Kallinger der Einladende. Ist das richtig? (<u>Mag. Huber</u>: Ich nehme es an!)</p>	
25.10.2004	<p>Rechnung Nr. 415 von MEISCHBERGERs 1040 an die AKP Vermögensverwaltung.</p> <p>„Betrifft: Projekt Nordbergstrasse 15, 1090 Wien</p> <p>Für die Beratung und Unterstützung Ihrer Unternehmung bei der Entwicklung und Verwertung der oben angeführten Immobilie verrechnen wir Ihnen wie vereinbart einen Pauschalbetrag von netto 590.000 + 20% Mwst, Summe € 708.000“</p> <p>MEISCHBERGER in seiner BV vom 10.11.2009: Er habe das Projekt gemeinsam mit Ernst PLECH abgewickelt und den Rechnungsbetrag geteilt.</p> <p>„Der Rechnungsbetrag wurde letztlich mit Ernst PLECH oder einer seiner Firmen anteilmäßig geteilt. An die genauen Teilungsprozente kann ich mich nicht mehr erinnern. Es ist vor allem über mich gelaufen, weil ich steuerliche Verlustvorträge zu verwerten hatte.“</p> <p>MEISCHBERGERs Leistung: Er hat seine Kontakte zur Verfügung gestellt.</p> <p>„Befragt, welche konkreten Leistungen ich erbracht habe bzw. warum der Immobilienspezialist PLECH mich bezieht: Die Kontakte zur Telekom und Porr hatte ich. Auch was die Mieter betrifft hatte ich meine Kontakte. Im konkreten Fall weiß ich es aber nicht mehr. Ich habe oft Mieter vermittelt oder auf mögliche Mieter hingewiesen. In diesem Fall war es so, dass Ernst PLECH aufgrund meiner Kontakte den Auftrag bekommen hat. HOCHEGGER war in dieser Sache nicht beteiligt. Ich hatte guten Kontakt zu dem mittlerweile ausgeschiedenen Fischer und seinem Umfeld wie Colombo. Als die Gespräche begonnen haben, war das Objekt nach im Besitz der Telekom. Wie der Anteil PLECHs verrechnet wurde, weiß ich im Moment nicht. Es müsste Rechnungen von PLECH an die Zehnvierzig geben. Bar hat er seinen Anteil sicher nicht bekommen.“</p> <p>In seiner BV vom 3.2.2010 ändert MEISCHBERGER seine Aussage: Er habe das Projekt alleine abgewickelt und Ernst PLECH nur hin und wieder um freundschaftlichen Rat gefragt.</p>	<p>BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.19;</p> <p>TÜ-Protokoll 2.2.2010, 9:11:</p> <p>BT2, BMJ, F02, 2.L -a, 933.T, S.30;</p> <p>TÜ-Protokoll 2.2.2010, 23:29:</p> <p>BT2, BMJ, F02, 2.L -a, 933.T, S.35,</p>

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

<p><i>„Es handelt sich bei der Fa. AKP nicht um eine PORR-Tochter, sondern um eine befreundete Firma des PORR Konzerns. Ernst PLECH war nicht wie fälschlich von mir angegeben ein wirtschaftlicher Teil dieses Projektes, sondern ich habe das Projekt alleine abgewickelt und Ernst PLECH lediglich hin und wieder um seinen freundschaftlichen Rat befragt. Meine Leistung damals war zu wissen, dass die WU Platz sucht und weiters zu wissen dass die Telekom dort ein Projekt verkauft. Dann habe ich das System zusammengebaut, die PORR kauft von der Telekom dieses Objekt, entwickelt das Projekt (Umbau/Neubau), die PORR oder die AKP sucht den öffentlichen Mieter, in dem Fall die WU, und damit war dies ein höchstrentables Investitionsobjekt. Das hat dann in weiterer Folge die PORR an einen deutschen Investor verkauft. Wer der Investor war weiß ich nicht. Ich selbst stand in einer Geschäftsverbindung zur AKP und die AKP hat den Mieter damals an Bord geholt. Ich habe weder bei der WU noch bei der Telekom irgendwelche Interventionen in dieser Sache getätigt, bei der Telekom habe ich lediglich eine Verbindung hergestellt, aber auf der unteren Ebene, Namen möchte ich keine nennen, sollte es tatsächlich notwendig sein Namen zu nennen, so werde ich diese beibringen.“</i></p> <p>Siehe dazu auch die zwei TÜ-Protokolle vom 2.2.2010, dem Tag vor MEISCHBERGERs Einvernahme:</p> <p>Um 9:11, Sprecher A: MEISCHBERGER, Sprecher B: PLECH</p> <p><i>„A: Ahhhhjo. Du ahm, noch schnell zu den andern Gschichten. Wir hobn gemeinsam die..., wie wor die Nordbergstraße, wie wor des, des wor ahh vom Rechnungsablauf host du des no im Kopf</i></p> <p><i>B: Jo, des is, des is glaufen über die, bei der Nordbergstraße hob ih eigentlich nix, also wie gsogt ih hob mitkassiert oder do hob ih, do tauch ih net auf, net.</i></p> <p><i>A: Jaaaaaaa ok</i></p> <p><i>B: Versteh</i></p> <p><i>A: Ober, ober daun no, dass ma sogst wirs glaufen is. Ih hob a Rechnung gstöllt</i></p> <p><i>B: Jo</i></p> <p><i>A: weil ich was getan habe</i></p> <p><i>B: Jo du host du host, zusammenbrocht, du host des mir zugeschrieben im Unterrichtsministerium, des stimmt aber net, aber</i></p>	
---	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

<p><i>du host</i></p> <p><i>A: genau, genau, ober ih will nur. Was war das Projekt selbst. Des wor ein Telekom ein Telekomgebäude</i></p> <p><i>B: Ein Telekomgebäude das verkauft wurde an die Porr. Die Porr hats ausgebaut, entwickelt und unverständlich</i></p> <p><i>A: MMMMhhhh, ja und wer is do einzong.</i></p> <p><i>B: Do is einzong die Wirtschaftsuniversität</i></p> <p><i>A: OK und mit wem hob ih do kontaktiert.</i></p> <p><i>B: Jo</i></p> <p><i>A: Auf der Wirtschaftsuniseite?</i></p> <p><i>B: Auf der Wirtschaftsuniseite mit niemanden. Des is, des is über die Porr gegangen.</i></p> <p><i>A: Wos hob ih daun zusammengebracht?</i></p> <p><i>B: Jo du host zusammengebracht, dass die Porr das Haus kaufen hat können, net über die Telekom</i></p> <p><i>A: OK. Bluff, wer woar do auf der Seite ah, mein Gesprächspartner.....Telekom</i></p> <p><i>B: Da Huber</i></p> <p><i>A: Da Huber jo und auf der Telekomseite</i></p> <p><i>B: Auf der Telekomseite woar domals da da, wie hot er ghoaßn da Chef do? Sundt.</i></p> <p><i>A: Da Sundt.</i></p> <p><i>B: Des woar da Part vom Kallinger, des hobts ihr miteinandergmocht, net</i></p> <p><i>A: Des hoäßt, ih woar da Huber</i></p> <p><i>B: Jo</i></p> <p><i>A: Na ober wo is die Leistung an wen? Weil die Rechnung hob ih an die Porr gestellt.</i></p> <p><i>B: Die Leistung</i></p> <p><i>A: Wo woar mei Leistung</i></p> <p><i>B: Deine Leistung woar ahh, deine Leistung woar, ahhh das du, ih bin jetzt völlig durcheinander wegen der andern Gschicht do, vollkommen weil ih hob des ahhh</i></p> <p><i>A: ja, denk kurz noch bitte</i></p>	
--	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

<p><i>B: jo, jo</i></p> <p><i>A: und ruaf mi daun no moi an und zwar ahhh des de Nordbergstraße und am besten sogst ma in Tower ah noch mal. Einfach das da paar so Stichworte mochst, wenss di morgen frogen. Wei des wanns mi morgen frogen, (schnauft), die andere Gschicht hob ih keine einzige, koa einzigs, do hob ih koa Antwort.“</i></p> <p>Und auf Seite 33 weiter:</p> <p><i>„B: bei der Nordbergstraße wor des so, dass du den Tipp kriagt host das die Porr des verkauft ahhhhhh das die Telekom des verkauft, daun tuast das du hoilt aufgrund deiner domoligen Beziehungen, also da Karlinger hot die, die die hot eigentlich die Seiten aufgebracht, verhandelt hot des glaub ih bei der Universität da Huber, waun ih mi no richtig erinnere.</i></p> <p><i>A: MMhhh (längere Pause) do red ih mi scho uma. Ok da Ablauf wor Telekom kauft von da Porr, die Porr ausgebaut und entwickelt und die Entwicklung und in Entwicklung wir eingebunden, wir in die Entwicklung eingebunden</i></p> <p><i>B: und wir daun weiter weiterverkauft an einen deutschen Anleger</i></p> <p><i>A: An einen</i></p> <p><i>B: An einen deutschen Anleger damit haben wir nichts mehr zu tun gehabt.</i></p> <p><i>A: und der hot</i></p> <p><i>B: hots da Porr obkauft.</i></p> <p><i>A: und daun vermietet, also der hots vermieteterweise, schon bereits vermietet ans Gesundheitsministerium der Porr abgekauft.</i></p> <p><i>B: Net Gesundheitsministerium an die Wirtschaft</i></p> <p><i>A: Wirtschaftsuni</i></p> <p><i>B: Universität Wien</i></p> <p><i>A: Wirtschaftsuni wor schon eingemietet und des hot de Porr daun an einen deutschen Investor verkauft.</i></p> <p><i>B: genau“</i></p> <p>Um 23:29 telefonieren MEISCHBERGER und PLECH noch einmal und beraten sich zu MEISCHBERGERS bevorstehender Einvernahme:</p> <p><i>„Und in der Porr Geschichte hätt ich mit dir noch einmal gern, ich</i></p>	
---	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

<p><i>hab mir das jetzt alles durchgelesen, es ist ja unglaublich, was ich schon alles ausgesagt habe. Da hätt ich dich noch gern.... weil da bin ich am schwächsten.... weil ich da einfach nichts weiß und für relativ viel Geld wenig gesagt hab und ich nichts weiß, sagen wir einmal so. Da hab ich jetzt diese Rechnungen und da muss ich dich noch fragen, Sekunde ich muss mir es nur aufschlagen ... ich hab ja Porr Geschichten mit dem Hohegger auch gemacht</i></p> <p><i>B: des hast eh ausgesagt, das steht eh drinnen</i></p> <p><i>A: jaja ich weiß eh, das hab ich schon gesagt, aber.. es geht mehr oder weniger</i></p> <p><i>1. bei dir um diese AKP Geschichte mit der Nordbergstraße, da hab ich glaub ich ausgesagt, dass ich mit dir geteilt habe, das glaub ich war falsch</i></p> <p><i>B: das war falsch, ja</i></p> <p><i>A: weil die AKP Sache</i></p> <p><i>B: AKP ist Kallinger</i></p> <p><i>A: Also keine Tochter der Porr-Gruppe</i></p> <p><i>B: Na, Kallinger und ich glaub, das hat er über die Schweiz laufen lassen. Ich habe da Unterlagen, die muss ich aber erst besorgen</i></p> <p><i>A: Da hab ich was gemacht, ich habe vermittelt den Verkauf von der Telekom zur Porr, ich habe ausgesagt, dass du Einmietungen gemacht hast</i></p> <p><i>B: das hab ich auch nicht gemacht, hab ich nicht gemacht, ich war weder im Unterrichtsministerium oder wo, das hat alles der Kallinger gemacht, die haben die zurückgedrängt dabei, die wussten, dass du das warst, der das zusammengebracht hat, die direkten Kontakte zum damaligen Unirektor usw das hat alles der Kallinger gemacht</i></p> <p><i>A: was hast dann du dort getan?</i></p> <p><i>B: ich hab gar nichts, ich hab dir nur geholfen dabei</i></p> <p><i>A: du hast mir geholfen die</i></p> <p><i>B: wenn es Rechtsfragen gegeben hat oder wie komm ich zu meiner Provision dann hab ich dir geholfen dabei</i></p> <p><i>A: hast du auch mir Rechnungen in der Frage gestellt</i></p> <p><i>B: nein hab ich nie</i></p> <p><i>A: nie?</i></p> <p><i>B: na</i></p>	
--	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

<p><i>A: sie finden weder im weder im Datenserver der Porr noch bei der bei der HD eine Rechnung zu dem Thema</i></p> <p><i>B: finden sie nicht</i></p> <p><i>A: was ich morgen sag, hab ich verwechselt, weil meine Aufgabe war, Porr und Telekom zusammenzubringen, des mit die Einmietungen von dir hab ich total verwechselt, muss ich sagen</i></p> <p><i>B: hab ich keinen Kontakt gehabt, hat alles der Kallinger gemacht, das ist über einen bestimmten Ministerialrat gegangen, dessen Namen ich leider erst sagen kann, wenn ich in Wien bin, aber....</i></p> <p><i>A: aber du hast mich mit dem Kallinger zusammengebracht, so kann ich es sagen oder?</i></p> <p><i>B: ja ich hab dich mit dem Kallinger zusammengebracht</i></p> <p><i>A: und des hab ich jetzt verwechselt, was dort war, da hast du überhaupt nichts gemacht in der Geschichte, außer mich beraten</i></p> <p><i>B: du musst ja auch sagen die Höhe der Provision, der Kaufpreis der Liegenschaft war damals, ich weiß es auch wieder nicht genau, ich glaub 11 Mio Euro oder 13 Mio Euro, das weiß ich nicht ganz genau, da hast du eine Vereinbarung gehabt, wonach du bei einem eventuellen..., bei der Porr war klar, das i des net kauf, kauft herrichtet, vermietet und dann an einen Investor weiterverkauf, mit dieser Tätigkeit, mit der du nur am Rande zu tun gehabt hast, dass ich an diese Unterlagen nicht herankommen kann, sonst könnt ich dir auch die deutsche Firma sagen, die des kauft hat, aber Blödsinn, du brauchst ja nur ... die Angelika soll morgen in der Früh</i></p> <p><i>A: na des schaff ich alles nimmer, ich muss um 9 dort antreten... ich brauch des auch nicht, ich sags einfach, ich hab mich da getäuscht, des war nicht der Plech, der Plech hat mir nur geholfen, es war der Kallinger, der das alles gemacht hat und über den des abgelaufen ist, es ist alles zu lange her, ich hab das alles verwechselt, damals ist es um einen Kaufpreis von 11 bis 13 Mio von der Telekom zur Porr gegangen und dafür hab ich die 600.000,- Euro gekriegt.</i></p> <p><i>B: ja geht sich aus</i></p> <p><i>A: 708.000,- Euro hab ich gekriegt</i></p> <p><i>B: das war eine Pauschalprovision, das ist nicht prozentuell gemacht worden, so sagst es, die kennen sich eh nicht aus, sag so, das war eine Provision von 708.000,- Euro, des war so ausgemacht, weil die Porr einen erheblichen Gewinn aus der Weiterveräußerung gemacht hat und deswegen hat man diese Provision ausgezahlt.</i></p>	
--	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

<p><i>A: genau und die haben das dann mit einem großen Gewinn weiterverkauft an einen deutschen Investor</i></p> <p><i>B: genau</i></p> <p><i>A: na gut, dann bin ich da einmal schon fit, mehr sag ich da morgen nicht, mit wem hatte ich Kontakt, mit Kallinger, mit Huber Hatte ich mit Pöchhacker Kontakt?</i></p> <p><i>B: na hattest du nicht</i></p> <p><i>A: hm</i></p> <p><i>B: hattest du nicht, du net du hast keinen Kontakt gehabt, der Pöchhacker hat gewusst davon, hat dann auch in der Schreibangelegenheit - das sag ich jetzt nur so – interveniert, als damaliger Generaldirektor, aber direkten Kontakt hast du nicht gehabt</i></p> <p><i>A: aber du warst ja in dieser Gesellschaft Ernsti, du warst in dieser Nordbergstraßengesellschaft, oder?</i></p> <p><i>B: nie im Leben</i></p> <p><i>A: net?</i></p> <p><i>B: ich war nie im Leben..</i></p> <p><i>A: oder habt ihr das nur ausgemacht gehabt?</i></p> <p><i>B: die AKP war vielleicht in der Gesellschaft, ich war gar nicht in dieser Gesellschaft, wenn wer drinnen war in dieser Entwicklungsgesellschaft, dann war das die AKP, aber nicht ich</i></p> <p><i>A: ok des war damals so eine unternehmerische Beteiligung, so eine Idee, das war aber nicht gesellschaftlich verankert</i></p> <p><i>B: genau, ich war verlässlich nirgendwo, sag ich dir auch warum, weil das aufgrund einer Information von einem, der damit zu tun gehabt hat vorher überhaupt ins Rennen gebracht habe, der hat mir mehr oder weniger den Tipp gegeben dafür, und alles andere hast du gemacht, aber das darfst nicht sagen</i></p> <p><i>A: aber was war die Information?</i></p> <p><i>B: die Information, dass die dort ein Haus verkaufen</i></p> <p><i>A: die Telekom?</i></p> <p><i>B: die Telekom, die Wirtschaftsuniversität einen Platzbedarf hat und man hofft, das an die Wirtschaftsuniversität zu verkaufen, entschuldigung, zu vermieten und mit diesem staatlichen Mieter, der natürlich eine besondere Qualität hat, an einen Investor zu verkaufen. Das Haus</i></p>	
--	--

<p><i>hat die Telekom nicht mehr benötigt, es war in guter Lage im 9. Bezirk</i></p> <p><i>A: wo is denn des eigentlich</i></p> <p><i>B: die Nordbergstraße ist, wenn du den Julius Tandler Platz, dort wo der Franz Josef Bahnhof ist, nach rechts abbiegst Richtung 19. und auf die alte Wirtschaftsuni zufahrst, das ist die Nordbergstraße</i></p> <p><i>A: ok gut</i></p> <p><i>B: das ist nur einen Steinwurf entfernt von der Wirtschaftsuni, deswegen hast du auch angeregt, das musst du dann selber, wie lang ist denn das schon her, ist ja auch schon 7/8 Jahre her, so genau erinnerst du dich nimmer mehr, nur an ein erfolgreiches Geschäft, du hast die Provision kassiert und versteuert. Ich glaub net dass .. was werden die bei der Nordbergstraße groß machen.</i></p> <p><i>A: na na, sie werden mich halt Porr quälen eh wegen einer anderen Geschichte, das mit der Autobahn und dem Zeug, da kann ich eh nichts sagen, ich möchte aber zumindestens über diese Geschichten lange plaudern, damit die sehen, dass es da eine erfolgreiche Geschäftsbasis gegeben hat. Dann wird ich morgen ganz offensiv sagen, ich habe das gesehen in meinem Nachlesen habe ich einen Fehler drinnen, was das betrifft... die AKP, ja Ernsti?"</i></p> <p>Anmerkungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) MEISCHBERGER hat keine Ahnung, wofür er die € 708.000 verrechnet hat und weiß nicht einmal, wo sich die Nordbergstraße befindet. 2.) Es besteht der Verdacht, dass Geldflüsse über Konten in der Schweiz abgewickelt wurden. 3.) PLECH erklärt, dass er bei der Nordbergstraße eigentlich mitkassiert hat, aber da nicht auftaucht. 4.) PLECHs Leistung war lediglich, einen Tipp von jemandem weiterzugeben – siehe BV. <p>In seiner BV vom 10.2.2010 hält MEISCHBERGER seine Aussagen aus der vorigen Einvernahme aufrecht.</p> <p>Weiters gab er auch den Grund für seine Meinungsänderung an:</p> <p><i>„Die Änderung machte ich deshalb weil es bei Ernst Plech nach meiner ursprünglichen Aussage eine Betriebsprüfung gab, und ich glaubte, dass diese aufgrund meiner unrichtigen Aussage stattgefunden hat.“</i></p>	
--	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p>PLECH sagt in seiner BV vom 1.9.2010, dass das Projekt von MEISCHBERGER, KALLINGER und der PORR abgewickelt worden sei. Befragt zum Tipp, den er erhalten hat:</p> <p><i>„Ich glaube es war ein Tipp von Rudi Fischer, der mir irgendwann einmal gesagt hat, die Telekom verkauft Häuser, dies war nicht das Ressort von Fischer, daraufhin hat der Walter diese Dinge ins Rollen gebracht. Auf Befragen gebe ich an, dass es oft Informationen gibt, die man nicht breit tritt und deshalb wollte ich nicht, dass darüber geredet wurde, auch weil ich nicht wusste, ob Fischer überhaupt ermächtigt war, darüber zu reden. Dieses Projekt wurde dann durch Meischberger und Kallinger sowie der Porr abgewickelt.“</i></p> <p>Zum Vorwurf, dass er laut TÜ-Protokoll mitkassiert habe:</p> <p><i>„Nach weiterer eindringlicher Ermahnung gebe ich an, wenn ich dies so gesagt habe, dann habe ich dafür auch etwas bekommen. Alle Unterlagen befinden sich bei der Kriminalpolizei, dort kann man dies nachlesen. Auf Befragung gebe ich an, dass meine Sekretärin diese Belege suchen kann. Diese wies nicht, wo die Belege sind, aber sie sollte diese auffinden können. Es könnte sein, dass diese Beträge gegengerechnet wurden. Wenn es höhere Beträge waren, ist dies immer schriftlich gemacht worden. Auf Befragen gebe ich an, dass ich mich nicht mehr an die Höhe des Betrages erinnern kann. Die Unterlagen kann man beim Kallinger finden, ich hab dort eine beratende Tätigkeit gehabt. Wenn es Rechtsfragen gegeben hat, habe ich dies mit ihm besprochen. Darüber gibt es keine Aufzeichnungen. Ich habe ihn bei der Kaufvertragserstellung, bei der Mietvertragserstellung und all diesen Dingen beraten. Natürlich waren dort auch Anwälte dabei. Diese Beratungsleistung, so nehme ich an, wurde mit einer Pauschale verrechnet. Die Unterlagen dazu sind in der Buchhaltung zu finden. Es könnte auch sein, dass ich das Honorar in Bar erhalten habe.“</i></p> <p>Anmerkung: Die Ermittler finden PLECHs Aussagen anscheinend unglaubwürdig, insbesondere, dass er sich nicht einmal an sein Honorar erinnern kann:</p> <p><i>„Auf Befragung, warum ich mich daran erinnern kann, dass dort eine Kühlanlage eingebaut werden sollte und sich dies auf die Mieten niedergeschlagen hat, aber ich mich nicht an mein Honorar erinnern kann, so gebe ich an, dass diese Streitsituation mir im Gedächtnis</i></p>	
--	--	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<i>geblieben ist.“</i>	
Dezember 2009?	<p>Weiterverkauf an einen deutschen Investor, das Bankhaus Wölbern.</p> <p>Aus einem Prospekt vom Dezember 2003 ist ersichtlich, dass der Kaufpreis € 48.967.212 betrug.</p> <p>Anmerkung: Die Soreg kaufte am 30.9.2003 das Gebäude der Telekom um € 30.522.000 und am 3. 11.2003 das Grundstück von der ÖBB um € 4.100.000, gesamt € 34.622.000.</p> <p>Innerhalb von maximal 2 Monaten ergibt das also eine Wertsteigerung von € 14,345.212.</p> <p>PÖCHHACKER kann sich an den Verkaufspreis nicht mehr erinnern, meint aber, 14 Mio. Gewinn wären zu hoch.</p>	<p>Prospekt Bankhaus Wölbern;</p> <p>Aussage Pöchhacker vor UsA, 9.5.2012</p>
25.3.2009	<p>Aus der Sachverhaltsdarstellung der AKP Vermögensverwaltung: RA Ilse KORENJAK wird zur Sachwalterin KALLINGERS bestellt. Sie kann keinen Leistungsnachweis zu besagter Rechnung von MEISCHBERGERS ZehnVierzig GmbH über € 708.000 finden.</p>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.284
15.7.2010	<p>Schreiben KORENJAK an MEISCHBERGERS ZehnVierzig mit dem Ersuchen um Aufklärung des Sachverhaltes durch Übermittlung eines Leistungsnachweises und vollständiger Dokumentation, andernfalls Rückzahlung des Betrags binnen 14 Tagen.</p>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.287
30.7.2010	<p>Schreiben Kanzlei HOEFERT (Vertretung der ZehnVierzig) an KORENJAK: MEISCHBERGER habe ihm ein umfangreiches Konvolut bezughabender Unterlagen übergeben, er wird in Kürze auf die Angelegenheit zurückkommen.</p>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.289
17.8.2010	<p>Schreiben Kanzlei HOEFERT (Vertretung der ZehnVierzig) an KORENJAK:</p> <p><i>„im Zuge der Projektentwicklung „Nordbergstraße 15“ wurde zwischen unseren Mandantschaften eine Vereinbarung dahingehend geschlossen, dass für den Fall der ertragreichen Verwertung der obigen Liegenschaft sämtliche Erträge aus dem Verkauf des Projekts im Verhältnis 50:50 zwischen der AKP Vermögensverwaltungs GmbH & Co Bauträger KG und meiner Mandantschaft aufgeteilt werden sollten. Nach mir erteilten Informationen floss der AKP ein Betrag von rund 1,5 Mio. Euro zu. Die von Ihnen angesprochene Überweisung vom 29.10.2004 bzw. die diesbezügliche Rechnung meiner Mandantschaft vom 25.10.2004 haben ihre Grundlage daher</i></p>	BT2,BMJ,F05,4.L -a,88.T,S.290

	<p><i>in obiger Vereinbarung.</i></p> <p><i>Die seitens meiner Mandantschaft erbrachten Leistungen waren, wie ich ergänzend mitteilen darf, auf die umfassende und intensive Beratung (unter anderem der AKP) sowie die Organisation der gesamten Projektentwicklung bezogen, im Zuge welcher Projektarbeiten die Soreg Beteiligungsverwaltungs GmbH, die PORR ImmoProjekt GmbH sowie, neben der von Ihnen nunmehr vertretenen AKP Vermögensverwaltungs GmbH & Co Bauträger KG, weiters auch die IFO Immobilien Fonds und die Beyn & Möller Treuhand aus Hamburg beteiligt waren. Es ist jedenfalls offensichtlich, dass bei der gegenständlichen Immobilientransaktion, welche ohne Zutun meiner Mandantschaft nicht zustande gekommen wäre, intensivste Arbeitsleistungen seitens meiner Mandantschaft erbracht wurden, welche überdies einen Zeitraum von mehr als 2 Jahren in Anspruch genommen haben.</i></p> <p><i>Eine rechtsgrundlose Zahlung liegt daher nicht vor.“</i></p> <p>Darüber hinaus gab es laut MEISCHBERGERs Rechtsvertreter auch eine Vereinbarung über den Mietentgeltentgang. Die besagte Rechnung entspricht demnach bei weitem nicht den vereinbarten 50% der insgesamt im Zuge des Projektes an die AKP geflossenen Zahlungen:</p> <p><i>„Wie ich Ihnen unter einem mitteilen darf, wurde Ende 2004 zwischen Herrn Sen. DI Kallinger und meiner Mandantschaft eine zusätzliche Vereinbarung betreffend Position „Mietentgeltentgang“ abgeschlossen. Festzuhalten ist, dass sich die hierin verpflichtete, 20 % des aus dieser Position real geflossenen und tatsächlich anfallenden Betrages an meine Mandantschaft auszuzahlen, wobei ausdrücklich vereinbart wurde, dass diese Abrechnung vierteljährlich gegen Rechnung erfolgen sollte. Festhalten darf ich hierzu, dass bis dato weder jemals Rechnung gelegt wurde, noch entsprechende Zahlungen getätigt wurden, sodass sich- über die von Ihnen angesprochenen Zahlungen hinaus – ein beträchtlicher Anspruch meiner Mandantschaft ergeben müsste. Ich werde mir daher nach nochmaliger Rücksprache mit meiner Mandantschaft erlauben, bezüglich der Verrechnung der Position „Mietentgeltentgang“ erneut an Sie heranzutreten.</i></p>	
--	--	--

Anhang A

A.2.8 BUWOG – Nordbergstraße

	<p><i>Festhalten darf ich abschließend, dass die gegenständliche Überweisung offenbar bei weitem nicht die vereinbarten 50% der insgesamt im Zuge des Projektes an die AKP Vermögensverwaltungs GmbH & Co Bauträger KG geflossenen Zahlungen darstellt. Ich darf Sie somit ersuchen, mir im kurzen Wege geeignete Abrechnungen der tatsächlichen Zahlungen zur Verfügung zu stellen, um einen allfällig ergänzenden Anspruch meiner Mandantschaft mit dieser erörtern und baldigst bekannt geben zu können.“</i></p>	
9.11.2010	<p>Sachverhaltsdarstellung von KORENJAK / AKP Vermögensverwaltung:</p> <p><i>„Da augenscheinlich eine Zahlung ohne eine tatsächliche Leistung aus dem Vermögen der „AKP“ vorgenommen wurde, wird ersucht den Sachverhalt zu prüfen.“</i></p> <p>Bei einer ersten Befragung am 19.1.2011 gab KORENJAK an, <i>„sie sei seit eineinhalb Jahren mit der Aufarbeitung der Vermögensverhältnisse des DiplIng KALLINGER-PRSKAWETZ beschäftigt und dabei seien ihr höchst merkwürdige Dinge aufgefallen.“ (...)</i></p> <p><i>„Es gäbe Verträge zwischen den Firmen von DiplIng KALLINGER-PRSKAWETZ und dem PORR Konzern, wonach dieser bei verschiedenen Projekten hohe Summen vom Gewinn der PORR dieser Projekte kassierte. Sie könne sich jedoch nicht vorstellen, was DiplIng KALLINGER-PRSKAWETZ als „Ein-Mann-Firma“ für solche Summen für den PORR Konzern geleistet haben könnte. Es gäbe dabei auch Geldflüsse in die Schweiz. Die Zahlungen der PORR an die Firmen von DiplIng KALLINGER-PRSKAWETZ seien jedenfalls nach seinem Schlaganfall mit verschiedenen Begründungen eingestellt worden.“</i></p>	<p>BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.284;</p> <p>Amtsvermerk zur Befragung:</p> <p>BT2, BMJ, F05, 4.L -a, 88.T, S.301</p>

Anhang A Chronologische Abläufe

A.3. TETRON**A.3.1. Adonis-Vergabe**

Datum	Inhalt	Quelle
April 2000	<p>Grundsatzentscheidung des BMI für eine private Errichter- und Betreiberlösung. Das BMF (noch unter SP-Minister Edlinger) hatte das ursprüngliche Projekt abgelehnt, da es <i>„das Bundesbudget über mehrere Jahre nachhaltig belasten würde“</i>.</p> <p>BMI geht von 22.000 Teilnehmern im eigenen Bereich aus, zusätzlich wären folgende Nutzer vorgesehen gewesen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bundesheer – Zollwache – Justizwache – Schifffahrtspolizei – Rettungsorganisationen – Feuerwehren – Ämter der Landesregierungen/Katastrophenschutz – Bezirkshauptmannschaften – Gemeinden <p>Der RH merkt später an, dass die Rettungsorganisationen und Feuerwehren auf die Finanzierung durch Bundesländer und Gemeinden angewiesen sind, weshalb diese Organisationen nicht in der Lage gewesen seien, ihre Beteiligung an ADONIS bindend zuzusagen.</p>	<p>RH-Rohbericht BMI:</p> <p>BT3,RH,F28,1.L-a,2.T, S.7,9;</p> <p>Schreiben von BMF Edlinger vom 23.12.1999:</p> <p>BT3,RH,F28,1.L-a,18.T, S. 4</p>
16.5.2000	Beschaffungsrechtliche Anfrage an CHOMIAK im BMI wegen der Vorgehensweise	BT3,BMI,F7,2.L-a,62.T
12.12.2000	BMI veranlasst EU-weite Ausschreibung über Projektunterstützung für das Funknetzprojekt ADONIS.	RH-Bericht: BT 3, RH, F28, 1.L-a,1.T, S.12
20.2.2001	Ende der Ausschreibungsfrist, elf Angebote langten ein. Drei Angebote (Deloitte & Touche GmbH, IABG GmbH, Network Contracting (NCS) werden ausgeschieden.	RH-Bericht: BT 3, RH, F28, 1.L-a,1.T, S.12
5.3.2001	<p>Besprechung im BMVIT: BMI ersucht um Reservierung der entsprechenden Frequenzbänder.</p> <p><i>„Dies ist insoweit von großer Bedeutung, als damit regionale Interessen, ein eigenes Funknetz aufbauen zu wollen, unterbunden</i></p>	BT3,BMI,F7,2.L-a,2.T

Anhang A Chronologische Abläufe

	<p><i>werden sollen.“</i></p> <p>[Anmerkung: Man will also offenbar die Bundesländer ausbremsen.]</p> <p>BUXBAUM richtet am 28.3.2001 ein entsprechendes Schreiben an das KBM im BMI</p>	
20.4.2001	Zuschlagskommission (sieben BMI-Vertreter) erklärt Arge aus Beratungsunternehmen Austroconsult und Mason einstimmig zum Bestbieter	<p>RH-Bericht: BT 3, RH, F28, 1.L-a,1.T, S.13;</p> <p>Protokoll: BT3,RH,F28,1.L-a, 25.T,S.1-5</p>
14.5.2001	BMI erteilt Bestbieter für Beratungsleistung den Zuschlag mit Auftragssumme von EUR 688.920,- (inkl. Ust)	BT3,RH,F28,1.L-a,1.T,S.32
6.7.2001	Austroconsult übermittelt Entwürfe für Ausschreibungsunterlagen	BT3,BMI,F7,2.L-a,3.T,S.7
16.7.2001	BMF HILLINGRATHNER: Bedeckung noch nicht geklärt, Ausschreibung daher noch nicht bekannt machen!	BT3,BMI,F7,2.L-a,3.T,S.5
20.7.2001	BMI Vermerk BLAHA: Vorschlag soll mit BMF koordiniert werden	BT3,BMI,F7,2.L-a,4.T
25.7.2001	BMI / SLEHA schickt Schreiben mit Argumenten für den dringenden Bedarf an das BMF (E-Mail Urgenz von KRUMPEL auf Anweisung von STRASSER liegt bei)	BT3,BMI,F7,2.L-a,5.T
12.9.2001	Schreiben BMF / HILLINGRATHNER an BMI: BMF erteilt Zustimmung zur Einleitung der Interessentensuche; Verweis auf eine schriftliche Vereinbarung zwischen STRASSER und GRASSER (die dem Untersuchungsausschuss nicht vorliegt)	BT3,BMI,F7,2.L-a,6.T
18.9.2001	<p>Ausschreibung des Funknetzes ADONIS , erscheint am 20.9.2001</p> <p>Frist für Teilnahmeanträge: 29.10.2001</p>	<p>RH-Rohbericht BMI:</p> <p>BT3,RH,F28,1.L-a, 2.T,S.7;</p> <p>BT3,BMI,F7,2.L-a, 6.T,S5</p>
29.10.2001	Eröffnung der Teilnahmeanträge zur ADONIS-Vergabe: 6 Bewerber	BT3,BMI,F7,2.L-

Anhang A Chronologische Abläufe

	(Telekom Austria, Master Talk, Tetratel Konsortium, Alpine Energie, Alcatel E-Business, Marconi)	a,8.T
30.10.2001	Ministerratsvortrag. Bundesregierung stimmt Realisierung von ADONIS zu.	BT3,RH,F28,1.L-a,2.T,S.8; BT3,BMI,F7,2.L-a,7.T
31.10.2001	Diverse Nachforderungen an Interessenten	BT3,BMI,F7,2.L-a,10.T
7.11.2001	BMI richtet Absichtserklärung an alle Landeshauptleute, die eine grundsätzliche Teilnahme der Bundesländer bezweckten	BT3,RH,F28,1.L-a,2.T,S.8
9.11.2001	Bericht über die Bewertung der Teilnahmeanträge	BT3,BMI,F7,2.L-a,61.T
22.11.2001	Aufforderung zur Anbotslegung an 3 qualifizierte Interessenten: <ul style="list-style-type: none"> - Telekom Austria - Tetratel (Motorola, Kapsch, Austrocontrol) - Master-Talk (Siemens, Verbund, Wr. Städtische usw.) Anbotsfrist: 7.1.2002	BT3,BMI,F7,2.L-a,11.T
10.12.2001	BMI beauftragt Beratungsunternehmen Austroconsult mit der Erstellung eines Weißbuches für die weitere Akquisition von ADONIS-Nutzern.	BT3,RH,F28,1.L-a,2.T,S.15
4.2.2002	Öffnung der Angebote, die am 4.2.2002 eingelangt sind [Anmerkung: was mit der Frist 7.1.2002 lt. Einladung vom 22.11.2001 passiert ist, geht aus den Akten des Untersuchungsausschusses nicht hervor.]	BT3,BMI,F7,2.L-a,14.T
15.2.2002	Öffnung der Fragenbeantwortungen durch die Bieter	BT3,BMI,F7,2.L-a,17.T,S.9
20.2.2002	Einlangen und Verteilung des „Weißbuchs“	BT3,BMI,F7,2.L-a,16.T
21.2.2002	Öffnung der Fragenbeantwortungen durch die Bieter – Nachtrag	BT3,BMI,F7,2.L-a,17.T
22.2.2002	Einladung an die drei Bieter zur Aufnahme von Bieterverhandlungen am 27.2.2002	BT3,BMI,F7,2.L-a,15.T
13.3.2002	Aufforderung zur Einreichung des letzten / besten Offerts per 19.3.2002	BT3,BMI,F7,2.L-a,18.T

Anhang A Chronologische Abläufe

20.3.2002	Sitzung der Bewertungskommission: lt. AV Erwin JELOSCHKEK / BMLV wurden dabei wesentliche Änderungen an der Bewertung vorgenommen, die nicht nachvollziehbar waren und zu einer Änderung der Reihung führten	BT3,RH,F28,1.L-a,49.T,S.8
21.3.2002	Weitere Sitzung: wieder kommt es zu nicht nachvollziehbaren Änderungen in der Bewertung	BT3,RH,F28,1.L-a,49.T,S.5
22.3.2002	Zuschlagskommission zur Vergabe des Funknetzes ADONIS. Bestbieter: Master Talk Austria Telekom Services GmbH	Protokoll: BT3,RH,F28,1.L-a,49.T,S.3-4; RH-Rohbericht BMI: BT3,RH,F28,1.L-a,2.T,S.7; Bericht über die Bieter: BT3,BMI,F7,2.L-a,19.T,S.33ff
12.4.2002	Zustimmung des BMF/ HILLINGRATHNER, aber: <i>„... unter der Voraussetzung, dass sich die Bundesländer vor Beginn des Netzaufbaus verbindlich verpflichten, für ihren eigenen Bereich und für die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden BOS-Organisationen innerhalb von 2 Jahren entsprechend dem Netzaufbaufortschritt mindestens 20.000 Endteilnehmer im ADONIS Netz anzumelden.“</i>	BT3,BMI,F7,2.L-a,19.T,S.7
12.4.2002	Information der Bieter über das Ergebnis des Bieterverfahrens	BT3,BMI,F7,2.L-a,19.T,S.14ff
21.5.2002	Einstweilige Verfügung des Bundesvergabebeamtes, mit welcher die Zuschlagsentscheidung untersagt wurde.	BT3,RH,F28,1.L-a,2.T,S.7
5.7.2002	Bundesvergabebeamte: Zurückweisung der Beschwerde	
5.7.2002	Zuschlagsentscheidung zur Realisierung des Funknetzes ADONIS	BT3,RH,F28,1.L-a,2.T,S.7; BT3,BMI,F7,2.L-a,20.T
30.9.2002	Folgeauftrag für Beratungsleistungen während ADONIS-Realisierung	BT3,RH,F28,1.L-a,2.T,S.7
16.10.2002	LH-Konferenz beschließt, dass sie ADONIS mit grundsätzlichem Interesse gegenübersteht. Die Entscheidung über eine ADONIS-	BT3,RH,F28,1.L-

Anhang A Chronologische Abläufe

	Teilnahme obliegt jedem Bundesland selbst. Eine bindende Vereinbarung mit den Bundesländern schließt das BMI in der Folge nicht ab.	a,2.T,S.8
26.6.2003	Schreiben von Master Talk an BMI. „Betrifft: Projekt ADONIS – Beendigung des Vertrages “ Unterzeichnet von Hansjörg Tengg und Dietmar Appeltauer. Der RH spricht in der Folge von „beidseitiger Kündigung der Errichtungsvereinbarung“ des Funknetzes ADONIS. Siehe näher dazu in der Chronologie zur Adonis-Kündigung	Master Talk-Schreiben: BT3,RH,F28,1.L-a,115.T,S.1-4; BT3,RH,F28,1.L-a,2.T,S.7

A.3.2. Adonis-Kündigung

Datum	Chronologie	Quelle
Spätsommer-Herbst 2002	Manfred BLAHA schildert in seiner ZV vom 21.8.2008 ein Gespräch mit Heinz BICK von ROHDE und SCHWARZ. Demzufolge hat Motorola bereits im Spätsommer oder Herbst 2002 angekündigt, dass das Projekt ADONIS scheitern würde: <i>„Von Heinz Bick, vormaliger Geschäftsführer der Firma Rohde u. Schwarz Bick Mobilfunk (glaublich GmbH), hat mir erzählt, dass ziemlich am Anfang des ADONIS Projektes ein hochrangiger Vertreter von Motorola Deutschland zu ihm gesagt hätte: „Du bist ein guter Freund, aber in Österreich müssen wir dich „umbringen““, womit gemeint war, dass Rohde u. Schwarz mit dem ADONIS Projekt scheitern sollten, damit Motorola zum Zug kommt. Zum Zeitpunkt dieser Aussage befragt, gebe ich an, dass diese im Spätsommer bis Herbst 2002 gefallen ist.“</i>	ZV Blaha 21.8.2008: BT3,BMJ,F00,4.L-a,12.T
30./31.1.03	Workshop über Neuorganisation des Projektmanagements: BMI gemeinsam mit master-talk	BT3,BMI,F8,3.L-a,51.T
18.2.2003	BMI und master-talk vereinbaren Vorkaufsrecht über Gesellschaftsanteile (Notariatsakt)	BT3,BMI,F8,12.L-a,3.Tff
26.2.2003	Neuorganisation der Projektbetreuung im BMI sowie in Abstimmung mit master-talk: - Vertreter des AG im Steuerungsgremium: KRUMPEL,	BT3,BMI,F9,4.L-a,2.T

Anhang A Chronologische Abläufe

	<p>SKORSCH</p> <ul style="list-style-type: none"> - Leiter Projektkoordination: PAIL - Projektleiter BMI: BLAHA - Stv. Projektleiter BMI: SCHNAKL 	
21.3.2003	<p>PAIL: ADONIS – Projektanalyse</p> <p>Zählt zahlreiche Probleme, vor allem innerhalb des BMI auf. Vertragsauflösung wird als „kaum zielführend“ eingeschätzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vertragliche Situation: <ul style="list-style-type: none"> o Umfang und Inhalt der Leistungen sind unklar, liegt an schlechter Ausschreibung o Benutzung des BMI-Netzes wurde noch immer nicht entschieden, wäre dringend nötig o „Dienstfestlegungsdokumente“ DFD sind im Schnitt 120 Tage verzögert; auch hier teilweise Anbot schuld, bzw. Schuldfrage unklar o Bestellschreiben mit nur 3 Zeilen Text lässt vieles offen (kein Verweis auf Ausschreibung usw.) o Bedarf der Blaulichtorganisationen wurde in Ausschreibung nicht berücksichtigt o Auch Datendienste nicht ausreichend in Ausschreibung beachtet o BMLV und BOS geben nur unverbindlich Wünsche ab, ohne fixe vertragliche Bindung („Zuschauerplätze“) (Ausnahme: Land Tirol – will selber finanzieren > Modell Tirol) o Ambitionierter Zeitplan: Konflikt mit nötiger DFD-Festlegung vor Ausbau - Finanzielle Situation: <ul style="list-style-type: none"> o € 1000 pro TN lt Businessplan erst ab 2013 und nur im Best Case erreichbar o BMI trägt wirtschaftliches Risiko, wenn Best Case nicht erreicht wird o Umfang der Beistellungen durch BMI im Haus noch nicht entschieden o Vertragsstrafen nicht realistisch, Auflösung „wohl kaum zielführend“ - Organisation: <ul style="list-style-type: none"> o M-t: bis neue GF im Herbst 2002 nur wenig strukturiert, seit vier Wochen neue Struktur, erste Erfolge beginnen sich einzustellen o Projektorganisation im BMI war ebenfalls nur rudimentär vorhanden, seit zwei Wochen beginnen Sofortmaßnahmen zu greifen o Bei BOS und BMLV ist keine Projektorganisation erkennbar o Austroconsult: „Wenngleich Austroconsult redliches Bemühen nicht abgesprochen werden kann, hält sich die inhaltliche Unterstützung bisher sehr in Grenzen.“ 	BT3,BMI,F15,11. L-a,5.T,S.119

Anhang A Chronologische Abläufe

	<p><i>Dies liegt hauptsächlich auch daran, dass AC vielfach Personal einsetzt, das nur geringe oder gar keine Erfahrung mit sehr großen Projekten hat.“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Technische Situation: <ul style="list-style-type: none"> o Die Dienste sind in der Ausschreibung nicht ausreichend spezifiziert, es gibt daher einen erheblichen „Interpretationsspielraum“ o Der technische Bereich ist aber im Moment der am wenigsten kritische <p>In der Folge macht PAIL konkrete Vorschläge wie weiter vorgegangen werden soll: insb. müssen schnell die DFD fertig gestellt werden.</p>	
24.3.2003	<p>SKORSCH Zusammenstellung: „Projekt ADONIS – Problembereiche und Lösungsvorschläge“</p> <p>Befasst sich fast ausschließlich mit der wirtschaftlichen Seite.</p> <p>Hauptproblem sei die Finanzierung und die Beteiligung der Blaulichtorganisationen. SKORSCH schlägt hier eine Bund-Länderfinanzierung (40:60) vor. Diesen Vorschlag will er „indirekt“ einfließen lassen:</p> <p><i>„Der Netzbetreiber master-talk wird in den nächsten Wochen von Arthur D. Little im Auftrag der Banken geprüft, wobei ein positives Ergebnis für die weitere Projektfinanzierung erforderlich ist. Die derzeitige Projektsituation lässt ein positives Ergebnis eher nicht erwarten.</i></p> <p><i>Arthur D. Little könnte im Zuge der Prüfung auch einen Vorschlag zur Verbesserung des gesamten Projektes machen, der dem bereits dargestellten Modell entsprechen könnte. Sollte dies der Fall sein und die Banken ihre Finanzierung in der Folge zusichern und auf der Auftraggeberseite das neue Modell politisch umsetzbar sein, müsste der derzeitige Vertrag insbesondere unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Möglichkeiten so abgeändert werden, dass über das neue Modell volle Rechts- und Vertragssicherheit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer besteht.</i></p> <p><i>Angemerkt wird, dass über die Idee, Arthur D. Little im Zuge der Prüfung das neue Projektmodell näher zu bringen, größtes Stillschweigen bewahrt werden muss, da sonst die gesamte Projektumsetzung gefährdet sein könnte.</i></p> <p><i>Es wird vorgeschlagen folgende Schritte einzuleiten:</i></p> <p><i>Lösungsansatz im Zuge der Prüfung von master-talk durch Arthur D. Little im Antrag der Banken.“</i></p>	BT3,BMI,F15,11. L-a,5.T,S.105

Anhang A Chronologische Abläufe

	Weiters: in der Ausschreibung seien Standorte (zB ORF) enthalten gewesen, die dem BMI nicht zur Verfügung stehen, master-talk ging aber von gratis Verfügbarkeit aus. Kosten von € 1000 pro Teilnehmer sind nicht haltbar	
8.4.2003	Angebliches Schreiben von Master-Talk an BMI (wird im Schreiben vom 22.5.2003 erwähnt, liegt dem Untersuchungsausschuss aber nicht vor)	BT3,BMI,F8,12.L-a,463.T
28.4.2003	Austroconsult erhält vom BMI (PRUGGER) einen Zusatzauftrag zur Begleitung des Projekts im Rahmen der neuen Projektorganisation über mehr als € 200.000	BT3,BMI,F8,12.L-a,82.Tff
16.-20.5.03	Diverse Tests in Tirol	
21.5.2003	Schreiben Master-Talk an BMI: Hinweis lt. Werkvertrag, dass Zusatzwünsche Zusatzkosten begründen	BT3,BMI,F8,12.L-a,463.T
22.5.2003	2 Schreiben BMI an Master-Talk: Kritik diverser Mängel, insb. Verzug etc.	BT3,BMI,F8,3.L-a,47.T; BT3,RH,F28,1.L-a,64.T
22.5.2003	2 Schreiben Master Talk an BMI. Master-Talk leitet Schlichtungsverfahren ein	BT3,BMI,F8,3.L-a,3.T
26.5.2003	Weiteres Schreiben BMI an Master Talk über Mängel, Androhung von Konsequenzen	BT3,BMI,F8,3.L-a,57.T
28.5.2003	BMI schickt 2 Schreiben in Kopie an Siemens zur Kenntnis	BT3,RH,F28,1.L-a,64.T,S.3
2.6.2003	Schreiben Master-Talk an BMI: Replik auf die Schreiben des BMI vom 22.5. und 26.5.	BT3,RH,F28,1.L-a,64.T,S.14
4.6.2003	Schreiben BMI an Master-Talk: Antwort auf vorherige Schreiben	BT3,BMI,F8,12.L-a,464.T
11.6.2003	1. Sitzung wegen Meinungsverschiedenheiten im BMI mit mastertalk Vertretern	BT3,BMI,F8,3.L-a,29.T und 34.T
12.6.2003	2. Sitzung wegen Meinungsverschiedenheiten im BMI mit mastertalk Vertretern	BT3,BMI,F8,3.L-a,30.T und 35.T
13.6.2003	3. Sitzung wegen Meinungsverschiedenheiten im BMI mit mastertalk Vertretern	BT3,BMI,F8,3.L-a,31.T und 36.T
15.6.2003	Beschwerde der VNET GmbH über Zahlungsschwierigkeiten mit Fa. KEM (Sub-Unternehmer von Alcatel)	BT3,BMI,F8,12.L-a,115.T

Anhang A Chronologische Abläufe

16.6.2003	Feldversuch: Feldstärkemessung in einem Testgebiet	BT3,BMI,F8,3.L-a,46.T
18.6.2003	4. Sitzung wegen Meinungsverschiedenheiten im BMI mit mastertalk Vertretern	BT3,BMI,F8,3.L-a,32.T und 38.T
23.6.2003	Besprechung im KBMI: GATTRINGER, PRUGGER, ANDERL, SKORSCH, NORDBERG Für den Fall, dass master-talk keine geeigneten Lösungsvorschläge beibringt, wird Vertragsauflösung als einzig vertretbarer Schritt gesehen.	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.46
25.6.2003	5. und letzte Sitzung wegen Meinungsverschiedenheiten im BMI mit mastertalk Vertretern <i>„BMI erwartet nunmehr Vorschläge zur Bewältigung der das gesamte Projekt umfassenden bekannten Probleme. m-t stellt fest, dass es nicht in der Lage ist, einseitig Vorschläge zur Lösung der Differenzen zu unterbreiten und legt klar, dass sich das Projekt wirtschaftlich rechnen muss.“</i>	BT3,BMI,F8,3.L-a,33.T und 38,T,S.16
25.6.2003	Mail von NORDBERG: - Schadenersatz bis zu 300 Mio. Euro denkbar - Angemessene Nachfrist ist fraglich (z.B. wurde Garantietext erst verspätet erarbeitet) - Prozessrisiko schwer abschätzbar	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.46f.
25.6.2003	Schreiben BMI an Master-Talk: Einigungsversuch ist gescheitert	BT3,BMI,F8,3.L-a,3.T
26.6.2003	Einlegeblatt BMI: BMI sah sich als Auftraggeber zur Vertragsauflösung gezwungen	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.42ff
26.6.2003 11:00 Uhr	Schreiben Master-Talk an BMI: Auflösung des Vertrages, Schaden von zumindest 100 Mio Euro wird geltend gemacht werden. Wird im BMI bereits um 11:46 weitergefaxyt – ging daher zuerst ein.	BT3,BMI,F8,3.L-a,15. und 16.T
26.6.2003 12:40	Schreiben BMI an Master-Talk, zHD TENGG: Vertragsauflösung wird erklärt Fax Sendebestätigung: 12:40 Kopien werden allen Gesellschaftern des Master-Talk Konsortiums zur Kenntnis gebracht	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.49; BT3,BMI,F8,3.L-a,9.T
1.7.2003	Mail NORDBERG an PRUGGER; CC GATTRINGER: Vorschlag für Antwortschreiben; <i>„Wie uns Herr Mag. GATTRINGER mitteilte, langte dieses Schreiben gegen 11:00 Uhr im BMI ein.“</i>	BT3,BMI,F8,3.L-a,19.T

Anhang A Chronologische Abläufe

1.7.2003	Schreiben BMI an Master-Talk: Auflösungserklärung wird zur Kenntnis genommen.	BT3,BMI,F8,3.L-a,18.T
22.7.2003	Schreiben BMI an Master-Talk: BOS Frequenzen dürfen nicht mehr genutzt werden	BT3,BMI,F8,12.L-a,120.T
24.7.2003	Schreiben Master-Talk an BMI: offenbar soll Dokumentation der Leistungen verhindert werden	BT3,BMI,F8,12.L-a,129.T
25.7.2003	AV über Abschaltung ADONIS Standort Schottenring	BT3,BMI,F8,12.L-a,122.T
28.7.2003	Schreiben Master-Talk an BMI: Beschwerde über Behinderung an der Leistungsdokumentation	BT3,BMI,F8,12.L-a,128.T
4.8.2003	Schreiben BMI / KOROSEC an Master-Talk: Vorwürfe werden zurück gewiesen	BT3,BMI,F8,12.L-a,126.T
5.8.2003	AV ULMER zu angeblichen Nacharbeiten durch master-talk	BT3,BMI,F8,12.L-a,123.T
12.8.2003	AV BLAHA über Anwesenheiten von master-talk Technikern am Schottenring	BT3,BMI,F8,12.L-a,124.T
21.8.2003	Besitzstörungsklage master-Talk wegen verweigertem Zutritt zu Anlagen am Schottenring	BT3,BMI,F8,12.L-a,153.T
21.8.2003	Klagebegehren beim ständigen Schiedsgericht der Wirtschaftskammer Wien langt ein	BT3,BMI,F8,12.L-a,157.T
22.8.2003	Schreiben RA Haslinger für Fa. Pichelmayer wegen Eintritt in Liefervertrag	BT3,BMI,F8,12.L-a,176.T
2.9.2003	Beauftragung RA NORDBERG mit Verfahren wegen Besitzstörung (Vollmacht durch Finanzprokurator)	BT3,BMI,F8,12.L-a,164.T
22.10.2003	<p>Master-talk unterbreitet Angebot auf Fortführung des Vertrages</p> <p><i>„Bezugnehmend auf Ihr Gespräch mit Herrn Generaldirektor HOCHLEITNER und Herrn Vorstandsdirektor GEIGER dürfen wir Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, in Abstimmung mit den Gesellschaftern einen Lösungsvorschlag zur Weiterführung des Projektes ADONIS unterbreiten.“</i></p> <p><i>„Alternativ zu dem in der Anlage vorgestellten Angebot dürfen wir Ihnen mitteilen, dass sich die Gesellschafter der master-talk eine Änderung der derzeitigen Gesellschafterstruktur vorstellen können. Bei einer Abtretung von Gesellschaftsanteilen oder Teilen davon müssten entsprechende Konditionen (insbesondere in Hinblick auf die Abgeltung der eingesetzten Mittel) vereinbart werden. Wir sind</i></p>	BT3,BMI,F8,12.L-a,192.T,S.3

Anhang A Chronologische Abläufe

	<i>weiterhin bestrebt, eine Lösung zu beidseitig wirtschaftlich tragbaren Rahmenbedingungen unter Einbeziehung Ihrer Vorstellungen herbeizuführen.“ (gez. PALFFY)</i>	
29.10.2003	<p>Antwort PRUGGER , BMI an master-talk:</p> <p>BMI begrüßt Schreiben als ersten Schritt in richtige Richtung, aber noch zu unkonkret.</p> <p>„Gleiches gilt für die Gesellschafterstruktur von master-talk. Das BMI steht Änderungen der Gesellschafterstruktur – so der Vertrag weitergeführt wird und sie zu einem Gelingen des Projektes beitragen – grundsätzlich positiv gegenüber, wiewohl darauf hinzuweisen ist, dass eine Änderung der Gesellschafterstruktur als interne Angelegenheit Sache der Gesellschafter von master-talk ist. Erst wenn eine Änderung in den Beteiligungsverhältnissen konkret bevorsteht, wird das BMI darüber zu informieren sein, damit sichergestellt ist, dass ein Gesellschafterwechsel dem Projekt nicht abträglich ist.“</p>	BT3,BMI,F8,12.L-a,191.T,S.5
27.11.2003	<p>Zweites Angebot von Master-Talk zur Weiterführung von ADONIS:</p> <p>„In der Anlage übermitteln wir Ihnen nach Abstimmung mit unseren Gesellschaftern ein überarbeitetes und nochmals konkretisiertes Angebot als Lösungsvorschlag zur Fortführung des Projektes ADONIS und als Basis zur Einleitung und zur Führung von konkreten Gesprächen.</p> <p>Zu unserem Angebot dürfen wir Sie hinweisen, dass von uns bereits geführte informelle Gespräche mit Vertretern der österreichischen Kreditwirtschaft erkennen ließen, dass zur Finanzierung dieses Projektes große Anstrengungen erforderlich sein werden und neue Wege begangen werden müssen, um Sicherheiten darzustellen.</p> <p>Um die Gespräche umgehend beginnen zu können, würde master-talk sich verpflichten, für die Dauer der Gespräche (voraussichtlich bis 31.1.2004) keine Klage einzubringen. Im Gegenzug dazu müsste sich das BM.I verpflichten, ebenfalls für die Dauer der Gespräche von einer Neuausschreibung Abstand zu nehmen.“</p> <p>Stellungnahme von SKORSCH dazu:</p> <p>„Insgesamt kann daher nur festgestellt werden, dass es rechtlich nicht möglich sein wird, dem Angebot von m-t näher zu treten.</p>	<p>BT3,RH,F28,2.L-a,13.T,S.3;</p> <p>Skorsch Stellungnahme: BT3,RH,F28,2.L-a,13.T,S.8</p>

Anhang A Chronologische Abläufe

	<i>Zusätzlich sind in dem vorliegenden Konzept die Lösung der offenen Fragen nicht einmal annähernd zu sehen. Das Angebot wäre daher abzulehnen.“</i>	
16.12.2003	Antwort BMI an Master-Talk: <i>„Bezugnehmend auf Ihr Angebot zur Weiterführung von ADONIS vom 27. November 2003 teilt Ihnen das Bundesministerium für Inneres nach entsprechender Prüfung und Einholung mehrerer Gutachten mit, dass eine Fortsetzung des aufgelösten Vertrages aus vergaberechtlicher Sicht unzulässig wäre. Die gegenständliche Leistung wird daher einem neuen Vergabeverfahren zu unterziehen sein. Im Falle einer Neuausschreibung steht es Ihnen natürlich frei, sich daran zu beteiligen.“</i>	BT3,RH,F28,2.L-a,13.T,S.2
11.8.2004	Master-talk fordert in Schreiben Schadenersatz von € 181.776.493 von der Republik	BT3,BMI,F10,5.L-a,101.T,S.2
Jänner 2005	Kommunikation mit Rechnungshof über die ADONIS Vergabe	BT3,BMI,F8,12.L-a,415.T
25.1.2005	Gutachten Prof. Dr. Alfred TAUDES über die Qualität des ADONIS Projektmanagements Zusammenfassung: <i>„Das ADONIS Projektmanagement war durch zahlreiche Mängel gekennzeichnet. In keiner der Elementgruppen des PMBOK wurde eine der Komplexität des Projekts gerecht werdende Ausprägung erzielt. Bis Projektabbruch konnte kein Projektplan vorgelegt werden, der auch nur annähernd den Anforderungen entsprach. Mangelnde Ressourcen, hohe Personalfuktuation und nachlässige Informationspolitik des AN traten verstärkend hinzu. Es seitens des AGs in die Wege geleiteter Rettungsversuch durch Einrichtung einer adäquaten Projektorganisation wurde nur mangelhaft umgesetzt. Als Ursache der Probleme wird vom AN hingegen die mangelnde Mitwirkung der AGs identifiziert: für diese hat der AN allerdings die Basis – eine abgestimmte Planung – nie vorgelegt.</i> <i>Sehr treffend formuliert dies der AG in seiner Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 02/2003 vom 3.4.2003: „Noch immer liegt dem Fortschrittsbericht kein Terminplan bei. Der letzte als Entwurf vorgelegte Terminplan (17.2.2003) war unvollständig und wurde nicht weiter behandelt. Aufbauend auf einem gültigen Terminplan ist im Fortschrittsbericht der Soll-Ist-Vergleich beizulegen sowie die darin enthaltenen Abweichungen darzustellen und die damit verbundenen Vorschläge für Gegenmaßnahmen aufzuzeigen.</i>	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.56; Kurzfassung: S.97

Anhang A Chronologische Abläufe

	<p><i>Ebenfalls fehlen Informationen zur Detailplanung, im Speziellen ein Ressourcenkonzept, eine Risikoliste sowie eine Liste der Aufgaben, welche vom AG übernommen werden sollten. Diese Liste ist mit Terminen zu versehen, welche genügend lange Zeiträume vorsehen, um der Struktur und Organisation des AGs Rechnung zu tragen. Ohne diese Auflistung ist es dem AG nicht möglich, unterstützend mitzuwirken.“</i></p>	
--	---	--

Anhang A Chronologische Abläufe

A.3.3. TETRON-Vergabe

Datum	Inhalt	Quelle
2.10.2003	Gutachten von NORDBERG zur Frage, wie fortgesetzt werden kann (Varianten: Fortsetzung mit Mastertalk, Zuschlag an Zweitbieter (geht nicht), Ländernetz Tirol) [Anmerkung: die Idee, direkt an den Zweitbieter zu vergeben, würde bedeuten, dass mit dem TETRATEL Konsortium Motorola zum Zug gekommen wäre - ganz so, wie es dann aufgrund der Neuausschreibung ja auch der Fall war]	BT3,BMI,F9,4.L-a,5.T
8.10.2003	Ergänzende Stellungnahme von NORDBERG	BT3,BMI,F9,4.L-a,6.T,S.9
29.10.2003	KBM Auftrag: Vorbereitung einer neuen Ausschreibung ; „Enge Einbindung von Tirol von Beginn an notwendig“, Vereinbarung LH Van Staa – HBM“, Weiters: enge Abstimmung mit BMLV Wien	BT3,BMI,F9,4.L-a,10.T,S.11
1.11.2003	Anbot von NORDBERG zu rechtlicher Beratung bei Ausschreibung „Digitalfunk neu“	BT3,BMI,F9,4.L-a,7.T,S.13
3.11.2003	Schreiben von NORDBERG zu Ausstiegsszenarien während einer laufenden Ausschreibung	BT3,BMI,F9,4.L-a,7.T
17.11.2003	Beauftragung von NORDBERG mit Beratungsleistungen bei der neuerlichen Vergabe „Digitalfunk neu“	BT3,BMI,F9,4.L-a,4.T
18.11.2003	Vereinbarung zwischen STRASSER und VAN STAA: BMI und Tirol bilden für die Vergabe eine ARGE	BT3,BMI,F9,4.L-a,10.T,S.13
19.11.2003	Auftrag an Price Waterhouse Coopers zu externer Beratung bei Neuvergabe (zuständig: VARGA; SKORSCH)	BT3,BMI,F9,4.L-a,9.T
25.11.2003	Vertrag mit VAN MELLE / PLATZER zur rechtlichen Beratung bei der Vergabe (zuständig: VARGA; SKORSCH)	BT3,BMI,F9,4.L-a,42.T
28.11.2003	Ausschreibungsunterlagen für Teilnahmeanträge	BT3,BMI,F9,4.L-a,17.T
4.12.2003	Erstellung eines Rechtsgutachtens durch Prof AICHER zu Fortsetzung Mastertalk Vertrag (zuständig: VARGA; SKORSCH)	BT3,BMI,F9,4.L-a,40.T
19.12.2003	BMF / SCHWARZENDORFER erteilt Zustimmung zum Start der Interessentensuche, aber:	BT3,BMI,F9,4.L-a,21.T,S.2

Anhang A Chronologische Abläufe

	<i>„Das BMF hält die definitive Zusage weiterer Länder für eine Teilnahme am Funksystem für wesentlich zur Erlangung wirtschaftlicher Anbote. Das BMF geht daher davon aus, dass vom BMI flankierend politische Gespräche mit den Entscheidungsträgern in den Ländern geführt werden mit dem Ziel, diese möglichst frühzeitig für eine Teilnahme am Funksystem zu gewinnen. Dem Verhandlungsstand bzw. den bis dahin vorliegenden Erfolgen in dieser Angelegenheit werden vom BMF anlässlich der abermaligen Mitbefassung vor Start der Ausschreibung besonderes Augenmerk geschenkt werden.“</i>	
3.1.2004	EU-weite Bekanntmachung der Ausschreibung	BT3,BMI,F9,4.L-a,22.T,S.1
9.1.2004	Teilnahmeantrag Kappacher (siehe Chronologie Peter SKORSCH)	
19.1.2004	Informationsveranstaltung zur Ausschreibung 28.1.2004 bis 16.2.2004: Versendung diverser Fragebeantwortungen durch das BMI zu Fragen zur Ausschreibung	BT3,BMI,F9,4.L-a,33.T
6.2.2004	„Vertrauliche“ Anfrage von MOTOROLA: <i>„Motorola Inc., (registrierte Firma in Delaware, USA), die Mutter Firma des Motorola Konzerns und Halterin des Stammkapitals der Motorola Österreich und der Motorola GmbH Deutschland, hat die Absicht, die Motorola GmbH Österreich und die Motorola GmbH Deutschland als Bewerber im gegenständlichen Interessenbekundungsverhandlungsverfahren sowohl technisch als auch finanziell zu unterstützen und später als Teilhaber an der zu gründenden Projektgesellschaft aufzutreten.“</i>	BT3,BMI,F9,4.L-a,61.T
20.2.2004	Ende der Einreichungsfrist für Teilnahmeanträge. Fünf Bewerber übermittelten Anträge: <ul style="list-style-type: none"> - EADS Telecom Deutschland GmbH - Bewerbungsgemeinschaft FREQUENTIS (Nokia, Austro Control, Frequentis) - Bewerbungsgemeinschaft ALCATEL / MOTOROLA - Mobilkom Austria - T-Mobile Austria / SIEMENS 	BT3,BMI,F9,4.L-a,23.T,S.17ff; BT3,BMI,F9,4.L-a,24.Tff; BT3,BMI,F9,4.L-a,72.T; BT3,BMI,F9,4.L-a,72.T,S.21
23.2.2004	Mail von SKORSCH an ANDERL, VARGA, NORDBERG, PAIL ua. zur Aufbereitung und Auswertung der Interessenten	BT3,BMI,F9,4.L-a,71.T
10.3.2004	Auswertung der Teilnahmeanträge, es werden drei Bieter vorgeschlagen: <ul style="list-style-type: none"> - EADS 	BT3,BMI,F9,4.L-a,181.T

Anhang A Chronologische Abläufe

	<ul style="list-style-type: none"> - FREQUENTIS - MOTOROLA,ALCATEL SKORSCH und SCHNAKL haben die Gesamtbewertung durchgeführt (siehe T181/S42)	
10.3.2004	Zustimmung durch Land Tirol / STREITER	BT3,BMI,F9,4.L-a,181.T,S.38
12.3.2004	Information der Bieter	BT3,BMI,F9,4.L-a,181.T,S.54; Ansprechpersonen: BT3,BMI,F9,4.L-a,181.T,S.57f
16.3.2004	Ausschreibungsunterlagen für die 2. Stufe des Vergabeverfahrens	BT3,BMI,F9,4.L-a,182.T ff
24.3.2004	<p>BMF Schreiben: kritisiert, dass es vor Start der Ausschreibung nicht einbezogen wurde wie vereinbart; neuerliches Ersuchen um forcierte Verhandlungen mit den Ländern; BMF will nicht mehr als die bereits früher vereinbarten 18 Mill. EUR pro Jahr zahlen.</p> <p>Im BMI Akt wird zur Finanzierung Stellung genommen: <i>„Nach den ho. Zum Budgeterstellungprozess zur Verfügung stehenden Informationen wurde als Ergebnis der Ministerverhandlungen festgehalten, dass die Kapitelsumme des BMI, orientiert am Sachausgabenerfolg 2002 bei den Personalausgaben um jenen Betrag erhöht wurde, der sich aus der Rücklagenauflösung des BMF (33 MEUR) aus den Einnahmen aus dem Sicherheitsbeitrag der Flughafenüberwachung (...) ergab. Sohin geht das BMI davon aus, dass der Budgetbedarf für ADONIS in Finanzjahren 2003 und 2004 nach den Ministerverhandlungen in den Budgetkapitelsummen <u>nicht enthalten war.</u>“</i></p>	BT3,BMI,F9,4.L-a,202.T; BT3,BMI,F9,4.L-a,202.T,S.6
29.3./30.3.04	Informationsveranstaltungen mit den Bietern	BT3,BMI,F9,4.L-a,192.T
6.4.2004	Mail von SKORSCH an ANDERL u.a.: <i>„Wirkliche Sorgen macht mir die Gesamtfinanzierungsthematik. Ich denke, da hat uns das BMF sehr deutlich gesagt, wie es mit der Bereitschaft einer „zusätzlichen Sonderfinanzierung“ aussieht.“</i>	BT3,BMI,F9,4.L-a,3202.T,S.11
28.4.2004	Ende der Angebotsfrist, drei Angebote sind eingelangt. Wegen Unvollständigkeit kommt es zu einer Nachforderung bis 4.5.2004	BT3,BMI,F9,4.L-a,240.T

Anhang A Chronologische Abläufe

17.- 19.5.2004:	1. Verhandlungsrunde mit den einzelnen Bietern zu Detailfragen	BT3,BMI,F9,4.L-a,472.T
26.- 28.5.2004	2. Verhandlungsrunde mit den einzelnen Bietern zu Detailfragen	BT3,BMI,F9,4.L-a,567.T,S.22
28.5.2004	Aufforderung zur Vorlage der überarbeiteten Angebote	BT3,BMI,F9,4.L-a,567.T,S.22
3.6.2004	Weitere Angebotsrunde	BT3,BMI,F9,4.L-a,559.T
8.6.2004	SKORSCH ändert noch Details der Vertragsbedingungen	BT3,BMI,F9,4.L-a,567.T,S.8
9.6.2004	Einladung zu den „Last-Best-Offer“ bis 16.6.2004	BT3,BMI,F9,4.L-a,567.T
16.6.2004	Öffnung der „Last-Best-Offer“	BT3,BMI,F9,4.L-a,589.T
21.6.2004	Auswertung der Angebote: ALCATEL / MOTOROLA ist Bestbieter Im von SKORSCH und VARGA verfassten ausführlichen Einlageblatt dazu werden die Gesamtkosten mit 33,1 Mio. € jährlich (bzw. im worst case: 34,938 Mio.) dargestellt, ab geplantem Vollausbau 2008. Damit ist wieder einmal eine bemerkenswerte „Punktlandung“ geglückt, wenn die in der SKORSCH-Chronologie erwähnte „Schmerzgrenze“ von 35 Millionen Euro stimmen sollte. (siehe auch 24.3.2004 und die dort zitierte Vereinbarung STRASSER – GRASSER, wo ebenfalls von einem Betrag von 33 Mio Euro gesprochen wird)	BT3,BMI,F9,4.L-a,652.T
21.6.2004	Verständigung der Bieter, Zuschlagserteilung an MOTOROLA / ALCATEL	BT3,BMI,F9,4.L-a,677.T
22.6.2004	Bestätigung durch MOTOROLA/ALCATEL	BT3,BMI,F9,4.L-a,677.T
22.6.2004	Zustimmung TIROL	
30.6.2004	BMF / SCHWARZENDORFER an BMI: Zuschlag erfolgte in Widerspruch zu den haushaltsrechtlichen Vorschriften, da das BMF nicht eingebunden wurde. BMF geht davon aus, dass die Kosten im BMI Budget bedeckt sind. Die behauptete Kostenreduktion von 55% gegenüber Adonis ist für das BMF nicht nachvollziehbar.	BT3,BMI,F9,4.L-a,685.T,S.9
6.7.2004	Bieter EADS/ UTA informiert BMI von Geltendmachung von Rechtswidrigkeiten des Vergabeverfahrens	BT3,BMI,F9,4.L-a,681.T
6.7.2004	Antrag auf Nichtigerklärung ua. an das Bundesvergabeamt durch EADS/ UTA, in dem neben formellen Mängeln ua. eine Bevorzugung	BT3,BMI,F9,4.L-

Anhang A Chronologische Abläufe

	der von Motorola angebotenen Tetra-Technologie im Gegensatz zu der von EADS angebotenen Tetrapol-Technologie durch die technischen Ausschreibungsbedingungen gerügt wird.	a,681.T,S.5
7.7.2004	BMI informiert Motorola von der Anfechtung	BT3,BMI,F9,4.L-a,681.T,S.35
8.7.2004	EADS zieht Anfechtung beim Bundesvergabeamt zurück	BT3,BMI,F9,4.L-a,683.T
9.7.2004	NORDBERG gibt für BMI Stellungnahme zum Antrag ab	BT3,BMI,F9,4.L-a,682.T
9.7.2004	Danach wird BMI erst von Zurückziehung durch das Bundesvergabeamt verständigt	BT3,BMI,F9,4.L-a,683.T

A.3.4. Chronologie Peter SKORSCH

Datum	Inhalt	Quelle
1984	Eintritt in die Bundesgendarmerie	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.39
1989/90	Ausbildung zum Leitenden Gendarmeriebeamten	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.39
1991-1994	Referent im Referat für Fernmeldeweisen im GZK	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.39
1994-2001	Referatsleiter ebendort	BT3,BMI,F15,11.L-a,5.T,S.39
5.6.2001	Schreiben von Peter SKORSCH an die Abteilung I/A/1. Betreff: Ansuchen um Gewährung eines Karenzurlaubes im Sinne §75 BDG 1979 <i>„Ich, Peter Skorsch, ersuche um Gewährung eines Karenzurlaubes im Ausmaß von 18 Monaten, beginnend mit 1. August 2001 und begründe dies wie folgt: Ich bin seit mehr als 10 Jahren im Telekommunikationsbereich für die Bundesgendarmerie tätig und habe hierbei in den unterschiedlichsten Projekten sowohl im Beschaffungsmanagement als auch in der Projektabwicklung meine Erfahrungen gesammelt und mir mein Fachwissen angeeignet. Nachdem mein unmittelbarer</i>	BT3,BMI,F21,10.L-a,2.T,S.6

Anhang A Chronologische Abläufe

	<p><i>dienstlicher Nahebereich in den letzten Monaten wesentliche Veränderungen erfahren hat, wie insbesondere die Auflösung der Abt II/5, die Errichtung der Abt II/25, der Aufbau der Bundesbeschaffungs Ges.m.bH., stellte sich für mich die persönliche Frage meiner beruflichen Zukunft. Ich würde dabei gerne ein berufliches Angebot in der Privatwirtschaft annehmen, welches mir die Möglichkeit gibt, mein Fachwissen wieder entsprechend zu erweitern. Außerdem könnte ich mir im Zuge dieser Tätigkeit über die Entscheidung eventuell gänzlich in die Privatwirtschaft zu wechseln in Ruhe und sachlich fundiert klar werden. Sollte ich nach der Karenzzeit nicht vollständig in die Privatwirtschaft wechseln, hätte dies meiner Ansicht nach auch wesentliche Vorteile für das Bundesministerium für Inneres, da ich mit neuen Erfahrungen und hoffentlich zusätzlichem Fachwissen als Mitarbeiter zur Verfügung stehen würde.</i></p> <p><i>Ich ersuche daher mein Ansuchen positiv zu behandeln und verbleibe mit freundlichen Grüßen.“</i></p>	
29.6.2001	<p>EB der Gruppe II/B (HOLZINGER):</p> <p><i>„Seitens der Gruppe II/B bestehen gegen die Gewährung des von Major Ing. Peter SKORSCH erbetenen Karenzurlaubes für die Zeit vom 1. August 2001 bis einschließlich 31. Jänner 2003 keine zwingenden dienstlichen Gründe.“</i></p>	BT3,BMI,F21,10 .L-a,2.T,S.4
o.D.	<p>Kanzleiauftrag: Es hätte zu ergehen:</p> <p>Schreiben an SKORSCH:</p> <p><i>„Auf Ihr Ansuchen vom 5. Juni 2001 wird Ihnen gemäß § 75 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 für die Zeit vom 1. August 2001 bis einschließlich 31. Jänner 2003 ein Urlaub unter Entfall der Bezüge gewährt. (...) Der Dienst ist am Montag, den 3.Februar 2003, wieder anzutreten.“</i></p>	BT3,BMI,F21,10 .L-a,2.T,S.7
1.8.2001- 31.12.2003	SKORSCH ist während seiner Karenzierung bei der Firma KAPPACHER als General Manager tätig	Skorsch ZV 3.3.2005: BT3,BMI,F15,11 .L-a,5.T,S.39
1.1.2003	SKORSCH tritt seinen Dienst im BMI als Leiter der Abteilung IV/1 wieder an. Die Dauer des Karenzurlaubes war somit 1 Jahr und 5 Monate.	BT3,BMI,F21,10 .L-a,3.T,S.2
31.3.2003	Anzeige von SKORSCH wegen <i>„Verdacht von Missständen in Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang ADONIS. Bearbeiter war laut Protokoll BIA 1 (Anmerkung: Mag. Martin KREUTNER,</i>	BT3,BMI,F15,11 .L-a,4.T,S.2; handschriftl.

Anhang A Chronologische Abläufe

<p><i>damaliger Leiter des BIA). Von Ing. SKORSCH wurden 4 CDs übergeben. Der Akt ist nicht auffindbar, auch nicht die CDs. Es ist nur die Kopie eines handbeschriebenen Zettels vorhanden. Im Protokoll ist als Datum des Aktenabschlusses der 22.6.2007 und als Art der Erledigung „Interner Abschlussbericht“ angeführt. Der Akt dürfte beim Abschluss durch Mag. PALKOVITS am 22.6.2007 noch vorhanden gewesen sein.“</i> Bestandteile des Aktes waren auch Protokolle der Bieterverhandlungsrunden Mastertalk vom 27.2.2002 und 6.3.2002.</p> <p>In den handschriftlichen Notizen kommt auch MENSITORFF-POUILLY zweimal vor, allerdings handelt es sich dabei um Alfons' Cousin Heinrich, der von 5.8.2002 - 11.12.2002 Prokurist bei master-talk war.</p> <p><i>„CD 1 von 3 (Ordner „sonstige Dokumente“ -> „Bewertungskatalog-Preise“)</i></p> <p><i>Da steht unter letzter Änderung: Mensdorff-Pouilly und ist jedoch unter BMI gespeichert.“</i></p> <p><i>„[Titel unleserlich]</i></p> <p><i>Autor: D. [unleserlich] von Austroconsult</i></p> <p><i>Zuletzt gespeichert: Mensdorff-Pouilly</i></p> <p><i>Wurde jetzt gekündigt und ist wieder bei Siemens, von der er auch zur Fa. Mastertalk gebracht wurde = „Cousin vom Graf“</i></p> <p>Zu diesen CDs befragt sagt SKORSCH in seiner ZV vom 16.5.2012:</p> <p><i>„Meiner Erinnerung nach wurden im fraglichen Zeitraum, aufgrund von nicht näher bekannten Behauptungen, dem damaligen BIA die Ausschreibungsunterlagen (wahrscheinlich die genannten 4 CDs) übergeben.</i></p> <p><i>Nähere Detailkenntnisse habe ich – aufgrund der langen Zeitspanne – nicht mehr. Jedenfalls kann ich ausschließen, dass ich eine „Anzeige“ gemacht hatte.</i></p> <p><i>Ich kann auch ausschließen, dass die Angelegenheit irgendeine wesentliche Bedeutung hatte – andernfalls könnte ich mich mit Sicherheit erinnern.“</i></p> <p>Weiters hat er keine Erinnerung mehr, wo, wann und an wen er den</p>	<p>Zettel:</p> <p>BT3,BMI,F15,11 .L-a,8.T, S.1;</p> <p>Protokolle:</p> <p>BT3,BMI,F15,11 .L-a,8.T, S.3;</p> <p>FB-Auszug:</p> <p>BT3,BMF,F24,2. L-a,3.T,S.86;</p>
--	---

Anhang A Chronologische Abläufe

	Akt übergeben hat. Er wurde erst wieder im Frühjahr 2012 vom Rechnungshof im Rahmen deren Prüfung kontaktiert.	
13.8.2003	<p>Aktenvermerk Christoph ULMER zu einem Telefonat mit GEIGER (Siemens):</p> <p><i>„Im Zuge eines ca. 30-minütigen Telefongespräches (auf Anruf VStDir GEIGER) bezüglich Tetra Netz Adonis erwähnte GEIGER immer wieder, dass der Leiter der Abteilung IV/1, Bgdr SKORSCH destruktiv und schikanös gegenüber Mitarbeitern der Fa master-talk vorginge. Zudem stellte GEIGER in den Raum, dass es einen Zusammenhang gebe zwischen dem Scheitern von Adonis und der Übernahme der Leitungsfunktion von Bgdr SKORSCH. Auf mehrfachen Nachfragen meinerseits sagte GEIGER, dass er vermute, dass Bgdr SKORSCH in Verbindung mit der Fa. Motorola stehen würde, Informationen an Motorola weitergegeben wurden (über einen „Herrn Martin“) und das Bgdr SKORSCH daher auch keinerlei Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit master-talk habe bzw. dass Bgdr SKORSCH nicht an einer positiven Lösung der derzeitigen Situation interessiert sei. GEIGER erklärte von sich aus keine Beweise für diese Beschwerde vorlegen zu können.</i></p> <p><i>Es gäbe aber eine Reihe von Indizien, insbesondere hob er auch mehrfach das berufliche Engagement von Bgdr SKORSCH in den letzten Jahren bei einer Firma, die im Naheverhältnis von Motorola stehen soll, hervor.“</i></p> <p>Bei seiner Befragung am 20.8.2003 war GEIGER überrascht, dass sofort das BIA eingeschalten wurde: Seine Äußerungen gegenüber ULMER waren lediglich eine „Mitteilung seiner Befindlichkeit, bzw. des sich aus seinem Weltbild ergebenden Eindrucks“:</p> <p><i>„Demnach sei es im Zuge der Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Beschaffungsprojekt des bundesweiten Behördenfunknetzes „Austrian Digital Operating Network for Integrated Services“ (ADONIS) zwischen dem BMI einerseits und dem Projektbetreiber Master-talk (darunter auch der Master-talk-Gesellschafterin Siemens AG) andererseits im Frühjahr des Jahres 2003 zu einer offensichtlichen Verschlechterung des Gesprächsklimas gekommen. Die im Zuge der Verhandlungen geführten Gespräche seien immer wieder verschleppt worden, so dass daraus letztendlich keine brauchbaren Ergebnisse resultierten.</i></p> <p><i>Dieser Umstand sei, laut Ing. Geiger, mit der Einsetzung von Bgdr.</i></p>	<p>BT3,BMI,F15,11 .L-a,6.T,S.4;</p> <p>AV zur Befragung Geiger:</p> <p>BT3,BMI,F15,11 .L-a,6.T,S.6</p>

Anhang A Chronologische Abläufe

	<p><i>Skorsch als neuen Verhandlungsleiter seitens des BMI in Zusammenhang zu bringen, zumal sich Bgdr. Skorsch und der Verhandlungsleiter des Konsortiums, der Geschäftsführer der Fa. Master-talk, Hansjörg Tengg, als Kontrahenten entpuppt und sich daher die Fronten immer mehr verhärtet hatten.</i></p> <p><i>In dieser schwierigen Phase sei nun ein Telekom-Experte namens Martin (Familiennamen phon.) aufgetaucht, welcher ihm, Geiger, vorgeschlagen hätte, sich mit der Firma Motorola in Verbindung zu setzen, da diese ein sehr gutes Konzept anbieten könne. Dabei hätte ihm Martin die Kontaktaufnahme mit einem Herrn Wirt (phon.) von der Fa. Motorola Deutschland empfohlen.</i></p> <p><i>Es habe sich in seinen Augen, so Geiger weiter, eine schiefe Optik ergeben, da Bgdr. Skorsch unter anderem auch für die Fa. Kappacher tätig gewesen sei, welcher ein Naheverhältnis zur Fa. Motorola nachgesagt würde.</i></p> <p><i>Darüber hinaus sei es dann, laut Geiger, plötzlich zu einer auffallend schlechten, das heißt dem ganzen Projekt „ADONIS“ abträglichen, Berichterstattung in der Tageszeitung „Die Presse“ gekommen. Der dafür zuständige Redakteur namens Hofer sei dabei, laut Geiger, auffallend gut informiert gewesen, wobei zudem der Umstand verwunderlich sei, dass der genannte Redakteur nicht aus der Wirtschaftsredaktion stamme, sondern für die Lokalberichterstattung zuständig sei.</i></p> <p><i>Auch dieser Umstand ließe in seinen Augen den Schluss zu, dass dieser Redakteur mit Informationen aus dem BMI versorgt worden sein könnte.</i></p> <p><i>Abschließend betonte Ing. Geiger nochmals, dass es nicht in seinem Sinne sei, irgendwelche Beschuldigungen gegen Bgdr. Skorsch zu erheben, für die es keine konkreten Anhaltspunkte gebe. Er, Geiger, wolle lediglich Eindrücke wiedergeben, die er aufgrund seines Weltbildes gewonnen habe, wobei er einräumte, dass diese auch durchaus falsch sein können.</i></p> <p><i>Der Bezug auf die Person des Bgdr. Skorsch sei deshalb entstanden, weil nach dessen Einsetzung als verantwortlicher Verhandlungsleiter die Probleme begonnen hätten, die Verhandlungen zu stagnieren schienen und auch nach Abberufung des Hr. Tengg keine Besserung eintrat.</i></p> <p><i>Laut Geiger hätte man seitens des Konsortiums, quasi im Gegenzug, auch die Ablöse des Bgdr. Skorsch erwartet.“</i></p> <p>Fazit der Ermittler: Auf Grund der durchgeführten Erhebungen</p>	
--	--	--